



# Arbeiterkampf

Jg. 18 Nr. 292 7. 3. 88

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 5 DM

C 21734 E

Bye bye Demo?

Hamburg hat eine traditionell starke Linke. Hamburg hat viele Autonome. Hamburg hat die Hafenstraße. Hamburg hat 'ne SPD-Regierung. Hamburg hat 'ne prügelnde Polizei. Hamburg hat viele Demos. Wie lange noch? KB, GAL, Autonome und Linke strahlen um die Demo-Zukunft.

Seite 34

## „Wir sind der linke Flügel der Perestroika“

Interview mit Boris Kagarlitzky, „Sozialistische Initiative“, Moskau.

Perestroika zwischen Gorbatschow und Bürokratie, Flügelkämpfen in der KPdSU und Bewältigung der eigenen Geschichte, darüber gibt es viele Informationen. Daß mit der Perestroika schwelende Konflikte der Nationalitäten im Vielvölkerstaat Sowjetunion neu aufbrechen, wissen wir aus den Sensationsmeldungen der westlichen Medien, die immer noch auf Zerfall der SU hoffen. Doch was ist Perestroika an der gesellschaftlichen Basis? Was an Veränderungen ist Propaganda von oben, was echter Wandel?

Die Wochenzeitung „Moskowskie Nowosti“ ist eines der Flaggschiffe der Perestroika, sagt Boris Kagarlitzky, Vorstandsmitglied der unabhängigen „Föderation der Sozialistischen Gesellschaftlichen Klubs“ in unserem Interview. „Da die Papierproduktion nach Plan verläuft“, kann trotz steigender Nachfrage nicht mehr gedruckt werden. Allerdings: „Nach fünf Minuten ist nirgends mehr ein Exemplar zu bekommen“. Er spricht über Proteste gegen den Sturz Boris Jelzins, über die Schwierigkeiten der Unabhängigen Gruppen, ihre Anliegen „im realen Leben zu verankern“. Die „Flitterwochen der Perestroika“

sind vorbei. Die Bedeutung der neuen Klub-Bewegung, die Entwicklung in den Betrieben wie die „Brigadisierung“, die „Räte der Arbeitskollektive“ und unabhängige gewerkschaftliche Initiativgruppen werden vorgestellt. Die Widersprüchlichkeit eines neuen Gesetzes zur Wahl der Betriebsleiter, ohne daß der Fall einer Wahl bekannt ist, schildert er ebenso wie die Diskussion um Ökonomie, Marktelemente, sowjetische Links-Keynesianer sowie Überlegungen zur Demokratisierung zwischen Räte-System und Elementen des westlichen Parteiensystems.

Seite 10  
HUB 3308  
Kst. 2. Erforsch. d.  
Klub. Arbeitskollektive.  
S 2 D 3308

Wann hat es  
das gegeben?  
Schlangen vor  
einem Moskauer  
Zeitungsstand?



## Neubeginn der Anti-Atom-Bewegung

Demonstrationen gegen Atomskandal, Fässer und Plutonium

Neues Spiel, neues Glück? Noch gestalten sich die Aktionen der Anti-AKW-Bewegung eher zögerlich, gemessen am Ausmaß des Skandals, in dem die Gegenseite steckt. Zwischen zehn- und fünfzehntausend Menschen beteiligten sich am 5.3. an einem bundesweit verabredeten Protesttag. Der größte Teil davon in Gorleben, wo Robert Jungk die unfriedlichen Absichten des Atomprogramms als heute größte Gefahr angriff. Jeweils zwei- bis dreitausend waren es in Regensburg gegen die oberpfälzische WAA und in Frankfurt gegen einen der maßgeblichen Konzerne des Hanauer Nuklearparks, die Degussa. Bundesgrenzschutz sorgte in Frankfurt für einen hermetisch abgeriegelten „wandernden Kessel“. Mehrere hundert Personen fanden sich in Essen gegen den Stromkonzern RWE zusammen.

Nicht gerade mitreißend verliefen auch die Vorfeld-Auseinandersetzungen um die in Hanau für den 19.3. angesagte Demonstration. Die Realo-Grünen mühen sich, dem unabhängigen Flügel der Bewegung ihre Geschäftsbedingungen zu diktieren.

Andererseits zeichnen sich an der Basis vorsichtige Veränderungen ab, neue Themen und neue Erfahrungen nähren die Hoffnung auf eine neue Perspektive im antiatomaren Kampf. Zum Beispiel die erfolgreichen Lübecker Blockaden gegen Atomtransporte und erste Proteste in gleicher Sache in Bremerhaven. Verschiedene Gruppen haben Broschüren mit Enthüllungen herausgebracht: über Hanau, das Kernforschungszentrum Karlsruhe, die Urananreicherungsanlage in Gronau oder die bislang überregional unbekannte Uranfabrik im pfälzischen Ellweiler. Diese Neuansätze sollten bekanntgemacht und diskutiert werden.

Enttäuschung über wenig herausragende Demo-Zahlen ist verfehlt. Es geht um nicht weniger als die Erarbeitung einer neuen Qualität, um Ziele, wie sie z.B. in der Forderung nach einem Atomwaffenverzicht im

Grundgesetz zum Ausdruck kommen, ersttaft angehen zu können. Artikel von Lohbeck über Hanau bis Malville sowie über die Demo-Vorbereitungen in Hanau auf den Seiten 3-6.

## Jenseits von Europa

Die Nach-Nulllösungs-Strategie der USA

Die Ikle-Studie einer „integrierten Langzeit-Strategie“ für die USA hat erheblichen Wirbel in Europa, besonders der BRD, ausgelöst. Der rechte Flügel der CDU sieht darin eine „Sonderbedrohung“ Europas, während die USA sich auf ihre „Festung Amerika“ zurückziehen. Die Studie sieht den Abschied von der Zentralität Europas für die NATO-Strategie aus der Sicht der USA vor. Sie geht von sinkendem amerikanischen Interesse für Europa einerseits und von stärkeren Bedrohungen in der Zukunft in anderen Teilen der Welt aus. China und Japan könnten in nächsten Jahrhunderten militärische Großmächte werden. Die Zahl der atomwaffenfähigen Staaten wachse auf 40 an, man sei mit einer wesentlich komplizierteren Weltlage konfrontiert. Das Interesse der USA müsse sich stärker auf die Kontrolle eines möglichen Kriegsschauplatzes Dritte Welt konzentrieren. Um Europa unbesorgt „alleinzulassen“, müsse die NATO-Strategie geändert werden, die Europäer, besonders die BRD, stärker Eigenleistungen erbringen.

Bundesdeutsche Gegner der US-Überlegungen fürchten einerseits den Entzug des atomaren Schutzschirms der USA. Dies wäre

de die Führbarkeit eines Krieges in Europa einschließlich begrenzter Atomwaffeneinsätze erhöhen, da die bisherige Abschreckungskonzeption der NATO die Atomwaffen für die Drohung einer totalen Eskalation eingeplant hatte. Entfällt diese Drohung, könnte ein Atomkrieg in Mitteleuropa, besonders

ders auf dem Territorium von BRD und DDR, möglich sein. Man darf allerdings im NATO-Broderzwist aktuell vermuten, daß es der BRD gar nicht recht ist, die bequeme Position einer starken Ökonomie im Schatten der USA zugunsten von mehr Lasten ohne erkennbaren Nutzen aufzugeben. Seite 24



David und Goliath

Ein Streit  
der klärt

Diskussion um  
palästinensisches  
und jüdisches  
Selbstbestimmungsrecht

## Palästina vor dem Bürgerkrieg

„Soviel israelisches Militär sorgte noch nie für die Sicherheit in den besetzten Gebieten“, beobachtete ein schweizer Korrespondent, aber „zugleich war es noch nie so unsicher, durch die Westbanks zu fahren“. Der Aufstand in Palästina, der sich an einigen Orten entzündete, hält nun seit einem Viertel Jahr die gesamten besetzten Gebiete in Atem. Hatte das israelische Militär zunächst gehofft, durch hartes, brutales Vorgehen den Widerstand im Keim ersticken zu können, hat dieser bis jetzt immer weitere Kreise gezogen. Dieser Kampf hat in diesem Ausmaß für Israel eine neue Qualität erreicht: Man hat es nicht mehr mit Kommandoaktionen palästinensischer Befreiungsbewegungen zu tun, sondern mit einer Massenbewegung der palästinensischen Volksmassen. Die politischen Verhältnisse kehren sich immer deutlicher gegen das Vorgehen Israels. Nicht nur die Unterstützung im Land, sondern ebenso hat sich die Meinung der Weltöffentlichkeit gegen die israeli-

sche Kolonialpolitik gewandt. Das gibt dem Kampf des palästinensischen Volkes den Auftrieb, der ihn für Israel von einem begrenzten Aufstand zu einem Bürgerkrieg werden lassen kann. Dazu mehr auf den Seiten 13 bis 15

### Montankonferenz

„Eine große Koalition der Vernunft in einer Art nationaler Wehestunde“. Die Presse war begeistert vom Treffen Rau/Kohl mit den meist dicken Herren aus der Wirtschaft und den Gewerkschaften. Die Verursacher der neuen „Nachdenklichkeit“ aus Rheinhausen sind verschaukelt worden.

Seite 18

### AIDS-Krimi

Woher kommt AIDS? Unfall, Produkt biologischer Kriegsführung gegen die Dritte Welt, gegen Schwule, Prostituierte und Junkies? Keine Beweise, Behauptungen, Indizien, Spuren aus US-Debatte. Und immer wieder tauchen auf Geheimdienst, chemisch-biologische Kriegsführung und Gentechnologie. Seite 22

### Document-Center

Zwischen 30.000 und 80.000 Nazi-Akten wurden aus dem US-Document-Center in Westberlin gestohlen. 10.000 dieser Akten gelten als hochbrillant. Interessenten an ihrem Verschwinden gibt es in der Bundesrepublik reichlich. Statt Aufklärung herrscht Verwirrung. Fragen über Fragen. Seite 28



# Gorleben wieder ein Brennpunkt

Die Demo sollte ein „Auftakt zum Aufbau und zur Mobilisierung eines zukünftig widerstandsfähigen Widerstandes im Wendland“ werden. Daß an diesem 5. März 8.000 Menschen ins Wendland kamen und vor das Zwischen- sowie Endlagergelände zogen, war mehr als vorher zu erwarten war und ist ein gelungener Auftakt für kommende Aktivitäten gegen den Ausbau des Standortes Gorleben.

Die Kundgebung mit insgesamt 7 Beiträgen wurde eröffnet durch eine Erklärung der uneingeschränkten Solidarität mit Robert Jungk in seinem anstehenden Prozeß. Robert Jungk selbst zog in seiner Rede eine Bilanz der Lügenpolitik von Atomindustrie und Staat. Eindringlich hob er als die derzeit größte Überlebenslüge der Atomindustrie die der friedlichen Nutzung hervor. Hinter dieser Lüge verberge sich das inintermassive Streben der BRD nach Atomwaffen.



Foto: H. Wogahn

Im Anschluß sprach ein Gewerkschafter aus Salzgitter. Er befürwortete in seinem Beitrag die gewerkschaftliche Unterstützung von Aktionen der Anti-AKW-Bewegung gegen den Ausbau des Erzbirgwerkes Schacht Konrad zum atomaren Endlager.

Ein Vertreter aus Lingen, der für die Initiative aus der „Euregio“ (Ahaus, Almelo, Gronau, Lingen) sprach, entdeckte neben der Gefährdung durch die atomaren Anlagen in Lingen die akutesse Gefährdung für Lingen in der „größten Umweltkatastrophe namens Remmers“, seines Amtes niedersächsischer Umweltminister und wohnhaft in Lingen.

Es folgten ein Beitrag eines Bauern aus dem Wendland zur Gefährdung der bürgerlichen Existenz durch den Ausbau der Atomindustrie im Landkreis und ein Beitrag einer Vertreterin aus Osnabrück zu Repression und Kriminalisierung, in dem die Situation des Widerstandes nach der Verschärfung der „Sicherheitsgesetze“ thematisiert wurde.

Marianne Fritzen und eine zweite BI-Vertreterin gingen in ihren Abschlusssätzen auf die Situation in Gorleben ein. Hervorgehoben wurden dabei die zu erwartenden Castor-Transporte und die in Planung befindliche „Pilot-Konditionierungsanlage“. Neben der Ankündigung von Transportlockaden wurde zum Widerstand gegen die geplante Atomüllfabrik die Überlegung einer Bauplatzbesetzung ausgesprochen. Beide Vertreterinnen riefen in diesem Zusammenhang zu einer breiten Unterstützung der zukünftigen Aktionen auch außerhalb des Landkreises auf.

„Wir bieten mehr“, versprochen die Bauern aus dem Wendland auf der Kundgebung der Atommafia — und pusteten mit einer zur „Schmiergeld-Schleuder“ umgerüsteten Maschine 1.000 Mark-Scheine in die Luft.



Foto: argus

Die Angehörigen der politischen Gefangenen nutzten am 20.2. die Öffentlichkeit durch die San-José-Konferenz in Hamburg, um erneut auf die Haftbedingungen in den BRD-Knästen aufmerksam zu machen. Sie ketteten sich auf der Brücke über der Esplanade an, entrollten ein Transparent, verteilten Flugblätter und informierten über die Haftbedingungen. Insbesondere die gesundheitliche Situation von Günter Sonnenberg und Angelika Goder wurde angeklagt. Günter Sonnenberg, der bei seiner Festnahme eine Kopfschussverletzung erlitt, leidet seitdem an epileptischen Anfällen. Nachdem der Knastarzt das anfallverhindernde Medikament vollständig abgesetzt hatte, erlitt Günter einen Anfall, den er nur deshalb ohne größeren Schaden überstand, weil er gerade bewachten Hofgang hatte. Günter will das Medikament, das ihn gesundheitlich beeinträchtigt, langsam absetzen und dafür braucht er eine Haftsituation, in der er nicht isoliert ist, damit bei einem möglichen Anfall sofort Hilfe geleistet werden kann. Das wird ihm bisher versagt. Angelika Goder hat ein Hüftleiden, daß operativ behandelt werden muß. Ihre Forderung ist, die Operation ohne Staatschutz am Bett durchführen lassen zu können. Bisher hat sie dafür keine Genehmigung.

Während eines Pressgesprächs am Tag nach der Aktion, stellten die Angehörigen nochmal die Haftsituation der Gefangenen dar. Ein Mutter berichtete, daß die Post oft vier Wochen dauere und dadurch eine vernünftige Auseinandersetzung mit ihrer Tochter gar nicht möglich sei. Dazu kommt, daß die Gefangenen nur eine bestimmte Anzahl von Briefen in der Zellen haben dürfen, was eine kontinuierliche Diskussion schlicht verhindert. Gleichmaßen wird inzwischen auch die Anzahl von persönlichen Fotografien begrenzt. Die eingeschränkte Bücherzahl gibt es ja schon lange, aber nun dürfen Bücher auch nur noch direkt über Verlage oder ausgewählte Buchläden bezogen werden, also keine Kopien z.B. aus Büchereien von vergriffenen Büchern oder Bücher aus dem eigenen Bücherschrank.

Die eingeschränkte Bücherzahl gibt es ja schon lange, aber nun dürfen Bücher auch nur noch direkt über Verlage oder ausgewählte Buchläden bezogen werden, also keine Kopien z.B. aus Büchereien von vergriffenen Büchern oder Bücher aus dem eigenen Bücherschrank.

## Hannover: Skinheads überfallen Hausbesetzer

In der Nacht zum 20.2.88 gegen 23.00 Uhr überfiel ein Trupp von 8-10 vorwiegend Skinheads eine Gruppe von Hausbesetzern in der Nähe des „Sprengelgeländes“.

Die mit Tüchern maskierten Angreifer gingen mit Steinen, Gasrevolver, Leuchtsprumunition und einem Molotowcocktail auf die Punks los; bei ca. zehn PKWs wurden die Scheiben eingeworfen und die Reifen zerstochen. Kai-Uwe, ein 26-jähriger Punk wurde dabei niedergestochen und mit lebensgefährlichen Kopf- und Lungenverletzungen ins Krankenhaus gefahren.

Zeitgleich tauchten in der Nähe des „Sprengelgeländes“ etliche Zivilbeamte auf, die aber nicht die Verfolgung der Skinheads aufnahmen, sondern die Angegriffenen bespitzelten, ausfragten und terrorisierten (wie einem Flugblatt von Sprengelbesetzern). „Erst massiver Druck, mehrmalige Aufforderungen, so wie präzise Hinweise auf den Fluchtweg, brachten unsere „Freunde und Helfer“ dazu, die Nazis zu verfolgen.“ („Band kämpfender Antifaschisten“/„BKA“).

Während die Beamten bei einem 23-jährigen ein Springmesser sicherstellten, möglicherweise die Tatwaffe, stellte sich der 18-jährige Bäckerlehrling Michael P. bei der Polizei. (HAZ, 21.2.88) Er ist dringend verdächtig, einen Punk niedergestochen zu haben. Anschließend soll der kurz nach der Tat festgenommene Roland B. aus Burgdorf den am Boden liegenden geschlagen und getreten haben. (HAZ, 21.2.88)

Wie die Polizei gegenüber der HAZ mitteilte, ist eine Gruppe von Skinheads am Freitagabend aus ihrem Treffpunkt, einer Diskothek am Engelbosteler Damm, zu einer Autofahrt durch die Nordstadt aufgebrochen. In den Vernehmungen der inzwischen fünf Festgenommenen habe sich weiter herausgestellt, daß sie mit dem Ziel losgefahren seien, „Randalen“ zu machen. Dazu hätten sie nach Punks oder Ausländern Ausschau gehalten“ (HAZ, 21.2.88)

Nicht erwähnt wird in der Presse ein Zusammenhang zur FAP, obwohl einiges darauf hinweist: laut Aussage eines bekannten FAP-Mitglieds (s.a. DPA-Meldung v. 20.2.88) „wurde der Überfall einige Stunden zuvor auf dem wöchentlichen Kameradschaftsabend der neonazistischen FAP besprochen und vorbereitet.“ („BKA“).

Weiterhin waren bei dem Überfall zwei Frauen beteiligt, was auf FAP-Beteiligung rückschließen läßt.



Foto: AR

Stattdessen dreht es die Presse mal wieder zur „Auseinandersetzung zwischen Skinheads und Punks“. (21.2.88, HAZ) Dabei handelt es sich ja keineswegs um „unbekanntes“ in Hannover; Zuletzt im sogenannten Bornemann-Prozeß (1987) kam der Nachweis, daß etliche Brandanschläge im September 1986 von Skins und Nazis direkt aus dem FAP-Büro in der Saltstraße begangen wurden — trotz ständiger Observation dieses Büros und Einsatz von VS-Spitzen innerhalb der FAP-Hannover. (s.a. „BKA“)

Zwischenzeitlich war es etwas ruhiger in der FAP-Skinhead-Szene geworden, bis Samstag, den 13.2. die FAP einen Infostand in der Innenstadt genehmigt bekam. SPD-Fraktionschef Reinhard „hofft, daß die Stadtverwaltung ... keine weiteren Anträge der Rechtsradikalen (FAP) für eine Standortlaubnis mehr genehmigt.“ (HAZ, 20.2.88)

### SPD fordert FAP-Verbot

Gegen den Überfall sowie die parallel drohende Räumung des Sprengelgeländes („die zarteste Versuchung“) demonstrieren am 26.2.88 ca. 500 Leute.

Nachdem in der letzten Legislaturperiode der Versuch der Grünen scheiterte, die FAP verbieten zu lassen, will nun die SPD die Landesregierung zu einem Verbotsprüfungsantrag auffordern. Anlaß ist das Auftreten der FAP in Hannover. Die SPD sieht entsprechend den hannoverschen Gerichtsprozessen die Gewaltpraxis- und Bereitschaft von FAP-Mitgliedern als erwiesen an. Sie gründet ihren Verbotsantrag auf Art. 22 GG („Lokalberichte Hannover“, Nr. 3)

M., Hannover

### Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Abowerbung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abwurf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 5,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterschienen durch höhere Gewalt keine Entschädigung. Auflage dieser Ausgabe: 4.800 Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

## Neonazis legen Brand in Neonazis legen Brand in vollbesetzter Diskothek

In der Nacht auf den Sonntag, am 14.2.1988, um 1 Uhr früh, brannte das Dachgeschoß eines Fachwerkhäuses in der Göttinger Innenstadt. Dichte Rauchwolken und Flammen schlugen aus dem Dach des Gebäudes, in dem sich u.a. eine Diskothek und zwei Gaststätten befinden. Nur dem schnellen Eingreifen der Feuerwehr war es zu verdanken, daß es nicht zu einer Katastrophe kam, denn in der unmittelbaren unter dem Dach gelegenen Diskothek befanden sich zu diesem Zeitpunkt ca. 250 Menschen.

Die Polizei äußerte der Öffentlichkeit gegenüber zunächst, daß es noch „keinen Anhaltspunkt“ dafür gibt, „ob der Brand auf technische Ursachen oder Brandstiftung zurückzuführen ist“ (Göttinger Tageblatt, 15.2.88). Zwei Tage später mußte die Polizei gegenüber der Presse einräumen, daß es sich wohl um einen politisch motivierten Brandanschlag gehandelt hat.“ (GT, 17.2.88)

Die Polizei stund nun offenbar unter Zugzwang, denn von Anfang an war bekannt, daß das Feuer in der ehemaligen Wohnung des Skinheads Thomas Drueger ausgebrochen war. Druegers Wohnung war nach dem Sknüberfall auf das Göttinger Jugendzentrum am 23.1.88 von Antifaschisten demoliert worden und daraufhin ist ihm vom Hauseigentümer gekündigt worden. Hinzu kam, daß die Skins von den Pächtern der Diskothek Lokalverbot erhalten hatten, weil die Neonazis in der Vergangenheit des öfteren Schlägereien angefangen hatten.

Ebenfalls war in antifaschistischen Kreisen bekannt, daß drei Skinheads unmittelbar vor der Entdeckung des Feuers Gäste der Diskothek mit dem Messer bedroht und dann die Flucht ergriffen hatten.

So kam die Polizei dann nicht mehr umhin, am Freitag, den 19.2. drei Skinheads festzunehmen. Einer der drei Skins hat die Tat mittlerweile zugegeben. Die Skins wurden in Untersuchungshaft genommen, gegen sie ist Haftbefehl wegen „gemeinschaftlicher schwerer Brandstiftung“ erlassen worden. (GT, 20./21.2.88)

Hatte die Polizei mit der Verhaftung der Skins ohnehin nur das getan, was aufgrund des zu erwartenden öffentlichen Drucks getan werden mußte, so zeigte der Sprecher und Vizepräsident des Landgerichts, Dr. Joachim Schmidt, daß man

nicht bereit ist, auch nur einen Schritt weiterzugehen. Eine Anklage wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung „sei beim gegenwärtigen Stand der Ermittlungen noch nicht abzusehen“, dies „sei über eher unwahrscheinlich“. Bestätigt wurde dies auch von einem Sprecher der Polizei. „Unwahrscheinlich“ deshalb, — so die abenteuerliche und lächerliche Behauptung des Polizeisprechers —, weil „mit der Festnahme der drei vermeintlichen Brandstifter (...) die ohnehin nur schwache rechtsradikale Szene in Göttingen fast gänzlich zerschlagen“ sei. (GT, 20./21.2.88)

Dieses und ähnliches hört man in Göttingen seit Jahren nach jedem Anschlag oder Überfall. Da mag kommen, was will, man hält stur an dieser Linie fest. Daß es in Göttingen und Umgebung sehr wohl eine ausgeprägte neonazistische Szene gibt, in der Skins, FAPler und NPDLer ihre Unwesen treiben und daß es auch Organisationszentren gibt, wie z.B. in Mackenrode, weiß die Polizei natürlich sehr genau. Nur, diesen organisierten Hintergrund, den will man nicht aufrollen, die Spuren, die hierhin führen, die ignoriert man wissentlich. Und so kann man beim nächsten Anschlag wieder sagen: „Einzelhäter“, „rechtsradikale Szene fast gänzlich zerschlagen“ ...

### Antifaschistischer Widerstand formiert sich

Erfreulich ist, daß sich unter dem Eindruck des neonazistischen Treibens der Widerstand in Göttingen auf relativ breiter Basis formiert. Seit geraumer Zeit gibt es ein Bündnis, in dem der DGB, das Arbeitslosenzentrum, Kreis- und Stadtschüler(innen)rat, Jusos, VVN bis hin zu den autonomen Antifas organisiert sind. An einer gemeinsam durchgeführten Veranstaltung am 22.2. im DGB-Haus nahmen über 250 Menschen teil. Auf Initiative dieses Bündnisses wird sich auch der Göttinger Stadtrat auf seiner nächsten Sitzung mit den Naziaktivitäten befassen müssen.

Bleibt noch anzumerken: Mit dem Landesvorstand des DGB hat der Göttinger DGB-Kreisvorsitzende, Michael Zimball, wegen seiner Beteiligung am antifaschistischen Bündnis Ärger bekommen. Derzeit prüft der Landesvorstand, ob Zimball „gegen geltende Beschlüsse verstoßen hat“. (GT, 24.2.88)

He., KB Göttingen



## Atomtransporte gestoppt

## Der Erfolg von Lübeck

## Autonome proben die Basisarbeit

Die Ereignisse um die Verhinderung der MOX Atomtransporte haben im gesamten Bundesgebiet für Aufsehen gesorgt. Zum ersten Mal in der Geschichte der Anti-AKW-Bewegung ist es gelungen, derartige Transporte zu verhindern. Im folgenden wollen wir versuchen, die Entwicklung des Lübecker Widerstands nachzuzeichnen und Schlussfolgerungen für die Anti-AKW-Bewegung zu ziehen.

In erster Linie geht der Erfolg auf das Konto der Lübecker Initiative gegen Atomanlagen (LIGA), die es bereits seit 1977 gibt und die zunächst bis 1985 kontinuierliche Anti-AKW-Arbeit gemacht hat. Nach kurzer Atempause ging es 1986 und mit dem Bekanntwerden von Atomtransporten durch die Hansestadt weiter. Die Grünen deckten auf, daß schon seit 1977 mindestens zwei wöchentliche Transporte über den Skandinavienkanal in Travemünde gingen. Die LIGA bildete eine Arbeitsgruppe hierzu. Eine bemerkenswerte Besonderheit der folgenden LIGA-Aktivitäten war und ist, daß sie maßgeblich von zwei autonomen Gruppen mitentwickelt und -getragen wurden, dem Arbeitskreis Antiliterarischer Widerstand (AKAW) und der Autonomen Gruppe Lübeck (AGL). Während unter Autonomen politische Aufklärungs-, Basis- und Bündnisarbeit häufig gering geschätzt wird, um sich dem Mythos praktischer oder direkter Aktionen zu verschreiben, waren die Lübecker gerade mit ersterem erfolgreich.

## Am Anfang war der Müll

## Am Anfang war der Müll

Nach Bekanntwerden der seit 1977 über Lübeck/Travemünde laufenden Transporte ging die LIGA in Zusammenarbeit mit den Grünen daran, Anträge und Anfragen in die Bürgerschaft zu bringen. Zu diesem Zeitpunkt hatte mensch durch Kontakte in Schweden Informationen über ein Atomgeschäft zwischen der BRD und Schweden erhalten. Demnach sollten ab 1987 zusätzlich zu den „üblichen“ Transporten 217 abgebrannte plutoniumhaltige MOX-Brennelemente aus den AKWs Obrigheim, Gundremmingen, Karlsruhe und Kahl nach Schweden zur „Endlagerung“ transportiert werden. Im Gegenzug übernimmt die BRD wiederbereiteten Brennstoff, sowie 460 Kilo abgetrenntes waffenfähiges Plutonium, welches offiziell zur Herstellung neuer MOX-Brennelemente verwandt werden sollte. Dieser MOX Deal wurde im Oktober 1985 in Lübeck unter Ausschluß der Öffentlichkeit in einem „Projektsprache“ beschlossen. Die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE) hatten zu Tisch gebeten: „ranghohe Vertreter des schleswig-holsteinischen Innen- und Sozialministeriums, der Lübecker Hafen- und Lagergesellschaft, des Seemates, der Polizei sowie der schwedischen Atomindustrie“ nahmen Platz (zit. nach einem Flugblatt der LIGA). Die LIGA machte über Flugblätter, Hauswurfsendungen und regelmäßige Büchertische auf dieses Geschäft aufmerksam, und auch die Presse berichtete. Eine gewisse Verunsicherung der Bevölkerung trat ein, während die Bürgerschaftsparteien (außer den Grünen) beteuerten, nichts gewußt zu haben und die Lübecker Hafen-gesellschaft, an der der Senat beteiligt ist, diese Transporte als „ganz normale Sache“ behandelte. Dabei kümmerten sie sich auch nicht um einen Beschluß der Bürgerschaft aus dem Januar '86, in dem es hieß, daß die Atomtransporte verhindert werden sollten.

Nach der Reaktor Katastrophe von Tschernobyl und der Brokdorf Demo 1986 wuchs die LIGA personell auf 30-40 Leute an. Man konzentrierte sich nun darauf, Flugblätter am Skandinavienkanal an die Touristen und die Belegschaft, sowie am Nordlandkai an die Hafenarbeiter zu verteilen. Bald konnte der TT-Linie (Tra-



Foto: H. Wrojan

vermünde-Trelleborg) nachgewiesen werden, daß sie trotz gegenteiliger Beteuerungen hochbrisanten Atomtransporte auf normalen Passagierfähren transportierte. Offene Briefe blieben zwar unbeantwortet, doch konnte die „faz“ am 7.2.87 vermelden, daß die TT-Linie künftig keinen Atomtransport mehr auf diesen Personenfähren verschiffen werde (stattdessen wechselte sie auf normale Frachtfähren). Innerhalb eines ersten kleiner Erfolg.

Unter den Vorzeichen des langsam anlaufenden schleswig-holsteinischen Wahlkampfes trat die SPD für den Stop von Atomtransporten ein. Die folgenden Anträge der Grünen in der Bürgerschaft (z.B. ein unabhängiges Gefahrengutgutachten erstellen zu lassen) wurde von der SPD jedoch nicht unterstützt (SPD und Grüne verfügten hier über eine Mehrheit). Während sich die LIGA in den nächsten Monaten stark in die Vorbereitung der Stille Aktion (März/April 87) einschaltete, rückte der Tag des ersten MOX-Transportes immer näher. Am 8.7.87 wurde dann die Herrenbrücke in Lübeck besetzt (eine Klappbrücke, die das Schiff passieren muß). Mit der über-raschenden Aktion konnte erreicht werden, daß das beladene Spezialschiff MS Sigtun erst mit zwei Stunden Verspätung den Hafen verlassen konnte. Eine breite Berichterstattung brachte das Thema in die Öffentlichkeit. Daraufhin sah sich die SPD veranlaßt, diese Aktion im nachhinein zu unterstützen und einige Vertreter (so MdB Hüller) ließen verlautbaren, daß sie sich mitangekettelt hätten, wenn sie vorher davon gewußt hätten. Die LIGA forderte die vollständige Verflüchtigung aller Transporte, die Erstellung eines unabhängigen Gefahrengutgutachtens sowie die Aussetzung aller Transporte, bis diese Gutachten vorliegen.

Zwei Wochen später lud die SPD zu einem Gespräch mit der LIGA ein. Heraus kam die Zusage, einen Antrag der Grünen (Gefahrengutgutachten) unterstützen zu wollen. Während die SPD dieses Gespräch nun im Wahlkampf nutzte, um sich zu profilieren, wurde der Antrag schließlich doch nicht unterstützt. Daraufhin zog die LIGA mit Flugblättern auf eine Wahlkampfveranstaltung der SPD und griff die Partei auch in Redebeiträgen an. Aufgezeigt wurde, daß die SPD viel verspricht, aber in der Praxis nichts unternimmt, um die Transporte tatsächlich zu verhindern. Nun war es die SPD, die sauer reagierte.

Aus der Vorbereitung eines für den 3.10.87 geplanten Aktionstages, der von zahlreichen Gruppen und Organisationen unterstützt wurde und dessen Konzept bis dahin auch von den anwesenden SPDlern unterstützt worden war, stieg die SPD jetzt aus. Geplant war, unter dem Motto „Lieber Saui als Supergau“ vielfältige Aktionen in der Innenstadt durchzuführen, die sich nicht an der Legalität messen lassen sollten, was in diesem Zusammenhang bedeutete, daß kurzzeitige Verkehrsblockaden darauf aufmerksam machen sollten, wie es im Falle eines Supergaus sein würde.

Mit Schreiben vom 21.9.87 teilten die Sozialdemokraten jedoch mit: „Die Lübecker SPD wird sich als Partei nicht an dem geplanten Aktionstag der LIGA, AKAW u.a. beteiligen. Begründung: Die von der LIGA vorgeschlagenen Aktionen werden nach unserer Auffassung bei Lübecker Bürgern eher negative Auswirkungen haben. Statt Aufklärung und aktiver

Mitarbeit wird durch die von der LIGA geplanten Aktionen beim Bürger nur Abwehr erzeugt.“ Aber der Aktionstag wurde zu einem vollen Erfolg. Selbst die eher konservativen „Lübecker Nachrichten“ schrieben: „Der Großteil der Bevölkerung ... fand die Aktionen sogar witzig und einfallreich.“ (LN, 4.10.87)

Obwohl es bis zu diesem Zeitpunkt also über verbale Zusagen hinaus zu keinerlei konkreter Zusammenarbeit gekommen war, wurden von Seiten der LIGA immer wieder Angebote in Richtung SPD gemacht. Grundlage dieser Angebote war die Einschätzung des AKAW, die davon ausging, daß „Aussicht auf Erfolg“ nur dann besteht, „wenn es gelingt, breite Kreise der Bevölkerung im Protestaktionen zu beteiligen, die sich schließlich zu einem echten Widerstand gegen die Transporte verdichten.“ (Rundbrief Okt. 87) Das bedeutete auch, die „Bereitschaft zu aktivem Protest bis weit ins SPD-Spektrum weiterzuentwickeln“ (ebd.). Denn, so der AKAW, „wir gehen davon aus, daß noch wie vor viele Menschen ihre Hoffnung darauf richten, die SPD werde in Lübeck und falls sie in Schleswig-Holstein die Regierung übernimmt, erst recht mit voller Kraft gegen Atomtransporte und Atomkraftwerke vorgehen.“ (ebd.)

Die in die SPD gesetzten Hoffnungen sind es aber, die die Widersprüche in der SPD transparent machen, wobei es nicht nur um die Wahlkampfsituation geht. Trotz aller Kritik an der staatsstragenden Partei müsse deutlich gemacht werden, daß „die Lübecker SPD noch nicht einmal ihre vorhandenen Möglichkeiten ausgeschöpft hat, von verantwortlichem Handeln ihrerseits ganz zu schweigen.“ (ebd.) Es wäre daher „fatal, gegenüber der SPD

nicht weiterhin gesprächs- und bündnisbereit zu sein.“ Der AKAW betont, „unter den Anhängern, Mitgliedern und Funktionsträgern der SPD gibt es viele ehrliche Atomkraftgegner.“ (ebd.)

Aus diesem Grund rät der AKAW zu folgender Taktik gegenüber der SPD: „die Zusammenarbeit auf der Grundlage einseitiger, erfüllbarer Forderungen suchen bei gleichzeitiger Freiheit der Kritik.“ (ebd.) Dabei ist dem AKAW klar, daß die „SPD dem System verhaftet (bleibt), dessen Prämisse lautet“, daß vom Kapital entschieden wird, was geschieht.

## Bombenstimmung

Als der Transaktoren/NUKEM-Skandal im Dezember '87 für Aufregung sorgte, organisierte die LIGA eine Schienenblockade gegen den vorletzten MOX-Transport nach Schweden. In dieser hektischen Situation verbot dann im Januar '88 der Lübecker Bürgermeister Robert Knüppel (CDU) den Transport. Zwar kam die Stadt damit beim Lüneburger Verwaltungsgericht nicht durch, was zu erwarten war, doch blieb der Senat trotz des Gerichtsentscheids bei seinem Verbot, und der Lübecker Innenstadtkommandant (SPD) gebrauchte sogar den Satz von der „moralischen Pflicht des Widerstandes“. Diese erstaunliche Haltung hatte weitreichende Bedeutung. In der Folge rief die SPD zu einer Mahnwache am Nordlandkai für den 13.1.88 auf, während die LIGA gleichzeitig mit ca. 150 Menschen die Schienen blockierte, so daß sich insgesamt 500 Leute in der Nacht am Kai befanden.

Als die Hundertschaften später die Blockade auflösten und der Transport passieren konnte, waren die SPD-Vertreter allerdings schon auf dem Heimweg.

Zwei Tage später wurde der LIGA bekannt, daß ein Transport mit Uranhexafluorid nach Lübeck unterwegs sei. Es wurde zum Nordlandkai mobilisiert, wo sich auch eine Reihe von SPD-Funktionären neben alarmierten BürgerInnen und zahlreichen Initiativen aus Lübeck einfanden. Es gelang, die Zollabsperungen zu durchbrechen und nach einem kurzen Geheul wurde eine Fackel von der OCHS-Kommandantur neben alarmierten BürgerInnen und zahlreichen Initiativen aus Lübeck entzündet. Es gelang, die Zollabsperungen zu durchbrechen und nach einem kurzen Geheul mit der Polizei die Schiffsanlegestelle zu besetzen. „Wobei die Zusammenarbeit zwischen uns (der LIGA) und der SPD hauptsächlich so aussah, daß die SPD durch ihre Anwesenheit neben der Verlastestelle einen Polizeieinsatz gegen uns verhinderte, während wir durch die Besetzung der Verlastestelle ein Ent-ben Beladen der TT-Linieneigenen „Saga-Wind“ blockierten.“ (Pepperlog, S. 5)

Diese Einschätzung entstand wohl-gemerkt einem von der AGL verfaßten Artikel, sie wird aber auch von Vertretern der LIGA bestätigt. Die Anwesenheit der

SPD am Aktionsort hätte politisch dazu beigetragen, eine direkte Blockade zu ermöglichen und durchzuführen, ohne daß die Polizei einschritt: „Das hat uns Rückendeckung gegeben“. In der Nacht einigte man sich darauf, daß alle Gegenstände, die auf die Fähre sollten, von den Blockierern kontrolliert werden durften, denn, so wurde behauptet, der Uranhexafluorid-Transport sei auf der Autobahn gestoppt worden und bereits auf dem Rückweg nach Frankreich.

Auf der am 16.1.88 folgenden Demonstration nahmen schließlich 3-4.000 Menschen teil, darunter auch SPD-Prominenz wie Engholm, Gerd Walter, Innen-senator Hilpert, Dieter Mairka (DGB-Lübeck) u.v.m. Am 17.1. wurde aber bekannt, daß sich der besagte Transport auf dem Gelände der BGS-Waldsee-Kaserne befand, mitten in einem Lübecker Wohngebiet. Die Telefonkette wurde ausgelöst, Lautsprecherwagen fuhren durch die Straßen und bis zum Abend waren ca. 1.000 Menschen vor der Kaserne. Damit begann eine fünftägige Blockade der Lübecker Bevölkerung. Sie war begleitet von großer Unterstützung. Renommierte Restaurants lieferten mitten in der Nacht warmes Essen, das Forstamt stellte eine Baracke zur Verfügung, Brennholz wurde geliefert, Matratzen, Decken etc.

Am Montag setzte die SPD ihren Eier-tanz fort. Hatte sie noch am Sonntag die Totalblockade unterstützt, so erklärte die Führung nun, jene wolle beendet werden, da sie die persönliche Freiheit der BGSler einschränke, die nicht mehr ungehindert nach Hause fahren könnten, obwohl sie „Unbeteiligte“ seien. In diesem Zusammenhang steht auch das Ausrücken einer Hundertschaft nach Hamburg wegen einer Demonstration zur Inhaftierung von Ulla und Ingrid. Der Versuch, diese Truppe nicht nach Hamburg abfahren zu lassen, scheiterte, da vielen vor Ort Beteiligten der Zusammenhang zwischen dem Einsatz in Hamburg und der Blockade des Transports vor der Kaserne nicht klar war. Außerdem war vom Kommandanten der BGS kurz zuvor verlautbart worden, daß er die Zwischenlagerung in seiner Kaserne unhaltbar fände und mit dem Auflegen der Blockierer durchaus sympathisierte. Dies schuf natürlich politisch eine des Bus kurz zuvor verhaftet worden, daß er die Zwischenlagerung in seiner Kaserne unhaltbar fände und mit dem Anliegen der Blockierer durchaus sympathisierte. Dies schuf natürlich politisch eine schwierige Lage für die LIGA, denn schließlich kennt man den BGS als lang-jährig engagierter AKW-Gegner in ganz anderem Zusammenhang.

Während die SPD-Führung sich zurückzog, blieb die Basis weiter vor Ort und unterstützte die Blockade. In dieser Situation wußte sich die Parteispitze nicht anders zu helfen, als daß sie nach kurzer „Pause“ wieder mitmachte.

Mit bis zu 1.500 Leuten täglich und ca. 700 in der Nacht der Räumung war der Verlauf der Blockade an sich schon sehr beeindruckend. Obwohl der Transport dann unter massivem Polizeischutz über Brunsbüttel die Kaserne verließ, war die Sache doch ein Erfolg. Erstmals war es gelungen, einen solchen Transport derart lange und mit einem so breiten Bündnis aufzuhalten und eine Totalblockade durchzusetzen. Noch in der Nacht der Räumung wurde für den 13.2. eine Großdemonstration und eine weitere Blockade für den letzten MOX-Transport am 17.2. beschlossen. Mit einem äußerst weitreichenden Bündnis (SPD und der DGB-Lübeck mobilisierten mit) wurde die Demonstration mit mindestens 10.000 Teilnehmern eine der größten in der Geschichte Lübecks. Auf der Abschlussskundgebung wurde der DGB-Vertreter ausgehört, als ihm nichts weiter einfiel, als die Thesen des DGB-Kongresses von 1986 zur Atomenergie zu zitieren.

Die Mobilisierung für die Blockade lief im gesamten norddeutschen Raum auf Hochtour. In dieser Lage empfahl das Land dem Bund, vorerst keine weiteren Transporte mehr über Schleswig-Holstein durchzuführen. Da es aber eben nur eine Empfehlung war, richtete sich die Anti-AKW-Bewegung darauf ein, daß der Transport trotzdem kommen könne. Aber am Montag lag das Spezialschiff aus Schweden, die Sigtun, immer noch im Heimathafen, und auch in Kahl waren keine Anstalten zu beobachten, die auf einen Transport schließen ließen. Dieser Erfolg, daß sie es nicht gewagt hatten, den letzten Transport zu dieser Zeit über Lübeck nach Schweden zu verschiffen, wurde dann noch in der Nacht gefeiert.



Foto: H. Wrojan

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

Novum der Bewegung

Offenbar ist es der LIGA mit dem AKAW und der AGL gelungen, eine sehr geschickte Politik zu entwickeln. Dadurch daß sie immer wieder mit klaren Forderungen an die Öffentlichkeit trat, Angebote zur Zusammenarbeit an die SPD richtete, gleichzeitig aber ihre Aktionen nicht davon abhängig machte, stand die SPD unter dem öffentlichen Druck, sich verhalten zu müssen. Während sie die Forderungen immer wieder verbal unterstützte, geriet sie vor allem auf der Ebene der Aktionen in eine schwierige Lage. Begünstigt wurde dies dadurch, daß die LIGA ihre Aktionen von vornherein breit anlegte, sie öffentlich zur Diskussion stellte und dabei sich keineswegs auf Legalität festschreiben ließ. Unter dem Stichwort „kontrollierte Regelverletzung“ wurde der Aktionstag im Oktober durchgeführt und ein klares Konzept vorgelegt, was darunter zu verstehen sei. Die Beteiligung vieler „ehrwürdiger AKW-Gegnerinnen“ in der SPD sowie deren Betroffenheit durch die Transporte schuf eine Situation, die es der SPD-Führung schwer machte, die LIGA als Chaoten oder ähnliches zu brandmarken. Um nicht vor ihrer eigenen Klientel unglaubwürdig und tatenlos zu erscheinen, mußte die SPD, wenn auch vielleicht zähneknirschend, die Anliegen der LIGA anerkennen und auf ihre Aktionen Bezug nehmen. Dadurch beteiligten sich wiederum mehr Menschen an durchaus militanten Aktionen (z.B. die Waldseeblockade). Und daß Menschen erleben, daß ihr politisches Handeln etwas bewegen kann, macht die Sache doch schließlich interessant. Für eine Partei wie die SPD aber, die die Aktion scheut und die parlamentarischen Spielregeln zu verweigern sucht, wird es nicht einfacher, wenn ihre eigenen Mitglieder und Anhänger diese Erfahrung machen. Schließlich wird dadurch ihre berühmte Sachzwang-Argumentation angekratzt.

All das mag sich auf dem Papier banal darstellen. Doch das in Lübeck Erlebte ist von der sonstigen Praxis der Anti-AKW-Bewegung weit entfernt. Berechtigt sind sicherlich die Hinweise auf die besonderen Bedingungen der Hansestadt. Einerseits die Situation eines fast permanenten Wahlkampfes, der die SPD natürlich unter erheblichen Zugzwang setzt und daher auch auf ihre „Radikalität“ schlägt. Und auch der Skandal in Hanau hat sich verstärkend auf die Mobilisierungsmöglichkeiten gegen die MOX-Transporte ausgewirkt. Sicher: Nur darf trotz dieser „Ausnahmesituationen“ nicht übersehen werden, daß die grundlegende Richtung, die die Politik der LIGA einschlägt, der Idee folgt, politische Effizienz nicht allein daran zu messen, ob hier oder da nun etwas blockiert und für ein paar Stunden aufgehalten wird. Erfolge wurden nicht nur daran gemessen, inwieweit praktisch etwas behindert werden konnte. Im Vordergrund stand vielmehr die Frage, inwieweit mit den Aktionen Menschen erreicht werden konnten und ob sie geeignet waren, die Inhalte zu vermitteln. Es mag ja sein, daß die besondere Situation in Lübeck nicht unerheblich zum Erfolg beigetragen hat, aber eine solche Politik wird in anderen Zusammenhängen und Orten oftmals gar nicht erst versucht.

Vielmehr ist es manchmal erschreckend, wenn man sich die Debatten innerhalb der Bewegung ansieht. Da wird im Zusammenhang mit der Herbstdemo in Wackersdorf um alles mögliche gestritten, nicht aber um das inhaltliche Anliegen, welches die Demo vertreten sollte. Auf der Konferenz in Neuwied vor eini-

Urananreicherung und alte Bekannte

Gronau:

Vom 11. bis 30. April findet bundesweit eine Urankampagne „Atomwirtschaft contra Umwelt- und Menschenrechte“ statt. Mit der Aktion soll gegen Uranabbau, damit verbundene Menschenrechtsverletzungen, Atomwaffen, Atomanlagen und deren Verknüpfungen demonstriert werden. Initiiert wurde die Kampagne von der Gesellschaft für bedrohte Völker und dem BUND Freiburg. Der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau, der die Aktionen unterstützt und an ihnen teilnimmt, hat dazu eine neue Broschüre „Uran aus Gronau ist überall. Fakten und Informationen über die erste bundesdeutsche Urananreicherungsanlage (UAA) im Herzen des internationalen Atomzentrums Euregio“ herausgebracht.

In einem ersten Teil werden die auf dem UAA-Informationstreffen vom 28. März 1987 gehaltenen Beiträge dokumentiert. Thematisch geht es dabei u.a. auch um den Uranabbau in Namibia. Das dort völkerrechtswidrig abgebaute Uran wird auch in Gronau verarbeitet. Weitere Beiträge befassen sich mit Technik und Risiken der Urananreicherung, mit dem Urenco-Konzern und mit der militärischen Dimension der UAA. In einem zweiten Teil folgen Beiträge u.a. zur Geschichte der UAA, zur Stellung der Urananreicherungsanlage im sogenannten „Brennstoffkreislauf“ und zur Atomregion „Euregio“.

Fortsetzung

gen Wochen wurde stundenlang um Termine und Orte gestritten, ohne daß auch nur der Ansatz einer inhaltlichen Diskussion zu erkennen gewesen wäre, warum welcher Ort vorgeschlagen wurde. Natürlich haben alle ausgewählten Orte irgend etwas mit der Atomindustrie zu tun. Nur bleibt der bittere Eindruck bestehen, daß es doch sehr beliebig und willkürlich zugegangen ist. Und man muß wohl auch sehen, daß sich die Anti-AKW-Bewegung nicht nur in der Defensive befindet, sondern sich auch immer mehr isoliert. Geradezu kurios ist der Umstand, daß die Umfrage-Mehrheiten in der BRD sich deutlich zu unseren Gunsten entwickelt haben, ohne daß die Bewegung dadurch irgend einen spürbaren politischen Rückenwind bekommen hätte. Sicher nicht der einzige, aber ein Grund mag in dem Umstand liegen, daß die Bewegung von sich aus darauf verzichtet, diejenigen Kräfte einzubinden, die den Forderungen nach Abschaltung aller Atomanlagen durchaus nahe stehen. Und indem sie auf einen leidenschaftlichen Streit mit diesen — ob mensch will oder nicht — gesellschaftlich wichtigen Meinungsträgern verzichtet, verzichtet sie auch darauf, ihre Positionen in die gesellschaftliche Wirklichkeit zu tragen.

DM, Hamburg

gio“, in der sich mit Almelo, Gronau, Ahaus und Linggen eine ganze Reihe von Atomanlagen konzentrieren.

Nüchtern zwar, aber doch auch etwas bitter resümiert der AKU Gronau in der Broschüre die Beachtung, die Gronau mit der UAA bisher in der Anti-AKW-Bewegung fand: „Im Gegensatz zu anderen Orten wie Brokdorf, Gorleben oder Wyl ist Gronau kaum als Standort einer Atomanlage bekannt. Obwohl es sich bei der UAA in der BRD um eine einmalige Anlage handelt, die zudem auch noch für die internationale Atomindustrie extrem wichtig ist, wird sie auch innerhalb der Anti-Atomkraftbewegung kaum beachtet.“ (Uran aus Gronau ist überall, S. 27) Etwas bitter ist das in der Tat. Gab es doch schon größere Aufmerksamkeiten gegenüber der Urananreicherungstechnologie in der Anti-AKW-Bewegung. Vor ziemlich genau 10 Jahren — am 4. März 1978 — mobilisierte ein internationales Bündnis 50.000 Menschen gegen die Ultrazentrifuge und gegen die Lieferung angereicherter Urans an die brasilianische Militärdiktatur. Das war die Demonstration im niederländischen Almelo. War dies für die Anti-AKW-Bewegung der Höhepunkt des Widerstands gegen die Urananreicherungstechnologie, bildete Almelo für die Herrschenden in der BRD nur einen Zwischenschritt zur eigenen Urananreicherungsanlage auf eigenem Boden in Gronau.

Wurzeln im Faschismus

Etwas bitter ist das auch deshalb: Die Anreicherungsstechnologie zählte von der ersten Stunde — und die liegt im Faschismus — zu einem der zentralen Zielpunkte des deutschen Atomprogramms. Bereits 1941 gab es den ersten Probelauf einer Uranzentrifuge. Die Entwicklung stand

des deutschen Atomprogramms. Bereits 1941 gab es den ersten Probelauf einer Uranzentrifuge. Die Entwicklung stand unter der Leitung des Hamburger Physikers Dr. Groth (KB, Almelo, Doppelpnt, 29/30 „die internationale“, März 1978). Im März 1943 gelang es, Uran auf 7% anzureichern (doppelt so hoch, wie bei heutigen Reaktoren verwendet). Im Atometat von 1943, der 2 Mio. RM auswies, war fast ein Drittel für den Bau von zehn Zentrifugen veranschlagt (D. Irving, Der Traum von der deutschen Atombombe, 1969, S. 153). 1944 bekam die Urananreicherung die militärische Dringlichkeitsstufe DE (besonderer Vorrang). Zwar konnte bis Kriegsende keine funktionsgerechte Anlage zur Urantrennung bis zur Waffentauglichkeit mehr gebaut werden, doch damit war das Projekt nicht gestorben.

Groth setzte seine Tätigkeit nach 1945 in Jülich als Leiter der Gruppe „Physikalische Chemie“ und Mitglied des Wissenschaftlichen Rates fort (KB, Almelo, Doppelpnt, 29/30 „die internationale“). Bereits 1949 erhielt er zusammen mit Hartek von der Großindustrie über eine „Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft“ die Mittel für die Fortsetzung seiner Experimente zur Urananreicherung. 1953 basierten beide unter strengster Geheimhaltung an einer Urananreicherungsanlage für Brasilien (M. Kuntzel in: Udo Schelb, Reaktoren und Raketen, Köln 1987, S. 181).

Auf offizieller staatlicher Ebene liefen die Planungen für eine Anreicherungsanlage 1956 an. Zuständig war als Beratergremium des Atomministeriums die Deutsche Atomkommission mit ihren Fachkommissionen und Arbeitskreisen. Die Planungen der Entwicklungsarbeiten für eine Anreicherungsanlage liefen im Arbeitskreis III/2 („Brenn- und Baustoffe für Kernreaktoren“) zusammen. Leiter dieses Arbeitskreises war ein Dr. A. Boettcher, wie Groth und Hartek ebenfalls ein alter Bekannter aus dem Nazi-Atomprogramm (J. Radkau, Aufstieg und Krise der dt. Atomindustrie, Hamburg 1983, S. 61). Er hatte 1940 den Aufbau des Atombereichs bei der DEGUSSA initiiert. Gleichzeitig war er hoher SS-Mann beim Reichsforschungsrat. 1944 plünderte er in dessen Auftrag wissenschaftliche Laborkontrollen in den Niederlanden. Nach dem Krieg weiterhin bei der DEGUSSA wurde er dort, gut abgestimmt mit seiner Tätigkeit in der Atomkommission, zum Vorkämpfer für das Zentrifugenmodell in der Urananreicherung. 1957 intensivierte die DEGUSSA ihr Engagement für die Ultrazentrifugentechnik zur Urananreicherung (St. Salaff, Auf Umwegen zur Atomkraft, Reihe: Kopf aus dem Sand 7, 15).

Geburtsort Hanau

1960 gelang den Wissenschaftlern der DEGUSSA-Tochterfirma NUKEM der Durchbruch in der Anreicherungsstechnik. Die Weltpresse schlug Alarm. Der

BRD wurde vorgeworfen, „die Tür für eine weltweite Mitgliedschaft im Klub der Atomwaffenmächte aufzureißen“ („Washington Post“). Das Verfahren wurde auf Druck der USA unter Geheimhaltung gestellt. Es ist das gleiche, nach dem heute die Urananreicherungsanlage in Gronau arbeitet (J. Radkau, Aufstieg und Krise ..., S. 194). Die Geburtsstunde der Gronauer Urananreicherungstechnik schlug demnach in Hanau bei der NUKEM. Es war der Einstand der zur Zeit stillstehenden Schaltzentrale der Hanauer Nuklearmafia in den Kreis der BRD-Atomindustrie. Sozusagen von Beginn an mit Pauken und Trompeten im Bombengeschäft.

Die NUKEM blieb auch in der Folgezeit in diesem Geschäft. 1969, zeitgleich mit den beginnenden Kooperationsverhandlungen zur Urananreicherung zwischen der BRD, England und den Niederlanden, wurde von der NUKEM (40%), der Hoechst AG (20%) und der Gelsenberg AG (40%) die Uranit (Uranisotopen-Trennungsgesellschaft) gegründet. Die Kooperationsverhandlungen gipfelten am 4. März 1970 im sogenannten „Almelo-Vertrag“. Dieser Vertrag sah die gemeinsame Weiterentwicklung und industrielle Nutzung der Ultrazentrifuge vor. Dazu sollten Anlagen in Capenhurst und Almelo gebaut werden. Der BRD war damals noch aufgrund der Pariser Verträge (WEU-Vertrag) auf eigenem Boden die Anreicherung über 2,1% hinaus verboten (KB, Almelo, Doppelpnt, 29/30 „die internationale“). Zur Koordinierung der gemeinsamen Ziele der drei Länder wurde die URENCO Limited gegründet. Die deutschen Interessen in der URENCO vertritt die besagte Uranisotopen-Trennungsgesellschaft mbH (Uranit) mit Hauptsitz in Jülich.

Hauptsitz in Jülich.

Gronau: Ein Baustein im BRD-Atomwaffenstreben

Leonard Beaton von der „Times“ warnte schon 1970, Almelo sei insofern eine wahrhaft „historische Ereignis“, als es „die internationale Ordnung mit der größten Herausforderung, der sie je begegnet“ sei, konfrontiere („Times“, 4.3.1970). Für ihn bedeutete Almelo im Klartext die deutsche Atombombe.

Was der BRD auf nationaler Ebene damals noch verwehrt war, erreichte sie tatsächlich mit dem Almelo-Vertrag auf der Ebene der europäischen Kooperation. Almelo war somit der notwendige Zwischenschritt, der kleine Umweg, zur Durchsetzung einer Urananreicherungsanlage auf deutschem Boden in Gronau.

Am 10.3. 1978 beantragte die Uranit als Auftraggeber und Betreiber die Errichtungsgenehmigung für eine Urananreicherungsanlage in Gronau mit einer Kapazität von 1.000 UTA/a (1.000 Tonnen Urantrennarbeit pro Jahr). Am 15.3.1985 begann stufenweise die Produktion. Der erste Bauabschnitt mit einer Kapazität von 400 UTA/a konnte am 12. Juni 1986 (kurz nach Tschernobyl) eingeweiht werden. Mit dabei und den Ausbau der Atomwirtschaft freudig begründend, der nordrhein-westfälische SPD-Wirtschaftsminister Jochimsen als Verantwortlicher der zuständigen Genehmigungsbehörde. Gleichfalls beglückt, Gronauer Bürgermeister Jäkel — wiederum SPD. Mittlerweile wird die Genehmigung der beantragten Ausdehnung auf die konzipierten 1000 UTA/a erwartet. Ein weiterer Schritt sozialdemokratischer Politik des „Einstiegs in den Aus...“.

Mit Gronau hat die BRD eine Atomanlage in Betrieb, die ihr eine Produktion von atomwaffenfähigem Material für Uranbomben auf eigenem Territorium ermöglicht. Diese militärische Dimension bildet die eigentliche Problematik der Urananreicherungsanlage. In dem jetzt in der Broschüre „Uran aus Gronau ist überall“ abgedruckten Beitrag des Physikers Dr. G. Kirchner betont dieser zur Frage von Technik und Risiken der UAA, daß die Gefährlichkeit der Gronauer Anlage „weniger in dem liegt, was sie in die Umgebung — im Normalbetrieb oder bei einem Unfall — ausschließlich an Radioaktivität freisetzt. In dem Punkt ist sie vergleichsweise ungefährlich. Das Problem liegt mehr im technisch-physikalischen Bereich. Und zwar ist es in einer solchen Anlage jederzeit ohne prinzipielle oder größere organisatorisch-technische Probleme möglich, auch Uran, das zum Bau von Atombomben geeignet ist, herzustellen. Das bedeutet, daß es eine der Anlagen ist, oder sogar die Anlage im gesamten Brennstoffkreislauf, bei der der Unterschied zwischen ziviler und militärischer Nutzung am weitesten verwischt ist, daß die Trennung alleine in den Absichten und dem guten Willen der Betreiber besteht

und denen der jeweiligen Regierung des Landes.“ (Uran aus Gronau ist überall, S.15).

Neben dieser militärischen Dimension läßt sich an der Urananreicherung die Verbindung zwischen Atomprogramm und Ausbeutung der Dritten Welt aufzeigen. In den Urananreicherungsanlagen der Urenco Ltd. in Capenhurst, Almelo und Gronau wird, wie vom ANC nachgewiesen wurde, völkerrechtswidrig in Namibia abgebautes Uran für den Einsatz in Reaktoren angereichert. Die Urenco selbst arbeitet dabei als „Lohnanreicherungs“-Unternehmen. Das heißt, das Konsortium betreibt nur die Bearbeitung — die „Trennarbeit“ — und wird dafür bezahlt, der Rohstoff bleibt Eigentum des Auftraggebers, der ihn dann nach der Anreicherung in die geeignete Form (z.B. Brennstäbe) verpacken läßt.

Urananreicherung für den Schwarzmarkt?

Interessant wird dieses Verfahren der Lohnanreicherung angesichts von Enthüllungen im Zuge des Atomskandals. Eigentümerin z.B. für das in Namibia abgebaute Uran bleibt die Rio Tinto Zinc Gruppe oder von bundesdeutscher Seite die Urangesellschaft. Letztere hält Optionen auf 10% des in Namibia abgebauten Urans.

Die Rio Tinto Zinc Gruppe steckt als Mitbegründerin der NUKEM sozusagen von Beginn an im Hanauer Sumpf. Sie ist mit 10% an der NUKEM beteiligt. Die Urangesellschaft ist über die Frankfurter Metallgesellschaft mit der NUKEM verflochten. Desweiteren unterhält die Rio Tinto Zinc im schweizerischen Zug eine Tochtergesellschaft, RTZ Mineral Service, die wiederum mit 20% an NULUX, einer luxemburgischen Tochter der NUKEM (60%) beteiligt ist („Sonntagszeitung“, 24.1.88). Die RTZ in Zug und die NULUX sind beide im Südafrika-Geschäft tätig.

Über die RTZ Mineral Service in Zug sowie die NUKEM werden die weltweiten Umdeklarierungen von Uran und Plutonium getätigt. Angeblich geht es bei diesen Geschäften nur um die Vermeidung von unnötigen Atomtransportwegen. Angeblich werden so auch „nur“ die Herkunftszuweisungen verschiedener Uranmengen umdeklariert. Ein Vorgang, mit dem immerhin internationale politische Abkommen unterlaufen werden. Genauer betrachtet wird in diesen Verfahren allerdings nicht nur die Herkunft der Spaltmaterialien umdeklariert. Es werden in diesem Etikettenschwindel auch Spaltmaterialien verschiedenster Qualität, sprich Anreicherungsgrade, gegeneinander aufgerechnet. Ein Kritiker der Euratom-Praxis faßt es in das Bild, hier würden letztlich „Birnen gegen Äpfel getauscht, gleich ist nur der Vitamin-C-Gehalt“ (Spiegel, 15.2.88). Der Trick, der das ermöglicht, ist in dem verschiedenen angereicherten Uran — z.B. waffenfähiges Uran (über 90% „Vitamin-C-Gehalt“) und Reaktor-Uran (3% „Vitamin-C-Gehalt“) — wird nur der U 235-Anteil miteinander verrechnet. Für das Geschäft muß nur dieser Gehalt in kg übereinstimmen. Der prozentuale Anreicherungsgrad, der über Waffen- oder nur Reaktortauglichkeit entscheidet, interessiert nicht mehr. Soweit die Methode.

Konkret auf die Anreicherung von Namibia-Uran bezogen hieße das: Die Rio Tinto oder die Urangesellschaft baut ab und läßt das Uran bei der URENCO zu verschiedenen Graden anreichern. Nach der Anreicherung wird es mit Hilfe der RTZ im schweizerischen Zug oder der NUKEM für den Weltmarkt umdeklariert, denn Namibia-Uran läßt sich nicht überall verkaufen.

Bekannt ist, daß in den Büchern die Umdeklarierung der Herkunftsländer über einen Austausch der diesen entsprechenden Codes vorgenommen wird. Das Uran wird sozusagen einer Herkunftswäsche unterzogen. Offen bleibt — und hier fragt auch der „Spiegel“ in seinen Enthüllungen nicht nach — ob in den Waschanlagen der RTZ oder NUKEM neben dieser Herkunftswäsche nicht sozusagen in einem Hauptwaschgang ab und zu gleich das gesamte Etikett umgewaschen wird? Konkret: Warum nicht neben der Fälschung der Herkunftsbezeichnung auch gleich eine der Anreicherungsgrade, wenn man schon Spaltstoff unterschiedlichster Grade miteinander tauscht? Der Vorteil läge auf der Hand. Begehrtes waffenfähiges Uran könnte als Reaktoruran unbemerkt und sicher mit profitträchtigem Aufschlag verkauft werden. Ein „Lohnanreicherer“ in der Familie, wie für die NUKEM die Uranit, erleichtert mit Sicherheit so manche Dienste.

Rh., Hamburg



Foto: M. Wolahn



Karlsruhe, Hanau, Mol:

# Verschollen im Plutonium-Dreieck

Plutonium: Der Stoff, aus dem die (Alp-)Träume sind. Im Kernforschungszentrum Karlsruhe fällt er an — und taucht an allen möglichen Stellen wieder auf: in Hanau, in Mol, in Marcoule. Eines haben die Untiefen dieses Bermuda-Dreiecks gemeinsam: Es tummeln sich dort viele fette Fische, mit keineswegs rein „zivilen Absichten“. Plutonium entstand bzw. entsteht in Karlsruhe in zwei Atomreaktoren und in einem Versuchs-Brüter, abgetrennt wird der so gewonnene Stoff in der „Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe“. Alle Anlagen befinden sich auf dem Gelände des Kernforschungszentrums. Damit ist in Karlsruhe das bereits Wirklichkeit, was wir in Kalkar und Wackersdorf noch verhindern können: die Plutoniumwirtschaft, der Plutoniumstaat. Neben Hanau ist Karlsruhe damit der militärisch und politisch brennendste Punkt des gesamten Atomprogramms.

## Heiße Fracht nach Hanau

Bis zu 100 kg Plutonium fallen in Karlsruhe pro Jahr an. Bisher wurde es von der Firma Transnuklear im Zwei-Wochen-Rhythmus abgeholt und zu ALKEM nach Hanau transportiert, wo neue Reaktor-brennstäbe daraus erzeugt werden sollten (Sgt. Ztg., 20.1.88). Aber die Beziehungen der beiden Firmen gehen weit darüber hinaus.

Als Beispiel sei der jüngst im ALKEM-Prozess angeklagte Atommanager Prof. Wolfgang Stoll erwähnt: Er begann seine Karriere 1961 im Institut für heiße Chemie im KFK. Aus diesem Institut wurde Anfang der 70er Jahre die ALKEM ausgekoppelt und nach Hanau verlegt. Stoll war bis zu seiner Pensionierung in diesem Jahr Geschäftsführer dieses Betriebes. Mehrere Auslandsaufenthalte hatten ihn dabei just an solche Stellen geführt, die eindeutig für militärische Bombenforschung und -produktion stehen. So hielt sich Stoll bspw. ein Jahr lang in Hanford auf, neben Savannah die Plutoniumschmelde der US-Militärs, und auch ein halbes Jahr in Chalk River (Kanada), wo der älteste in Betrieb befindliche Forschungsreaktor der Welt zu fin-

auf und werden illegal bei NUKEM gelagert. Diesmal müssen die KFK-Verantwortlichen den „Fehler“ einräumen. Transnuklear behauptet sogar, der Stoff sei ihnen in Karlsruhe „untergeschoben“ worden. So werden hinter den Vorzeigebetriebern von Transnuklear immer mehr großkalibrige Fäden sichtbar: zuerst NUKEM, dann DE-GUSSA, jetzt das Kernforschungszentrum.

Die internationale Überwachung solcher Transaktionen ist übrigens gleich null. Im Gegenteil, die „Kontrollbehörde“ EURATOM hat sogar von der Umdeklarierung „heißer Ware“ gewußt und es gedeckt. Der „Spiegel“ vom 15.2.88 berichtet von einem vertraulichen EURATOM-Papier vom Juni 86, demzufolge solche „Swaps“ nicht nur innerhalb einzelner Entwicklungsstufen möglich sind (südafrikanisches Uran wird in US-Uran umdeklariert), sondern auch von Kategorie A (z.B. Uran) zu Kategorie B (z.B. Plutonium). Die Behörde bittet aber darum, „die öffentlich nachweisbare Wäsche von Material zu vermeiden.“ (Spiegel, 15.2.88)

Halten wir fest: Es gibt mit Plutonium versetzte Uranlieferungen zwischen Karlsruhe und Hanau und möglicherweise anderen Orten. Die Verantwortlichen dafür flüchten sich in wenig plausible Erklärungen. Eine genauere Untersuchung der Vorfälle ist unmöglich, weil die mögliche Bombenstoffe im ALKEM-Bunker unter Verschluss liegt, und weil die Kontrollbehörde EURATOM bei ähnlichen Geschichten kräftig mitgeschoben hat.

waren schon im Frühjahr 1987 aufgetaucht: Am 27.2. fand in der sog. „Schrottabteilung“ der Hanauer NUKEM ein Plutonium-Unfall statt. Überraschung Nr. 1: Die NUKEM darf laut Betriebsgenehmigung nur mit Uran, nicht aber mit Plutonium hantieren. Überraschung Nr. 2: Das Plutonium war Teil einer Uran-Probe, die vom Kernforschungszentrum Karlsruhe geliefert worden war.

Die Uran-Probe hatte zwar nur ein Gewicht von 4,3 Gramm, der Plutonium-Anteil wog sogar nur ganze 0,2 Gramm; indes, umgerechnet sind das immerhin 5%. Hinzu kommt, daß die kleine Probe Teil einer elf Tonnen (!) schweren Uran-Sendung gewesen sein soll, die das Kernforschungszentrum in den Monaten zuvor „zur Umarbeitung“ an die NUKEM geschickt habe (Basler Zeitung, 14.3.87). Am 4.4. zitiert die „Tageszeitung“ einen Sprecher des Hessischen Wirtschaftsministeriums, es gebe „handfeste Beweise“, daß sich das Plutonium „auf eine Liefermenge von 1,5 kg verteilt“ habe. Am 5.6. informieren die Grünen auf einer Pressekonferenz darüber, daß auf Anordnung des Wiesbadener Umweltministers Weimar 100 kg (!) schwach bestrahlten Urans (!!) in den Plutoniumbunker (!!) der Schwesterfirma ALKEM zur Verwertung genommen worden seien.

Beim Kernforschungszentrum schiebt man den Schwarzen Peter weiter. Man habe die plutoniumhaltigen Proben nämlich schon 1970 vom „Europäischen Institut für Transurane“ bekommen. Was man nicht erfüllt: Auch dieses Institut befindet sich auf dem Gelände des Kernforschungszentrums. Zu seinen Aufgaben gehört die Erkennung von Eigenschaften der Transurane, vor allem von Plutonium.

Darüberhinaus wissen die Karlsruher Verantwortlichen gar nichts. Weder „ob eventuell noch von anderen Lieferanten plutoniumhaltiges Uran bezogen wurde“, noch ob man selber außer nach Hanau auch noch an andere Stellen dieses Material geschickt habe (taz, 19.3.87). Die Begründung für diese Unkenntnis ist unglaublich: Den Karlsruhern seien mögliche weitere Empfänger nicht bekannt, weil die mit der Angelegenheit befaßten Angestellten nicht mehr im Kernforschungszentrum tätig seien (taz, 18.3.87).

Aktuell ist von einer weiteren seltenen Materialverschickung von Karlsruhe nach Hanau zu hören: Sechs Tonnen Karlsruher Natururan tauchen in Hanau auf und werden illegal bei NUKEM gelagert. Diesmal müssen die KFK-Verantwortlichen den „Fehler“ einräumen.

auf und werden illegal bei NUKEM gelagert. Diesmal müssen die KFK-Verantwortlichen den „Fehler“ einräumen. Transnuklear behauptet sogar, der Stoff sei ihnen in Karlsruhe „untergeschoben“ worden. So werden hinter den Vorzeigebetriebern von Transnuklear immer mehr großkalibrige Fäden sichtbar: zuerst NUKEM, dann DE-GUSSA, jetzt das Kernforschungszentrum.

Die internationale Überwachung solcher Transaktionen ist übrigens gleich null. Im Gegenteil, die „Kontrollbehörde“ EURATOM hat sogar von der Umdeklarierung „heißer Ware“ gewußt und es gedeckt. Der „Spiegel“ vom 15.2.88 berichtet von einem vertraulichen EURATOM-Papier vom Juni 86, demzufolge solche „Swaps“ nicht nur innerhalb einzelner Entwicklungsstufen möglich sind (südafrikanisches Uran wird in US-Uran umdeklariert), sondern auch von Kategorie A (z.B. Uran) zu Kategorie B (z.B. Plutonium). Die Behörde bittet aber darum, „die öffentlich nachweisbare Wäsche von Material zu vermeiden.“ (Spiegel, 15.2.88)

Halten wir fest: Es gibt mit Plutonium versetzte Uranlieferungen zwischen Karlsruhe und Hanau und möglicherweise anderen Orten. Die Verantwortlichen dafür flüchten sich in wenig plausible Erklärungen. Eine genauere Untersuchung der Vorfälle ist unmöglich, weil die mögliche Bombenstoffe im ALKEM-Bunker unter Verschluss liegt, und weil die Kontrollbehörde EURATOM bei ähnlichen Geschichten kräftig mitgeschoben hat.

## Marcoule: The French Connection

Mittlerweile ist für die „Stuttgarter Nachrichten“ klar, daß „tatsächlich Karlsruher Plutonium in Frankreichs Bomben strahlt“ (St.N., 23.1.88).

Nach verschiedenen Recherchen ergab sich für die Zeitung folgendes Bild: „Aufgrund eines 1973 zwischen dem KFK und dem französischen Atomenergiekommissariat geschlossenen Vertrages wurden 1976 in der SAP-TOP-Anlage in Marcoule 1,65 Tonnen schwach bestrahlter Uranbrennstoff aus dem Karlsruher Meiler KNK-I aufgearbeitet.“

Dazu muß mensch wissen, daß der KNK-I ebenfalls auf dem Gelände des Karlsruher Kernforschungszentrums liegt, und daß schwach bestrahltes Uran sich dadurch auszeichnet, daß es Plutonium von ziemlicher Waffentauglichkeit enthält (Faustregel: Je kürzer bestrahlt, um so waffentauglicher).

Was geschah nun in Marcoule mit dem Karlsruher Plutonium? Darüber gehen die Meinungen auseinander. Die Vermutung der „Stuttgarter Nachrichten“, daß es in französischen Bomben gelandet sei, hat einiges für sich, denn in Marcoule gibt es keine Trennung in militärisch und

LA Mol tätig. NUKEM schmierte Mitarbeiter dieser Einrichtung mit 50.000 DM. — Seit 1981 unterhält das KFK in Mol eine Anlage zur Plutoniumgewinnung. Diese Anlage entzieht sich auf dreierlei Weise der Kontrolle: Zum einen liegt sie auf dem Gelände der stillgelegten WAA der Eurochemic, und zu stillgelegten Anlagen haben die Kontrollleure der IAEA keinen Zutritt. Zum zweiten hat man die aufwendigen deutschen Genehmigungsverfahren für solche Anlagen umgangen. Und zum dritten arbeiten die Karlsruher mit Materialen, die per Definitionem keinen internationalen Kon-

Karlsruhe selber am 23.12.87 107, Mitte Januar 108 Stück.

Am 23.12. beauftragte der baden-württembergische Umweltminister Vetter das KFK mit der Untersuchung von zehn Fässern. „Diese Stichprobe wurde“, so Vetter, „nach Hinweisen der Staatsanwaltschaft zusammengestellt“. Die „Heilbronner Stimme“ weiter: „Hinweise der Staatsanwaltschaft bedeuten in diesem Zusammenhang, daß man versucht habe, bevorzugt jene Fässer zu untersuchen, die den Skandal ausgelöst hatten. Es handelt sich dabei um 321 Fässer, deren Inhalt laut Auskunft belgischer Behörden zweifelhaft sei. 15 dieser Fässer lagern derzeit noch in Baden-Württemberg, alle in Neckarwestheim. Zwei davon werden in Karlsruhe untersucht.“ (H.St., 14.1.88)

Diese Meldung wirft neue Fragen auf: Warum werden statt 15 verdächtigen nur zehn Fässer untersucht? Warum werden von den zehn zu untersuchenden Fässern nur zwei (mittlerweile fünf) nach Karlsruhe gebracht?

Es gibt weitere Ungereimtheiten: Der Minister ordnete die verdächtigen zehn Fässer alle in Neckarwestheim (s.o.), das KFK gibt an, die Fässer seien aus Neckarwestheim und Philippsburg. Weiterhin ist unklar, wer jetzt eigentlich wofür geschnitten worden ist: Laut „Zeit“ vom 28.1. sind es drei Mitarbeiter des KFK, was von dort aber dementiert wird. Noch seltsamer ist der Hinweis auf Schmuggeldempfinger bei der Kraftanlagen GmbH in Heidelberg und beim TÜV Mannheim. Diese Firma nämlich hat mit Atomüll rein gar nichts zu tun, sondern fertigt technisches Gerät. Welchen Gefallen sollte sie der Plutoniumindustrie tun?

Besvor jemand lästige Fragen stellt, muß schnell zur Tagesordnung übergegangen werden. Zur Beruhigung werden die Messergebnisse der ersten fünf Fässer bekanntgegeben: Es wurde „lediglich“ eine Pu-Konzentration zwischen 0,1 und 2,8 Milligramm pro Fäß festgestellt. Daran machte Vetter sehr schnell die Verallgemeinerung: „In sämtlichen 2400 aus Mol stammenden Fässern, die in der Bundesrepublik lagerten, befanden sich 310 Milligramm (...) Plutonium.“ (Eßlinger Zeitung, 14.1.88) Aber: Was ist denn eigentlich in den restlichen fünf der „verdächtigen“ 15 Fässer, wo Vetter sich überlegt, ob er die überhaupt noch untersuchen lassen soll? Ganz zu schweigen von den übrigen 75.000, die lt. „Reutlinger Generalanzeiger“ vom 27.1. in Baden-Württemberg lagern ...

Die Hauptfrage jedoch lautet: württemberg lagern ... Die Hauptfrage jedoch lautet:

## Wieviel Plutonium ist in Karlsruhe gebunkert?

Der Chef der Karlsruher WAA, Schüller, gab gegenüber der „Stuttgarter Zeitung“ an, im „Inventory“ der WAA seien ständig 10 kg Plutonium. Das mag ja vielleicht stimmen, aber wieviel lagert auf dem benachbarten Grundstück des Kernforschungszentrums?

Vorsorglich weisen die dortigen Verantwortlichen darauf hin, daß auch bei „107 (oder 108 ?) Fässern eine Plutoniumkontamination zu erwarten sei. Erstens seien die 200 l-Fässer mit schwachaktiven Abfällen aus Neckarwestheim wohl schon in Mol mit Pu verseucht worden. Und zweitens habe man sie in Karlsruhe zusätzlich „mit plutoniumkontaminierten Verdampferkonzentrationen aus eigener Produktion einkontaminiert.“ (lt. Aushang im KFK vom 29.12.87)

Noch viel wichtiger sind die Plutonium-Anteile des Schnellen Brüters KNK II: Offiziell zugegeben wird, daß sein 1,65 t schwerer Brutkern mit einem Plutonium-Anteil von über 150 kg seit seiner Auswechslung auf dem KFK-Gelände gelagert wird (s. KFK-Broschüre: Wie sicher ist der Schnelle Brüter, S.13). Das steht also schon klar im Widerspruch zu den von Schüller genannten 10 kg Plutonium. Noch rätselhafter aber ist der Verbleib des erwiesenermaßen höchst waffentauglichen Plutoniums aus dem Brutmantel des KNK II. Nirgends in den KFK-Publikationen ist auch nur ein Sternchenwort darüber zu lesen, wieviel Plutonium dort angefallen ist, wo es aufbereitet wurde, wo es gelagert ist. Dabei rühmte sich das KFK schon in seiner Presseerklärung vom 13.1.86, bestrahlte Brüterelemente des KNK II nun endlich selbst aufbereiten zu können. Die Pu-Entnahme aus dem Brutmantel ist im Vergleich dazu noch wesentlich leichter.

Daraus ergibt sich: Die Karlsruher haben eine zig-fach höhere Menge Plutonium auf ihrem Gelände, als sie der Öffentlichkeit gegenüber angegeben haben. Was soll das Versteckspiel?

Jürgen Elsässer

### Notiz

26.11.1986  
Dr./v.u.  
20 52

**Eingang**

☒ Telefonat ☐ Besuch ☐ Besprechung ☐ Brief

mit/von Herrn Andreas, NUK  
am 25.11.1986 um 16:50  
Bsp.:

**Kapitel**

1. Ursprungsfrage

a) Für einen Ursprungsfrage hat NUK noch ca. 200 MTU als Natur UPE (Äquiv. ca. 522.000 (bz. U100) bei Uranen bis März 1987 zur Verfügung. → d.h. ca. 250000 (bz. NUK) bei Uranen bis März 1987. NUK würde den brasil. Ursprung gegen Code P Material tauschen (eine Tauschgebühr ist noch festzulegen), um den negativen Code P Stand bei Uranen auszugleichen. B.B. SA (Ers)

b) Einen Ursprungsfrage CAM (WUKM) gegen AUS (NWE) steht nichts im Wege (eine Tauschgebühr ist noch festzulegen). Einziges Ausrüstung: Es darf kein Nachteil für NUK entstehen.

2. Teila

NUK hat in Weisweiler ca. 2.500 t Teila lagern (fast ausschließlich handl. Ursprung, zurück von TBE Anlieferung). Ca. 1.500 t werden mit der Zeit zur Code P für die Endbearbeitung geliefert. Ca. 1.000 t werden noch mind. 10 Jahre in Weisweiler lagern.

Für Gruppe irgendwelcher Art steht dieses Material zur Verfügung.

B. Tonia  
B. Tonia

Nukern-Aktennotiz

aus: Kernforschungszentrum Karlsruhe

Nukem-Aktennotiz

aus: Kernforschungszentrum Karlsruhe

zivil genutzte Anlagen. Im Gegenteil: Marcoule war von Anfang an die französische Atomwaffenindustrie. Im April 1982 schrieb der Wirtschaftsjournalist Lammers, der dem französischen Strommonopolisten EDF nahesteht, in der Fachzeitschrift „Energies“: „Das Plutonium (militärischer Qualität) stammt bisher nur aus der Wiederaufbereitung der Brennelemente der Reaktoren G2 und G3 in Marcoule.“ Die dortige WAA unterliegt der militärischen Geheimhaltung. Die Wiederaufbereitung von Brennelementen aus zivilen Reaktoren — so der Pariser Atomexperte Mycle Schneider — erfolgt erst seit Ende der 70er Jahre, also nach dem Deal mit Karlsruhe.

Die andere, im Grunde noch weitaus verdächtigere, Version kommt von den Karlsruher Atomforschern selbst: Sie behaupteten — so gegenüber der „Stuttgarter Zeitung“ vom 22.1.88 — die 1,65 t Uran, die 1976 nach Marcoule geliefert worden seien, hätten 2,8 kg Plutonium enthalten. Dieses sei von den Franzosen keineswegs zum Bombenbau verwendet, sondern — zurück nach Hanau geschickt worden, zur Firma ALKEM.

Halten wir fest: Plutonium gelangte von Karlsruhe über Marcoule entweder in französische Bomben, oder nach Hanau zu ALKEM.

## Mol: Eine Karlsruher Filiale?

Schon seit Beginn der 70er Jahre hat das KFK einen Kooperationsvertrag mit dem CEN in Mol und der Skandalfirma Belgonucleaire. Ein offizielles Verzeichnis der Abteilungen des KFK führt als Außenstelle auch den „Belgischen Reaktor 2 Mol“ an. Was Karlsruher (und Hanauer) Wissenschaftler in Mol zusammenbräuen, läßt sich im Augenblick überhaupt noch nicht vollständig überschauen. Bekannt geworden ist bisher das Folgende: — Die DWK betreibt in Mol die Versuchsanlage PAMELA zur Konditionierung von hochradioaktivem Müll. Entwickelt wurde das Verfahren in Karlsruhe bei der WAK, die ja ebenfalls eine Tochter der DWK ist (s. KFK-Pressemitteilung vom 13.3.86). Karlsruher Wissenschaftler sind also mit ziemlicher Sicherheit bei PAME-

trollen unterliegen, nämlich mit schwach- und mittelradioaktiven Abfällen.

Diese Stoffe werden bislang nicht kontrolliert, weil sie als nicht waffentauglich gelten; die KFK-Leute betreiben nun aber in Mol ein Verfahren, um aus eben diesen recht harmlosen Stoffen das hochbrennende Plutonium zu gewinnen, die sog. Naßveraschung. Das Verfahren war ab 1975 in Karlsruhe selber, ab 1978 dann mit der Belgprocess entwickelt worden.

Von 1983 bis 1985 wurden auf diesem Wege in Mol aus vier Kubikmetern dieser Abfälle sechs Kilogramm Plutonium produziert. Der „Deutsche Depeschendienst“ (ddp) faßte am 15.1.88 die Fakten so zusammen:

„Bundesumweltminister Töpper ließ gestern darauf hinweisen, daß das Plutonium im Geltungsbereich außerhalb des deutschen Atomgesetzes hergestellt worden sei. Die KFK ist eine Gesellschaft mit nahezu 100% Bundesbeteiligung. Sollte eine Quasi-Bundesgesellschaft im Ausland waffentaugliches Plutonium produzieren haben?“

Der „Spiegel“ zitierte einen niederländischen Journalisten mit dem Resümee: „Die Deutschen haben Mol längst kolonialisiert.“ (25.1.88)

Die „Deutsche Presseagentur“ ergänzte mit Hinweisen auf eine Quelle, die „hinterdick geheimgehalten wurde: Aus einem Bereich des Atomzentrums Mol, in dem die Kontrollen der Internationalen Atombehörde nicht erfolgen, sei spaltbares Material ins Ausland geliefert worden.“ (taz, 21.1.88)

Ins Ausland — das kann natürlich auch heißen: Von Belgien zurück in die Bundesrepublik. Die „Quick“ stellt bezüglich des von den Karlsruher Forschern in Mol gewonnenen Plutoniums die berechnete Vermutung an: „Keiner weiß, wo der Stoff heute ist und ob das Hanauer Atomdorf eine Rolle spielt.“ (20.1.88)

## Was wird in Karlsruhe vertuscht?

632 der Transnuklear-Fässer sind in Baden-Württemberg. Davon lagerten in

## Anzeige

### Kernforschungszentrum Karlsruhe

Schleichwege zur Atomfabrik?

## Herausgeber:

Forschungsgruppe Atomwaffenentwicklung

## Unterstützer:

Aktionskreis Wackersdorf, Tübingen  
Arbeitskreis Reaktoren & Raketen, Stuttgart  
Kommunistischer Bund (KB)  
Südafrika-Initiative, Freiburg  
Bürgerinitiative für die Stilllegung der Atomanlagen, Karlsruhe

## Bestellungen:

nur gegen Vorkasse möglich: Scheck, Bargeld oder Einzahlungsbetrag beilegen und die Bestellung schicken an  
Hermann Löhr, Mirabellenstr. 30, 7000 Stuttgart-Oberthürkheim  
Landespostkassette Stuttgart (LG), Kt. Nr. 500917  
Einzelpreis: 3,- DM (+ 1,- DM Porto)



Malville:

## Brüterpanne schlimmer als zugegeben

„Drohte Genf und der Westschweiz eine Katastrophe?“ fragte der Schweizer „Tages-Anzeiger“ (10.2.88). Spärlisch sind die Pressemeldungen über die finsternen Zustände im bösen Dorf, Malville, wo das Atomkraftwerk der Superlative steht: die größte, modernste, gefährlichste der Welt. Seit Ende Mai des Vorjahres ist der 1200 Megawatt Brüter Superphoenix gegen den hartnäckigen Widerstand seiner Betreiber abgeschaltet. Aber erst jetzt erfährt man allmählich Genaueres über die Gründe für diese Maßnahme. Malville liegt am Oberlauf der Rhone zwischen Lyon, Grenoble und Genf und wurde von den Franzosen aus den gleichen unläuternden Motiven als Brüterstandort gewählt, aus denen man hierzulande Wackersdorf für die Wiederaufarbeitungsanlage favorisiert: möglichst weit nach Osten. Weil ja der Wind im allgemeinen dorthin weht. Das nennt man Vertrauen in die eigene Sicherheitsphilosophie...

Ehre, wem Ehre gebührt: Zunächst kam die „taz“ (2.1.88) auf die nun schon ein Jahr zurückliegenden Ereignisse in Malville zurück, von denen man seinerzeit nur vergleichsweise wenige Agenturmeldungen zu lesen bekam: In dem Kühlsystem mit flüssigem Natrium gebe es ein Leck, das den Betrieb jedoch nicht beeinträchtige, weil es — so die Standardauskunft aller AKW-Betreiber bei Pannen — keine Sicherheitsrelevanz Komponenten betreffe. Die „taz“ wußte nun zu berichten, das Leck betreffe zwar nicht den Primärkühlkreislauf des Reaktors, wohl aber ein „Herzstück“ des Systems, nämlich einen Zwischentank, der im Normalfall mit der beachtlichen Menge von 700 Kubikmetern flüssigen Natriums gefüllt ist (Natrium entzündet sich bei Luftkontakt sofort und explosionsartig — einer der vielen Gründe, weshalb ein Brüter-GAU noch eine ganz andere Katastrophendimension bedeu-



Französische CRS-Truppen mit Tränengasgranaten gegen AKW-Gegner am 30.7.77

ter als ein ganz andere Katastrophendimension bedeutet, als etwa Tschernobyl gewesen ist). Diesen Zwischentank müssen die Plutonium-Brennelemente des Superphoenix beim Be- und Entladen passieren.

Das Leck verursachte zum Glück keinen Natriumbrand, weil die Wände dieses Tanks im Abstand von 10 cm (seitlich) bis 30 cm (unten) von einer Sicherheitshülle umgeben sind, die eine Luftzufuhr verhindert. Dieses Sicherheitskonzept macht es jedoch problematisch, ein Leck aufzufinden und unmöglich, es zu beheben, ohne den ganzen Tank zu entleeren, die Hülle aufzubrechen etc. Wegen der Ausfallkosten, die zu den geschätzten 130 Millionen DM Reparaturkosten hinzukommen, beantragte die Betreibergesellschaft NERSA im Dezember letzten Jahres, den Betrieb des Superphoenix einfach ohne Lagertank wieder aufzunehmen. Doch der Antrag wurde vom (konservativen) französischen Industrieminister Madelin abgelehnt. Da ein Materialfehler wahrscheinlich ist, machte die Pariser Regierung nicht nur die Reparatur sondern auch eine Art Generaluntersuchung des Brüters zur Auflage. Allerdings fragt man sich, was von der etwas überraschenden Verweigerungshaltung von Chirac und Co. nach den Präsidentschaftswahlen in Frankreich übrig bleiben wird, wo der Premier vielleicht nicht gerade als „Phoenix“ gegen die „Sphinx“ miteinander antreten will (M. hat seine Kandidatur immer noch nicht offiziell erklärt).

Die „Frankfurter Rundschau“ präziserte am 5.2.88, das Leck habe man überhaupt erst nach Entleeren des Tanks mit Röntgenkameras gefunden. Es handele sich um einen 46 cm langen Riß im Stahlmantel. Sieben ähnliche Risse seien in den Stützvorrichtungen des Kühlmittelbehälters gefunden worden und weitere Funde zu erwarten, da die Untersuchung noch gar nicht abgeschlossen sei. Trotzdem hätte die Superphoenix-Direktion für Inbetriebnahme argumentiert, denn der Brüter könne noch 320 Tage ohne Austausch von Brennelementen laufen; bis dahin werde man schon eine Lösung finden. Daß es bei dem ausgefallenen Zwischentank auch unmöglich wäre, im Falle eines Falles — von dem wir alle hoffen, daß er nie eintritt — den Brüter rasch zu entladen, fanden die Betreiber nicht besonders problematisch, die „FR“ aber immerhin „recht abenteuerlich“. Die Zeitung gibt die geschätzten Reparaturkosten (ohne Ausfallkosten) mit 1 Milliarde Franc (ca. 300 Millionen DM) an; 25 Mrd. F. habe der Brüter insgesamt gekostet.

Die „FR“ zitiert auch einen durchgeknallten Bettelbrief dreier Lokalpoli-

tiker an den Pariser Industrieminister, das Ding trotz alledem unverzüglich wieder in Betrieb gehen zu lassen, als ob sie andernfalls verhungern müßten. Bei den Unterzeichnern handelt es sich um den Bürgermeister von Malville, ein beim Superphoenix beschäftigter Nukleartechniker, um einen Departementsvertreter der Sozialistischen Partei (!) und um den konservativen Bürgermeister des benachbarten, etwas größeren Orts Morestel. Morestel war vor knapp elf Jahren Treffpunkt der westdeutschen Teilnehmer für die große Malville-Demonstration (30./31.7.77): große Teile der Bevölkerung hatten sich damals vehement gegen den Brüterbau gewehrt.

Am 10.2.88 geht auch der „Tages-Anzeiger“ mit einem Artikel seines Genfer Korrespondenten auf das Thema ein. Er erinnert daran, daß der Brüter 1984 fertiggestellt war und dann stufenweise angefahren wurde, um am 14.1.86 erstmals Strom ans Netz abzugeben (nach Angaben der „taz“ ist es seitdem nicht gelungen, Superphoenix länger als 48 Stunden mit voller Leistung zu fahren). Die Schweizer Zeitung spricht vom Vorliegen eines 3500 Seiten starken Untersuchungsberichts, dessen Ergebnisse der Öffentlichkeit nur zum Teil zugänglich seien. Darin sei von 98 Rissen mit bis zu 60 cm Länge die Rede. Mit einem Stillstand von mindestens anderthalb bis zwei Jahren müsse gerechnet werden. Möglicherweise sei das schon das endgültige Aus für die Anlage.

Der „Tages-Anzeiger“ weist darauf hin, daß es für Genf so gut wie keine Katastrophenvorsorge gebe und zitiert die „Weltwoche“ vom November 1986: „Geht Phoenix in die Luft, kann Genf nur noch beten.“ Deshalb gibt es immer wieder über die schweizerisch-französische Grenze aufflammende Kontroversen; etwa als der Superphoenix-Direktor im Oktober 1987 erklärte, „wenn sich die Genfer selbst Angst machen, dann will ich sie nicht daran hindern. Manche haben Freude daran“, was unter den Angesprochenen natürlich Verärgerung über den „vollkommen deplazierten Hohn“ bewirkte. Ende letzten Jahres erlebte die Westschweiz wieder Protestaktionen gegen den französischen Brüter. Innerhalb 2000 Demonstranten führten Straßenblockaden u.a. durch, bezeichneten den französischen Premier Chirac als Terroristen und beschimpften den eigenen Behörden und Unfähigkeit. Und so gibt es, wie sich der Reisende selbst überzeugen kann, in der Genfer Region wieder Parolen gegen Malville an Brücken und Hauswänden, nachdem von dort schon vor einem Dutzend Jahren wesentliche Initiativzündungen für den Kampf gegen Superphoenix ausgegangen waren (u.a. sogar von progressiven Physikern des europäischen Forschungszentrums CERN).

### Modell Harrisburg, Modell Tschernobyl, Modell Malville...?

Der eigentliche Schock über diese Nachrichten stellt sich aber ein, wenn man zur Kenntnis nehmen muß, wie die Techniker und Betreiber des Superphoenix verfahren, als ihnen das Kontrollsystem die Existenz eines Natrium-

lecks anzeigte. „taz“: „Der erste Alarm am 8. März 1987 blieb ohne Konsequenz. Die Sicherheitsbehörden notierten später: „Aufgrund von Irrtümern in der Alarmbeschriftung und der Gewöhnung des Werkpersonals an Fehler in den Erkennungssystemen von Natriumlecks wurde dieser Alarm als Fehlalarm interpretiert.“ Nach vier Wochen vergeblicher Fehlersuche im Alarmsystem stellte man endlich fest, daß im Lagertank, 15 bis 20 Kubikmeter Natrium fehlten.“

Da es sich wirklich nicht um eine Bagatelle handelt, soll auch die Darstellung der anderen Quellen erwähnt werden. Aus der verlausulierten For-

mulierung der „FR“ wird man beispielsweise nur schlau, wenn man bereits anderweitig informiert ist: „Das (die Risikolosigkeit; Anm. AK) hatten die Superphoenix-Techniker von Anfang an behauptet, als sie im vergangenen Frühjahr erst nach mehreren Wochen einen rätselhaften Schwund des... Natriums... feststellten.“ Sehr indirekt zwar, aber doch eine Bestätigung des von der „taz“ genannten Sachverhalts: Es hat eine Anfangsbeobachtung und eine spätere Feststellung „nach mehreren Wochen“ gegeben. Klipp und klar schreibt der „Tages-Anzeiger“: „Bemerkenswert ist das Verhalten der Ingenieure von Malville, das fast an Tschernobyl erinnert: Da ein Leck im Zwischenlager als völlig ausgeschlossen galt, wurden die Alarmsignale vorerst einmal abgestellt.“

Tatsächlich war es genau die gleiche Mentalität, die nicht nur in Tschernobyl 1986, sondern auch in Harrisburg 1978 zur Katastrophe geführt hatte. Was der Sicherheitsbericht an die französische Regierung schamhaft als „falsche Alarmbeschriftung“ und „Gewöhnung des Personals“ an Fehlalarme umschreibt, ist in Wirklichkeit ein schon religiöser, grotesker Glaube in die Unfehlbarkeit der Atomanlagen, der bei denjenigen, die damit arbeiten, weltweit und unbeirrbar dazu geführt hat, daß man immer und immer wieder die Anzeigen des eigenen Kontrollsystems ignoriert, weil das, was dort angezeigt wird, angeblich nur alle zehn- bis hunderttausend Jahre passiert. Was nicht sein darf, das nicht sein kann. Man glaubt einfach nicht, daß da ein Leck ist. Und wenn ein Reaktor Gefahr läuft, durchzubrennen, dann wird er immer durchzubrennen, weil auf der Kommandobrücke nie jemand den Meßinstrumenten glauben wird, daß er gerade durchbrennt.

Vor diesem Gefahrenfaktor, der nach Harrisburg und Tschernobyl nur als dramatisch charakterisiert werden kann, kann man alle Vorkehrungen, Krisenmanagements, Sicherheits- und Notsysteme getrost vergessen. Sie werden ohnehin, wenn überhaupt, dann zwangsläufig zu spät benutzt werden. Ganz abgesehen davon, daß einem Schnellen Brüter kaum mit Feuerwehreinräumen zuleibe gerückt werden kann, wie sie in Tschernobyl — unter Aufopferung von Menschenleben — gerade noch möglich waren. Hier handelt es sich um ein System, in dem konsequent bei rot über die Ampel gefahren wird, wobei sich Fahrer und andere Insassen alkoholisiert auf die Schultern klopfen.

Nun wird man von menschlichem Versagen sprechen und Ingenieure, Techniker, Facharbeiter etc. meinen. In der Tat versagen diese Personen — sogar in einem sehr allgemeinen Sinn von „menschlich“. Schlimmer noch: die Betreffenden führen ein gestörtes Leben, offensichtlich auch privat, wie der bundesdeutsche Bestechungskandal zeigt. Kurzum: Sie sind beknaakt, sie haben wirklich ein paar Schrauben locker. Erst recht und ganz besonders, wenn sie am Schaltpult von Atomkraftwerken stehen. Andererseits verhalten sie sich genau so, wie es von ihnen verlangt wird. Die sogenannte „Sicherheitsphilosophie“ ist nicht auf klarem Mist gewachsen. Sie setzen nur die Ideologie in die Praxis um, mit der die Herrschenden die Atomprogramme durchziehen, realisieren minutiös, was Unternehmer, Politiker und nicht zuletzt Militärs von ihnen verlangen. Zu diesem Zweck müssen sie genau so verückt sein, wie sie es sind. Das eben ist die Praxis einer Herrschafts-„Wissenschaft“.

de.

Hanauer Demo am 19.3.:

## Verpaßte Chance

Es ist bemerkenswert, wie sehr die bundesweite Anti-AKW-Bewegung, die angesichts der Atomkatastrophe in und um die Hanauer Nuklearbetriebe an sich beste Möglichkeiten hätte, den Protest zu verbreitern, den Entwicklungen hinterherhinkt. Auch die für den 19.3. in Hanau geplante, von der Initiative Umweltschutz Hanau (IUH) und der Atommüllkonferenz in Neuwied verabredete bundesweite Großaktion hat sich mittlerweile auf ein regionales Bündnis in Hanau und dem umliegenden Main-Kinzig-Kreis reduziert.

Erfreut und überrascht hatte die Mehrheit der Initiatorinnen in Neuwied Anfang Februar die Ankündigung des Sprechers der IUH zur Kenntnis genommen, nun doch in Hanau eine bundesweite Großdemonstration durchführen zu wollen, nachdem die Hanauer zunächst eine Demo in Bonn favorisiert hatten. Daß die IUH nun durchstarrte, heißt hoffen, daß endlich eine angemessene politische Reaktion auf die Enthüllungen über den Hanauer Sumpf zustande kommen sollte. Mühsam machen mußte allerdings von vornherein das von der IUH angesetzte Demonstrationsdatum und seine Begründung: Am 19. März 1985 wurde Hanau Standort von Pulverfabriken der Nazi-Rüstungsfirmen Degussa, durch einen alliierten Luftangriff weitgehend zerstört. Die Bezeichnung auf dieses Ereignis ist in diesem Zusammenhang — milde ausgedrückt — einseitig und verkürzt und könnte eher als das Anknüpfen an rechte Stimmungen, die Selbstdarstellung als „Opfer“ des Krieges, denn als antimilitaristische Mahnung aufgefaßt werden.

Bei den Vorbereitungstreffen in Hanau wurde in der Folge schnell deutlich, daß es der IUH nicht um eine gleichberechtigte Demonstrationsvorbereitung mit bundesweitem Trägerkreis ging, sondern bestenfalls um eine bundesweite Mobilisierung zu allein in Hanau festgelegten Geschäftsbedingungen. Nun wird die Anti-AKW-Bewegung, wenn sie klug beraten ist, sich bei Vorbereitung von Großaktionen nicht arrogant über das Votum der lokalen Initiativen hinwegsetzen, sondern diesen, die ja auch die Hauptlasten der Vorbereitungen tragen, immer ein besonderes Gewicht einräumen. Hier aber nahm die IUH zusammen mit einem öri-

entlichen Trägerkreis klare Festlegungen vor, die gegen den Rest der Bewegung durchgezogen werden sollten und mit einem solidarischen Miteinander nichts mehr zu tun haben: Alle wesentlichen Entscheidungen sollten ausschließlich die Initiativen vor Ort fällen. Auf keinen Fall soll die Demonstration direkt zu den Hanauer Nuklearbetrieben führen. Auch die Abschlussskundgebung soll auf einem Platz außerhalb der Hanauer Innenstadt stattfinden. Im Demonstrationsaufruf muß explizit ein Aufruf zur „Gewaltfreiheit“ enthalten sein. Damit legen die Hanauer das Bündnis auf eine einseitige Linie fest, die wesentliche Teile der Anti-AKW-Bewegung ausschließt.

Ausdrücklich wurde diese Konzeption als „Modell für die Zukunft“ gepriesen, womit gleichzeitig die These, daß hier interessierte Grünen- und SPD-Kreise im Hintergrund mitgesteuert haben, einige Realitätsnähe bekommen hat.

Auf den Terminen selber begründeten die Hanauer ihr Vorgehen mit der Hoffnung, daß in der Atomstadt heute ein Meinungsumschwung zugunsten der AtomkraftgegnerInnen unmittelbar möglich wäre, eine „Riesenchance“, das Atomprogramm zu kippen“, wie von den sonst gar nicht naiven IUH-Sprechern naßlos verkündet wurde. Allerdings ist in einer Stadt wie Hanau, deren Ökonomie derart eng mit den Skandalbetrieben verbunden ist, solches zuletzt zu erwarten. Im DGB gibt die IG Chemie den Ton an. Tausende von Arbeitsplätzen hängen am Plutonium, die Identifikation mit den Geschicken der Firmen lenkt hier jede politische Entscheidung. Den Hanauern steckt aber auch noch der Schock über den Verkauf und das öffentliche Echo der letzten Hanauer Großdemonstration in den Gliedern, die heute im Widerspruch zu ihrer damaligen Einschätzung als totaler Mißerfolg bewertet wird. Seinerzeit hatten in der bis dahin größten Demonstration 30000 AtomkraftgegnerInnen vor den Nuklearbetrieben und in der Innenstadt demonstriert. Robert Jungk, dem im April dafür ein Landfriedensbruchprozeß gemacht werden soll, hielt eine vielbeachtete Rede gegen die Spaltung der Anti-AKW-Bewegung. K.H. Roth hatte über die militärischen Optionen der westdeutschen Atombetreiber gesprochen, und Wolf Geißler vom Anti-Apart-

heid-Büro in Bonn hatte über die Südafrika-Connection der bundesdeutschen Plutoniumproduzenten und Uranimporteure berichtet. In ihrer politischen Ausrichtung und auch in ihrer Bündnisbreite war diese Demonstration, die sich erstmalig die militärische Option der BRD-Atompolitik zum Schwerpunkt gewählt hatte, beispielhaft. Absprachewidrig hatten allerdings am Ende dieser Demo pseudomilitante und wohl auch zum Teil alkoholisierte Menschen einen Teil ihrer Wirkung genommen, als sie in der Stadt ziellos Rundale machten. Schon während und am Rande der Anfangskundgebung war einem Zivi die Pistole abgenommen worden, dieselbe Waffe, von der heute behauptet wird, daß mit ihr die tödlichen Schüsse an der Startbahn-West abgegeben worden seien. Die Unkulturbarkeit einer Minderheit des autonomen Spektrums und der politische Druck, der in der Atomstadt Hanau auf AtomkraftgegnerInnen lagert, haben mittlerweile dazugeführt, daß die IUH und andere örtliche Gruppen mehr Angst vor „den Chaoten“ haben als vor der Hanauer Atomindustrie und dem Staatsapparat. Keine guten Voraussetzungen um NUKEM & Co. die Produktion stillzulegen! Aber andererseits hat es auch eine Logik, daß die Fehler der Linksradianten dem von rot-grüner Seite geschürten Distanzierungsdruck Vorschub geleistet haben. Auch eine fehlende praktische Beteiligung der aktiven Initiativen der bundesweiten Anti-AKW-Bewegung hat es den lokal bormierten Kräften leicht gemacht, das Hanauer Großdemonstrationsprojekt auf das Niveau einer beliebigen Regionalveranstaltung herabzudrücken. Weder hat mensch sich in Neuwied weiter Gedanken gemacht, wie die bundesweite Großaktion gestaltet werden soll, noch sind zu den in Hanau stattfindenden Treffen außer wenigen FreundInnen aus München, Bielefeld, Bonn und Köln Aktive von außerhalb Süddeutschens erschienen. So gesehen dürfte auch das bundesweite Engagement für eine Großdemo unzureichend gewesen sein. Als Ergebnis bleibt eine regionale Demonstration, die wenig bewirken wird und ein mißlungener Demonstrationsversuch der Anti-AKW-Bewegung auf rot-grün.

th., Frankfurt



# Startbahn West und kein Ende

Die Schüsse, die am 2.11.87 an der Startbahn West des Frankfurter Flughafens anlässlich einer Demonstration zum sechsten Jahrestag der Räumung des „Hüttendorfs“ zwei Polizisten töteten und zwei weitere schwer verletzten, haben bis jetzt dazu geführt, daß vier Leute in Untersuchungshaft sitzen und nach einem fünften bundesweit und öffentlich gefahndet wird. Weitere Haftbefehle gegen (mindestens) fünf Personen sind außer Vollzug gesetzt, und mit einiger Wahrscheinlichkeit fahndet die Polizei auch noch nach weiteren Leuten. Die Welle von Vorladungen und Verhören gegen Startbahngegner, Autonome und Anarchisten im Rhein-Main-Gebiet und darüber hinaus reißt nicht ab. Die Zahl der Leute, die davon betroffen sind, wird auf ca. 150 geschätzt.

Während Linke und Anwälte dazu raten, keine Aussagen gegenüber Polizei und Justiz zu machen, ist nicht zu übersehen, daß einige der Verurteilten dem Druck von Erpressungen, Drohungen und Versprechungen nachgegeben haben. Andererseits wird auch davon gewarnt, von einer regelrechten „Aussageflut“ zu sprechen, wie es manchmal in der Szene kolportiert wird. Denn es gehört zu den Vorurteilen, daß die Vertreter des Staatsschutz immer wieder behaupten, andere hätten längst ausgesagt, so daß eine Verweigerung nur dem Betreffenden selbst schade. Aber niemand kann natürlich nachprüfen, ob diese Behauptungen zutreffen. Schließlich kommt auch heraus, daß die Polizei auf Ergebnisse von Observations- und Abhörmassnahmen gegen die Szene zurückgreifen kann.

Die von der Bundesanwaltschaft faktisch praktizierte Nachrichtensperre hat dazu geführt, daß in den bürgerlichen Medien kaum etwas zu dem Informationsstand hinzugekommen ist, wie er unmittelbar nach den Schüssen gedruckt wurde. Wovon die Bundesanwaltschaft wirklich ausgeht, bleibt also weitgehend ungewiß. Sie scheint eine bestimmte Version des Geschehens zu verfolgen, von der man allerdings nicht weiß, ob es diejenige ist, die sie später vor Gericht präsentieren will. Daß von Seiten der Demonstrationsteilnehmer des 2.11.87 getriggert wird, mit eventuellen Beobachtungen oder Schlussfolgerungen über das eigentliche Geschehen an die Öffentlichkeit zu gehen, ist verständlich, wenn auch politisch gefährlich. Eine Gegenoffensive ge-

gen die Anschuldigungen und Verdächtigungen des Staatsapparats ist so kaum möglich. Eine neue Publikation von Autonomen („Rhein-Main Info 2“) scheint aber darauf hinzuweisen, daß die — bitteren — internen Diskussionen mit zunehmendem Ernst geführt werden.

Unter diesen Umständen ist es nur möglich, auf mündliche, häufig indirekt erhaltene und keineswegs hundertprozentig gesicherte Informationen zurückzugreifen und auf die Angabe von Quellen zu verzichten: ein Verfahren, das in dieser Zeitung anderen, beispielsweise der „taz“, wiederholt und begründet zum Vorwurf gemacht worden ist. Deshalb sei die Fragwürdigkeit der Methode vorab eingestanden. Und auch das Ziel sei benannt: Anders als die „taz“ behaupten wir nicht, die Wahrheit präsentieren zu können. Wir wollen aber dazu beitragen, daß die richtigen Fragen gestellt werden.

Zunächst zurück zum Geschehen des 2.11.87 (siehe AK 288). Man wird sich daran erinnern, daß sich die nächtliche Jahrestags-Demonstration von Mörfelden zur Startbahn 18 West zunächst kaum von vorigen vergleichbaren Aktionen unterschied: Treffpunkt am „Schlichter“, Anmarsch von Süden, Ausbruch von Auseinandersetzungen am Südsteck („Chaoteneck“) der Startbahn-Ummauerung, Polizeihundertschaften rücken aus. Dann Auseinandersetzungen an zwei Barrikaden in vielleicht hundert Metern Entfernung von der Startbahn-Mauer, militant gedeckter Rückzug der Demonstranten über einen Wassergraben („Vorfluter“), dann weit auseinandergezogene Flucht in südlich bis südöstlicher Richtung über den ca. 400 Meter breiten Streifen der Mönchbruchwiesen und Übersetzen über den Gundbach mit Hilfe einer von den Demonstranten vorbereiteten Notbrücke.

Während die Bundesanwaltschaft in ihren ersten Stellungnahmen behauptet hatte, die Polizisten seien an brennenden Strohballen unmittelbar vor dem Gundbach von den Kugeln getroffen worden, hatte der Bürgerinitiativen-Sprecher Achim Bender Beobachtungen gemacht, die in ziemlichem Widerspruch dazu stehen: Demnach wären die Schüsse ca. 400 Meter weiter nördlich gefallen: nicht am südlichen, sondern am nördlichen Rand der Mönchbruchwiesen, nicht am Gundbach, sondern am Vorfluter. Dort habe Achim B. die beiden sterbenden Polizisten, Eichhöfer und Schwalm, umringt von verwirrten und ratlosen Kollegen liegen gesehen. Unmittelbar nachdem der BI-Vertreter nichtssagend zu der Polizeistengruppe gestossen war, war auch ein dritter, in die Brust getroffener Polizist dorthin transportiert worden.

Diese beiden, durch eine Distanz von mehreren hundert Metern getrennten, in Frage kommenden Tatorte, werden von

der Bundesanwaltschaft inzwischen anscheinend miteinander kombiniert. Das sieht so aus: Die fliehenden Demonstranten seien von den Polizisten bis kurz vor den Gundbach verfolgt worden. Dann sei von der Einsatzleitung der Befehl ergangen, sich wieder in Richtung Startbahn zurückzuziehen. Zu diesem Zeitpunkt hätten die Demonstranten den Gundbach schon überquert gehabt und ihre Notbrücke in Brand gesetzt. Von ihrer, also der südlichen Seite des Gundbachs seien aus einem Waldstück drohende Megaphondurchsagen an die (gerade kehrumstehenden) Polizisten ergangen und unmittelbar darauf das angebliche Kommando: „Scharfschützen Feuer!“. Dann seien unter einem Hagel von Leuchtsignalmunition, Knallkörpern etc. die scharfen Schüsse auf die Polizisten abgegeben worden.

Als Beleg für diese Version, wonach die Schüsse sorzusagen aus der Nachhut der Demonstration und nicht einmal in einer bedrohlichen Situation abgegeben worden seien, verweist die Bundesanwaltschaft auf den Fund von 14 Patronenhülsen an Positionen, die 30 bis 50 Meter südlich des Gundbachs liegen. Die Patronenhülsen passen angeblich zur Tatwaffe. Von diesen Positionen aus — also über den Gundbach hinweg — seien drei Polizeibeamte bei einer Distanz von 100 bis 150 Metern getroffen worden, einer davon tödlich. Der Polizist Eichhöfer jedoch sei von den Schusspositionen 500 Meter (!) entfernt gewesen, als er in den Bauch getroffen wurde.

Was Eichhöfer betrifft, bestätigt die Bundesanwaltschaft also in etwa die Version von Achim Bender: Er muß ungefähr in Höhe des Vorfluters getroffen worden sein, nicht weit von der Stelle der Polizeistengruppe, zu der der BI-Vertreter gestossen war, der ja den Eindruck gehabt hatte, unmittelbar nach den Schüssen hinzutreten zu sein. Schwalm jedoch wäre nach Behauptung der Bundesanwaltschaft trotz eines Bauchschusses mindestens 350 Meter zurücktransportiert worden, zu der Gruppe um Eichhöfer, und das noch bevor Achim B. in Erscheinung trat. Das gleiche gilt für den in die Brust geschossenen Polizisten, dessen Transport zu dieser Stelle Achim B. beobachtete. Im übrigen behauptet Achim B., zu diesem Zeitpunkt noch Demonstranten fern am anderen Ende der Mönchbruchwiese gesehen zu haben, was bedeutet, daß der Rückzug über den Gundbach nach den Schüssen noch gar nicht beendet war. All das paßt nicht mit der Darstellung der Bundesanwaltschaft zusammen, wonach die Schüsse von südlich des Gundbachs, wo die Patronenhülsen gefunden wurden, abgegeben worden seien.

Es gehört ja offenbar schon eine enorme Treffsicherheit dazu, mit einer Pistole aus 100 bis 150 Metern Entfernung bei 14

Schüssen dreimal schwer zu treffen (Bauch, Brust, Oberschenkel). Völlig ausgeschlossen ist es jedoch, einen solchen gezielten Schuß über einen halben Kilometer abzugeben. Folglich käme die Bundesanwaltschaft nicht an dem Schluß vorbei, daß Eichhöfer einem reinen Zufallstreffer erlegen wäre. Ihre Darstellung heißt nichts anderes als das: Der Schütze zielte auf die Polizisten am Gundbach, der Schuß ging an diesen vorbei, traf aber rein zufällig 350 Meter weiter hinten Eichhöfer. Es ginge also „nur“ noch um einen Mord, eine unbeabsichtigte Tötung und mehrere Mordversuche.

Zweiter Widerspruch: Während Achim B. der sich an einer Barrikade seitlich in den Wald verdrückt hatte, von dort nicht mehr als hundert Meter zum Vorfluter ging, muß der Polizist Schwalm bei der Verfolgung der Demonstranten einmal quer über die Mönchbruchwiesen gelaufen und mit einem Bauchschuß denselben Weg noch einmal zurück transportiert worden sein. Wie soll das zeitlich abgelaufen sein? Dritter Widerspruch: Von solchen Entfernungen und derart weiten Verletzten-Transporten, die ja auch den Erste-Hilfe-Regeln massiv widersprechen, war in keiner der zahlreichen Zeugnisaussagen von Polizisten die Rede, die im letzten November von den Medien zitiert worden waren.

Viertens: Nehmen wir an, der Schütze schoß von Positionen südlich des Gundbachs und nach der besagten Megaphon-Durchsage, wie die Bundesanwaltschaft behauptet. Dann hätte mehr als nur eine Handvoll Demonstranten das Geschehen mitbekommen, beispielsweise auch diejenigen, die — wie Achim B. beobachtete — den Gundbach noch gar nicht überquert hatten und an dieser Stelle wegen der angeblich schon in Brand gesetzten Notbrücke auch nicht mehr überqueren konnten. Diese Leute wären sogar selbst durch die Schüsse bedroht gewesen. Die vielfältigen Ungereimtheiten in dieser Annahme seien auf den Punkt gebracht: Einigen würde man es irgendwie schon anmerken, was sie da erlebt hätten.

Undswenigerdieser. Höflich ausgedrückt, schenken wir der Darstellung der Bundesanwaltschaft keinen Glauben. Gesehen den Fall, sie lügt: Warum lügt sie dann? Und vor allem: Warum lügt sie so? Diese interessante Frage wird die Bundesanwaltschaft sicher nicht aufklären. Weiter: Wenn es unwahrscheinlich ist, daß die tödlichen Schüsse von einer Position südlich des Gundbachs abgegeben wurden, was haben dann die 14 Patronenhülsen zu bedeuten, die man dort gefunden haben will? Hier ist doch etwas faul. Die Frage ist, ob diese Problematik von Demonstrationsteilnehmern in irgendeiner Weise geklärt werden kann, und zwar öffentlich.

Bekanntlich hat die Karlsruher Behörde

de mit ihren eigenartigen Ermittlungsmethoden die Gunst der Stunde genutzt, um den erweiterten Paragraph 129a zur Geltung zu bringen und eine Reihe von Sachbeschädigungen anzuklagen, die heute unter dem Stichwort „Terrorismus“ firmieren. Aussagen einzelner Beschuldigter oder Zeugen haben dazu geführt, daß sich eine ganze Reihe von Leuten aus dem Rhein-Main-Gebiet wegen des Umsägens von Strommasten o.ä. zu verantworten haben. Am Beispiel der Siggi S., langjähriges Mitglied der Startbahn-Bürgerinitiative, wird deutlich, wie das läuft. Ihr wurde nicht mehr vorgehalten als eine Aussage, wonach sie am Tag nach einer Strommastaktion an einem M-Tisch mit anderen darüber diskutiert habe.

Wegen Mordes werden bisher nur Andreas Eichler und der gewachte Frank Hoffmann beschuldigt. Wegen der Waffe jedoch auch die inhaftierten Andreas Semisch und Reiner Hübner. Andreas S. soll daran beteiligt gewesen sein, als die spätere Tatwaffe im November 1986 auf der großen Hanauer Anti-AKW-Demonstration einem Zivilpolizisten entwendet wurde. Er hat sich selbst der Polizei gestellt. Reiner H. war am 2.11. gar nicht an der Startbahn, soll aber an diesem Tag ein verdächtiges Telefongespräch mit Eichler geführt haben, das abgehört wurde. Nachdem er schon in den ersten Tagen danach einmal festgenommen und wieder freigelassen worden war, hatte er keinerlei Anstalten gemacht, sich der Polizei zu entziehen. Wie Andreas Eichler verurteilt, beide die Schüsse (Andreas S. „konterrevolutionär“). Ein vierter Inhaftierter, Mark, wurde aus Nicaragua zurückkommandiert auf dem Zürcher Flughafen verhaftet, noch bevor er mit seinen Anwälten, die ebenfalls dorthin gekommen waren, Kontakt aufnehmen konnte. Denn Mark wußte, was ihm blühte, und wollte sich ebenfalls stellen.

All diese Beschuldigungen scheinen auf einen oder mehrere Aussagegillige zurückzugehen; möglicherweise sind sie von der Qualität der Vorwürfe, die in anderer Angelegenheit gegen Siggi S. erhoben worden sind. Außer dem Fund der Tatwaffe bei Andreas H. ist es mager, was die Bundesanwaltschaft vorzuweisen hat. Vielleicht haben sich ein paar Leute — egal wer — durch das Entwenden der Polizeiwaffe auf der Hanauer Demonstration in eine idiotische Situation gebracht. Nichts spricht bisher dafür, daß die fatalen Schüsse des 2.11. auf einem solchen Mist gewachsen sind. Wer aber war es dann? Welche politischen Vorstellungen sind mit der Tat verfolgt worden? Und warum erfährt man bis zum heutigen Tag nichts darüber?

## Abgekartetes Spiel

Das mußte ja kommen. Oder hat irgendwer im Ernst geglaubt, in Frankfurt würden zwei Polizisten wegen der Tötung eines Demonstranten verurteilt werden? Selbstverständlich war diese, sowieso fast undenkbar Möglichkeit ausgeschlossen, nachdem am 2. November letzten Jahres zwei Beamte an der Startbahn West erschossen worden waren. Natürlich: Auch unter anderen Bedingungen wären die Angeklagten wahrscheinlich eingeschoren davon gekommen. So aber erhält die Staatsanwaltschaft ein Gewicht, gegen das die 26 Tonnen eines Wasserwerfers geradezu ein Federflaum sind.

Winfried Reichert und Helwig Hampf, Kommandant und Fahrer jenes WaWe 9, der am 28.9.1985 im Frankfurter Gallusviertel Günter Sare, Teilnehmer einer Kundgebung gegen die NPD, überrollte, wurden am 1.3.88 freigesprochen. Die Anklage hatte auf ein fahrlässiges Tötungsgelände, der Staatsanwalt 2000 DM Geldstrafe für Reichert und Freispruch für Hampf gefordert — auch das schon ein makabres Plädoyer. Ein Vorsitz wurde gar nicht erst untersucht.

Wie hätte es anders kommen sollen? Im Herbst 1985 entsprach es ganz und gar der Logik einer sich anbahnenden rot-grünen Koalition in Hessen, daß die damalige Regierungspartei SPD Härte gegen diejenigen waltete, die auf der Straße gegen den „Mord an Günter Sare“ protestierten. Man mußte ja dem Vorwurf des „Chaos“ vorbeugen. Und es entsprach der Logik grüner Realpolitik, die Diskussion der Tatsache zu fliehen, daß die eigenen Abgeordneten (mehrheitlich) einem Landesgesetz zugestimmt hatten, der auch die Beschaffung solcher Wasserwerfer vorsah.

Ein Gutachten mußte her, ein Papier zur Konfliktbegrenzung und Rechtfertigung, und da konnte es eigentlich gar nicht anders geschehen, als daß man auf eine bewährte Kraft zurückgriff und den

ehemaligen Bonner Staatssekretär Erkel herbeiholte, der bei der Aufarbeitung der Krisenstabserfahrungen des deutschen Herbstes 1977 wertvolle Erfahrungen gesammelt hatte. Daß der kompetente Experte Anfang 1986 den tödlichen Polizeieinsatz nicht nur behutsam fand, sondern auch „zielgerecht“, hat wiederum die Objektivität einer schnurgeraden Linie.

Als der Prozeß im Mai 1987 eröffnet wurde, gab es erwartungsgemäß zwei Lager von Zeugen — die einen, die nichts gesehen hatten, Polizisten natürlich, und die anderen, die sich schon erinnern konnten, natürlich Teilnehmer jener antifaschistischen Demonstration. Sie sagten aus, Günter Sare sei auf der Flucht vor Wasserwerfer-Strahlen in eine Seitenstraße des damaligen Geschehens geraten, von WaWe 9 eingeholt und überfahren worden. Es gab Widersprüche in Details: woher Günter Sare gekommen sei, ob er auf seiner Flucht strachelte u.ä.m. wurde unterschiedlich geschildert. Man sollte annehmen, daß solche Widersprüche für das Erleben einer dramatischen Situation typisch sind und daß sich dieses Lager von Zeugen jedenfalls nicht untereinander abgesprochen hat.

Und man sollte annehmen, daß es Daten gibt, die zur Objektivierung solcher Schilderungen ausnahmsweise mal hilfreich sein könnten. Heutzutage wird ja, wie wir staunend vernehmen, sogar der Kauf eines elektrischen Weckers registriert. So ist auch die Überwachung von Demonstrationen durch bundesdeutsche Straßen weder eine neue noch eine ungewöhnliche Praxis. Nicht umsonst wird der polizeiliche Funkverkehr aufgezeichnet, nicht umsonst sind uniformierte Videotrups unterwegs, nicht umsonst nisten sie sich zu diesem Zweck manchmal sogar in Wohnungen ein, und nicht umsonst sind die Wasserwerfer vom Typ WaWe 9 mit Kameras ausgestattet. Aber in diesem Fall war der Videotrupp

anderswo, und die Aufzeichnung des Funkverkehrs fiel zufällig just in dieser Situation wegen einer technischen Panne aus, ebenso wie die WaWe-Kamera.

Ja, die Überwachungstechnik. Manchmal kann man mit ihr überhaupt nichts anfangen. Zum Beispiel in der Nacht vom 17. auf den 18.10.1977 im modernsten Gefängnis der Welt, Stammheim, wo auch gerade mal sämtliche Sensoren (Ton und Bild) ausfielen, als man sie hätte brauchen können. Oder als im Juni 1985 eine (nach wie vor mysteriöse) Bombe im Terminal des Frankfurter Flughafens explodierte. Aber in den Uhrengeschäften — da funktioniert's. So ein Wasserwerfer hat übrigens auch einen Fahrtensschreiber. Seine Untersuchung (Feststellen der WaWe-Geschwindigkeit) schien eine komplizierte Angelegenheit gewesen zu sein: Es dauerte ziemlich lang, bis das Ergebnis feststand (angeblich 23 Stundenkilometer), und es gab Mutmaßungen über Manipulationen des Geräts. Aber die Öffentlichkeit verlor die Sache rasch wieder aus dem Auge.

Es blieb die Dokumentation von Demonstrationsteilnehmern. Ein Fotograf hatte das Bild eines rennenden Mannes festgehalten, der offensichtlich versuchte, den Strahlen zweier Wasserwerfer zu entkommen. Die aufgenommene Situation muß sich drei Sekunden vor dem Zeitpunkt abgespielt haben, als der größere der beiden involvierten Wasserwerfer Günter Sare überrollte. Von Demonstrationsteilnehmern sagte zahlreiche Zeugen aus, diese Aufnahme zeige Günter Sare. Als der Gerichtsvorsitzende neue Abzüge und Vergrößerungen anordnete, verschwand das Negativ übers Wochenende in der Landesbildstelle Hessens. Das mußte ja so kommen.

Der Fotograf und seine Freunde jedoch hatten von dem Original-Negativ Kopien angefertigt, auf die das Gericht nun zurückgriff. Ergebnis zweier Gutachten:



Wasserwerfer-Kommandant (links) und Fahrer und genau so hat man sie sich vorgestellt.

Die auf dem Foto abgebildete Person sei 5 Zentimeter größer als Günter Sare und daher mit Sicherheit jemand anderes. Das schwerste Belastungsstück gegen die Angeklagten Polizisten erwies sich auf einmal als prozessentscheidende Entlastung. Das mag nun diejenigen verwirren haben, die mit dem Verschwinden des Originals — irgendwie — etwas zu tun hatten. Aber wie dem auch immer sei — klar ist, daß es so kommen mußte. Und klar ist natürlich auch, daß sich der abgebildete Unbekannte, von dem jetzt die Rede ist, nicht gemeldet hat und niemals melden wird.

Liberalerseits wird argumentiert, die Schuld der Angeklagten sei nun einmal nicht einwandfrei erwiesen, der Frei-

spruch insofern korrekt und respektabel. Der Richter sei fair gewesen, der Staatsanwalt ein nicht unkritischer junger Mann usw. usf. Jeder, der an den Rechtsstaat glaubt oder eben glauben will, muß natürlich so argumentieren. Aber wie weit sind Grüne und andere eigentlich heruntergekommen, daß zu dieser ganzen Kette von Manipulationen nur noch Schweigen herrscht? Aber... das muß so sein. Denn der Polizeistaat soll ja funktionieren.

Ein Bilderbuch-Prozess mit Bilderbuch-Angeklagten und einem Bilderbuch-Urteil. Staatsanwaltschaft und die Mutter des Toten als Nebenklägerin haben Revision eingelegt.



# Das Loch in der Celler Mauer: Innenminister Hasselmann sitzt auf der Bombe

Niedersachsens Innenminister Hasselmann kann vorerst sein Amt weiterführen. Der Antrag der Grünen auf Entlassung Hasselmanns ist am 19.2.88 von der Regierungskoalition aus CDU und FDP mit ihrer Einstimmenmehrheit abgelehnt worden. Hasselmann bleibt damit erst einmal auf seiner Bombe sitzen, die da heißt: Geheimpolizei und VS. Daß die CDU und die FDP unter der Führung von Ministerpräsident Albrecht weiter an Hasselmann festhält, ist wahrlich keine Überraschung, denn das Problem ist nicht Hasselmann, sondern das Problem liegt bei den undichten Stellen im Verfassungsschutz. Solange diese undichten Stellen nicht gestopft sind, würde ein Nachfolger auf dem Posten des Innenministers eine ähnlich unglückliche Figur abgeben.

## Der VS und die Journalisten

Begründet wurde der Antrag auf Entlassung Hasselmanns durch den grünen Landtagsabgeordneten Jürgen Trittin vor allem damit, daß Hasselmann die politische Verantwortung dafür trage, daß der VS Journalisten als Zuträger benutzte und ausdrücklich zur Mitarbeit aufgefordert habe und daß die Journalisten Aust und Möller vom „Stern“ auf Grund ihrer beruflichen Tätigkeit bespitzelt worden seien. Hinzukommt, daß Hasselmann gegenüber der Öffentlichkeit über diese Schnüffeleien seiner Geheimdienste „wiederholt falsche Angaben gemacht hatte“ (FR, 20.2.88, vgl. dazu: „Arbeiterkampf“, Nr. 291, 8.2.88).

Unterstützt wurde der Entlassungsantrag der Grünen auch von der SPD. Ihr stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Gerhard Glogowski wies u.a. darauf hin, daß Hasselmann dem Verfassungsschutzamt ausdrücklich das Recht zugesprochen habe, Straftaten zu begehen, und daß „sich die Landesregierung vom Verfassungsgesetz der Bindung an Recht und Gesetz losgesagt“ habe. (FR, 20.2.88)

Daß die Grünen sich in ihrer Antragsbegründung besonders auf die Zusammenarbeit des VS mit Journalisten, bzw. deren Bespitzelung durch den VS beziehen, liegt nicht nur daran, daß das Innenministerium allgemein die Pressearbeit behindert und die demokratische Kontrollfunktion der Presse teilweise auszuhebeln versucht, sondern der Hintergrund ist der, daß damit gleichzeitig auch die Arbeit des „Celler-Bomben-Ausschusses“ torpediert wird. Bisher hatten die Mitglieder dieses Ausschusses über die Geheimdiensttätigkeit um das Celler Loch und die „Operation Neuland“ mehr aus Presseberichten erfahren, als aus den offiziellen Berichten der Landesregierung.

Ausschusses“ torpediert wird. Bisher hatten die Mitglieder dieses Ausschusses über die Geheimdiensttätigkeit um das Celler Loch und die „Operation Neuland“ mehr aus Presseberichten erfahren, als aus den offiziellen Berichten der Landesregierung.

## V-Mann erpreßt Hasselmann

Während die Opposition im Landtag mehr oder weniger nachdrücklich den Rücktritt von Hasselmann forderte, brachte der Journalist Bernd Plogmann eine neue Variante in das Verdunkelungsspiel des VS. Der zur Zeit arbeitslose Plogmann, der in der Vergangenheit für verschiedene Presseorgane gearbeitet hatte, so u.a. auch für das CDU-Parteiorgan „Niedersachsen-Zeitung“, und der gleichzeitig auf der Lohnliste des VS stand, forderte von Hasselmann ultimativ, daß er verbindlich eine neue Arbeitsstelle zugesagt bekomme. Wenn das Ministerium nicht auf seine Forderung eingehe, dann „werde er das Angebot eines Hamburger Verlagshauses annehmen und dort für eine fünf- bis sechsstellige Summe über seine frühere Zusammenarbeit mit der niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde „auspacken““ (FR, 18.2.88).

Plogmann, der angeblich mit dem einstigen Kieler „Medienreferenten“ Reiner Pfeiffer „befreundet ist“ (Göttinger Tageblatt, 18.2.88), spielte in der Barschel-Affäre eine bedeutende Rolle. Er war es, der Barschel nach Genf lockte, unter dem Vorwand, daß er entlassenes Material für ihn hätte. Zeitgleich mit Plogmann war auch Werner Mauss in Genf, Mauss hielt sich in einem Hotel auf, das dem Hotel von Barschel gegenüber lag.

Als Plogmanns Wohnung wegen seiner Verwicklung in der Affäre Barschel von der Polizei durchsucht werden sollte, da wurde er drei Tage vorher von Mitarbeitern niedersächsischer Behörden über die bevorstehende Durchsuchung informiert.

Falls Plogmann nun wirklich auspacken sollte und das nicht alles eine Fin-

te ist, dann könnte es sicherlich interessant werden. Man darf also gespannt sein. Die Staatsanwaltschaft ermittelt jedenfalls schon gegen Plogmann „wegen des Verdachts der Nötigung“ (GT, 19.2.88)

## Die staatlichen Waffenlieferanten und Bombenbastler

Ungeachtet dessen lief die inhaltliche Arbeit des „Celler-Bomben-Ausschusses“ weiter. In den letzten Wochen wurde die offizielle Darstellung der Landesregierung durch die Anhörung weiterer Zeugen schwer erschüttert.

Am 4.2.88 war der 39-jährige Maurermeister Manfred Gürk als Zeuge vor dem II. Parlamentarischen Untersuchungsausschuß geladen. Gürk sagte aus, daß sich der V-Mann Loudil, der durch den Celler Anschlag in die TE-Szene eingeschleust werden sollte, sich im November 1978 an ihn, Gürk, gewandt hatte. Gürk war damals gerade aus einer Untersuchungshaft entlassen worden, die er wegen des Verdachts des Waffendiebstahls absitzen mußte.

Loudil bat Gürk darum, ihm Unterschlupf zu gewähren, da er wegen der versuchten Befreiung von Debus von der Polizei gesucht werde. Der nichts ahnende Gürk ging darauf ein und überließ Loudil fast zweieinhalb Monate lang seine Zweitwohnung. In dieser Zeit versuchte Loudil seine „Zielperson“ Gürk zu mehreren Straftaten anzustifteten. Loudil entwickelte diverse Pläne, etwa eine Bank in Altona zu überfallen, den Leiter der Celler JVA und einen Anstaltswärter zu ermorden. Loudil bot Gürk auch an, ihm zu zeigen, wie man aus einem Feuerlöscher eine Bombe bauen kann.

Loudil war außerdem im Besitz eines scharfen 6mm Revolvers und mehrerer Waffenteile und veranstaltete in Gürks Zweitwohnung Schießübungen.

Schließlich habe Loudil dann auch die Feuerlöscher-Bombe, nachdem er die Materialien zur Herstellung der Bombe besorgt hatte. Drei Tage nachdem Loudil bei Gürk ausgezogen war, bestellte er ihn zu einem Treffen in seiner Zweitwohnung. Doch Loudil kam nicht zu dem vereinbarten Treff, dafür aber die Polizei.

Gürk wurde wegen der von Loudil hergestellten Bombe in einem Prozeß zu dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. In diesem Prozeß hatte Gürk immer noch nicht erfahren, daß Loudil ein VS-Agent war. Gürk hatte Loudil im Gerichtsverfahren „praktisch gedeckt“, wie er vor dem Ausschuß aussagte. Erst viel später, nämlich durch die Presseberichte über das Celler Loch hatte er erfahren, daß Loudil als V-Mann gezielt auf ihn angesetzt worden war.

Seit geraumer Zeit versucht Gürk's Anwalt Akteneinsicht zu erlangen, um ein Wiederaufnahmeverfahren anstrengen zu können. Bis heute ist diese Akteneinsicht verweigert worden. (Alle Angaben nach der „Niederschrift über die 46. öffentliche Sitzung des II. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses am 4.2.1988“)

Seit geraumer Zeit versucht Gürk's Anwalt Akteneinsicht zu erlangen, um ein Wiederaufnahmeverfahren anstrengen zu können. Bis heute ist diese Akteneinsicht verweigert worden. (Alle Angaben nach der „Niederschrift über die 46. öffentliche Sitzung des II. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses am 4.2.1988“)

Auch einen weiteren Zeugen, den niederländischen Publizisten Henk Wubben, wollte der andere in dem Celler Anschlag eingesetzte V-Mann, Manfred Berger, in die Falle locken. Henk Wubben, der 1978 in dem „Medizinisch-juristischen Komitee für politische Gefangene“ in Amsterdam aktiv war, wurde von den bundesdeutschen Sicherheitsbehörden so eingeschätzt, daß er Kontakte zu den Leuten aus der RAF haben könnte.

Wubben war die eigentliche „Zielperson“ der „Aktion Feuerzauber“. Der Plan war, Wubben in einen Befreiungsversuch von Debus zu verwickeln, um so eventuell Zugänge zur RAF zu bekommen. Wubben, der früher mit Debus befreundet war, ging aber nur bedingt auf die von V-Mann Berger vorgetragenen Vorstellungen ein. Wubben stellte Bedingungen: Er würde nur Debus aufnehmen und medizinisch versorgen, nicht aber Berger und Loudil, und das auch nur, wenn bei der Befreiung nicht geschossen wird. Er selber, Wubben, würde sich nicht an der Aktion beteiligen.

Sieben bis acht Mal hatte sich Wubben mit Berger getroffen und im Laufe der Zeit ist Wubben immer misstrauischer geworden. So hatte Berger ihm auch einmal eine Waffe gezeigt, die er im Schutzhalter trug. Er sagte zu Wubben, daß er ihm „auch leicht eine besorgen könnte“.

In seiner Vernehmung vor dem Ausschuß bestritt Wubben, wie die Landesregierung behauptet, seine Zustimmung zu dem Sprengstoffanschlag gegeben und Berger mit Waffen und Geld beliefert zu haben. Wubben wies darauf hin, daß die Landesregierung bis heute für ihre Behauptungen keine Beweise vorgelegt habe, etwa Fotos oder Filme von der angeblichen Übergabe. (Angaben nach

„Niederschrift über die 49. öffentliche Sitzung ... 12.2.88“)

## Frau Mauss vernommen

Am 25.2.88 hatte der Ausschuß Margret Shalaby, die Ehefrau von Mauss, zum zweiten Mal in einer nichtöffentlichen Sitzung vernommen können. Unter großen Sicherheitsvorkehrungen fand die Vernehmung statt. Ein Nebengebäude des Landtags war hermetisch abgesperrt worden.

War der Aufwand, der hier betrieben wurde, sehr groß, so war das Ergebnis der Vernehmung eher mager, denn schon bei ihrem ersten Auftritt vor dem Ausschuß litt Frau Shalaby unter Gedächtnisschwund, so daß sie zur Aufhellung der „Operation Neuland“ nichts Wesentliches beitragen konnte.

Interessant waren bei ihrer Vernehmung am 25.2. eigentlich nur drei Punkte: 1. Bei ihrem Einsatz gegen den Juwelier Düe hatte das Ehepaar Mauss bisher 350.000 DM plus Spesen erhalten. Weitere 350.000 DM sollen folgen, wenn das Urteil rechtskräftig wird. Frau Shalaby „bestärkte den Verdacht, daß Zahlungen der Mannheimer Versicherung auch führenden Beamten des Landeskriminalamts zugute kamen.“ (FR, 27.2.88)

2. Bei ihren Einsätzen, so erklärte Frau Shalaby, habe sich das Ehepaar Mauss immer stets und streng an die besche-

den Gesetze gehalten. Nur, bei Nachfragen wurde deutlich, daß sie die maßgeblichen landesrechtlichen Bestimmungen gar nicht kannte und daß sie bei ihren Einsätzen in Niedersachsen „nie rechtlich belehrt worden“ ist (TAZ, 27.2.88) 3. Bei ihren Einsätzen hätten die Eheleute Mauss immer Berichte geschrieben. Einsatzberichte, Monatsberichte und Jahresberichte, die sowohl an das BKA und die Versicherungswirtschaft gegangen wären. Die Versicherungen hätten auch die Einsatzberichte und die Spesenberichte über die Fälle bekommen, in denen man für die Geheimdienste gearbeitet hatte. Über Jahre hinweg wurden staatliche Geheimnisse auf diese Weise an Privatpersonen weitergegeben. Entsaum mußten auch die Vertreter der CDU und der FDP mitanhören, daß hier nicht nur Geldbeträge, sondern auch penibel die Namen von VS-Agenten aufgelistet waren.

Vor diesem Hintergrund muß man sich nur noch einmal vor Augen halten, wie die Landesregierung den Untersuchungsausschuß mit Geheimdienstzuteilungen traktiert, die Aktenherausgabe verweigert, Aussagegenehmigungen ins Paradies eingeeigelt hatte, Zeugen vorantreibt — wegen angeblicher Gefahr für Leib und Leben —, Journalisten behindert usw. Und alles das, was parlamentarische Kontrollorgane nicht kriegen, das liefert Mauss kapitalistischen Privatunternehmen frei Haus.

## Cubillo als Zeuge geladen

Der Landtagsabgeordnete der Grünen, Jürgen Trittin, hat die Vernehmung des ehemaligen Führers der kanarischen Befreiungsbewegung, Cubillo, durch den Untersuchungsausschuß beantragt. Auf Cubillo wurde 1978 ein versuchter Mordanschlag verübt, Auftraggeber dieses Anschlages war der spanische Geheimdienst, der damals zusammen mit dem niedersächsischen Verfassungsschutz eine Operation gegen die kanarische Befreiungsbewegung durchführte. Cubillo soll klären helfen, in wieweit der VS in diesen Mordanschlag verwickelt war.

Wie Trittin gegenüber der Presse erklärte, soll die Landesregierung weitere falsche Angaben gemacht haben. So soll der V-Mann Susak, der für den VS arbeitete, schon im Oktober 77 an Cubillo heringetreten sein, wie Cubillo selber behauptet. Die Landesregierung gibt an, daß eine erste Kontaktaufnahme erst im März 78 erfolgte. (TAZ, 12.2.88) Für Cubillos Aussage spricht, daß die Landesregierung bisher Akten unterschlagen hat, die gerade diesen Zeitraum vom Oktober 77 bis Dezember 77 betreffen.

Unterschlagen hatte die Landesregierung auch, daß Susaks Rolle u.a. darin bestand, Cubillo vorzuschlagen, „Kinder deutscher Touristen auf den kanarischen Inseln zu entführen“ (FR, 18.2.88), wie Cubillo Trittin und Aust mitteilte.

He., KB Göttingen

## Buchbesprechung:

# „Mauss — Ein deutscher Agent“

dern gegen sie wird fortlaufend verstoßen und aufgelockert wird im Wesentlichen nur das von ihm, was er selber anschiebt.

Ebenfalls aufgebläht werden die Operationen, die Mauss für die bundesdeutschen Geheimdienste durchführte: So die Verhaftung von Pöhle in Griechenland, so die „Operation Neuland“, an deren Ende die versuchte Ermordung des Führers der kanarischen Befreiungsbewegung, Cubillo, stand, so der „Fall Albrecht“, der Versuch des Eindringens in die neonazistische Terrorzone, speziell in die WSG-Hoffmann und das just zu einem Zeitpunkt, als der Anschlag auf das Münchner Oktoberfest stattfand usw. usw.

Gut dargestellt hat Aust am Beispiel von Mauss, wie die strikte Trennung von Polizei und Nachrichtendienste in der BRD de facto schon längst aufgehoben worden ist. Die totale Abschottung der Agenten der Geheimdienste führt dazu, daß sie praktisch uneingeschränkt agieren können: Gesetzlichen Zugriffen und der parlamentarischen Kontrolle werden sie weitgehend entzogen.

Aber die Abdeckung geht noch weiter. Als der „Stern“ in einer Serie einen Teil des Aust-Buches vorab druckte, wurde ihm gerichtlich verboten, „darüber zu berichten, daß und in welcher Hinsicht bzw. Weise der Verfügungskläger (Mauss) an der Enttarnung und/oder Aufspürung und/oder Festnahme von Terroristen und/oder sonstigen Personen, die Gewalt gegen Personen verübt haben, beteiligt war, soweit seine Beteiligung nicht bereits durch Veröffentlichungen in den Medien bekannt geworden ist...“ Damit wird der Presse verboten, neue Fälle von Mauss zu enthüllen und kritisierbar zu machen. Das hatte zur Folge, daß Aust am Ende seines Buches nur noch die Flugbewegungen von Mauss aus den letzten Monaten aufzählen konnte. Daß Mauss hier u.a. — vermutlich für das BKA — im Fall Cordes tätig war, kann der Leser und die Leserin nur raten.

Aber die Abdeckung geht noch weiter. Als der „Stern“ in einer Serie einen Teil des Aust-Buches vorab druckte, wurde ihm gerichtlich verboten, „darüber zu berichten, daß und in welcher Hinsicht bzw. Weise der Verfügungskläger (Mauss) an der Enttarnung und/oder Aufspürung und/oder Festnahme von Terroristen und/oder sonstigen Personen, die Gewalt gegen Personen verübt haben, beteiligt war, soweit seine Beteiligung nicht bereits durch Veröffentlichungen in den Medien bekannt geworden ist...“ Damit wird der Presse verboten, neue Fälle von Mauss zu enthüllen und kritisierbar zu machen. Das hatte zur Folge, daß Aust am Ende seines Buches nur noch die Flugbewegungen von Mauss aus den letzten Monaten aufzählen konnte. Daß Mauss hier u.a. — vermutlich für das BKA — im Fall Cordes tätig war, kann der Leser und die Leserin nur raten.

## Falsche Individualisierung ...

Die Schwächen des Aust-Buches liegen da, wo er den Aufstieg des Werner Mauss isoliert betrachtet. Immer wieder tauchen Passagen in dem Buch auf, in denen Aust aufzeigen will, daß Mauss bei seiner Tätigkeit für Versicherungsgesellschaften die Polizei für seine privaten Interessen einspannte und angeblich dabei einzelne Polizeibehörden gegeneinander ausspielte. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Nicht Mauss funktionalisierte die Polizei, sondern Mauss wurde eine bestimmte Funktion zugewiesen.

Die rasante Karriere dieses Agenten war nur möglich, weil der bundesdeutsche Sicherheitsapparat Ende der 60er Jahre umstrukturiert wurde und die „neuen Methoden der Verbrechenbekämpfung“ hier ihren Einzug erhielten, also als die Einrichtung von geheimen Bereichen bei den Polizeibehörden, ihre nachrichtendienstliche Ausrichtung, der Einsatz von under-cover-agents, die Aushöhung des Legalitätsprinzips durchgesetzt wurden. BKA-Chefs wie Herold, Boge und Boeden haben Mauss im Rahmen die-

ser Entwicklung recht erfolgreich eingesetzt. Die Zusammenarbeit verlief und verläuft durchaus gut und Fakt ist, daß das BKA auch heute noch in brillanten Fällen, wie z.B. der Cordes-Entführung, seinen Topagenten ins Feld schickt.

Für das BKA und andere Polizeibehörden ist es natürlich recht angenehm, daß Mauss kein Beamter ist, sondern Privatdetektiv mit wechselnden Auftraggebern, denn zum einen trägt man für so einen Mann — im Notfall — nicht die Verantwortung und zum anderen kann man ganz gezielt ein Verspieltsein mit der Zuständigkeit für einen bestimmten Einsatz entwickeln, an dem sich dann Gerichte, Untersuchungsausschüsse und Richter die Zähne ausbeissen können. Nur, das ist nicht Verspieltständigkeit, sondern bewußte Inszenierung.

Besonders problematisch wird es, wenn Aust die Einsätze von Mauss für die Nachrichtendienste und hier speziell im Bereich des Terrorismus als erfolglos darstellt. Aust kommt zu dieser Einschätzung vor allem aufgrund der ihm vorliegenden Einsatzberichte von Mauss. Nach Austs Ansicht werden Einsatzberichte von Mauss selber „angedickt“ und aufgebauscht, weil er angeblich ohne nennenswerte Erfolge im Trüben fischte. Aust versteigt sich sogar dazu, am Schluß seines Buches Mauss mit dem Hauptmann von Köpenick zu vergleichen.

Diese Einschätzung kann ich keineswegs teilen. So waren die Einsätze im Fall Pöhle, im Fall Planbeck und Beer, die „Operation Neuland“ und auch der Fall Albrecht ganz offensichtliche Erfolge.

Sicherlich ist Mauss nicht alles gelungen, und sicherlich war es für ihn schwerer, im Bereich des Terrorismus einzudringen, als in den Bereich der Schwerkriminalität. Aber die Arbeit der niedersächsischen Untersuchungsausschüsse zur Tätigkeit des Werner Mauss zeigen und belegen, daß es bisher so war, daß Mauss seine Ermittlungsberichte nicht „angedickt“, sondern ausgedünnt hatte. Schwerwiegende Verstöße und wichtige Teile von Einsätzen wurden von Mauss in seinen Berichten natürlicherweise nicht erwähnt und ganze Berichte über Mauss Tätigkeit, wie z.B. die Berichte der niedersächsischen Landesregierung zur „Operation Neuland“ wurden in der gesamten Tendenz irreführend abgefaßt, um den eigentlichen Kern des Einsatzes zu verschleiern.

So muß auch Aust räumen, nachdem er ausführlich Mauss erfolgreiche Jagd nach den Seveso-Dioxin-Fässern beschrieben hatte, daß dies auch ein gigantisches Ablenkungsmanöver sein könnte, denn es gibt sehr ernst zu nehmende Hinweise, daß Mauss nicht die Originalfässer aufgespürt hatte.

Nicht weitergekommen ist Aust in vielen wichtigen Fragen. Auch zum „Deutschen Herbst“, zur Schleyer-Entführung, zu den Todesfällen in Stuttgart-Stammheim kann Aust nur Gerüchte bieten.

Trotz allem, das Buch ist lesenswert. He., KB Göttingen

Stefan Aust, Mauss — Ein deutscher Agent, Hamburg 1988, 390 Seiten, Preis 39,80 DM



# Neue Wege grüner Entmummungspolitik

Die GRÜNEN Baden-Württembergs bereiten den Wahlkampf vor

Vier Wochen vor der Landtagswahl haben die baden-württembergischen Grünen ihre Unentbehrlichkeit deutlich gemacht. Die gemeinsame Erklärung von Landesvorstand und Fraktion „Grüne Politik für die Verteidigung der Demonstrationen und für den Ausbau gewaltfreier Konfliktlösungen“ stellt die Einzigartigkeit der Grünen Partei klar heraus: „In dieser Auseinandersetzung sind die Grünen mehr als eine Partei neben anderen Parteien. Sie sind in den Parlamenten vertreten und somit in der Lage, diejenigen direkt mit ihrer Kritik zu konfrontieren, die eine militante Strategie der Gewalt verfolgen.“

Aus dieser Lage ergibt sich für die Grünen die Verpflichtung, ihre Konzepte ziviler Konfliktlösungen in Form unmittelbarer Auseinandersetzung zu vertreten und sich nicht in die Distanz der Sprachlosigkeit zu begeben. Es ergibt sich die Verpflichtung, mit den Exponenten des Konflikts zu reden, Denk- und Kontaktverbote zu durchbrechen.“

Ansprechbarer gibt es quer durch alle Lager. Dazu zählen auch „viele Polizeivertreter“ und „viele Autonomen“. Am 2.11.1987 wurden an der Startbahn West zwei Polizisten ermordet. Das spontane Erschrecken über diese Mordtat ging quer durch die Gesellschaft. Auch bei den Autonomen, die von einem Teil der Medienöffentlichkeit für die Mordtat kollektiv schuldig gesprochen wurden, ist dieses Erschrecken deutlich geworden. Hier bestand eine Gemeinsamkeit, die politische Gegner und sogar Feinde miteinander verbunden hat.“

Nur CDU und FDP wollen nicht mitspielen. Sie „respektieren diese Gemeinsamkeit nicht. Sie verweigern sich der Chance, auf die Gewaltfrage neue Antworten zu finden und geben vor, Gewalttätigkeiten mit immer mehr staatlicher Repression verhindern zu können.“

Sie ignorieren, daß viele Polizeivertreter die Kritik geäußert haben, Polizeieinsatz könne und dürfe kein Polizeisatz sein. Sie ignorieren, daß viele Autonome anerkannt haben, daß Militanzrituale tatsächlich ein Milieu geschaffen haben, in dem ein Täter unkontrolliert zur Waffe greifen konnte. Doch sie ignorieren nicht nur, daß sich sowohl die Polizei gegen die Rolle des „Prügelknaben der Politik“ wehrt, als auch Autonomen sich gegen die Rolle des „terroristischen Staatsfeindes“ wehren. Mit den geplanten Gesetzesentwürfen verstärken sie vielmehr diese Rollenzuweisung.“

Die zu diesem Zwecke geplanten Gesetzesverschärfungen lehnen die baden-württembergischen Grünen ab. Ihre Einschätzung: „CDU und FDP geht es offensichtlich nicht wirklich darum, Gewaltpotentiale abzubauen. Der Bonner Koalition geht es darum, um jeden Preis Staatsautorität zu beweisen. Wenn der Staat dabei autoritäre Züge erhält, dann wird das billigend in Kauf genommen.“

Nicht besser sind allerdings die Zwillingen des „Schwarzen Blocks“: „Die Gewaltspirale wird jedoch auch von einer Minderheit von Demonstranten angekerbelt, die sich selbst zu den „Autonomen“ rechnen. Zwillen, Molotowcocktails und Steine werden als legitime Mittel eines Widerstandes gegen bestimmte Großprojekte bzw. gegen den Staat als ganzen angesehen. Aus der rücksichtslosen Durchsetzung solcher Großprojekte unter Mißachtung der protestierenden Bevölkerung sowie aus der Aufrüstung von Strafrecht und Polizei und den daraus folgenden Übergriffen leiten diese militanten Autonomen ihre Legitimation zur Gewaltanwendung, verstanden als Gegengewalt, ab. Die Inhumanität der Gewalt des sog. „Schwarzen Blocks“ versteckt sich hinter der Inhumanität der staatlichen Gewalt.“

Wie halten es nun die Grünen selbst mit der Rechtsstaatlichkeit? „Die Grünen respektieren rechtsstaatliche Normen und Verfahren. Dennoch ist nicht jede Gewaltanwendung des Staates legitim, und die Grünen stellen die Legitimität staatlicher Durchsetzung von

irreversiblen Großprojekten explizit in Frage. (...)“

Es gehört zur Definition gewaltfreien Widerstands, daß sie staatliche Sanktionsgewalt hinnehmen. Gerade im Spannungsfeld von Bürgeraktion und staatlicher Reaktion kann deutlich werden, wo Recht zu offensichtlichem Unrecht geworden ist. Bei Mehrheitsentscheidungen, die zu existenzbedrohenden Entwicklungen führen, bedeutet dieser gewaltfreie Widerstand, die Chance neuer Weichenstellungen.“

„Ein konkretes Ziel grüner Politik“ ist „das Zurückdrängen von Gewalt“ (Zwischenüberschrift): „Die große Mehrheit gewaltfreier Demonstranten muß in eine Auseinandersetzung mit den Demonstranten treten, die bisher Gewalt befürwortet und vielleicht auch angewendet haben. In dieser Auseinandersetzung werden die Grünen klarmachen, daß gemeinsame politische Ziele nicht als Legitimationsargument dafür dienen können, daß Aktionsbündnisse geschlossen werden, die die gewaltfreien Aktionsstrategien verletzen. Es gibt für uns Grüne keine Arbeitsteilung zwischen gewaltfreiem und gewaltträgem Protest und Widerstand.“

In dieser Auseinandersetzung muß deutlich werden, daß die Grünen alles tun werden, damit aktive Minderheiten, die bereit sind, Gewalt anzuwenden, nicht in der Lage sind, die gewaltfreien Mehrheiten zu dominieren. Die Grünen akzeptieren keinen Einsatz von Zwillen, Molotowcocktails und Steinen. Solche Mittel sind inhuman und nicht zu rechtfertigen.“

Dieser klare Absage der Grünen an Gewalt bedeutet jedoch keine Ausgrenzung von militanten Autonomen. Wir wollen den Dialog mit diesen Gruppen, gerade weil wir um die Gefahren von deren totaler Isolierung und Stigmatisierung wissen. Doch die Voraussetzung für einen wirklichen Dialog sehen wir auch darin, daß wir unsere Position unmißverständlich formulieren — eine Position, bei der für Koketterie mit gewaltsamen Methoden kein Platz ist. (...) Gewaltfreie Demonstranten müssen verstärkt in die Lage versetzt werden, auf gewaltbereite De-

monstranten und gewaltbereite Polizisten einzuwirken, und bereit sein, beim Aufkommen von Gewalt zu intervenieren.“

Es versteht sich von selbst, daß das unvermummte zu geschehen hat: „Das Prinzip der Demonstration schließt für die Grünen Vermummung aus. Die Grünen beteiligen sich an Demonstrationen und gewaltfreien Aktionen, um mit ihrer Person und Persönlichkeit zu zeigen, daß sie für eine bestimmte Sache eintreten.“

Neben der eigenen demonstrativ unvermummten Wehrlosigkeit und der Aufforderung an „gewaltbereite Demonstranten“, nicht nur die Zwillen, sondern auch die Skimützen wegzuschmeißen, enthält grüne Entmummungspolitik aber noch ein weiteres Element: den Appell an den Staat, dem Einsatz von Schlagstöcken, Reizgas und Wasserwerfern zu entsagen und auch das Filmen und Fotografieren von Demonstrationsteilnehmern künftig sein zu lassen. „Der sofortige Verzicht auf diese gängigen Mittel der Polizeipraxis würde die Vermummungsdiskussion auf einen Schlag überflüssig machen.“

So einfach kann Politik sein! Vorausgesetzt, die Politiker verfügen über ebensoviele Sachverstand und Ideenreichtum wie die baden-württembergischen Grünen. Die formulieren nicht nur allgemeine Ziele, sondern machen auch sehr konkrete

Verbesserungsvorschläge: „Es sollen vorrangig aus der Gegend stammende Beamte eingesetzt werden, die mit der lokalen Situation besser vertraut sind und die angemessener auf (gewalttätige oder sonstige Konflikte) reagieren können als ort- und problemunkundige Polizisten.“

Ob dieses bemerkenswerte Papier „in der Grünen Partei, in der außerparlamentarischen Bewegung, bei den sog. Autonomen, aber auch im etablierten Lager der Gesellschaft und bei der Polizei diskutiert wird und so einen Beitrag zur Durchbrechung der Gewalteskulation leisten kann“?

Das Presse-Echo auf seine Veröffentlichung spricht deutlich dagegen. Das Bemühen der Verfasser um Ausgewogenheit wird weitgehend unterschlagen. „Südwest-Grüne gegen Vermummung“ titeln wörtlich identisch „Stuttgarter Zeitung“, „Südkurier“ und „taz“. Auch die übrigen Blätter vermeiden ausschließlich die Linksabgrenzung: „Bekanntnis zur Gewaltfreiheit“ („FR“), „Landesgrüne gehen auf Distanz zu Dürfurth“ („Rhein-Neckar-Zeitung“) und noch einmal „Grüne im Land lehnen die Vermummung ab“ („Stuttgarter Nachrichten“).

Daß allein der AK — stets offen für neue Ideen — die wesentlichen Teile ihres Papiers dokumentiert, dürfte die ehrgeizigen grünen Abrüstungspolitik kaum zufriedenstellen.

me“: „Am 2.11.1987 wurden an der Startbahn West zwei Polizisten ermordet. Das spontane Erschrecken über diese Mordtat ging quer durch die Gesellschaft. Auch bei den Autonomen, die von einem Teil der Medienöffentlichkeit für die Mordtat kollektiv schuldig gesprochen wurden, ist dieses Erschrecken deutlich geworden. Hier bestand eine Gemeinsamkeit, die politische Gegner und sogar Feinde miteinander verbunden hat.“

Nur CDU und FDP wollen nicht mitspielen. Sie „respektieren diese Gemeinsamkeit nicht. Sie verweigern sich der Chance, auf die Gewaltfrage neue Antworten zu finden und geben vor, Gewalttätigkeiten mit immer mehr staatlicher Repression verhindern zu können.“

Aus der rücksichtslosen Durchsetzung solcher Großprojekte unter Mißachtung der protestierenden Bevölkerung sowie aus der Aufrüstung von Strafrecht und Polizei und den daraus folgenden Übergriffen leiten diese militanten Autonomen ihre Legitimation zur Gewaltanwendung, verstanden als Gegengewalt, ab. Die Inhumanität der Gewalt des sog. „Schwarzen Blocks“ versteckt sich hinter der Inhumanität der staatlichen Gewalt.“

Wie halten es nun die Grünen selbst mit der Rechtsstaatlichkeit? „Die Grünen respektieren rechtsstaatliche Normen und Verfahren. Dennoch ist nicht jede Gewaltanwendung des Staates legitim, und die Grünen stellen die Legitimität staatlicher Durchsetzung von

Grünen akzeptieren keinen Einsatz von Zwillen, Molotowcocktails und Steinen. Solche Mittel sind inhuman und nicht zu rechtfertigen.“

Dieser klare Absage der Grünen an Gewalt bedeutet jedoch keine Ausgrenzung von militanten Autonomen. Wir wollen den Dialog mit diesen Gruppen, gerade weil wir um die Gefahren von deren totaler Isolierung und Stigmatisierung wissen. Doch die Voraussetzung für einen wirklichen Dialog sehen wir auch darin, daß wir unsere Position unmißverständlich formulieren — eine Position, bei der für Koketterie mit gewaltsamen Methoden kein Platz ist. (...) Gewaltfreie Demonstranten müssen verstärkt in die Lage versetzt werden, auf gewaltbereite De-

# Neue Töne in der Deutschlandpolitik der CDU?

Heiner Geißler, bekannt für seine überaus schenken Inszenierungen, schlug wieder zu. Wenige Tage vor der offiziellen Vorstellung des Diskussionspapiers für die programmatische Diskussion auf dem Parteitag der CDU im Sommer 88, ließ er im SPIEGEL die Reklameträume für die Deutschlandpolitischen Formulierungen dieses Papiers rühren. „Abkehr von der Wiedervereinigung“, „Revision der Deutschlandpolitik“ u.ä. war dort zu lesen, so — als ob lange gehegte Grundpfeiler der CDU-Politik plötzlich über Bord geworfen werden sollten. Der Tusch war geblasen, die Show konnte beginnen.

Wie bestellt bellten die Hunde: der Bayer meldete sich zu Wort, die FAZ fuselte von „Gefahr“ und der „Quintung für Versäumnisse“, von der „Preisgabe politischer Hartwährung für menschliche Weichwährung“ usw. Merkwürdig nur, daß 5 Tage später dann die FAZ wieder Entwarnung läuten konnte: Als gar so linksradikal und vaterlandsverräterisch, wie es auf den ersten SPIEGEL-Blick ausgesehen hatte, entpuppte sich die Aussagen der CDU-Programmkommission nun doch nicht. An den Kernausagen des Papiers war zwischen der SPIEGEL-Fassung und der von Geißler der Öffentlichkeit dann präsentierten so viel nun doch nicht geändert worden. Nach wie vor stand dort zu lesen:

— Das Ziel der Einheit ist von den Deutschen nur mit Einverständnis ihrer Nachbarn in Ost und West zu erreichen.  
— Die Überwindung der Teilung Europas und damit Deutschlands setzt eine Überwindung des Ost-West-Konflikts voraus.  
— Die Lösung der deutschen Frage ist daher gegenwärtig nicht zu erreichen.

Hier wird — für ein CDU-Papier in wahrlich seltener Offenheit — ausgesprochen, was zwar schon längst regierungspolitische Praxis war, innerhalb der CDU als Partei aber bislang kaum ungestraft ausgesprochen werden konnte: Nämlich, daß die Wiedervereinigung auf absehbare Zeit nicht realisierbar sei, daß sie ohne die Zustimmung der westlichen Verbündeten nicht angestrebt werden könne und

daß der territoriale Aspekt der sogenannten deutschen Frage eher als nachgeordnet anzusehen sei, wie ausgerechnet die Ministerin für innerdeutsche Beziehungen, Dorothea Wilm, bei einem Vortrag in Paris betonte.

## Die Vorstellungen des CDU-Papiers

Das mag zwar innerhalb der CDU für manchen überraschend klingen, und auch mancher Sozialdemokrat und Linke wird sein Bild von der CDU der Ostlandritter und Offener kalter Krieger überdenken müssen (wenn auch nicht gleich das Kind mit dem Bade ausschütten); sieht mensch sich aber das genauer an, was neben diesen „Highlights“ über 90% des Textes ausmacht, so bleibt doch eher altbekanntes übrig: Weder wird die Erfassungstelle in Salzgitter aufgelöst, noch wird die Frage der Elbgrenze völkerrechtlich festgeschrieben. Stattdessen wird wie immer Westberlin als Teil der Bundesrepublik reklamiert, wird ganz Berlin als internationale Konferenzstadt vorgeschlagen (konkrete als offene Tagungsorte für eine KSZE-Folgekonferenz); die DDR-Volkammer wird nicht als legitimes Parlament anerkannt, zu dem Kontakte wie zu jedem anderen möglich wären. Exemplarisch für die Grundlagen der CDU-Deutschlandpolitik sei folgende Passage des Papiers zitiert: „Bei aller Bereitschaft zum Dialog mit der DDR wissen wir, daß sie kein demokratisch legitimer Staat ist. Deshalb brauchen die dort Herrschenden ein Zwangssystem, das die Menschen entrechtet und unterdrückt; deshalb brauchen sie Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl. Die CDU wird nicht nachlassen, die Menschenrechtsverletzungen in der DDR zu verurteilen...“

## Von Reise ...

Vor diesem Hintergrund sind dann auch die konkreten Vorschläge zu sehen, die das Papier enthält. Im Zuge der Verbes-

serung der „Zwischenmenschlichen Beziehungen“ wird da vorgeschlagen:  
— ein innerdeutsches Jugendwerk;  
— ein innerdeutscher Schüleraustausch;  
— Aktivierung und Ausweitung des Reiseverkehrs; Aufhebung von Visumzwang und Zwangsurlaub;  
— Ausweitung des touristischen Austauschs; „Hilfe“ für die DDR beim Aufbau touristischer Infrastruktur;  
— Ausbau der Städtepartnerschaften (!); mensch denke an den CDU-Protest anlässlich des Kontaktes Saarbrücken-Eisenhüttenstadt);  
— Ausweitung des Sportverkehrs, incl. Verbesserung der Reisemöglichkeiten für Fans und Schlachternbummler (!!);  
— Ausweitung von Hochschulpartnerschaften; und

## ... bis zu Investitionsanreicherungen

— Austausch von Volontären und Lehrlingen, Aufbau von Praktikumsstellen im jeweils anderen System.  
— Ins Auge gefaßt wird eine gemeinsame Politik zur Erhaltung historischer Bausubstanz.  
— Eine gegenseitige Versorgung mit Fernsehen (DDR-Fernsehen im Kabelnetz und BRD-Programme nun auch im „Tal der Aehnungslosen“).

Bis hin zu „gemeinsamer Führung von Betrieben“ (joint ventures) und „Zusammenarbeit bei neuen Methoden der Betriebsführung“ reicht dabei die Palette der CDU-Ideen.

Vollständig liegen alle diese Vorstellungen auf der Linie der Deutschlandpolitik der Bundesregierung. Es gab in der letzten Zeit keinen Kredit, kein wirtschaftspolitisches Abkommen, das nicht in irgendeiner Weise an politische Bedingungen geknüpft worden wäre. Und dieser Zusammenhang wird auch im CDU-Papier deutlich gemacht: „Die DDR-Führung muß jedoch wissen, daß die Intensität und der Erfolg des innerdeutschen Dialogs auch davon abhängig ist, ob sie in ihrem Machtbereich Diskussion und Dialog zuläßt.“

## CHILE Einige entkommen der Folter lebend. Aber was ist das für ein Leben?

Denn die Qualen der Folter wirken noch — nach lange.  
Depressionen, Angsterkrankungen und paranoide Zustände sind die häufigsten seelischen Spätfolgen. Viele Opfer von Folter drohen daran zu zerbrechen. Sie brauchen dringend fachkundige Hilfe. So wurde 1986 in der chilenischen Hauptstadt Santiago

Hilfslinien auf psychologisch-psychiatrischer Ebene entwickelt, die ebenso die medizinischen und sozialen Aspekte des Einzelbisses berücksichtigen.  
CINTRAS arbeitet mit allen oppositionellen Kräften zusammen und wird besonders von der katholischen Kirche Chiles geschützt. Bis Ende August '87 wurde CINTRAS von der

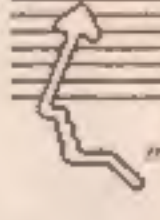
## CHILE Einige entkommen der Folter lebend. Aber was ist das für ein Leben?

Denn die Qualen der Folter wirken noch — nach lange.  
Depressionen, Angsterkrankungen und paranoide Zustände sind die häufigsten seelischen Spätfolgen. Viele Opfer von Folter drohen daran zu zerbrechen. Sie brauchen dringend fachkundige Hilfe. So wurde 1986 in der chilenischen Hauptstadt Santiago CINTRAS gegründet, eine medizinische und psychotherapeutische Einrichtung für die Hilfe gegenüber Folteropfern und ihren Angehörigen. Unter Assistenz des international bekannten Zentrums für Rehabilitation Gefolterter (IRCI) in Kopenhagen wurden


Hilfslinien auf psychologisch-psychiatrischer Ebene entwickelt, die ebenso die medizinischen und sozialen Aspekte des Einzelbisses berücksichtigen.  
CINTRAS arbeitet mit allen oppositionellen Kräften zusammen und wird besonders von der katholischen Kirche Chiles geschützt. Bis Ende August '87 wurde CINTRAS von der Kopenhagener Klinik finanziert. Danach hat medico international mit einer Spende für weitere 3 Monate diese Arbeit ermöglicht. CINTRAS muß weiterarbeiten — für die Opfer der Pinochet-Diktatur.  
Wir bitten Sie um Ihre Unterstützung.

Prof. Peter Alheit, Wissenschaftler  
Gert Bastian, Generalsekretär für Frieden  
Dr. med. Winfried Beck, IPFNW  
Freimut Düwe, MdB-SPD  
Brigitte Erler, Amnesty International  
Thomas Ebermann, Die Grünen  
Peter Anstalt Feid, Dominikaner  
Prof. Iring Fetscher, Autor  
Marion Fleisch-Thebesius, Pastorin  
Marian von Hagen  
Hans Hirschauer, Zahnarzt  
Ulrike Hölzer, Journalistin  
Dr. med. Ellis Huber,

Vors. Ärztekammer Berlin  
Prof. Helmut Goltz, Theologe  
Herbert Gronemeier, Schauspieler  
Prof. Robert Juenke, Autor  
Petra Kelly, Die Grünen  
Sir Karl Popper, London  
Prof. Horst Eberhard Richter, Psychotherapeut  
Prof. Herbert Schul, Wissenschaftler  
Antonio Skarmata, Regisseur  
Dr. Herbert Stubenrauch, Psychotherapeut  
Friedrich Karl Waschler, Autor



**CINTRAS**  
CENTRO DE INVESTIGACION  
Y REHABILITACION DEL ESTATO  
CENTRO PARA EL ESTUDIO Y REHABILITACION  
DE LAS PERSONAS  
Santiago, Chile



**medico**  
international  
be medico international  
Güterstrasse 1  
1000 Frankfurt 1  
Spendenkonto:  
Sonderkassen Frankfurt, Konto-Nr. 1600  
Postfach 1000, Konto-Nr. 6599 506  
be medico international (Spendenkonto) CINTRAS

## Viel Wind um nichts?

In der Tat bietet das Papier für die deutsch-landpolitische Orientierung der CDU als Regierungspartei nichts Neues. Schon die ganzen letzten Jahre über hat die Bundesregierung die Unrealisierbarkeit der Wiedervereinigung und den Vorrang der europäischen Politik betont. Dies hat ihr in der Vergangenheit immer wieder erhebliche Kritik von einem traditionellen deutsamen Teil ihrer Klientel eingetragen, eine Kritik, die bis zur offenen Spaltungsdrohung sich erweiterte. Tatsächlich verschärft das Papier diesen in der CDU als Partei seit Jahren schwelenden Konflikt über die Bedeutung des Revanchismus in der Programmatik. Nachdem bei der letzten Bundestagswahl führende Vertreter des Revanchismus (Czaja und Hupka) erheblich an Bedeutung innerhalb der Fraktion eingebüßt haben, soll nun der alte Revanchismus zunehmend auch aus dem Programm verschwinden. Es steht dabei für die CDU kaum zu befürchten, daß sie dabei allzuviel Potential nach Rechts verlieren würde.

Das Ballyhoo, das die CDU bei der Veröffentlichung des Papiers inszeniert hat,

zielt aber noch auf eine zweite Gruppe: Auf eher „linke“ Wähler, die sich aus einer falschen Einschätzung der bisherigen CDU-Deutschlandpolitik heraus nun verblüffen lassen durch die zwar nicht friedfertigen, mit Sicherheit aber nicht deutsch-nationalen Formulierungen. Ganz symptomatisch für diese Fehleinschätzungen sind Äußerungen von einer „deutschlandpolitischen Wende“, dem „Abschied von alten Einheits-Träumen“ oder gar einem „deutschlandpolitischen Gottesberg auf Raten“. Diese eher „linken“ Wähler der CDU haben sich außen- und deutschlandpolitisch in den letzten Jahren immer mehr durch die FDP vertreten, der gegenüber die CDU an Profil zu verlieren drohte.

Aus dieser Veränderung der Tonlage in der Deutschlandpolitik, die in dem CDU-Papier eindeutig feststellbar ist, aber gleich eine absurde „deutsch-nationale Offensive“ abzuleiten, gegen die keine Gegenkraft weit und breit sichtbar wäre, wie es Oliver Tolmein z.B. in der TAZ vom 20.2.88 an die Wand malt, erscheint dann doch übertrieben.

E. / Antifa-Kommission



# „Wir sind der linke Flügel der Perestrojka“

Interview mit Boris Kagarlitsky, Vorstandsmitglied der unabhängigen sowjetischen „Föderation der sozialistischen gesellschaftlichen Klubs“

Es stimmt: Der als fortschrittlich geltende Moskauer Parteichef Jelzin wurde abgesetzt und der Stein des Anstoßes — seine Rede vor dem ZK im Herbst 1987 — bis heute nicht veröffentlicht. Glasnost? Auch die totale Informationsperre zu Beginn der Auseinandersetzungen in Armenien/Aserbeidschan erinnerte ganz fatal an die Medienpolitik à la Tschernobyl. Erneut waren es die berühmten touristischen Video-Filme, die erste authentische Bilder nach Moskau brachten. Perestrojka?

Es wäre jedoch in jeder Hinsicht einseitig und somit falsch, die progressiven Veränderungen im politischen Alltag der Sowjetunion zu leugnen. „Zum ersten Mal

im Laufe von vielen Jahrzehnten empfanden wir real einen sozialistischen Meinungsppluralismus“ erklärte am 18.2.88 Parteichef Gorbatschow. Das entspricht der Wahrheit. Es brodelt — nicht nur in Moskau:

— Mindestens 30.000 unabhängige Bürgerinitiativen sind nach offiziellen Angaben in den letzten Monaten im ganzen Land aus dem Boden geschossen.

— Die derzeit fortschrittlichste Zeitung Moskowskie Nowosti ist regelmäßig 5 Minuten nach Erscheinen total ausverkauft. Die von der offiziellen Nowosti-Pressagentur herausgegebene Wo-

chenzeitschrift betrachtet die unabhängige BI-Bewegung als Bestätigung für das „kreative Potential der Massen“, läßt ausführlich AKW-GegnerInnen zu Wort kommen und initiiert Debatten zur Weiterentwicklung der betrieblichen und gesellschaftlichen Demokratisierungsprozesse.

— Die dreiwöchig erscheinende Theorie-Zeitschrift der KPdSU „Kommunist“ (Auflage: 1 Million und 40.000 Exemplare) hat ihr Redaktionskonzept völlig umgestellt und gilt seitdem als „Perestrojka“-Flaggschiff: Ein Drittel jeder Ausgabe ist der kontroversen politischen Debatte gewidmet, Nicht-Parteimitglieder können publizieren usw. usf.

— In Moskau vergeht kaum eine Woche

ohne größere Diskussionsveranstaltungen: Bei einer Veranstaltung des Schriftstellerverbandes mit dem liberalen Geschichtsforscher Afansjew drängten sich die 600 Zuhörer noch in den Treppengängen, bei einer Universitätsdebatte über den „Mythos Stalin“ war der Saal überfüllt, noch vor den geöffneten Fenstern sorgten Studententrauben für einen Verkehrsstau. Auch die öffentlichen Diskussionsabende der informellen Gruppen sind mit bis zu 600 Teilnehmern rege besucht.

Das politische Tauwetter und die neu entfachte Lust an der Debatte bringt eine pluralistische Vielfalt der Positionen zutage, in deren Rahmen erstmals auch die fortschrittliche, marxistisch inspirierte Kritik an den Positionen der KPdSU sich entwickeln und in den Meinungsstreit eingreifen kann.

Das folgende Interview mit einem Sprecher der unabhängigen „Sozialistischen Initiative“ erläutert aus fortschrittlicher Sicht die Situation nach dem Sturz Jelzins und beleuchtet die Grenzen und möglichen Perspektiven des — so Gorbatschow am 18.2.88 — „revolutionären Übergangs zu einer qualitativ neuen Beschaffenheit“ der sowjetischen Gesellschaft. Da durch einen technischen Defekt die ersten Minuten der Aufzeichnung bedauerlicherweise gelöscht wurden, beginnt das Gespräch mitten im Text.



Boris Kagarlitsky ist Soziologe und Mitglied der offiziellen „Sowjetischen Soziologischen Gesellschaft“. Zur Zeit Breschnews war er Mitglied der Untergrundgruppe „Junge Sozialisten“. Er wurde am Ende der Breschnew-Ara verhaftet und kam erst im Zuge der jüngeren politischen Veränderungen in der Sowjetunion frei. Er ist heute Sprecher der sowjetischen Gruppe „Sozialistische Initiative“ sowie Mitglied im Vorstand der „Föderation der Sozialistischen Gesellschaftlichen Klubs“.

**Interview mit Boris Kagarlitsky, Vorstandsmitglied der unabhängigen sowjetischen „Föderation der Sozialistischen Gesellschaftlichen Klubs“**

Wie wurde innerhalb der KPdSU auf den Sturz Jelzins reagiert? Vertrat Jelzin nicht auch einen Flügel innerhalb der Kommunistischen Partei?

Innerhalb der Föderation sind wir uns darüber einig, daß die KPdSU nicht als ein monolithisches Gebilde betrachtet werden kann. Innerhalb der KPdSU gibt es derzeit drei Hauptströmungen: Zum einen den stalinistisch-konservativen Flügel. Dann den Flügel der technokratischen Reformer, deren Anhänger das administrative System nicht verändern, sondern lediglich optimieren und rationalisieren wollen. Und schließlich die Strömung der Reformer und der Liberalen. Diese Strömung wiederum unterteilt sich in unterschiedliche Sub-Strömungen: Technokraten, kulturelle Reformer („cultural liberals“), moderate liberale Technokraten usw. usf. Sie bilden zusammen genommen den dritten liberal-reformerischen Block innerhalb der Partei. Dieser Block war maßgeblich für die Perestrojka-Anstrengungen der ersten zwei Jahre. Derzeit sieht es aus, als ob die Konservativen — zumindest auf lokaler Ebene — Bodengewinne machen.

ka-Anstrengungen der ersten zwei Jahre. Derzeit sieht es aus, als ob die Konservativen — zumindest auf lokaler Ebene — Bodengewinne machen.

Wie verhielten sich die Mitglieder der KPdSU bzw. des KP-Jugendverbandes Kommunist während der Unruhen an der Lomonossow-Universität? (1)

Die Parteiorganisation der Universität ist praktisch vollständig von konservativen KP-Mitgliedern dominiert. Auf der anderen Seite gibt es bei den studentischen KP-Mitgliedern entschiedene Radikaldemokraten, die die Perestrojka vorantreiben wollen. Innerhalb der Parteistrukturen gab's also jede Menge Zoff. Wladimir Orabanik, ein KP-Mitglied, war beispielsweise gleichzeitig Sprecher der unabhängigen Initiativgruppe. Man versuchte, ihn deshalb aus der KPdSU auszuschließen. Dies wurde von seinen Unterstützern innerhalb der KP-Universitätszelle verhindert. So blieb er in der Partei. Er ist eine sehr fähige Person, ein Ökonom und Bucharin-Spezialist.

Gab es andere vergleichbare Bewegungen zur Jelzin-Frage?

Jede Menge! Wir hatten in unserem Bulletin darüber berichtet. Mehr schlecht als recht versuchte die „Föderation“, diese Aktivitäten zu koordinieren. Z.B. gab es eine Briefkampagne. Die Briefe gingen an das ZK und das Moskauer Partei-Komitee. Wir hatten auch eine Petitionskampagne. Die Leute schrieben Petitionen und sammelten Unterschriften. Damit hatten wir schon vor dem Sturz Jelzins begonnen. Wir hatten aus westlichen Medien erfahren, daß sein Sturz bevorstand. Die Sowjet-Bürger wurden über die Massenmedien nicht informiert. Man hatte dem Ausland Informationen gegeben, die vor den eigenen Bürgern geheimgehalten wurden. Die Leute bei uns empfanden dies als echte Beleidigung.

Die Aktivisten der unabhängigen Klubs hatten eine gemeinsame Stellungnahme sowie eine eigene Petition erstellt. Vor der Metro-Haltestelle „Straße von 1905“ unmittelbar vor dem Büro der Lokalzeitung „Moskowskaja Prawda“ haben wir Unterschriften bei den Passanten gesammelt. Innerhalb von 20 Minuten hatten wir 40 Unterschriften! Dann kamen Polizei und der örtliche Verwaltungschef, Herr Scholochow, und sie brüllten, dies sei eine illegale Demonstration. Nun begannen sich über 100 Leute für die Auseinandersetzung zu interessieren und immer wütender zu werden über Herrn

Scholochow. Dieser ließ schließlich die Unruhestifter festnehmen. Sie wurden nach kurzer Zeit wieder freigelassen. Wir hatten später mehrere solcher Aktionen durchgeführt, ohne daß es zu Verhaftungen kam. Die beiden Organisatoren dieser Aktionen waren Aleksej Kowalew und Wladimir Gurbolikow. Kowalew ist ein Sprecher der sogenannten kultur-ökologischen Bewegung in Leningrad. Er kam nach Moskau, um während der Jelzin-Krise seine Solidarität unter Beweis zu stellen. Gurbolikow ist Herausgeber des Moskauer „Opchina“-Bulletins. Sie repräsentieren ganz unterschiedliche Clubs. Gurbolikow steht weit links und hätte wohl sehr gut in die bundesdeutschen APO-Auseinandersetzungen hineingepaßt. Insgesamt wurden etwa 400 Unterschriften gesammelt. Es gab weitere Unterschriften unter den Petitionen anderer Gruppen.

Quantitativ bewegen sich diese Aktivitäten auf einem extrem geringen Niveau...

Das ist richtig. Du mußt berücksichtigen, daß nach einer Viertelstunde die Aktionen polizeilich aufgelöst wurden. Es wurden darüberhinaus einige Tausende Protestbriefe verschickt. Wegen ihrer öffentlichen Form war die Petitionskampagne psychologisch betrachtet jedoch bedeutender.

psychologisch betrachtet jedoch bedeutender.

Wie verhielt sich der reformerische Flügel der KPdSU? Gab es Proteste auf Massenebene, etwa innerhalb der Gewerkschaften?

Wir wissen von mindestens zwei Demonstrationen in Sverdlowsk. Wir haben über die Größe dieser Demonstrationen allerdings keine gesicherten Informationen. Es gab auch in vielen anderen Städten Briefekampagnen usw. usf. Innerhalb des Apparats wird es viele radikale, progressive Kräfte geben, die aufgrund des Jelzin-Falls ängstlicher geworden sind und jetzt nicht als „Avantgardisten“ oder „Linksradikale“ abgewimpelt werden wollen.

Der Jelzin-Sturz zielte auf Einschüchterung?

Richtig. Das war auch der wesentliche Grund für unsere Proteste. Es ging uns nicht unbedingt darum, Jelzin als Person zu verteidigen. Seit langem wurde nur über eine Gefahr geredet: Über die Gefahr des Konservatismus. Und nun scheint es eine weitere Gefahr zu geben: Die Gefahr des Avantgardismus. Heute sagen die Leute, o.k., es gibt eine Art Ge-

nerallinie, und wer sich rechts oder links davon bewegt, ist zu kritisieren. Die Linken konnten sich vor dem Sturz Jelzins sicherer fühlen. Der Hauptfeind stand rechts. Heute ist Vorsicht angesagt. Denn der Mittelbau der Apparate ist vollkommen in der Hand der Konservativen. Diese Kräfte nutzen den Vorwurf des Avantgardismus als ideologische Allzweckwaffe gegen die Reformer, ja selbst gegen die gemäßigten Reformer und die Anhänger Gorbatschows.

Deine Aussagen bestätigen, daß der Einfluß der unabhängigen Gruppen auf die Apparate oder im täglichen Leben zumindest z.Z. eher schwach ist.

Keineswegs. Ihr Einfluß ist groß. Man muß die Entwicklung sehen. Es gab zuvor praktisch keine unabhängigen Gruppen. Ihre Wachstumsrate zeigt, daß sich hier ein sehr wichtiger Prozeß abspielt. Unser Problem besteht darin, diese Entwicklung im realen Leben tatsächlich zu verankern. Nur dann können wir in einer komplizierten Situation als der jetzigen die Fortschritte verteidigen.

1987 war die Zeit der Perestrojka-Flitterwochen. Es war noch ausreichend, sich die Perestrojka als Fortschritt zu verteidigen.

1987 war die Zeit der Perestrojka-Flitterwochen. Es war noch ausreichend, sich für Perestrojka auszusprechen und das Ideal eines demokratischen Sozialismus zu verteidigen. Diejenigen, die diese Prinzipien unterstützten, kamen in immer größeren Scharen zur Bewegung. Heute sieht fest, daß das nicht reicht. Von oben wird uns gesagt, o.k., wir haben nichts gegen eure Bewegung, aber ihr solltet doch auch einmal etwas Konkretes für die Perestrojka tun. Z.B. der Regierung dabei helfen, die Produktivität der Betriebe zu erhöhen. Das ist natürlich zum Teil ganz absurd. Gleichzeitig müssen wir aber im Konkreten den Nachweis bringen, daß wir in der Lage sind, etwas zu verändern. Wir werden der Propaganda der Rechten auf Dauer nicht standhalten können, wenn wir nicht den Vorwurf widerlegen, wir seien die ewigen Nörgler, die nicht die geringste praktische Veränderung bewirken. Wir müssen, wenn auch auf dem niedrigsten Level, sichtbare Veränderungen bewirken. Nicht nur als taktisches Mittel zur eigenen Verteidigung, sondern auch, um die unabhängige Bewegung im realen Leben zu verankern. Wir befinden uns deshalb in einer sehr, sehr schwierigen Periode. Die links-orientierten Leute aus den sozialen Bewegungen können, wie Du weißt, besser kritisieren als etwas Konstruktives anpacken.

Nenn' doch mal ein Beispiel, was du unter konstruktiv verstehst.

Z.B. Leute verteidigen, die auf unterschiedlichsten Ebenen ungerechtfertigterweise von Regierungsstellen diszipliniert wurden. Wenn es uns gelingt, jemandem seinen Job wieder zu beschaffen, ist das ein konkreter Erfolg. Ein anderes Beispiel: Den Föderationsaktivisten im sibirischen Krasnojarsk war es gelungen, einen korrupten Stadtführer aus seinem Amt zu schmeißen. Es gab auch eine Kampagne von einer Gruppe namens „Boisked“, die verhindern wollte, daß Studenten in Moskauer Gemüseläden geschickt werden, um dort eine Art unbezahlter „Sozialarbeit“ zu absolvieren. Sie wollen die Ausbeutung dieser Studenten verhindern und sind recht erfolgreich: Die offiziellen Stellen haben dieses Problem zumindest als Gegenstand der Debatte bereits akzeptieren müssen. In einer weiteren Kampagne versuchen wir, eine alte Moskauer



Auf zur Maidemonstration! Lebedew, Petrograd 1922



Fortssetzung von vorheriger Seite

Straße, den sogenannten „Arbat“ in eine Art Hyde Park zu verwandeln

• freie Reden.

Nicht nur freie Reden. Wir wollen dort auch Musik haben. Sänger, Gitarristen.

Wie sieht es mit einer Erfindung aus der chinesischen Kulturrevolution.

Wandzeitungen! Ab und zu werden sie benutzt, aber eher selten

W?

Überwiegend in den Provinzstädten. In Moskau halten die Leute eher Reden oder sprechen in ein Mikrofon und verteilen Traktatkassettens. Wir müssen also lernen, praktische Dinge auf die Beine zu stellen. Ferner müssen wir ein Informationsnetz entwickeln. Z.B. organisieren wir soziologische Untersuchungen, etwa über die informellen Gruppen oder die Preissteigerungen. Wichtig sind auch die ökologischen Gruppen, deren Aktivitäten sich in verschiedenen Städten gegen Chemiefabriken konzentrieren. Sie wollen diese Chemiewerke schließen. Z.B. in Wolgograd, dem ehemaligen Stalingrad. Die dortige Chemiefabrik wird im Volksmund „unser Bhopal“ genannt

Laß' uns bei der großen Industrie weitermachen. Was haben sich dort, etwa in gewerkschaftlicher Hinsicht, um Veränderungen vollzogen?

Die Gewerkschaften haben ihre neue Rolle noch nicht gefunden. Ihr Problem besteht darin, daß sie einfach nicht sichtbar sind. Zumindest die offiziellen Gewerkschaften

Es gibt inoffizielle Gewerkschaften?

Es gibt inoffizielle Initiativgruppen, die das tun, was die Gewerkschaften tun sollten. Sie betrachten sich allerdings in keiner Weise als Ansatz für alternative Gewerkschaften. Sie vertreten Arbeiter, die nicht durch die Gewerkschaften vertreten zu werden

Manne: Arbeiter. In der Fabrik sind wir immer nur gegenüber ein recht gut misshandelter Hund von Arbeitbrigaden innerhalb derer die Beschäftigten unter Berücksichtigung aller sozialen Faktoren selbst entscheiden, wieviel Lohn an wen ausbezahlt wird. In vielen Fällen soll es durch die Brigaden vorangekommen sein, daß die Arbeiter sich gegen die Beherrschung durch die Brigaden auflehnen. Ist das wahr?

Manne: Arbeiter. In der Fabrik sind wir immer nur gegenüber ein recht gut misshandelter Hund von Arbeitbrigaden innerhalb derer die Beschäftigten unter Berücksichtigung aller sozialen Faktoren selbst entscheiden, wieviel Lohn an wen ausbezahlt wird. In vielen Fällen soll es durch die Brigaden vorangekommen sein, daß die Arbeiter sich gegen die Beherrschung durch die Brigaden auflehnen. Ist das wahr?

Manne: Arbeiter. In der Fabrik sind wir immer nur gegenüber ein recht gut misshandelter Hund von Arbeitbrigaden innerhalb derer die Beschäftigten unter Berücksichtigung aller sozialen Faktoren selbst entscheiden, wieviel Lohn an wen ausbezahlt wird. In vielen Fällen soll es durch die Brigaden vorangekommen sein, daß die Arbeiter sich gegen die Beherrschung durch die Brigaden auflehnen. Ist das wahr?

Man könnte diese Brigaden bezüglich der Selbstverwaltung als eine Art Schule betrachten?

Ja, das sind sie. Eine weitere im Prinzip ganz gute Idee war die Einrichtung der Räte der Arbeitskollektive („Council of work collectives“). Die realen Möglichkeiten dieser Räte sind jedoch sehr begrenzt. Vor einer Woche machte ich im Moskauer Stadt-Radio eine Sendung über die Situation im Moskauer PKW-Werk AZLK. Dort werden die „PKW-witsche“ hergestellt. Dort steht der Arbeiter

territ faktisch unter der Kontrolle der Werksleitung und wird ausschließlich für die unpopulären Entscheidungen genutzt. Z.B. wenn es um Überstunden oder Samstagsarbeit geht, darf neuerdings der Arbeiterrat entscheiden. Einerseits waren die Council-Wahlen nicht besonders frei. Die Leute wurden stark beeinflusst. Wichtiger ist, daß der Status dieser Arbeiterräte unklar ist. Weil jeder davon ausging, daß dieser Rat ohnehin keine Rechte hat, war man auch nicht so richtig interessiert, gute Leute dort hineinzuwählen. Der Rat besitzt keine Rechte bezüglich der Entlohnung oder bezüglich der — bei uns sehr wichtigen — Zuteilung von Wohnungen

Du sprichst jetzt über das neue Gesetz, das seit dem 1.1.88 in Kraft ist?

Richtig, diese Praxis basiert auf dem neuen Gesetz. In diesem Gesetz wird lediglich die Einrichtung dieser Räte vorgeschrieben. Es wird nicht gesagt, was von diesen Räten gemacht werden kann. Ein weiteres Beispiel: Nach dem neuen Gesetz müssen die Betriebsleiter gewählt werden. Ich kenne keinen einzigen Fall, wo dies geschehen ist. Nur in den Fällen, wo ein Direktor gezwungen wurde zu gehen oder freiwillig ging, gab es eine Wahl. Noch nie wurde ein Direktor ohne äußeren Anlaß gezwungen, sich durch eine Wahl bestätigen oder absetzen zu lassen. Im übrigen sind die Beschäftigten weniger an der Wiederwahl ihres Direktors als vielmehr an der Kontrolle ihrer Abteilungsleiter („shop floor executives“) interessiert

Diese sind nicht wählbar?

Die werden eingesetzt. Die linksorientierten Klubs fordern in erster Linie, daß die Abteilungsleiter gewählt werden können, die dann wiederum auf einer Abteilungsleiterkonferenz den Direktor wählen können

Gibt es eine Art Kontinuität zwischen den Beschäftigten, die im Sinne von mehr Arbeiterdemokratie die Perestroika vorantreiben wollen?

Alles in allem gesprochen besteht die Mehrheit der Initiativgruppen aus Arbeiterdemokraten, die sich speziell um Arbeitsrechte und dem Arbeiteraktivismus betreffen. Eine Gruppe namens „Kampff“ (sie ist ausschließlich in einer Moskauer Schuhfabrik verankert) ist dabei ein Modell für enge Beziehungen zwischen der Klub-Bewegung und den Beschäftigten

Es ist schwierig, mit den Brigaden

auszuarbeiten. Dabei geht es beispielsweise darum, Vorträge vor den Arbeiterräten zu halten. Zwei andere Gruppen versuchen im Prinzip dasselbe, jedoch mit anderen Methoden. So sucht eine Gruppe namens „Selbstverwaltung“ (sie ist zum Teil auch Mitglied unserer Föderation), direkte Beziehungen zu den Brigaden herzustellen. Diese Gruppe besteht in Moskau aus 21 Mitgliedern, hat jedoch viele Kontakte. Sie versuchen, eine Art „Arbeiter-Klub“ als das Grundelement des umfassenden Selbstverwaltungsprojekts auf Betriebsebene zu etablieren. Die dritte Gruppe heißt „Arbeiter-Vertrauen“. Sie haben übrigens mit der „Trust“-Gruppe absolut nichts zu tun. Sie sind in erster Linie in den westlichen Republiken verankert. In Moskau haben sie nur wenige Mitglieder. Ihr Ansatz ist die Vernetzung von Arbeiteraktivisten, die auf Betriebsebene Ansehen bekommen haben, sowie die Vernetzung dieser Erfahrungen. Sie benutzen neuerdings zur eigenen Information das Bulletin der Gruppe „Selbstverwaltung“. Innerhalb der „Föderation“ existieren zwei größere Bulletins neben zahlreichen anderen. Die „Linkswende“ („The Left Turn“) und „Selbstverwaltung“ („Self-Management“). Zwischen beiden Bulletins ist ein regelmäßiger Artikelaustausch vereinbart

Gibt es seitens der Gewerkschaften oder der Partei irgendeine Form von Repression gegen diese unabhängigen Organisationsstrukturen?

Davon habe ich bisher nichts gehört. Ich gehe im Gegenteil davon aus, daß Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, die sich im Rahmen der Perestroika eine neue Rolle zulegen wollen, die unabhängigen Arbeiterinitiativen nutzen werden. Einerseits um sie zu integrieren, andererseits um von ihren Erfahrungen zu profitieren. Und die unabhängigen Initiativen würden das auch akzeptieren, falls sie für den Preis einer stärkeren Kontrolle eine echte Mitbestimmung bei konkreten Projekten bekommen würden

Gibt es im Betriebsbereich Reaktionen auf den Sturz Jerus?

Nein. Diesbezüglich gab es keine Reaktionen im Betrieb

Was hat sich seit dem Sturz Jerus verändert? Außern sich die Zeitungen mehr?

Nein. Es ist in jeder Hinsicht erfreulich, daß die Zeitungen nach wie vor sehr gut sind. Ich habe mit journalistischen Tätigkeiten einige Erfahrungen und weiß, daß die besonders radikalen Beiträge in der Regel nicht sofort gedruckt werden. Diese Beiträge müssen erst durch die Redaktionsinstanzen durchgeboxt werden. Dieser Prozeß gestaltet sich heute zuweilen etwas komplizierter. Gleichzeitig ist aber auch wie vor die Bereitschaft der Herausgeber vorhanden, derartige Beiträge zu veröffentlichen. Allgemein betrachtet macht im Pressewesen „Glasnost“ weitere Fortschritte. Das ist ausgezeichnet und beweist, daß sich zumindest auf dieser Ebene durch den Perestroika-Prozeß bereits einige Elemente der Kontinuität herausgebildet haben. Man hat heute jedoch mehr Angst mit den örtlichen Behörden. Es bereitet mehr Ärger, Informationen zu bekommen oder die Erlaubnis für eine offizielle Kundgebung oder Versammlung

Haben schon einmal Demonstrationen zugunsten der Perestroika stattgefunden?

Erlaubte Demonstrationen? Nein! Nichtsdestowenig wird von uns immer wieder die Genehmigung zur Durchführung einer Demonstration beantragt. Bei dieser Gelegenheit werden wir immer wieder als Unruhestifter und Störenfriede behandelt. Denn Demonstrationen hindern Menschen am Spaziergang. Deshalb sind sie äußerst kontraproduktiv. Sie zerstören die soziale Ordnung, ja sogar die Ökonomie, da sie auch die LKW's an der Weiterfahrt hindern. Das Letztere bekommen wir auch dazu zu hören, wenn wir lediglich in einem Park demonstrieren wollen. Manchmal bekommen wir anstelle der Demonstrationserlaubnis immerhin eine Halle zugewiesen. Wir stimmen in solchen Fällen zu. Denn wir wollen tatsächlich nichts destabilisieren oder besonderen Ärger bereiten. Wir wollen lediglich wie normale Bürger behandelt werden

Welches sind die besten Perestroika Zeitungen?

Es gibt zu Zeit wohl zwei. Die „Perestroika“ und die „Moscow News“. Die „Perestroika“ ist ein Blatt, das sich mit der Perestroika beschäftigt. Die „Moscow News“ ist ein Blatt, das sich mit der Perestroika beschäftigt. Die „Perestroika“ ist ein Blatt, das sich mit der Perestroika beschäftigt. Die „Moscow News“ ist ein Blatt, das sich mit der Perestroika beschäftigt.

Fortssetzung nächste Seite

# Die informellen Gruppen in Moskau

„Die Arbeiter- und Bauernregierung verleiht unter Pressefreiheit das gleiche Recht für jede Gruppe von Staatsbürgern die eine bestimmte zahlenmäßige Stärke erreicht (z.B. 10000) über einen entsprechenden Teil der Papierrollen und der Druckereikapazität zu verfügen“ — schrieb Lenin 1917. Seit Beginn der Perestroika schienen die unabhängigen Initiativen in der Sowjetunion wie Pilze aus dem Boden. Nach offiziellen Angaben sind es mittlerweile einige Zehntausende. Im Leninischen Sinne mußten sie längst „Pressefreiheit“ genießen. Tatsächlich ist derzeit die schärfste Fessel für die unabhängigen Gruppen die Unmöglichkeit eigene Texte zu drucken. Selbst in Moskau gibt es beispielsweise nicht einen einzigen öffentlichen Copy-Shop. Hier und da gelingt es vielleicht einmal, über ausländische Journalisten oder eine Botschaft einige Minuten lang einen Kopierer zu erschaffen. Ansonsten ist „Sonne“

Hauptsächlich werden die theoretischen Stellungnahmen, Bulletin und Aktionspläne der informellen Gruppen in einer Form verbreitet, die mehr an das Mittelalter denn das 20. Jahrhundert erinnert. Man/frau tippt mit Durchschlag! Dies ist der Hauptgrund für die extrem niedrige Auflage auch der fortschrittlichen Bulletins und wohl auch maßgeblich für die hierzu und verbreitete Unkenntnis dieser „Bl Bewegung“. Der folgende Kurzübersicht basiert auf Informationen von B. Kagarlitzky. Aufgeführt werden ausschließlich die in Moskau relevanten und im weitesten Sinne fortschrittlichen Initiativen

**Perestroika-Klub**  
Diese Gruppe hat sich inzwischen gespalten in eine Gruppe „Perestroika 88“ und eine Gruppe „Die Moskauer Perestroika“. Im Klub „Perestroika 88“ versammeln sich Liberale ohne ideologischen Hintergrund. Die Gruppe „Perestroika 88“ ist politisch der „Sowjetunion“ (die Moskauer Gruppe) gegenüber. Die Gruppe „Perestroika 88“ ist politisch der „Sowjetunion“ (die Moskauer Gruppe) gegenüber. Die Gruppe „Perestroika 88“ ist politisch der „Sowjetunion“ (die Moskauer Gruppe) gegenüber.

**Klub der sozialen Initiativen**  
Die Gruppe „Klub der sozialen Initiativen“ ist politisch der „Sowjetunion“ (die Moskauer Gruppe) gegenüber. Die Gruppe „Klub der sozialen Initiativen“ ist politisch der „Sowjetunion“ (die Moskauer Gruppe) gegenüber.

**Klub der sozialen Initiativen**  
Dieser Klub ist als Teil der „Sowjetunion“ (die Moskauer Gruppe) gegenüber. Die Gruppe „Klub der sozialen Initiativen“ ist politisch der „Sowjetunion“ (die Moskauer Gruppe) gegenüber. Die Gruppe „Klub der sozialen Initiativen“ ist politisch der „Sowjetunion“ (die Moskauer Gruppe) gegenüber.

**Förderung der Gesellschaftlichen Sozialistischen Klubs**  
Diese Förderung wurde im August 1987 anläßlich einer Konferenz der unabhängigen gesellschaftlichen Initiativen zur Perestroika gegründet. An dieser Konferenz hatten ca. 600 Delegierte aus etwa 50 Gruppen verschiedener Couleur (ökologische, kultur-demokratische, autonomistische) teilgenommen. Abschließend wurde die Grundsatzerklärung der „Förderung“ verlesen und von 16 Gruppen unterzeichnet. (Diese Erklärung ist neben einem ausführlichen Bericht über die Moskauer August-Konferenz dokumentiert in: AK 289, Dez. 1987, S. 33/34). Die Förderung umfaßt drei Tendenzen:  
1. Die Sozialistische Initiative (s. o.). Sie gilt allgemein als die stärkste Gruppe, ist aber in Moskau nur schwach repräsentiert. Sie ist dominiert von einer undogmatisch-marxistischen Tendenz und umfaßt ebenfalls gegenkulturelle Strömungen (Musiker, Freaks etc. pp.).  
2. Waldleute („Forest People“) — Anhänger der Gegenkultur und der individuellen Freiheitsrechte, die sich mit Untersuchungsarbeiten bezüglich der faschistischen Gruppe Paymat bzw. Ausarbeitungen über den Entwicklungsstand der informellen Gruppen einige Anerkennung verschafft hat.  
3. Opchina („Gemeinschaft“) — anarchistisch orientiert. Bekannteste Engagiert (Streiks, Flugblattaktionen usw.) hauptsächlich studentische Basis, bewurzelter Kommunisten-Bündnispartner. Die Förderung hat insgesamt etwa 300 Mitglieder

In Europa geht das Gespenst des Kommunismus um.  
Wladimir  
Lebedew  
Petrograd 1921









# Totschlagen, abschießen, eingraben

„Öffnen Sie Ihren Laden“, fordert ein israelischer Offizier einen Palästinenser auf. „Wir warten auf Sie“, lacht der, „daß Sie es für uns tun.“

Im dritten Monat des Aufstands habe sich, registrierte ein israelischer Beobachter, eine „Routine des Abnormen“ eingestellt. Und routiniert erschließen israelische Soldaten im Schnitt pro Tag einen Palästinenser und prügeln alle paar Tage einen zu Tode.

Weniger bestimmten große Demonstrationen der Palästinenser die Lage als die unenthaltenen und ad hoc kleinen und kurzen Aktionen von Angriff und Gegenwehr. Während des Freitagsgebets in Ramat Issrahel sammeln sich Jugendliche. Sie werden zu Boden geworfen und mit einem Bulldozer mit Erde zugeschüttet. Der Bulldozer-Fahrer wird von den Soldaten aufgefodert, über die lebendig eingegrabenen hinwegzufahren. Der weigert sich. Aus Frauen sich schreiend nähern hauen die Soldaten ab. — In einem zweiten Fall haben vierzehn Soldaten zwei palästinensische Jugendliche lebendig eingegraben. Einer der beiden Betroffenen gab eine eidesstattliche Erklärung ab. Er sei am 14.2. in seinem Haus festgenommen und mit einem weiteren Jugendlichen an den Strand im Westen von Khan Yunis (Gaza-Streifen) geführt worden. „Dort wurden sie mich an einen Jeep und zogen mich bei schneller Fahrt durch den Sand. Dann schlugen sie erneut auf mich ein und begruben mich im Sand. Sie stopften sogar Sand in meinen Mund.“

Am 7.2. wird ein 15-jähriger aus dem Haus seiner Eltern geholt, geschlagen und in Handschellen abgeführt. Er wird später von Lagerbewachern bewußlos aufgefunden. An einem Bluterguß im Gesicht.

Quasi tägliches Ritual ist es auch, daß die Ladenbesitzer im Rahmen des allgemeinen Geschäftsstreiks ihre Läden geschlossen hatten. Soldaten sie aufbrechen, die Ladenbesitzer wieder sperren. Um den Schaden an den Türen gering zu halten sind die Geschäftsleute zur Verwendung kleinerer Schlösser übergegangen. In Ramallah und anderen Orten rezipieren Mitglieder der Metallarbeiter Union die entstandenen Schäden kostenlos. Eine gewisse Abwechslung in dieses „Spiel“ hat jüngst die Mißverurteilung des Gasastreifens gebracht, in dem sie nun ihre Isolation an zwei Orten über alle Geschäfte eine Schließung von drei Monaten verhängte.

Der Schaden, den die israelische Wirtschaft durch die Streiks der palästinensischen „Gastarbeiter“ erlitt — der Arbeits-

kräfteausfall bei der Zitrusfruchternte war auch nicht durch Substituts von türkischen und libanesischen Bürokraten auszugleichen. Abteilungen und ganze Fabriken mußten zeitweise schließen — wird von dem Wirtschaftswissenschaftler Assaf Rasch auf 20 Millionen Dollar monatlich veranschlagt.

Sowohl israelisches Militär sorgte noch nie für Sicherheit in den besetzten Gebieten,“ hat ein Schweizer Korrespondent beobachtet. „Zugleich war es noch nie so unsicher durch die Westbank zu fahren.“ Kaum einer jener Busse, die die Straßen der Westbank auf dem Weg zwischen ihren Siedlungen und Jerusalem benutzen, der noch keine Beulen im Chassis oder Löcher in den Scheiben von Steinwürfen davongetragen hätte. Derzeit werden daher neue Straßen angelegt, die um die palästinensischen Ortschaften herumführen (was, angesichts des Umstandes, daß viele der Siedlungen gerade in der Nähe palästinensischer Ortschaften zu deren allfälliger Kontrolle angelegt wurden, mehr sagt als mancher Kraftspruch israelischer Politiker).

Wiewohl sich auch diese Warte immer wieder als recht stumpf erwiesen hat, wurden auch im dritten Monat des Aufstands je mehrwöchige bis zweiwöchige Ausgangsverbote über Lager, Dörfer und Stadtteile verhängt. Über 200.000 Palästinenser auf der Westbank konnten während zweier Wochen ihre Häuser nicht verlassen.

## O Jerusalem

Ende Dezember hatte der Aufstand bereits auf den völkerrechtswidrigen von Israel annektierten Teil Jerusalems, den arabischen Teil der Stadt oder Ostjerusalem übergriffen. In Ostjerusalem stehen seither mit Stienen und Ziegeln bewaffnete Jugendliche der stärksten Armee des Nahen Ostens ebenso gegenüber wie in den anderen Aufstandsgebieten. „In den letzten Wochen“, kommentiert die „Jerusalem Post“, „ist Jerusalem praktisch wieder geteilt.“

Für Jerusalems Bürgermeister Teddy Kollek, der für seine Leistungen im Sachen jüdisch-arabischer Koexistenz den Friedenspreis des Deutschen Buchhan-

delns ebenso gegenüber wie in den anderen Aufstandsgebieten. In den letzten Wochen „kommentiert die „Jerusalem Post“, „ist Jerusalem praktisch wieder geteilt.“

Für Jerusalems Bürgermeister Teddy Kollek, der für seine Leistungen im Sachen jüdisch-arabischer Koexistenz den Friedenspreis des Deutschen Buchhan-



Straßenkampf in der Westbank

delns davontrug, hat sich die Lage in seiner Stadt „in fundamentalster Weise geändert. Die Koexistenz ist nicht tot, aber ich bin überzeugt, daß tiefe Narben zurückbleiben werden.“ Wie schreibt der Israel-Korrespondent der FR, werde es „wieder zu einem nachbarschaftlich entspannten Zusammenleben“ von jüdischen und arabischen Israelis in Jerusalem kommen. Ob dieses Zusammenleben von Besatzern und Besetzten wirklich je so entspannt gewesen ist? Ein palästinensischer Journalist „Jetzt haben wir euch gezeigt, daß wir schließlich Teil der Westbank sind. Ihr Israelis habt euch die ganze Zeit ein gebildet, daß wir Ostjerusalemern uns sehr von den Westbankern unterscheiden. Daß Unruhen und Streiks uns schaden würden und wir dagegen waren. Jetzt sehen wir, daß das Resultat nicht so schlecht für uns ist — im Gegenteil, es ist gut, trotz der harten Reaktion der Armee und der Polizei und der wirtschaftlichen Rückwirkungen.“

Ein fahrender Militäranalyst des New York Times rechnet mittlerweile mit einer Aufstandsdauer von zwei, drei Jahren. „Die Widerstandskraft der Unruhe stößt viel größer als erwartet.“ Auch der sozialdemokratische Verteidigungsminister Rabin erwartet weitere zumindest Monate der Unruhe. „Die Mehrheit der arabischen Bevölkerung sympathisiert mit der Politik gewaltsamer Konfrontation.“ „Die palästinensischen Araber Fortschritte in der Weltmeinung erzielen durch den Anblick unbewaffneter Zivilisten, die bewaffneten Soldaten gegenüber stehen. Sie spüren, daß sie etwas erreicht haben.“

In Übermut, der nach übereinstimmender Auffassung der Regierungskoalition von Likud und Arbeitspartei und der Militärführung sowie einer großen Mehrheit der jüdischen Bevölkerung Israels den Palästinensern nun schleunigst aus dem Lande zu vertreiben und die bewaffneten Soldaten gegenüber stehen. Sie spüren, daß sie etwas erreicht haben.“

Im Übermut, der nach übereinstimmender Auffassung der Regierungskoalition von Likud und Arbeitspartei und der Militärführung sowie einer großen Mehrheit der jüdischen Bevölkerung Israels den Palästinensern nun schleunigst aus dem Lande zu vertreiben und die bewaffneten Soldaten gegenüber stehen. Sie spüren, daß sie etwas erreicht haben.“

## Totschlagen

„Nur ein toter Araber ist ein guter Araber“, hat ein israelischer Soldat in die Staubhaube eines Militärbusses geschrieben. Ein durchgehender Rekrut.

Soldaten stürmen in ein Haus, zerstören Möbel, Geschirr, Fernseher und zerstören Lebensmittel. Eine Ausnahme?

„Mit welcher Hand schreibt du?“ fragt ein israelischer Offizier einen festgenommenen Palästinenser, der daraufhin die Rechte vorweist. Ein Soldat erhält den Befehl, dem Palästinenser die Hand zu brechen. Einmal dabei, wird dem festgenommenen auch gleich ein Bein zertrümmert. Nur ein Exzeß!

Alltag im Besatzerland: In einem Lager töten weinende Frauen die Soldaten um Freilassung ihrer Söhne. Die Frauen werden zurückgestoßen. Die Soldaten steigen in den wartenden Bus, bevor sie abfahren wird eine Fensterklappe geöffnet und eine Tränengasgranate nach den Frauen geworfen.

Ein alter Palästinenser weigert sich im Lager Jabalya, einen Reifen, der zuvor auf der Straße gebrannt hatte, in sein Haus zu nehmen. Daraufhin drängen Soldaten in sein Haus ein und verprügeln alle Anwesenden. Ein Schweizer Korrespondent berichtet: „Der Mann hat zwei Pfeile über der Stirne und klagt über Schmerzen im Rücken, seine 70-jährige Mutter zeigt einen dick violetten geschwollenen Ellbogen, seine Schwester weist einen großen blauen Fleck auf der linken Schulter vor und verspürt Schmerzen in der linken Hand, diese Spuren führen die Betroffenen auf Schläge mit dem Holzknüttel zurück. Der zwanzigjährige Sohn schließlich hat ein blaues rechtes Auge und sagt, er sei mehrfach von einem Soldaten mit der Faust ins Gesicht geschlagen worden.“

In ein Bethlehem Krankenhaus wird ein 19-jähriger gebracht, der an einer Demonstration teilgenommen hatte. „Sein Körper“, heißt es in einer Agentur Meldung, ist eine blutige Wunde. Blut klumpen kleben an seinen zerrissenen Lippen, seine Zähne sind zerbrochen. Aber die Ärzte kümmern sich um das Dringende, der Junge hat eine Niere verloren, so hart sind die Schläge gefallen. Seine rechte Hand und ein Bein sind gebrochen.“ — Die Aussagen Zusammengehangener sind im Kern gleich: nach ihrer Festnahme sind sie in einem Bus abtransportiert und dann von Soldaten verprügelt worden.

Bei einem Zusammenstoß von Palästinensern und Siedlern bei Hebron greift Militär ein. Eine Einheit der Golani Elitebrigade fällt siebzehn Jugendliche, fesselt ihnen die Hände und zwingt sie, am Straßenrand niederzuknien. Sie werden so lange mit Knütteln und Gewehrkolben geschlagen, bis sie nicht mehr gehen konnten. Funken ihrer Opfer laden die Soldaten auf einen Lastwagen und kippen sie auf einer Muldhalle aus.

Bei dem dem Freitagsgebet in Salim (bei Nahlas) üblicherweise folgenden Demonstration werden fünf Teilnehmer angeschossen. Bei der nachfolgenden Razzia durch die Häuser werden fünf Jugendliche festgenommen. Einer wird liegen gelassen, nachdem ihm die Hand gebrochen war und er aus einem Ohr blutete. Die übrigen vier werden gezwungen, Steine und Reifen von einer Straße zu räumen. Sie werden zu Boden geworfen und mit einem Bulldozer mit Erde zugeschüttet. Der Bulldozer-Fahrer wird von den Soldaten aufgefordert, über die lebendig eingegrabenen hinwegzufahren. Der weigert sich. Aus Frauen sich schreiend nähern hauen die Soldaten ab. — In einem zweiten Fall haben vierzehn Soldaten zwei palästinensische Jugendliche lebendig eingegraben. Einer der beiden Betroffenen gab eine eidesstattliche Erklärung ab. Er sei am 14.2. in seinem Haus festgenommen und mit einem weiteren Jugendlichen an den Strand im Westen von Khan Yunis (Gaza-Streifen) geführt worden. „Dort wurden sie mich an einen Jeep und zogen mich bei schneller Fahrt durch den Sand. Dann schlugen sie erneut auf mich ein und begruben mich im Sand. Sie stopften sogar Sand in meinen Mund.“

## Henryk M. Broder über den Aufstand

„( ) Der Glaube, man müsse nur abwarten, bis sich schwierige Situationen klären — irgendwann, irgendwie — hat die israelische Politik im Laufe der letzten Jahre bestimmt.“

Zu der „politischen Pathologie“ israelischer Politiker, „die Gewalt mit Recht gleichsetzt und Macht mit Einsicht verwechselt, kommt eine generelle Unfähigkeit, sich für einen Moment auf die andere Seite der Barrikade zu stellen und probeweise die Position der Palästinenser einzunehmen.“

## Henryk M. Broder über den Aufstand

„( ) Der Glaube, man müsse nur abwarten, bis sich schwierige Situationen klären — irgendwann, irgendwie — hat die israelische Politik im Laufe der letzten Jahre bestimmt.“

Wer nicht blind taub oder mit nationalem Größenwahn geschlagen ist, der weiß genau, daß Israel drei Optionen zur Wahl hat, von denen je weils nur zwei zusammenpassen, daß es also eine Option aufgeben muß, um die anderen zwei zu verwirklichen. Die Möglichkeiten lauten: jüdischer Staat, Demokratie und Großisrael. Und sie lassen sich auf folgende Weise miteinander kombinieren: jüdischer Staat und Großisrael, jüdischer Staat und Demokratie, Demokratie und Großisrael. Die zionistischen Gründerväter hatten einen demokratischen jüdischen Staat im Sinn. Unter den heutigen Umständen bedeutet jüdischer Staat und Demokratie den Verzicht auf Großisrael. Anderthalb Millionen Palästinenser in den besetzten Gebieten können nicht auf die Dauer verwaltet werden, keine Regierung kann im Kernland demokratische Verhältnisse behaupten und unmittelbar vor der Haustür Militärrecht praktizieren. ( )

Zu der „politischen Pathologie“ israelischer Politiker, „die Gewalt mit Recht gleichsetzt und Macht mit Einsicht verwechselt, kommt eine generelle Unfähigkeit, sich für einen Moment auf die andere Seite der Barrikade zu stellen und probeweise die Position der Palästinenser einzunehmen.“

Was geht in einem jungen Palästinenser vor, der unter israelischer Besatzung aufgewachsen ist und nichts anderes als diese Besatzung kennt? Der die Herrschaft der Jordanier in der Westbank und der Ägypter in Gaza bis zum Jahre 1967 nicht erlebt hat, und der gar nicht anders kann als für die Umstände, in denen er nun lebt, einzig und allein die Israelis verantwortlich zu machen? Kann er etwas anderes als Wut und Haß empfinden, wenn er das — relativ normale — Leben seiner israelischen Altersgenossen in Tel Aviv und Jerusalem sieht und anschließend in sein Flüchtlingslager nach Gaza oder Ramallah zurückführt, um von den Eltern und Großeltern Phantasiegeschichten zu hören, wie herrlich das Leben in Palästina war, bevor die Juden das Land an sich gerissen haben? Und der die Statements israelischer Politiker verdauen muß, die ihn auffordern sich mit der Besatzung abzufinden oder das Land zu verlassen. Es wäre abnorm und vermessend, von ihm zu verlangen, in der Geschichte nach den Ursachen seiner Misere zu forschen, den Anteil der Verantwortung der arabischen Staaten an seinem Los zu bedenken. Und so tut er, was für ihn das Nächstliegende ist: Er hebt einen Stein und wirft ihn nach einem Ismaeli. ( )

Im Verhältnis zwischen Israel und den Palästinensern ist inzwischen de facto ein Zustand erreicht wie zwischen einer Kolonialmacht und ihren Kolonien, nur daß in diesem Falle beide eine territoriale Einheit bilden. ( )

Die meisten israelischen Politiker waren und sind immer noch der Meinung, der jetzige Status quo sei nicht ideal, aber immerhin das kleinste aller möglichen Übel. ( ) Daß eine Fortsetzung des Status quo langfristig noch gefährlicher sein könnte als dessen Aufgabe, diesen Gedanken mochten sie nicht einmal zulassen. Sie hofften, mit der Zeit würde eine Lösung in Sicht kommen. „Bis dahin gab es Ruhe zu bewahren und Tatsachen zu schaffen, welche die eigene Position festigen.“ ( )

(Die obigen Auszüge stammen aus einem mehrteiligen Aufsatz Broders, der am 10.2. in der FR erschienen ist.)

## Dry Bones



Wenn sie nach zwanzig Jahren unserer Besetzung — „uns so sehr hassen — sagt das irgendetwas über uns? — Oder über sie? — Oder über zwanzig Jahre? — Oder über Besetzung? (aus: Jerusalem Post — International Edition, 27.2.88)



**DAS GRÖSSTE**

MAN LIEST UND SIEHT seit fast 7 Monaten schneller sterben bei Soldaten aus nächster Nähe palästinensische Jugendliche nieder schlugen drohend bedrohende Schläglerinnen bei der Bewältigung zusammen verhängen im Gaza-Streifen wagt Verleumdung auf den Krankenhaustüren speien Tausende in die erstickte Luftmischungslager die sie in rechtsunwürdigen Schnellverfahren vor Militärgerichten verurteilen und „deportieren“ Palästinenser aus ihrer Heimat

**FLÜCHTLINGSLAGER**

Palästinenser und Leute mit einer Heimat auf die ihnen kein Recht zugestanden wird, wohl aber Flüchtlingslager aus denen sie noch als Flüchtlinge doppelt vertrieben werden in Internierungslager oder Gefängnis oder in die „Deportation“ der Lager des Libanon, wohin ihnen die israelischen Hubschrauber folgen

**WER STOPPT ISRAEL VOR SCHÄDTEN TATEN? WER BEENDET DIE UNERMÖRDE OYSSÉE DES PALÄSTINENSISCHEN VOLKES?**

Die Palästinenser sind offenbar der Auffassung, daß die Zeit alleine Überflutet nicht absetzt, und deshalb ist auch ihr Winter heiß. Im Lager Khan Yunis, im Gaza-Streifen, sagt einer „Sehen Sie sich um – wir haben nichts mehr zu verlieren.“

**DER WELT**

Der Gaza-Streifen ist das größte Flüchtlingslager der Welt 650.000 Menschen leben zusammengedrängt auf einem Terrain von 42 Kilometer Länge und 5 bis 12 Kilometer Breite

Medico international will hier in den Lagern die dringend benötigte Notklinik „al Shate“ verorten & sichern und einen mobilen ärztlichen Notdienst in der Westbank einrichten.

**WIR BENÖTIGEN DAFÜR UNBEDINGT RASCHE & BESTMÖGLICHE FINANZIERUNG**

Suchwort „Palästina“ Karte 1800 Stadtparkasse  
Frankfurt oder Post giro 6999-508 Köln.

Medico international, Obermainstraße 7, 6000 Frankfurt 1, Tel. (069) 499 00 4



# „In tiefer Sorge um den Staat Israel“

Zwar nimmt die innerisraelische Kritik an der Besatzungspolitik allmählich zu, hat aber noch nicht im entferntesten die Stärke und den Umfang erreicht wie zur Zeit des Libanonkrieges. Damals kommentierte blissig ein israelischer Hochschullehrer den Unterschied, seien es ja auch „unsere Kids“ gewesen, die getötet wurden — „heute sind es arabische Kids.“

Die Sorge um die eigene Haut, nicht eine Solidarität mit den Palästinensern in den besetzten Gebieten, ist auch jetzt ganz vorwiegend die Triebkraft von Kritik und Protest. Charakteristisch hierfür ist jener Offene Brief von rund fünfhundert Psychologen, Sozialarbeitern etc., die Rabbiner Pragerjordan wesentlich deshalb kritisierten, weil die Bräutlichkeit der israelischen Soldaten auf das Leben in Israel zurückzuschlagen könne.

Ähnlich wurde in einem von 600 Akademikern unterzeichneten Aufruf argumentiert, der in mehreren israelischen Tageszeitungen veröffentlicht wurde und eine universitäre Kampagne einleitete. Aus tiefer Sorge um „den Charakter, die Sicherheit und die Zukunft des Staates Israel“ fordern die Unterzeichner die Regierung auf, sofortige Schritte zur Einleitung von Verhandlungen einzuleiten. Es sei „keine Lösung“ möglich, solange Israel Westbank und Gazastreifen kontrolliert.

Prof. Schmuel Eisenstadt, einer der führenden Soziologen der Welt, der wie auch die meisten anderen der Unterzeichner hochschulanerkannten Aufwuchs, unterzeichnet, motivierte seine Unterschrift mit den Worten: „Die Besatzungspolitik wird zu einer zunehmenden Bräutlichkeit führen.“ Es besteht die Gefahr, daß wir die Eigenschaften der Likud-Regierung, nur um den Frieden mit Ägypten auf Spiel setzen. Die heutige Lage könnte uns zurückwerfen in einen Zustand, wie er vor der Gründung des Staates herrschte: nämlich ein totalen Konflikt zwischen den Völkern nicht zwischen den Staaten.“

Zu den Unterzeichnern des Akademiker-Aufrufs gehören allerdings auch radikalere Kräfte wie Jehoshafat Harkabi, in den 50er Jahren Chef des militärischen Geheimdienstes, heute Professor für Internationale Beziehungen an der Hebräischen Universität und einer der besten Kenner des israelisch-arabischen Konflikts. Harkabi publiziert eine furiose Abrechnung mit der israelischen Besatzungspolitik, die völlig irreführend ist, von Wunderschönem. Lehendern Ermordungsvorgängen von Mördern und Unmöglichen und nicht vorhandener Einsicht in die bisherige falsche Politik geprägt. Aber die Realität, schreibt Harkabi, werde „Israel zwingen, eine politische Haltung aufzugeben, sich aus den Gebieten zurückzuziehen und mit der PLO zu verhandeln.“

Ein weiterer der radikaleren Unterzeichner des Aufrufs, Schlomo Avineri, Professor der Politischen Wissenschaften an der Hebräischen Universität, konstatiert:

Ein weiterer der radikaleren Unterzeichner des Aufrufs, Schlomo Avineri, Professor der Politischen Wissenschaften an der Hebräischen Universität, konstatiert in seinem Essay „Die Grenzen der Macht“ Israel habe „die stärkste und bestarmierte Armee im Mittleren Osten“ diese Armee sei aber kaum in der Lage, die Bevölkerung der besetzten Gebiete zu kontrollieren. „1967 brauchte die israelische Armee weniger als ein Tag, um die Kontrolle über Westbank und Gaza zu erreichen. 1987 brauchte dieselbe Armee vier Wochen, um die Kontrolle zu übernehmen.“ „Israel hat sich auf eine einfache Wahrheit gestützt, die nach den Tagen der Auseinandersetzungen mit der britischen Armee 1945-47 in Erinnerung hätte sein müssen: „eine Armee kann eine Armee schlagen, aber eine Armee kann ein Volk nicht schlagen.“ Ein Sicherheitsdilemma für Israel seien Westbank und Gazastreifen „nicht wenn sie außerhalb der israelischen Kontrolle sind, sondern wenn sie innerhalb dieser Kontrolle sind.“ Mit Westbank und Gazastreifen als Teil Jordaniens oder eines jordanisch-palästinensischen Staates könne Israel leben und sich gegebenenfalls verteidigen, wie es sich auch gegen fünfzig Millionen Ägypter verteidigt habe. „Ein Groß Israel ist nicht sicherer, sondern unsicherer für israelische Juden.“

Der Herausgeber der „Jerusalem Post“, Jehudi Lili, greift Rabin, Shamir und Peres als die „unheilige Dreieinigkeit“ an, die sich gegenüber den „authenthischen Stimmen unter den Palästinensern“ taub seien. „Israel muß der Tatsache ins Gesicht sehen, daß es die PLO ist, die die große Mehrheit der Palästinenser in den besetzten Gebieten und außerhalb repräsentiert. Nicht König Hussein, nicht die Ägypter, nicht einmal Syrien, Jordanien, Ägypten und mögli-

cherweise Syrien können als Vermittler zwischen Israel und der PLO dienen, aber solange wir die PLO ignorieren, wird der wilde Krieg zwischen Juden und Arabern in diesem Land weitergehen.“ Ein Ignorieren der PLO könne auch auf eine weitere Stärkung der extremen Moslem-Fundamentalisten unter den Palästinensern hinauslaufen, mit denen irgendeine Lösung zu erreichen völlig unmöglich sein würde.

## Arbeitspartei Jetzt

Neben vielen kleineren Protestaktionen wie Mahnwachen, Aufrufen zur Verweigerung des Dienstes in den besetzten Gebieten wurden im Februar von Gruppierungen der arabischen Israelis, von religiös-zionistischen Friedensgruppen und von Schalom achschaw (Frieden Jetzt) eine Anzahl von Kundgebungen und Demonstrationen durchgeführt.

Mit Hanna Sinjara, dem Herausgeber der in Ostjerusalem erscheinenden palästinensischen Zeitschrift „Al Fajr“, trat am 13.2. erstmals ein prominenter Palästinenser bei einer Kundgebung von Schalom achschaw als Redner auf. Die Palästinenser sagte Sinjara, würden Israels Existenzrecht anerkennen, nun sei es an Israel, das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser anzuerkennen. Sinjara wie der Sprecher von Schalom achschaw, Joki Anur, bemüht sich, für die von Peres unterstützte US-Initiative zu werben, die eine Autonomie für die besetzten Gebiete und Verhandlungen einer jordanisch-palästinensischen mit einer israelischen Delegation vorsehe. Nachgerade revolutionär war demgegenüber der 75jährige Oberst der Reserve, Dow Jeremia, der noch vor einigen Jahren gegen Soldaten aufgetreten war, die den Kriegsdienst im Libanon verweigerten. „Heute weiß ich, daß ich Unrecht habe. Wenn ich sehe, wie die Besatzungsarmee heute in den besetzten Gebieten wütet, würde ich selbst, wäre ich noch jung, den Dienst in den besetzten Gebieten verweigern.“

Am 27.2. demonstrierte Schalom achschaw für die US-Initiative (die die Palästinenser nicht wollen, die die PLO nicht will, die Jordanien nicht will). Gleichzeitig wandte Schalom achschaw sich mit einem Offenen Brief an Friedenspendler Shultz. „Wir möchten, daß Sie wissen, daß Frieden Jetzt die Mehrheit in Israel und unter den Juden der Welt repräsentiert, die einen gerechten und dauernden Frieden im Nahen Osten verlangen.“ Der Verband enthielt sich nicht, die Weigerung der Palästinenser, sich mit Shultz zu treffen anzugehen. „Erlauben Sie nicht den Friedensgegnern auf beiden Seiten eine Unterminierung ihrer Mission.“

Schalom achschaw scheint bitter entschlossen zu sein, die verbliebene Gefühlschuld auf eine Unterstützung der Arbeitspartei (im November stehen die Wahlen zur Knesset) ein einzuschwören.

## „Al Awda“

## „Al Awda“

Große Zustimmung vor allem bei den arabischen Israelis und auch bei recht vielen links- oder antizionistischen Juden fand der Plan der PLO, per Schiff von Griechenland aus mit hunderttägiger unterwegs Palästinensern, darunter die vier, die jüngst aus den besetzten Gebieten ausgewiesen worden waren, den Hafen von Haifa anzulanden. „Al Awda“ sollte das Schiff heißen: Rückkehr. Und nur Überwollende rufen darauf herum, daß diese Aktion von dem seinerzeitigen „Exodus“-Unternehmen der Haganah abgekupfert sei. Neben einer Hundertschaft Journalisten wollten o.a. Knesset-Mitglieder, der Vorsitzende des Komitees für israelisch-palästinensischen Dialog Latuf Dori, Grüne aus England und der HRD, ein Schweizer Nationalrat und zwei Rabbiner die Rückkehrer begleiten.

Schamir qualifizierte die PLO-Aktion als „feindlichen Akt“, die Kahane-Truppe „Opfer des Terrors“ plante, der „Al Awda“ ein Schiff mit Terroropfern und Waisen entgegenzuschicken. Im israelischen Kabinett wurde ein „spezielles Informations-Komitee“ eingesetzt, um den „Propaganda-Krieg“ gegen die PLO-Aktion zu führen. Die israelische Union der Marine-Offiziere kahlerte so die griechische Seelutegewerkschaft (und zur Kenntnisnahme an die Internationale Transport-Föderation in London) daß griechische Schiffe künftig in israelischen Häfen boykottiert würden, wenn sie weiterhin den PLO-Plan unterstützen würde.

Der griechische Redner, vom dem die PLO ein Schiff gechartert hatte, trat vom Vertrag wieder zurück, da ihm von israelischer Seite unverständlich bezeugt wurde, daß er sonst keinen israelischen Hafen mehr anlaufen dürfe. Statt-

dessen wurde von der PLO ein Schiff angekauft. Die drei Aufkäufer des Schiffes, Mitglieder der Fatah, wurden in Lamasol durch eine Autobombe getötet.

Am Morgen des 15.2. erklärte Rabin, Israel werden auf jeden Fall das Vorhaben der PLO verhindern. Am Morgen desselben Tages riß eine unter Wasser angebrachte Haftmine ein Loch in den Rumpf des Schiffes.

Die „Allgemeine Jüdische Wochenzeitung“ kommentierte tiefblassend: „Der Mossad hat seit Jahren keine spektakulären Aktionen mehr ausgeführt, wenn er aber nun doch wieder aktiv geworden ist, könnte das als Anzeichen dafür gewertet werden, daß israelische Sicherheitskreise dies als notwendig empfanden.“ Im Leitartikel der „Jerusalem Post“ vom 17.2. war hingegen Klartext zu lesen: Bei der Entscheidung, den PLO-Plan zu vereiteln, sei für Israel „die Effizienz einer gewaltsamen Gegenmaßnahme, nicht deren Legitimität“ ausschlaggebend gewesen, womit zugleich treffend die Maxime aller israelischen Politik gegenüber den Palästinensern formuliert ist.

K. Hamburg

# „Wir handeln, sie sprechen für uns“

Auszüge aus Stellungnahmen der „Vereinigten Nationalen Führung“

Der spontane Aufstand in den besetzten Gebieten kam auch für die PLO-Führung überraschend. Welche Rolle spielt die PLO heute in der seit mehr als drei Monate dauernden Rebellion? „Wir handeln, sie sprechen für uns“, bestränkte ein Aktivist in den besetzten Gebieten diese Frage. Und palästinensische Führer außerhalb der besetzten Gebiete beschrieben ihre Rolle so: Aufgabe sei die Bewegung in den besetzten Gebieten finanziell und diplomatisch zu unterstützen, aber nicht „denen im Innern Befehle zu erteilen.“

Im folgenden dokumentieren wir Auszüge aus Flugblättern der „Nationalen Führung“ (entnommen dem „Antimperialistisches Informationsbulletin“ März 88).

Am 10. Januar d.J. meldete sich zum zweiten Male eine Vereinigte Nationale Führung mit einem Aufruf zu einem dreitägigen Generalstreik zu Wort. Die Erklärung mit der Nummer „2“ unterstreicht die Forderungen der Aufständischen:

- 1) Verbot der Schändung von Heiligtümern und die Entfernung des Terroristen Schamir aus der Jerusalemer Altstadt
- 2) Beendigung der Politik der „Eisernen Faust“, Annullierung der Notstandsgesetze und die sofortige Aufhebung der Deportationsverfügungen
- 3) Rückzug der Armee aus den Städten, Lagern und Dörfern, Verbot von Privatisierungen, Schluß mit dem Erschießen von Söhnen unseres Volkes
- 4) Aufkündigung der Kommunal- und Lagerkomitees, die durch die Besatzungsmacht kantonen, Schluß mit dem Erschießen von Söhnen unseres Volkes
- 5) Auflösung der Kommunal- und Lagerkomitees, die durch die Besatzungsmacht eingesetzt wurden, Durchführung von demokratischen Kommunalwahlen in der Westbank und im Gazastreifen
- 6) Freilassung der während des Aufstandes Verhafteten und Schließung der Gefangenenlager Fatah, Ansar II und Ansar III
- 7) Aufhebung der Mehrwertsteuer, die unseren Geschäftsleuten willkürlich auferlegt wurde
- 8) Stopp der Beschlagnahme von Boden, Stopp dem Bau von Siedlungen
- 9) Verbot von Überfällen auf Bildungs-, Gewerkschafts- und andere öffentliche Einrichtungen, Verbot der Einmischung in deren innere Angelegenheiten.

In einem Aufruf vom 17. Januar d.J. betonte die Vereinigte Nationale Führung ausdrücklich ihre Verbundenheit mit der palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO).

„Unser Volk wird seinen Aufstand fortsetzen, der jetzt in seine 9. Woche eintritt. Wir haben in den vergangenen Wochen mit Dutzenden von Märtyrern, Verletzten und Tausenden von Verhafteten bezahlen müssen auf unserem Weg zur Revolution und der Befreiung zur Errichtung eines unabhängigen Staates auf nationalem Boden mit der Hauptstadt Jerusalem unter der Führung der PLO, unseres einzigen und legitimen Vertreters.“

An die Weltöffentlichkeit gewandt, fordert die Nationale Führung in demselben Dokument:

„Wir appellieren an die Vereinten Nationen und alle Freiheits- und friedliebenden Völker der Welt, so schnell wie möglich mit dem Ziel zu intervenieren, die repressiven und willkürlichen Maßnahmen und Praktiken, denen die Söhne unseres Volkes ausgeliefert sind, zu beenden.“



Wir wenden uns an die Völker der freien Welt, denen noch ein Rest Gewissen geblieben ist. Wir wenden uns an alle internationalen Institutionen, allen voran die Vereinten Nationen mit der Aufforderung, schnell zu handeln, um der israelischen Besatzung und der Metzerei ein Ende zu bereiten, um die Belagerung der gesperrten Zonen aufzuheben, um die Politik der „Eisernen Faust“ zu beenden, die Beschlagnahme unseres Bodens zu verhindern und die politischen und Menschenrechte unseres Volkes zu garantieren, indem es internationalen Schutz unterstellt wird, als Aufhänger zu allen Weltmächten ausgestalteten internationalen Konferenz unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen und unter Beteiligung der fünf ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates und aller am Konflikt beteiligten Parteien, darunter der PLO als einziger und legitimer Vertreter des palästinensischen Volkes.“

In einer Erklärung am 21. Januar d.J. gibt die Nationale Führung konkrete Anweisungen an die palästinensische Bevölkerung, wie der Aufstand weiterzuführen sei:

„Der Aufstand wird nicht aufhören, bevor der Feind nicht den gerechten Forderungen unseres Volkes nach Rückkehr, Selbstbestimmung und Errichtung eines palästinensischen Staates unter Führung der PLO nachkommt.“

Die Händler werden aufgefordert, ihren Streik fortzusetzen, bis die Nationale Führung in zukünftigen Erklärungen aufgrund neu entstandener Situationen neue Schritte festlegen werde. Sie werden aufgefordert, nicht vor ihren geschlossenen Läden zurückzubleiben, damit die Besatzungsmächte sie nicht zur Wiedereröffnung zwingen können. Ausgenommen von dem Streik sind lediglich Apotheken und Arztpraxen. Den Händlern, die dem Aufruf nicht folgen, wird gedroht, ihre Läden in Zukunft von der gesamten palästinensischen Bevölkerung boykottiert werden.

Die Nationale Führung würdigt die herausragende Rolle der Schüler und Studenten:

„Ihr seid der Puls des Aufstandes, Ihr seid die kämpferische Vorhut unseres Revolutions, die auf großartige Weise zum Kampf für Unabhängigkeit und Freiheit beiträgt.“

Die Besatzungsmacht meine, durch Schließung der Schulen und Universitäten die Schüler und Studenten am Protest hindern zu können.

„Jeder Student, jeder Schüler dazu aufgerufen, seinen kämpferischen Beitrag dort einzusetzen, wo er wohnt — in seinem Dorf, seiner Stadt, seinem Flüchtlingslager.“

Die Kampfkomitees (auf arabisch: Schlachtkomitees, wovon die organisierten Gruppen von Jugendlichen, die israelische Soldaten angreifen, gemeint sind) die Massenorganisationen und die nationalen Institutionen werden von der Führung instruiert:

Jeder von Euch kennt seine Aufgabe genau. Dieses Jahr wird das Jahr sein, das uns aus der Sackgasse (arabisch: dunkler Tunnel, d. Red.) herausführt und uns auf dem Weg zu Unabhängigkeit und Freiheit ein ganzes Stück voranbringen wird.“

An die in Lagern von israelischen Sol-

daten eingekerkerten Flüchtlinge gewandt heißt es:

„Ihr dürft jetzt keine Angst haben vor Ausgangssperren, vor den Wasser- und Stromabsperrungen vor einem Lebensmittelmangel. Unsere Brüder in den Lagern der Standhaftigkeit im Libanon mußten das Fleisch von Katzen essen, aber sie siegen über die Blockade. Bleibt standhaft, denn eure Standhaftigkeit ist die Brücke zum Sieg.“

Besondere Bedrohung wird dem Streik der in Israel arbeitenden Tagelöhner beigegeben. Ihm wird jede Unterstützung untersagt:

„Unser Volk und unsere Revolution werden sich nicht allein aßen.“

Vorstehend wird vor der übertriebenen Anwendung neuer Kampfmethoden gewarnt, zu denen man „zu ihrer Zeit“ greifen müsse. Das ist zweifellos auch eine Anspielung auf den Aufruf des als „jermäßig“ geltenden Herausgebers der „Jerusalem Post“ zum Boykott israelischer Waren, wofür die materiellen Voraussetzungen bislang überhaupt nicht gegeben sind.

Daß solche Schritte allerdings in Zukunft nicht auszuschließen sind, deutet ein anderer Aufruf der Nationalen Führung vom selben Tag an, in dem die Bevölkerung aufgefordert wird, sich auf die Steigerung der landwirtschaftlichen und häuslichen Produktion zu konzentrieren, um einen erfolgreichen Boykott zu einem späteren Zeitpunkt zu ermöglichen.

Offene Kritik der Nationalen Führung an den arabischen Nachbarstaaten ist ein deutlicher Hinweis dafür, daß die palästinensische Nationalbewegung alle Illusionen aufgegeben hat, mit panarabischen Konzepten zu einem palästinensischen Staat zu kommen.

Jordanien wird vorgeworfen, die Bewegung im „Inneren“ von der PLO isolieren zu wollen, was jedoch nicht gelungen sei. „Der Aufstand hat die Pläne Syriens und Jordaniens, die PLO zu zerschlagen, kaputt gemacht. Heute erheben diese Regimes die Parole: „Unterstützt den Aufstand.“ Sie weinen Kritikdistinktionen über das, was die Bewohner der besetzten Gebiete erleben. Aber unser Volk hat sich erhoben gegen die Besatzung auf der einen und gegen die Verschwörung der arabischen Regimes auf der anderen Seite.“

Kurz vor Beginn des Aufstandes hatten sich israelische und jordanische Regierungsvertreter getroffen, um die Politik in den besetzten Gebieten zu koordinieren. Die israelische Politik der „Eisernen Faust“ entspreche unmittelbar den Interessen Jordaniens. Heute weigere sich das Regime in Amman, Palästinensern Ausweise auszustellen, um sie an der Ausreise in die Westbank zu hindern. Im Gegenteil hat Jordanien in den letzten Wochen während von Palästinensern, die den Widerstandsorganisationen angehören verhaftet.

Die eisernen Faust wird nicht nur von Israel gegen unser Volk eingesetzt. Sie wird angewandt von Jordanien, von Syrien und vielen reaktionären arabischen Regierungen. Aber trotz all dieser Verschwörungen wird unser Volk seinen Kampf unter Führung der PLO fortsetzen.“

(Quellen: Al Hurrieh, Beirut, 17.1.1988 und 24.1.1988; Erklärungen der Nationalen Führung, Tel Aviv; Al Awda, Jerusalem, 23.1.1988)



Betrieb & Gewerkschaft

Der Kampf um das Stahlwerk Rheinhausen:

# Soll das alles gewesen sein?

— Gedanken über Rituale und Resignation

Eine Milliarde Mark fürs Revier — die Republik ist begeistert. Am 24. Februar tagte im Kanzleramt die von Helmut Kohl einberufene Montan-konferenz. Vierzehn Wochen Kampf der Rheinhausener Stahlwerker hatten Bundes- und NRW-Landesminister, Montan-Unternehmer, Kommunalpolitiker und Spitzengewerkschafter an einen Tisch geführt. Voll des Lobes traten die hohen Herren nach der Konferenz vor die Presse. Arbeitsminister Blum sprach von „handfesten Ergebnissen“, Johannes Rau warnte großmütig vor Streitereien um die „Vaterschaft“, Kommunalpolitiker wie die Oberbürgermeister von Dortmund und Duisburg, Saathoff und Krings, kullerten sich höchst zufrieden. Auch DGB und IG-Metall kommentierten das Ergebnis „mit Augenmaß“ (FAZ, 26.2.). Es sieht so aus, als gäbe es nur Gewinner. Oder doch nicht? Die Rheinhausener Stahlarbeiter quittierten an den Tagen nach der Konferenz das Ergebnis mit neuen Aktionen: Am 25.2. blockierten sie erneut die „Brücke der Solidarität“, die Mittagschicht weigerte sich, die Arbeit aufzunehmen. Am nächsten Tag zogen sie vor das Duisburger Rathaus. Ihr ureigenstes Problem, Ausgangspunkt für die Unruhe der letzten Wochen, war in Bonn unter den Tisch gefallen: der Erhalt des Stahlstandortes Rheinhausen war dort kein Thema. Übereinstimmend stellten Politiker von Bund und Land fest: der Erhalt des Stahlwerks ist Sache von Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Konzern. Auch die Frage von direkt für die Rheinhausener zu schaffenden Ersatzarbeitsplätzen spielte in Bonn keine Rolle.

Rheinhausen und die Krise des Reviers

Ein Stück tragische Ironie, daß es ausgerechnet die Rheinhausener mit ihrer Kampfkraft waren, die das Ruhrgebiet geweckt haben und die die Montan-Konferenz erst ermöglicht haben (Duisburger OB Krings). Es war der kleine Manfred Bruckmann, der die TÜR zum Kanzleramt aufgespalen hat. Ihre Kampfbedingungen dürfen nun in der allgemeinen Fabel deutlich schlechter geworden sein, und es ist noch völlig offen, ob sie noch einmal das Maß an Solidarität finden können, das sie benötigen, um ihr Stahlwerk zu erhalten oder zumindest Zug um Zug neue Arbeitsplätze und eine Perspektive für Rheinhausen durchsetzen zu können.

Rheinhausen und die Krise des Reviers

Es ist ein Stück tragische Ironie, daß es ausgerechnet die Rheinhausener mit ihrer Kampfkraft waren, die das Ruhrgebiet geweckt haben und die die Montan-Konferenz erst ermöglicht haben (Duisburger OB Krings). Es war der kleine Manfred Bruckmann, der die TÜR zum Kanzleramt aufgespalen hat. Ihre Kampfbedingungen dürfen nun in der allgemeinen Fabel deutlich schlechter geworden sein, und es ist noch völlig offen, ob sie noch einmal das Maß an Solidarität finden können, das sie benötigen, um ihr Stahlwerk zu erhalten oder zumindest Zug um Zug neue Arbeitsplätze und eine Perspektive für Rheinhausen durchsetzen zu können.

DGB den Rheinhausenern diese Rolle zugefallen ist, kann eigentlich mehr zufällig zustande. Eine alte, traditionell eher hinterwäldle Krupp Belegschaft, die sich trotz einer Reihe langjähriger, bewährter Betriebsräte noch im September in dem bis dato ablebenden (bitteren) Spiel des von Sozialplan begleiteten Abbaus von immerhin 2000 Arbeitsplätzen (sog. Optimierungsplan), um „das Ganze“, das Stahlwerk mit den verbleibenden 4200 Arbeitsplätzen zu retten. Kaum zwei Monate später mußten sie erfahren, daß die Solbungspläne längst fertig waren. Der Vortrag auf Zinne gebracht, waren es vor allem ihre wuchtigen Aktionen, die das Revier aufweckten. Die Unverwundbarkeit ihrer Revieretzungen, andererseits auch die Unfähigkeit, sich von der außerordentlich solidarisierten Nachbarn bei anderen Kämpfen gegen Werks-schließungen, etwa in Oberhausen und Hagen, das ganze Repertoire friedlicher Bürgerprotesten ergebnislos erschöpft worden war, war es gerade die Radikalität der Rheinhausener, die ihrem Kampf Glaubwürdigkeit und Sympathie einbrachte, die bei Hunderttausenden im Revier Hoffnungen weckte, daß das Aus-

bluten des Ruhrpots nicht unabänderlich sein muß.

Mehr als 25 Jahre lang hat das Ruhrgebiet, eine der ältesten und erfolgreichsten Industrieregionen der Welt, sich nun schon dem Strukturwandel unterworfen. Von einst 1,4 Millionen Industriearbeitsplätzen gingen 570 000 verloren. Doch die auf Kohle und Stahl gebaute Vergangenheit holt das Revier immer wieder ein. Erstmals treffen jetzt Kohle- und Stahlschicksal zeitlich und regional aufeinander, verschärfen sich gegenseitig. Weitere 100 000 Arbeitsplätze im Montanbereich und davon abhängigen Industrien werden nach Schätzungen von Wissenschaftlern in wenigen Jahren wegfallen (Hamburger Abendblatt, 24.2.).

Ende ist nicht in Sicht. Die Zeichenstillegungen pflanzen sich unvermindert von Süd nach Nord durchs Revier fort. Die Vernichtung von 30 000 Arbeitsplätzen in den nächsten zwei bis drei Jahren ist längst abgemacht.

Auch im Stahlbereich ist ein Ende überhaupt nicht in Sicht. Nach der Anpassung an schrumpfende Märkte bereiten sich nun die Stahlkonzerne auf eine historische Schlacht vor. Für die das „Abschmelzen von Überkapazitäten“, das gegenwärtig stattfindet, nur die Vorbereitung ist. Es geht um die Vorherrschaft auf dem E-G-Stahlmarkt. Das gegenwärtig noch gültige Quotensystem, das den stahlproduzierenden Ländern der EG bestimmte Marktanteile zusichert, steht vor der Auflösung. Schon die letzte Verlängerung der Quoten war von den Brüsseler EG-Kommissaren an die Bedingung geknüpft, daß in der Bundesrepublik weitere Kapazitäten in der Größenordnung von 15 000 Arbeitsplätzen abgebaut werden. Die bundesdeutschen Konzerne mühen die Zerstörung der eigenen Existenz abzuwenden, Konstruktiv neu zu ordnen, um optimal gerüstet zu sein, wenn 1990 der europäische Markt völlig freigegeben wird. Dann erwarten die Stahlkonzerne Europas mit voller Wucht übereinander herfallen um nach den Gesetzen der freien Marktwirtschaft einander den Garaus zu machen. In der gegenwärtigen Phase geht es offensichtlich um die Aufstellung zweier schlagkräftiger Stahlkonzern Blöcke zum einen „Rheinschiene“ bei der Duisburger Schmelz- und Gießerei ist die Kooperation zwischen Krupp, Mannesmann und Thyssen, der jetzt Rheinhausen zum Opfer fallen soll, ist schon deutlich auf diese Struktur zugeschnitten. Zum anderen die „Nordschiene“ Klockner und Pernix/Salzgeber, wobei die Führungsrolle

typischerweise zwischen Krupp, Mannesmann und Thyssen, der jetzt Rheinhausen zum Opfer fallen soll, ist schon deutlich auf diese Struktur zugeschnitten. Zum anderen die „Nordschiene“ Klockner und Pernix/Salzgeber, wobei die Führungsrolle

Wenn Konzerne sich auf derart „große Dinge“ vorbereiten, ist es nur allzu logisch, daß sie sich nach Möglichkeit allen unnötigen „Sozialklimbim“ wie Ersatzarbeitsplätze, Beschäftigungsspekulationen etc. vom Leibe halten und, damit das, was sich die Ausbeutung der Arbeitskraft

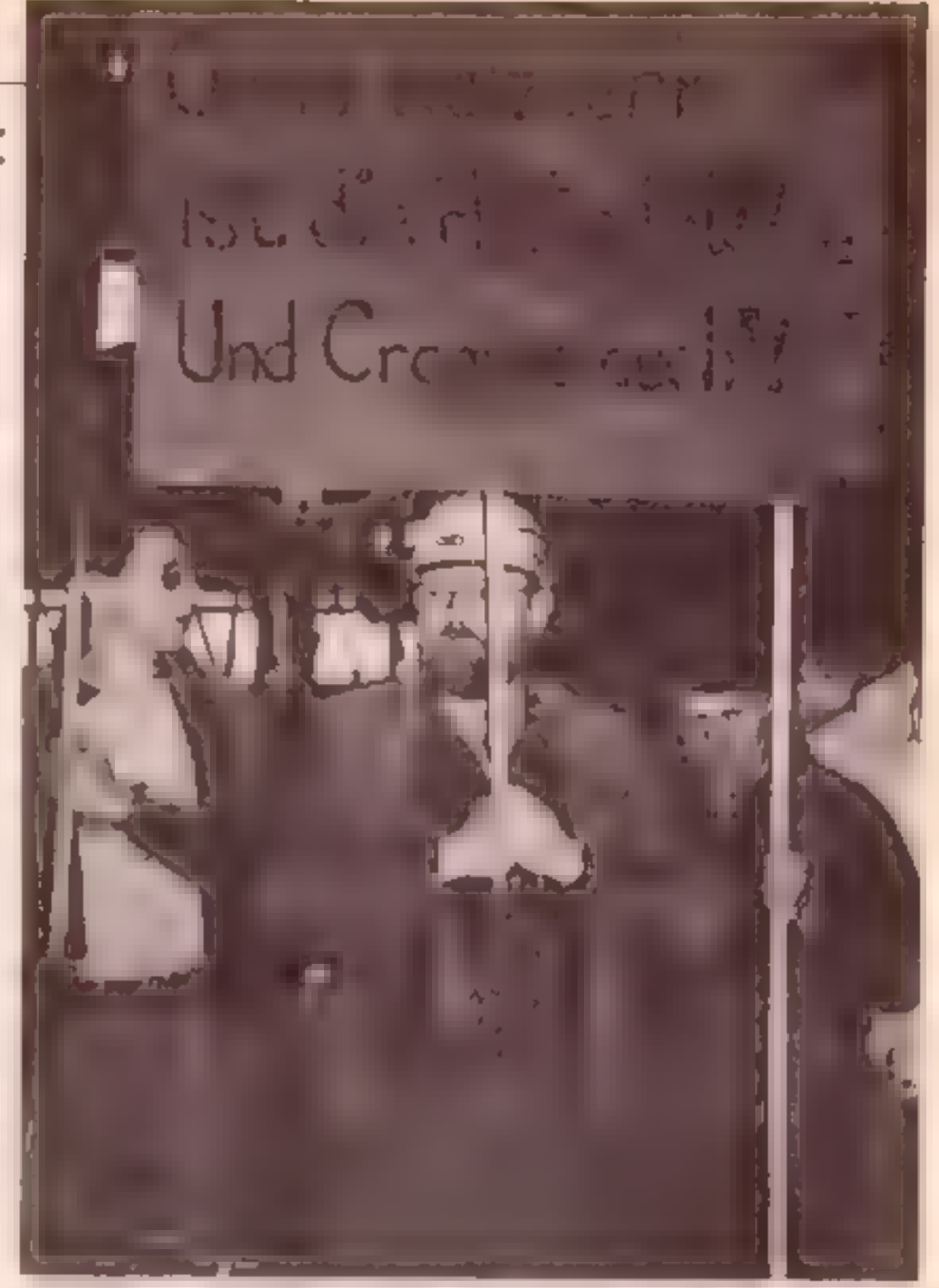
nicht mehr lohnt, verbrannte Erde hinterlassen. Dies trifft vor Ort aber auf die Situation, daß in den meisten Städten des Ruhrgebiets bereits Arbeitslosenquoten von sechzehn bis neunzehn Prozent gegeben sind. Dies ist der Boden, auf dem der Kampf der Rheinhausener liegt, die Gesetzmäßigkeit einer Entwicklung, die sich in den Ergebnissen vom 10. Dezember Ausdruck verschafft. In vielen Menschen im Revier hat sich die Ahnung eingestellt, daß der Kapitalismus ihnen keine Lösungsperspektive für ihre Probleme anzubieten hat. Dabei geht diese Fragestellung weit über die Probleme des Stahl- oder Kohlebereichs im engeren Sinne hinaus. Infrage gestellt ist der gesamte soziale Zusammenhalt, der bisher sichergestellt hat. Die durch Rheinhausen aufgeworfene Frage lautet: Gelingt es den Herrschenden in Konzernen, Politik und Presse, wieder zurückzukommen zu „geordneten“, sozial abgefederten Formen des Rückzugs, wie sie noch in der Frankfurter Vereinbarung zwischen Stahlkonzernen, Politik und IG Metall und auch im Rheinhausener „Optimierungskonzept“ zum Ausdruck kamen, der sich der Keim einer „Neuen Sozialen Ruhrgebietsbewegung“ durchsetzen und weiterentwickeln, die sich der Frage stellt: Wie wollen wir eigentlich in Zukunft leben? Bewältigung der Strukturkrise ausschließlich nach den Bedürfnissen der Konkurrenz, wobei weitere Teile des sozialen Ganzen unter die Räder kommen oder können die Menschen ihre Lebensansprüche zur Geltung bringen?

Von Kurt Tucholsky stammt der Vorwurf, daß man, was die Klarheit von Klassenbewußtsein betrifft, sich das Kapital zum Vorbild nehmen sollte. In ihrer unachahmlichen Art formuliert das Sprachrohr des Kapitals die FAZ vom Strukturrisenbewältigung auf kapitalistisch. In einem Kommentar zum Bonner Montan-Runde schreibt Manfred Harber am 26.2. „Wer nach Investitionen ruft, muß mehr geben als eine Zitterprimie. An der Ruhr wird sich kein neues Leben regen, wenn den Investoren nicht das geboten wird, was sie wirklich brauchen: ein wirtschaftsstrukturelles Klima und die Freiheit, auch und ohne laufende Hemmnisse auch wirtschaftlichen Kriterien zu entscheiden, wo, wie und was zu produzieren wollen“ oder ob überhaupt Land wodurch wird, neben allerlei bürokratischem Gestrüpp eines SPD-regierten Verwaltungsapparats, dieses Klima besser wird. Man hört es: „Es will ein Schluß sein mit Brückenbückchen, Fackelzügen, Menschenketten und

Und wirklich wird neben allerlei bürokratischem Gestrüpp eines SPD-regierten Verwaltungsapparats, dieses Klima besser wird. Man hört es: „Es sollte kein Schluß sein mit Brückenbückchen, Fackelzügen, Menschenketten und Mahnfleuren. Solche Bilder können bewegend sein, aber derjenige, der dort investieren will, steht sich derweil lieber die Industriegrundstücke in Baden-Württemberg an. Kein Investor wird sein Geld in eine — dazu als Hochlohninsel geltende Region tragen, deren Markenzeichen zunächst besonders ergreifende Felder sind.“

Schluß sein sollte auch mit den Plänen einer „Beschäftigungsgesellschaft für freigesetzte Stahlarbeiter“ (FAZ) Kapital

ebenfalls wie an das Schicksal der Zechen. Von den Räufern wurde berichtet, die man heute nicht mehr am „hohen Gesicht“ erkennt, sondern die die Räufern auf der Unversität studierten und zum Beispiel Dr. Cromme hießen. Und berichtet wurde natürlich von den Opfern, die nachdem sie und die Umwelt ausgeraubt sind, am Wegesrand zurückgelassen werden, während die Räufern sich neue Raubgebiete suchen. Nicht von oben, von welcher Instanz auch immer sei Hilfe zu erwarten. „Barmherzigkeit kommt nicht von oben. Barmherzigkeit heißt Solidarität!“ war die immer wiederkehrende Parole, die von den tausenden Menschen im Kruppischen alten Walzwerk mitgezungen wurde.



„Vergesellschaftung der Stahlindustrie“ — wurde eine Chance verpaßt?

„Bewegung von unten“ ist es, was die Kriechende am Aschermittwoch propagierten, ebenso in den auch wie vor allem deutlich gut besuchten Sitzungen des Bürgerkomitees, Bewegung von unten war es, was am 10. Dezember aber das Revier den „Hauch von Generalsstreik“ (FAZ) wehen ließ, als nicht nur in Rheinhausen sondern im ganzen Revier Brücken und Straßen blockiert wurden, als es bei der stockreaktionären IG Bergbau und Energie an einzelnen Orten die Demonstrationen gab, es war aus dem Revier, als sich Malwerker und Rüstbedienstete mit Stahlarbeitern versammelten.

Einer Volksbewegung von unten hatte es bedurft, den von Hans-Jürgen und Prof. Harald Mattfeld vorgelegten Vorschlag zur Vergesellschaftung der Stahlindustrie (siehe AK 240) veranlaßt eines Volksbegehrens anzusetzen.

Das Bestechende an diesem Vorschlag war, daß er die ausgebrochenen Ängste und den Unmut in der Region in einfacher, einleuchtender Weise auf einen Zusammenstoß und zumindest mit einer glaubwürdigen Chance auf Durchsetzung, daß „allen Menschen guten Willens“ insbesondere der Stahlbelegschaften einen Handlungsspielraum auf der politischen Ebene eröffnet hätte. Die Forderung nach Vergesellschaftung war im Zusammenhang mit den Kämpfen der Dortmunder Hoesch-Arbeiter 1983 zur Beschlußlage der IG Metall geworden, wo sie so dem auf dem Papier steht und gelegentlich Gegenstand von Sonntagsreden ist. Die dem Vorschlag von Janßen, Mattfeld innewohnende Idee war es, nämlich „der Beschlußlage Beine zu machen“.

Selbst wenn die Initiative letztendlich vielleicht gescheitert wäre, hätte sie doch zu allerlei äußeren Lehrreichen und während den Verwicklungen geführt. Allein die Frage, wie weit die IG Metall zu ihrer eigenen Beschlußlage steht, oder ob sie an der auf Spitzenebene ausgehandelten „Frankfurter Vereinbarung“ (einvernehmlicher Abbau von 35.000 Stahlarbeitsplätzen, dafür juristisch unverbindliche Zusagen der Konzerne in Richtung Beschäftigungsgesellschaften, Beschäftigung in Stahl Belegschaften sehr auf sich selbst gestellt gewesen.

Daß die SPD-Landesregierung alles andere als begeistert gewesen wäre von einer derartigen Initiative, liegt auf der Hand. Alle Ermahnungen an das soziale Gewissen von Unternehmern können doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß mit dem großen „Versöhner“ Johannes Rau ein derartiger Affront gegen die Wirtschaft im allgemeinen und gegen die Stahlindustrie im besonderen sicherlich nicht zu haben ist. Anders dürfte sich die Lage sehen in den zahlreichen SPD-Ortsvereinen darstellen. Aufgrund einer viel direkteren Betroffenheit hätte ein parteiunabhängiger Vorschlag für ein Volksbegehren sicherlich vielerorts recht belebende Wirkung auf die innerparteiliche Diskussion. Die vielzitierten „umgekehrten bayerischen Verhältnisse“ — die im Re-



Foto: H. Wöjahn

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

vier gegebene absolute Beherrschung der politischen Landschaft durch die Sozialdemokratie — legt nicht zuletzt die Vermutung nahe, daß sich auch eine Reihe von linken SPdG attraktiver Alternativen in der SPD organisieren hätten. Der Versuch, diese Menschen in eine Bewegung für ein Volksbegehren einzubeziehen, wäre sicher lohnend gewesen, hätte zu neuen Bündnismöglichkeiten geführt.

Eine Initiative für ein Volksbegehren hatte nicht zuletzt den fortschrittlichen Gewerkschaften argumentativen Spielraum verschafft, die in den Stahlbuden außerhalb Rheinhausen gegenwärtig den harten Kampf gegen die verbreitete Haltung von Belegschaften und Funktionären führen müssen, daß, wenn jetzt Rheinhausen stirbt, die eigene Haut viel leichter etwas sicherer war. Der Tendenz vieler Betriebsräte, es sich im Zweifelsfall lieber nicht mit dem eigenen Vorstand zu verderben, kann seitens fortschrittlicher Gewerkschafter nur schwer begegnet werden, solange sie mit einer nur schwer greifbaren „gewerkschaftlichen Solidarität“ oder mit der in ungewisser Zukunft liegenden „Einheit aller Stahlbelegschaften“ argumentieren müssen; da haben die Angebote zur sozialen Abfederung seitens Betriebsräte und Belegschaften mehr Attraktivität. Eine die ganze Branche umfassende Vergesellschaftungsinitiative hätte den Sog in Richtung einzelbetrieblicher Lösungen entschieden abmildern können.

Der von Janßen/Mattfeld angeregte Vorstoß ist (vorerst?) gescheitert. Erstmalig am 17. Dezember auf einer Ruhrbelegschaftskonferenz vorgestellt, hatten die Initiatoren das ganze mit einem Zeitplan versehen, nach dem die erste Phase der Sammlung von Unterschriften bis zu den Montan-Runden bei Rau und Kohl, also bis Mitte Februar, im wesentlichen abgeschlossen sein sollte. Dazu im Kontrast steht allerdings, daß aus uns nicht bekannten Gründen auch von den Initiatoren der wie ein Leichenpapier behandelt wurde. Die Initiative breit zu veröffentlichen. Eine Diskussion in der interessierten Öffentlichkeit, die auch Hinweise auf die Durchsetzbarkeit liefern könnten, kam so kaum zustande.

Von hervorragender Bedeutung für den Startschuß in Richtung Volksbegehren war natürlich die Haltung der kämpferischen Rheinhauser Belegschaft bzw. ihrer Führung, Theo Steegmann vom Krupp-Betriebsrat äußerte gegenüber der AK zwar keine verbale Sympathie für die Vergesellschaftung, lehnte sie aber als aktuelle Forderung ab. „... die große Gefahr besteht, daß wir vorher plant sind“ (vgl. Interview im AK 291). Stattdessen geht der Krupp-BR davon aus, daß eine mit dem Krupp-Vorstand und der Politik

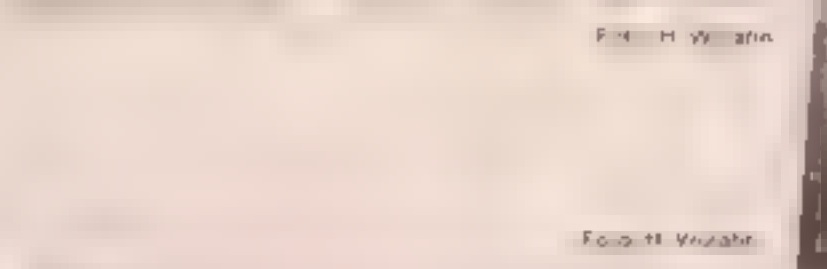
mit dem Krupp-Vorstand und der Politik auszuhandelnde Beschäftigungsgesellschaft leichter zu erreichen wäre. Dies waren die Erwartungen, die die Rheinhauser in die Montan-Runden bei Rau und Kohl hatten. Diese Einschätzung verkennt, daß schon das glaubwürdige Engagement für ein Volksbegehren die Chance zur Durchsetzung einer Beschäftigungsgesellschaft nicht verschlechtert, sondern enorm verbessert hätte. Das Setzen auf die Überzeugungskraft „konkreter Modelle“, auf die Politik und Vorstände „gezwungen sind zu reagieren“, hat sich in der Kanzler-Runde bitter als Illusion erwiesen. Siehe oben!

Doch die Haltung der Rheinhauser ist nicht nur in Richtung auf ihre „innerbetriebliche“ Situation von Relevanz. Ob sie es wollen oder nicht, den Krupp-Funktionären als Spitze der in vorderster Linie kämpfenden Belegschaft vorstellend ein großes Maß an Verantwortung zu auch für das, was andernorts, in anderen Stahlbuden, in anderen gesellschaftlichen Bereichen, auch außerhalb der Betriebe, getan werden kann. Der (nicht erfolgte) Startschuß aus Rheinhausen hätte anderen linken Gewerkschaften, Kirchengemeinden, Grünen, DKP, fortschrittlichen Menschen aus dem ganzen Spektrum der Bürgerinitiativ-Bewegung Jutos und Arbeitslosen links den entscheidenden Anknüpfungspunkt in die Hand geben können, der eine vielfältige Reihe von Handlungsmöglichkeiten eröffnet hätte, die sich letztlich jeder besorgte Einzelhändler, jede Hausfrau und jeder Rentner hätte einreden können, sofern sie/er begriffen hat, daß die Lage der Stahlarbeiter auch was mit ihrer/seiner eigenen Lage zu tun hat.

Gibt es eine Volksbewegung im Revier, gibt es sie vielleicht noch? Mit letzter Sicherheit läßt sich diese Frage nicht beantworten, weil sie nicht ausgeleitet worden ist. Die Ereignisse vom 10. Dezember sprechen dafür, daß es sie gab, auch die große Bereitschaft zur Teilnahme an der Menschenkette am 23. Februar ist ein Indiz, daß es sie noch gibt. Ob diese Menschen zu mehr bereit waren, läßt sich nicht theoretisch beantworten — es hätte praktisch erprobt werden müssen. Daß es vorerst nur eine Menschenkette gab —



Franz Janßen



Franz Janßen



schaffen an ihrer Rolle bei der Erhaltung des „sozialen Friedens“. Solange sie dieses Ansehen bei Regierungen und herrschender Klasse im Rahmen dieser „Zuständigkeit“ gehören starke Worte und gelegentlich ein Streik durchaus zum akzeptierten Handlungsspektrum, solange eine Grenze nicht überschritten wird. Die Handlungsfreiheit des Kapitals in Auseinandersetzung mit der Wettbewerbskonkurrenz ist nicht beeinträchtigt worden. Anders ausgedrückt: Die Antwortkaskade „Revier“ sie treffend nennt, hat dem Kapital den Rücken für seine geschäftlichen Interessen freizuhalten. Daß Sozialpolitik auch Kosten mit sich bringt, ist dem Kapital bekannt und es gehört zu den akzeptierten Aufgaben von Gewerkschaften, den Preis dafür auszuhandeln. Schließlich ist sozialer Frieden auch ein nicht zu unterschätzender Produktivitätsfaktor. Gelegentliche Meinungsverschiedenheiten darüber, was dafür nötig und angemessen ist, wird im Rahmen des Arbeitskampfes reguliert. Es geht um die Letztendlich immer wieder zur Einigung und zu gegenseitigem Respekt.

Es dürfte in der Linken vermutlich keinen Streit darüber geben, daß auch Franz Janßen hier stellvertretend für die „Ausgewerktheit“ dieser Aufgabe seine Verantwortung und ihre Grenzen will bewahrt. Rheinhausen stellt so betrachtet in mehrerer Hinsicht eine pikante Aufgabe für ihn dar. Eine Belegschaft, die nicht erst im Gewerkschaftsraum anfragt, bevor sie ihre Aktionen macht, eine Forderung (Erhalt des Standorts), die quer zu den Planungen des Kapitals steht und womöglich Schulle machen könnte (Erhalt aller Standorte?). Was die Aufgabe aber erst richtig schwierig macht, ist folgendes: Die Leute kämpfen letztlich nicht nur für sich selbst, die Forderungen helfen sich schon noch irgendwie abgedrückt, gedrückt, gedrückt. Die Kinder! Für den Einzelkämpfer, der sich in der Kinderarmee hat, für die Verkäuferin im Kaufhaus und die merken auch noch alle was auf dem Spiel steht! Stillverschärfend kommt hinzu, daß die bislang angestrebten sozialen Probleme ausgerechnet in den sozialen Genannten Arbeitslosenquoten nicht zuletzt Ergebnis der seit 25 Jahren betriebenen Politik der Sozialpolitik ist, auf die man bisher so stolz war.

Eine echte Herausforderung für einen Krisenmanager. Der smarte Franz hat das Problem erkannt, wenn er sich auch über Lösungsmöglichkeiten noch nicht im klaren ist. Dem „Spiegel“ (2.2.88) hat er

„Stetinkühler: Die Sozialpolitik hat in den früheren Jahren, als wir noch eine Arbeitslosenquote von zwei Prozent hatten, das einzige richtige Instrument, die bei Arbeitslosenquoten von 17 Prozent und mehr in Städten wie Dortmund oder Duisburg funktioniert eine solche Politik

nicht mehr. Sie führt dazu, daß eine Industrielle Wüste entsteht. Die industrielle Infrastruktur, die infolge Steuerbefreiungen aufgebaut wurde, verrotten. Sie können das heute bereits an vielen Stellen im Ruhrgebiet sehen, wo junge Menschen keine Perspektiven mehr haben.“

Spiegel: Eine späte Maßnahme, Steinkühler: Ich muß zugeben, die Gewerkschaften haben das Problem zu spät erkannt und zu spät öffentlich gemacht. Ich beklage das. Vor fünf Jahren hätten wir bereits ganz massiv für eine Strukturpolitik mobilisieren müssen. Ob es geklappt hätte, weiß ich nicht. Aber man hätte es versuchen müssen.

Wohlgeachtet! Das Problem heißt für Franz nicht etwa „sozialverträgliche Bewältigung des Strukturwandels“, sondern „kapitalverträgliche Bewältigung der sich massenhaft und gesetzmäßig auftürmenden sozialen Probleme“. Und die Probleme werden nicht kleiner. Niemand beschwört intemerer als Steinkühler die ins Haus stehende Krise der Automobilbranche an der inneren ca. 25 Prozent der bundesdeutschen Wirtschaft mittlerweile unmittelbar hängen. Welche (kapitalverträgliche) Strukturpolitik soll das auffangen?

Die gegenwärtig vom Kapital akzeptierten Lösungsmodelle zielen allesamt auf irgendeine Kopie des „Musterlandes“ also auf Modernisierung und High Tech. Das Dilemma ist Mikroelektronik und (demnächst) Gentechnologie garantieren dem Kapital zwar voraussichtlich eine rapide Zunahme von Produktivität, vielleicht sogar Wachstum, die Krise der Menschen im Revier und anderswo wird sich aber weiter verschärfen.

Rheinhausen ist der Vorhof für soziale Erschütterungen der Republik, die völlig neue Dimensionen haben werden. Für gewerkschaftliches Krisenmanagement eine Herausforderung ohnegleichen. Die von SPD und Gewerkschaften propagierte Beschäftigungsprogramme, die früher oder später zum Zug kommen müssen, werden leere Kassen vorfinden. Die Gestaltungsspielräume dürften äußerst knapp bemessen sein. Der Streit darüber

eine Aktionsform, die seit der Friedensbewegung den linken Belegschaften vor politischem Abgesang vermittelt ist, ist nicht der Beweis, daß mehr nicht drin lag.

### Hat Rheinhausen noch eine Chance?

Die Aktivposten der Krupp-Belegschaft bildeten seit Ausbruch der Kämpfe vor allem zwei Elemente: die Radikalität ihrer Aktionen und die Breite der Sympathie in der Bevölkerung. Die Kämpfe der ersten Wochen wurden begleitet von einer ungewöhnlich wohlwollenden Medienberichterstattung und Schwüren unverbrüchlicher Solidarität namentlich seitens vor allem demokratischer Landespolitiker. Allen hallen zu spüren war die Besorgnis, mit unvorsichtigen Äußerungen im laienhaften Moment die Sache nur zu verschlimmern. Daß die Krupp-Arbeiter die Nachrichtlage sehr genau verfolgten und nötigenfalls rasch und schlagkräftig reagierten, hatten sie mehrfach bewiesen, nicht zuletzt durch ihre nachfolgende Demonstration unmißbar nach einem Interview des Krupp-Aufsichtsratsvorsitzenden Schender („... die Schließung des Werks ist unabwendbar“). Schender mußte sich herbe Kritik wegen langjähriger Gespiels für die Sit abzurufen lassen.

Es waren Sozialdemokraten, die den Rheinhausenern in den Rücken fielen und damit erstmals Wirkung erzielten. Anfang Februar verabschiedeten sich zeitgleich der IG-M-Vorsitzende Steinkühler und der SPD-Fraktionsvorsitzende Farthmann öffentlich von der Forderung nach Erhalt des Stahlstandortes und kehrten zu den „betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten“ zurück. Es sei viel sinnvoller, die konkret greifbaren, vorhandenen Arbeitsplätze loszulassen und nach den Ersatzarbeitsplätzen zu greifen, die freier erst in einer nebulösen Zukunft zu schaffen seien. Fortan hatte die Presse ihr neues Thema. Es galt psychologisch ein anderes Klima zu schaffen. Täglich wurde den Kruppianern vorgetrieben, daß doch keiner von ihnen, der nicht eh das rettende Ufer des Vorruhestands erreicht hätte, in die Arbeitslosigkeit stür-

zen würde, da alle irgendwo unterkommen würden — nur eben nicht im Rheinlaender Stahlwerk. Täglich wurden neue „Projekte“ offeriert, vor allem aus dem „zukunftsreichen High-Tech-Bereich“. Computer Hersteller Nordor wurde spaltenlang in der NRW-Presse abgefragt, weil er versichert hatte in Duisburg investieren zu wollen, fortzehn Arbeitsplätze. Die Landesregierung prämierte täglich neue Projekte aus ihrem Zuckersackel ZfM. Diese Zukunfts-Initiative „Montanregion“ soll aus dem Revier ein hoch entwickeltes, glasfaserverstärktes öko-industrielles Musterland mit hohem Industrielohn bei niedrigen Heizkosten mit zollfreiem Standortteil machen, dem eigentlich nur noch ein fehlt: der Finanzierungbeitrag aus Bonn. In der psychologischen Kriegsführung gegen die Stille der Rheinhauser, die beharrlich an ihrem Stahlwerk lebstauern und die neuen Zukunftsbauwerke zunächst denen zukommen lassen wollten, die ohnehin schon die Arbeitsplätze und Sozialleistungen bewahren, durfte natürlich das traditionelle deutsche Rezept gegen Arbeitslosigkeit nicht fehlen: Autobahnbau. Passend zum Karneval hatte die Presse eine besondere Hornet-Variante. Die BI Hauptverkehrsader des Reviers zwischen Dortmund und Duisburg, könnte doch ein zweites Stückwerk erhalten.

Diesem propagandistischen Trommelfeuer haben die Kruppianer lange völlig unbeeindruckt standgehalten, auch nach dem die Bonner Montan-Runde den Kanzler und den Landesminister Rau die Geldbox zu zücken ließ. Ein Rundfunkreporter, der am Tag nach dem Kanzler-Treff am Werkstor Kommentare sammelte, konnte nur tiefes Mißtrauen vermelden. Die Belegschaft erwartet von dem Geldregen vor allem Modernisierung und Rationalisierung, wodurch sich die Probleme der Menschen im Revier nur weiter verschärfen würden.

Insider dürfte das Modernisierungsgerede, gerade nachdem es nun mit den Bonner Finanzmitteln verproviantiert ist, seine Wirkung auf die Öffentlichkeit nicht verfehlen. Und wenn sie nur darin besteht, daß Sozialdemokraten von der

Basis, die gestern noch für die Menschenkette mobilisierten, heute damit beschäftigt sind, für ihre jeweilige Kommune das ihr Lieblingsprojekt ein Stück von der Milliardenrente zu ergattern.

Schmerzlicher für die Krupp-Belegschaft dürfte das Ausbleiben von Solidarität in anderen Stahlbuden sein. In eigentlich der ständigen Krupp-Partei anwesenden Werken Mannesmann und Thyssen in Duisburg. Die Beteiligung aus diesen Werken am Politischen Aschermittwoch in der alten Walzwerks Halle in Rheinhausen bestand im wesentlichen aus der Stationierung von Betriebsräten und VK-Leutungen. An der Leitung wird etwa bei Mannesmann zwischen Vorstand und Betriebsrat schon über Maßnahmen verhandelt, die in Hinblick auf die Kooperation personalpolitische Weichen stellen. Ein Mannesmann Betriebsrat formulierte: „In Rheinhausen wird der Kampf geführt, aber bei Mannesmann wird er verloren.“

### Rheinhausen und das Problem IG Metall

Aus Franz Steinkühler am 17.2. im alten Walzwerk vor den versammelten 10.000 Menschen aus Mkt. 101 trat, wurde er mit einem gellenden Pfeifkonzert empfangen. Die Antwort der Kruppianer für seine Hilfe im Kampf. Einen Profi wie den Franz konnte das natürlich nicht beeindrucken. Seine Rede, die das Medien-spektakel des Tages war, hatte ihre Bedeutung vor allem durch das, was er nicht sagte. Kein Wort zum Erhalt des Stahlstandortes des Rheinhausen.

Wie aber macht man solche Politik praktisch, ohne sich zu disqualifizieren? Indem man Menschenketten organisiert, anstatt seine Betriebsräte in die Pflicht zu nehmen. Indem man in der thematischen Wert geräuschlosen Zuschlag-Parade einen „Rheinhausen-Schlachtfeld“ ausrollt, anstatt die Grabenlinie einzoleiten. Die Stahlbranche ist bei der Arbeitszeitverkürzung jetzt mit 36,5 Stunden im Führung gegangen.

Allgemein gesprochen beruht die Bedeutung der bundesdeutschen Gewer-

Fortsetzung nächste Seite





Foto: H. Wöhrle

... der Preis für den sozialen Frieden ...

... die Gewerkschaft ...

... die Gewerkschaft ...

... die Gewerkschaft ...

... die Gewerkschaft ...

... die Gewerkschaft ...

Regel nicht als Arbeiter, sondern als Bürger ...

Es ist vielleicht eine gewagte These ...

Im Mißverständnis vorzubeugen ...

Es geht nicht einmal nur darum ...

Es geht nicht einmal nur darum ...

Es geht nicht einmal nur darum ...

... H. Hamberg

Nach der Montan-Konferenz:

Revier befriedet?

„Stahl und Kohle muß geholfen werden ...

Und wenn das jetzt Schule macht? ...

Bei diesem edlen Vorhaben wollte ...

Doch nicht nur Leute für die sich in ...

Über 70 Leute waren gekommen ...

Alle Mißverständnisse sollten von ...

FAZ-Kommunikator Hans D. Barth ...

... H. Hamberg

Für 1 Milliarde Mark ...



Dieser Vorschlag, wie auch schon ...

Hier gab es einmal ein Machtwort ...

Von dieser modernen Spitzentechnik ...

... H. Hamberg

alles in neues Gift umwandeln sollen ...

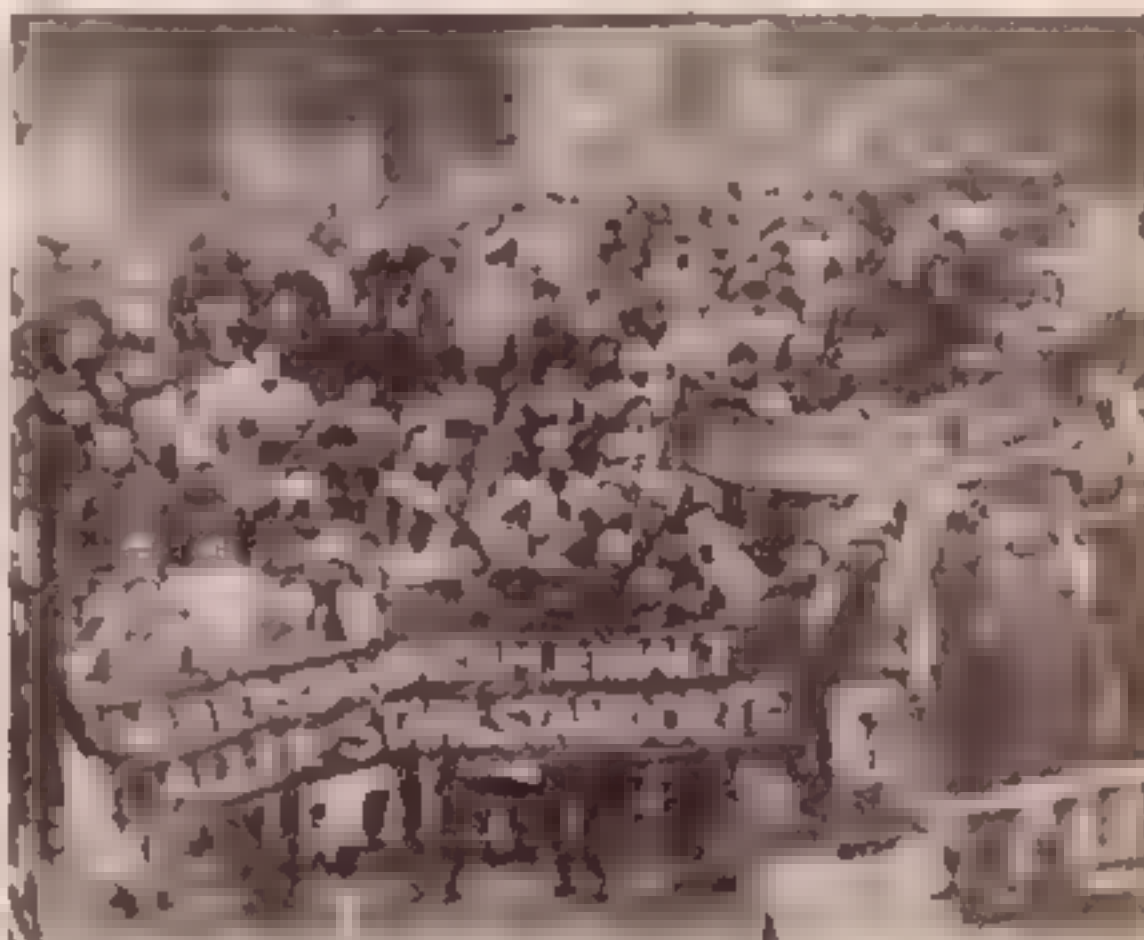
Das Sonderprogramm ist vorerst eine ...

Staatsekretär Schlecht vom Bonner ...

... H. Hamberg



Quelle: Der Gewerkschafter, 3/88



Kein einer „Neuen sozialen Bewegung Ruhrgebiet“? Hoesch-Arbeiter blockieren am 10.12.87 die B1



Fortsetzung von vorheriger Seite

„schon daß Bonn noch einiges wird drauflegen müssen, damit die anderen Bundesländer das Ihre zu der Ruhrspende beitragen.“

„Lieber Gefangen mit Kette als Frei im Hafen ...“

stand auf einem Plakat welches Rheinhausener Stahlarbeiter während einer Demo zu ihrem Oberbürgermeister Krings mitführten. Gemeint war das Projekt Freihafen Duisburg, für welches es auf der Montan-Konferenz grünes Licht gab und welches im Zusammenhang mit dem Kampf der Rheinhausener wohl eins der zynischsten ist. Ein zynischer Stolzenberg soll jetzt über eine Änderung des Zollgesetzes die notwendigen Voraussetzungen schaffen. Um der Stadt Duisburg für solcherlei Projekte etwas mehr finanziellen Spielraum zu geben, wurde die Regionalförderung für Duisburg auf 18 Prozent hochgestuft.

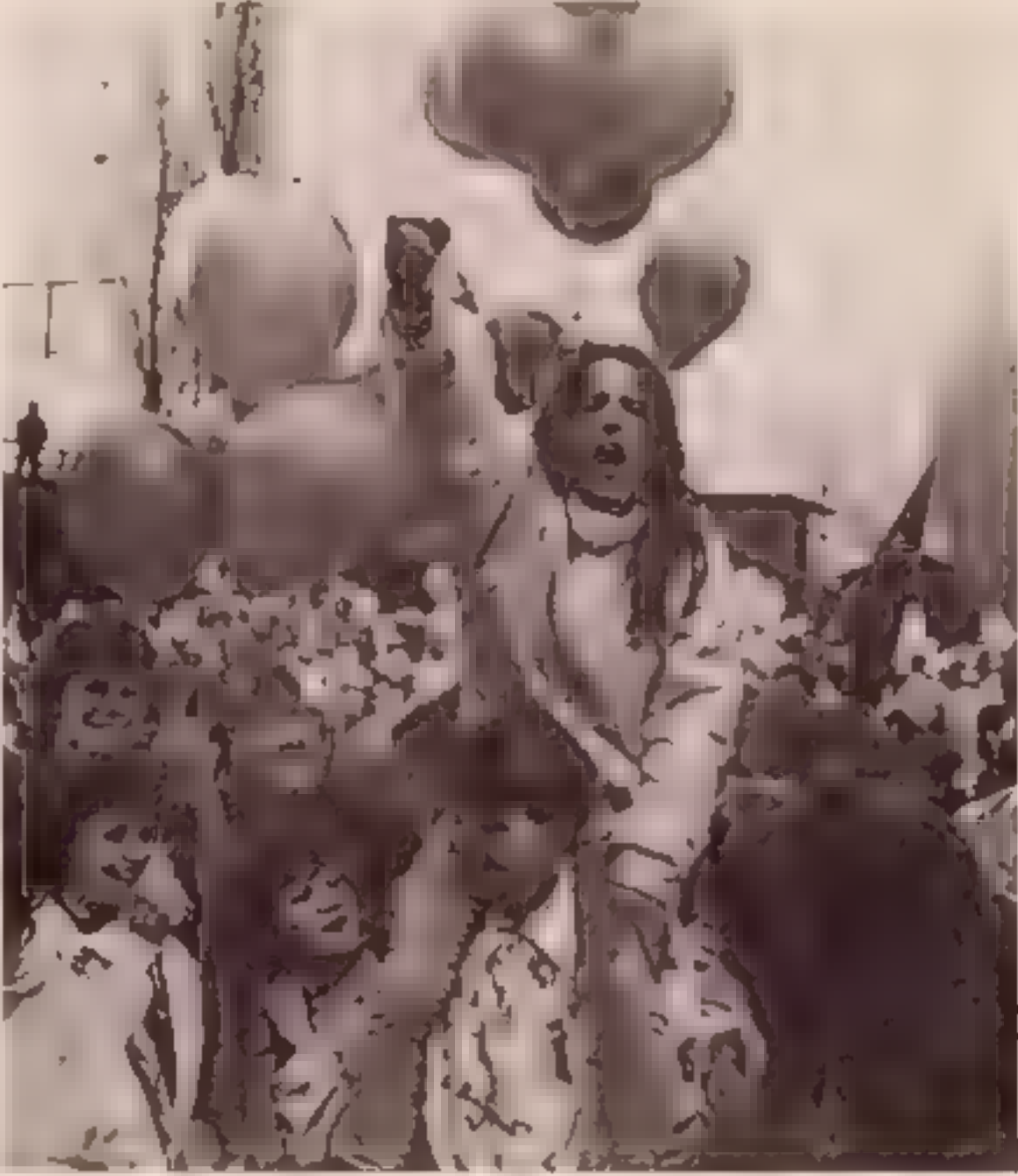
Den seit langem größten Binnenhafen der Welt zu einem Freihafen, nach Möglichkeit sogar zu einer „Freien Produktionszone“ zu machen, ist ein alter Plan des Duisburger Hafenvorstandes, dessen Verwirklichung man unter den gegebenen Umständen offensichtlich glaubt, näher zu kommen. Entsprechende Pläne der Duisburger Stadtverwaltung, der örtlichen Industrie- und Handelskammer sowie des Krupp-Stahl Vorstandes, sind in der Presse in den letzten Wochen diskutiert worden. Da für eine Ansiedlung zusätzlicher Gewerbebetriebe bisher nur eine Fläche von sechzigtausend Quadratmetern zur Verfügung steht, wird die Einbeziehung des Krupp-Gelände in Rheinhausen erwogen. Hier stünden — so die Pläne — nach dem Abriss des Hüttenwerks 2,5 Millionen Quadratmeter zu Verfügung. Mit dem Abräumen, Herrichten und Sanieren der Flächen „könnten über einen längeren Zeitraum bis zu 1.000 Arbeitsplätze geschaffen werden“. Gleichzeitig könnten auch noch Schulungseinrichtungen auf dem Gelände genutzt werden. Auf diese Weise könne man nach dem Wunsch des Betriebsrats und der IG Metall entgegen nicht alle Arbeitsplätze in Rheinhausen abzubauen“ (FAZ 12.2). (Auf der Montan-Konferenz gab es für das Ausbaugebiet in Rheinhausen grünes Licht). Seit Mitte Februar existiert zudem ein neues „Angebot“ von Krupp-Stahl-Chef Cromme, der das Gelände des Hüttenwerkes gerne an die Stadt verkaufen möchte, damit diese es dann sanieren kann. Gerüchten zur Folge war von Bund und Land an eine dreistellige Millionensumme als Kaufpreis gedacht worden (NRZ 12.2). Eins fügt sich wie nichts sieht uns andere. So hat ein Hafen müßte nach Aussagen der Pläne nicht erst gebaut werden. Denn der existierende Krupp-Werkschuppen, in dem bisher vor allem Erz aus Übersee gelöscht wird, sei voll inakt.

Ein Freihafen in Duisburg würde verstoßt wird sei voll inakt. Ein Freihafen in Duisburg würde verknüpft mit anderen attraktiven Angeboten, Arbeitsplätze z.B. in den Rheinmündungshäfen vertriehen, da die Bedingungen fürs Handelskapital in Duisburg attraktiver würden.

Doch die Planungen gehen noch weit über einen reinen Freihafen hinaus. Der belgische Experte Michael van Noten unterstützt das Konzept einer Freizone in Duisburg, in der sich dann auch Produktionsbetriebe ansiedeln sollen. Diese Freizone solle sich durch fünf typische Merkmale auszeichnen: „weniger Steuern, weniger Reglementierungen durch den Staat, weniger staatliche Hilfe, weniger bürokratische Verzögerungen bei der Erteilung staatlicher Genehmigungen und ein nicht politisches Management“ (Zeit 19.2). Was das für gewerkschaftliche Schutz- und Tarifrechte bedeutet und was das für ökologische Folgewirkungen haben könnte, kann sich jeder selbst ausmalen.

Die weitestgehenden Überlegungen in Richtung Freizone hat das Kieler Institut für Weltwirtschaft in einer Studie vorgelegt. Dort ist die Rede von tariffreien Räumen, in denen sich „diskriminierende Schutzbestimmungen und unter Sozialistischem eingeführte Maßnahmen nicht auf die in Freizonen tätigen Firmen erstrecken“ sollen (ebd.).

Die Tatsache, daß die sozialdemokratischen Stadtväter Duisburgs diesen Plänen nicht entschieden entgegenstehen, sondern im Gegenteil fleißig daran mitarbeiten, läßt das schlimmste befürchten: „Frühkapitalistische Zustände“ in einer sozialdemokratischen Hochburg? Weitere auf der Montan-Runde angekündigte Projekte, die zusätzlich zu dem 800 Millionen-Sonderprogramm NRW gestartet werden sollen, zeigen nach Meinung des TAZ-Redakteurs Walter Jakob: „daß insgesamt für NRW in Bonn nicht nur heiße Luft produziert wurde“ (TAZ 4.3.88). Untersucht man jedoch die einzelnen Projekte daraufhin, was sie an Arbeitsplätzen schaffen und welche ökologischen und politischen Folgewirkungen sie haben, wäre heiße Luft möglicherweise die bessere Alternative.



Wer organisiert die Jugend? In der Linken bislang kein Thema

Geplant ist die bevorzugte Anbindung der Rhein-Ruhr-Region speziell auch Duisburgs an die geplante Schnellbahn Paris-Köln.

zwischen den Flughäfen in Düsseldorf und Köln soll eine „vom der Luftfahrt weit länger geforderte und von Umweltschützern bekämpfte Schnellbahnstrecke errichtet werden“ (TAZ 4.3). — Der Ausbau der A 44 (Duisburg) — Der Verkauf von Grundstücken durch die Bundesbahn für Gewerbesiedlungen (u.a. auch ein Gelände in Duisburg).

vorgezogene Investitionen der Bundespost von 500 Millionen. Daß die Investitionen der Bundespost im Bereich Verknüpfung und ISDN („Integrated Services Digital Network“) nur in der Bauphase Arbeitsplätze schaffen, langfristig aber Arbeitsplätze vernichten (Rationalisierungseffekt bei der Bundespost und den Kunden), ist bekannt. — Eine verstärkte Ansiedlung von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen in NRW ist ebenfalls vorgesehen. Zu mindest bei einem Teil der Projekte ist der Zusammenhang zur Rustungsindustrie offensichtlich, der Arbeitsplätze

der Zusammenwurf zur Rustungsindustrie offensichtlich, der Arbeitsplätze fehlt dagegen eher minimal. Geplant ist die deutsche Raumfahrt Agentur (DARA) mit etwa 300 Beschäftigten in Köln anzusiedeln in Dortmund eine Elektronenspeicherringanlage mit zehn Millionen DM zu fördern und schließlich die Erweiterung von drei Fraunhofer-Instituten mit dem Schwerpunkt Energie- und Materialforschung finanziell zu unterstützen.

Zur Abrundung darf natürlich der Umweltschutz nicht fehlen. Die Bundesregierung will 20 NRW Modellvorhaben innerhalb des Programms „Investitionen zur Vermeidung von Umweltbelastungen“ mit einem Investitionsvolumen von 120 Millionen Mark unterstützen.

Betriebsrat verunsichert

In einem „Spiegel“-Interview hatte Steinkühler zwei Tage vor der Bonner Montan-Runde die Forderungen der IGM-Führung vorgestellt. Er wolle vom Kanzler eine Bestandsgarantie für die deutsche Stahlindustrie etwa in der Höhe der heutigen Jahresproduktion fordern, erklärte er. Die Stahlkonzerne sollen künftig nur dann Arbeitsplätze abbauen dürfen, wenn sie im gleichen Umfang Ersatzarbeitsplätze vorweisen können. Die Frage seiner Gesprächspartner, ob diese Forderung auf eine Standortgarantie für alle Stahlwerke hinauslaufe, beantwortete er unumwunden mit „Nein“. Das könne man nicht durchsetzen. Daß aber stattdessen die Kraft für die Durchsetzung gleichwertiger Ersatzarbeitsplätze reichen könnte, mußte Steinkühler eigentlich mal genauer erläutern. Wieso sollten Ersatzarbeitsplätze in ausreichender Zahl leichter zu haben sein als die Sicherung eines Standortes? Frech auch seine Antwort zum Kampf der Rheinhausener „Rheinhausen darf nicht sterben. Vorerst jedenfalls nicht.“

Nach der Montan-Konferenz erklärt er in einem FR-Interview (26.2.). Die eine Million für das Revier ist „ein richtiger Schritt in die richtige Richtung ... Er ist aber nicht ausreichend. Für Rheinhausen

ist beschämend wenig herausgekommen.“ Deshalb mußte der Widerstand dort mit Unterstützung der IG Metall weitergehen. Und mit gespieltem Unschuld: „Der Betriebsrat hat gestern beim Kanzler und auch zuvor schon dargestellt, daß er ein neues technisches Konzept vorlegen wird, das sowohl technisch funktioniert als auch betriebswirtschaftlich rechnet und den Erhalt des Standorts ermöglicht.“ Steinkühler verschweigt, daß er Anfang Februar damit begannen hatte, sich dem Problem Rheinhausen“ öffentlich mit betriebswirtschaftlichen Überlegungen zu nähern. (Ihm Unternehmen könne es sich leisten „jährlich 200 Millionen neue Zahlen zu schreiben“ (NRZ 4.2.). Bei den Rheinhausenern waren diese „Überlegungen“ auf Empörung und Verärgerung gestoßen. Als er am 14. Februar vor 600 KIL-Lehrern in Krupp-Walzwerk redete, wurde er mit einem gellenden Pfeifkonzert empfangen.

Wenn der Betriebsrat von Krupp-Rheinhausen jetzt ebenfalls anfangt, öffentlich in betriebswirtschaftlichen Kategorien zu denken, so sei darauf hingewiesen, daß dies passiert

so sei darauf hingewiesen, daß dies passiert ist.

nachdem die IG Metall-Führung deutlich gemacht hat, daß sie nicht im Traum daran denkt, den Kampf um den Erhalt aller Stahlstandorte mit den betroffenen Belegschaften einheitlich zu organisieren und zu führen und

nachdem der Betriebsrat mit den KIM-Vorstandsmitgliedern Ippers und Karin Benz-Overhage in Klausur gegangen war.

Der Betriebsrat wurde unsicher und modifizierte seine Forderungen in einer Weise, daß die Presse laut jubelte (NRZ-Schlagzeile: „Betriebsrat in Rheinhausen arbeitet am Gewinnkonzept“) und der stellvertretende BR-Vorsitzende Theo Steegmann sich im Namen des Betriebsrates zu einer Erklärung genötigt sah, in der er von „ungeheuerlichen“ Verdrehungen von Betriebsratsaussagen sprach: „Alle Artikel und Meinungen“ — so Theo Steegmann in der Erklärung — „haben die Tendenz, der Betriebsrat würde sich mit Teilschlüssen des Hüttenwerks abfinden, hätte das Walzwerk schon aufgegeben usw.“ Die von Theo als falsch bezeichneten Pressemeldungen, was jedoch am 8. Februar eine Pressekonzferenz des Betriebsrates vor ausgegangen auf der der Betriebsrat u.a. erklärte hat:

Laß er bereit sei, über weitere Maßnahmen (d.h. über die im September im Optimalerungskonzept beschlossenen 2.000 „sozialverträglichen“ Entlassungen hinaus zu verhandeln (wobei der Standorterhalt allerdings Verhandlungsgrundlage bleiben sollte).

daß der Betriebsrat Kooperationsmodelle nicht grundsätzlich ausschließt. Ziel sei jedoch nicht die „betriebswirtschaftlich günstigste Lösung“, wie sie Krupp, Mannesmann und Thyssen verfolgen (siehe auch Theos Äußerung im Interview in AK 291). Schließlich hatte der Betriebsrat auf der Pressekonzferenz am 8. Februar angekündigt:

daß er ein Gutachten im Auftrag gibt, in denen technische Lösungen untersucht werden sollen. So solle z.B. geprüft werden, ob durch die Verlagerung von Produktionsplätzen Arbeitsplätze gesichert wer-

den können. Dabei wurden Modelle mit und ohne Erhalt des Walzwerkes in Rheinhausen geprüft.

In einem TAZ-Interview (11.2.) bestätigt Theo Steegmann die Modifizierung der Forderungen. Angesprochen auf die Steinkühler-Äußerung von Anfang Februar, meint er: „Diese Äußerung ist aus einer einstündigen Rede herausgerissen worden.“ Die Position der IG Metall werde Steinkühler, das habe er zugesagt, vor dem Kanzler-Gespräch „hier bei uns im Gespräch mit dem Betriebsrat abstimmen.“

Die Frage war nur: wer bringt da wen auf weissen Linie?

Stahlarbeiter bereit zu neuen Aktionen

SPD und IGM hatten alles getan, um die Hoffnungen der Region auf die Bonner Montan-Runde zu lenken. Am Vorabend der Konferenz wurden zwei Menschenketten mit 80.000 Teilnehmern quer durchs Revier veranstaltet. Hohe SPD-Politiker konnten sich dort ohne Gewissensbisse einreihen. So stand z.B. der NRW-Arbeitsminister Heinemann mit einer Fackel in der Hand vor den Toren des Dortmunder Hoesch-Werkes und lauschte den Klängen der Werkskapelle.

Zumindest in Rheinhausen war es nicht richtig zu solch einem Einheitsbrei gekommen. Selbst das Mammal-Konzert mit 45.000 Zuschauern in der Walzwerk-Halle hatte zumindest noch durch die Ortschaft einen Bezug zu der Forderung nach dem Erhalt des Standorts.

Nach der Montan-Konferenz wurde das Gefühl, wir stehen ganz allein da, wieder stärker und entlud sich in spontaner Aktivität. Einen Tag lang wurde praktisch nicht gearbeitet, eine Belegschaftsversammlung jagte die andere. End am Morgen des 25.2. tat sich etwas, was nach dem Wunsch der staatstragenden Politiker und Journalisten jetzt eigentlich hätte vorbei sein sollen: Vom Krupp-Werk aus formierte sich ein spontaner Demonstrationsszug. Eine Kreuzung und die Hochkreuzung der Rheinbrücke wurden blockiert. Die Regionalpresse berichtete: „Betriebsrat und Polizei konnten ein Wiederauflösen des 10. Dezember“ gerade noch verhindern. Bruckschen: „Wieder einmal haben sich die Kollegen von der Polizei her von getriggert. Wir wollen mit unseren Aktionen nämlich stets ein positives Ergebnis sehen — was verständlicherweise für die Stimmung in der Belegschaft aber nicht leicht sein wird.“ (NRZ 26.2.). Und: „Wir wollen keine Verhältnisse wie an der Hafenstraße. Deshalb kämpfen wir vorantwortungsbewußt und mit Fingerspitzengefühl.“ (WAZ 27.2.).

Als der Duisburger Oberbürgermeister Krings in der Nacht zum Donnerstag in einem Fernsehinterview zur Situation um die Hütte nichts sagt (stattdessen hatte er sich für das Ergebnis der Bonner Runde bei der CDU bedankt), formieren sich am nächsten Morgen, trotz eisigen Wind und Schneefächeln noch einmal 400 KIL-

Leuten zu einem Marsch aufs Rathaus. Auf dem Burgplatz hinter Bruckschen sichtlich im Konflikt mit Gewissen und Parteibuch: „Zu Recht ist das Bonner Ergebnis aus Gesamt-Duisburger Sicht gelobt worden. Wir aber haben die Tür dort aufgestoßen. Jetzt sollen uns die Politiker die Türen in Bonn öffnen.“ Auf dem Bürgerkomitee am Freitag dann wieder etwas radikaler: „Wir sind jetzt die Verlierer. Das werden wir nicht hinnehmen.“ Zur Stimmung auf der Versammlung des Bürgerkomitees (1.000 Menschen waren gekommen) notiert der Berichterstatter der TAZ: „Immer dann, wenn in der überfüllten Kantine jemand radikale Töne anschlägt, schallt der Applaus deutlich an.“

Ein Tag später wieder ein Dämpfer. Die Vertreter der Arbeitgeber und der IGM einigten sich in Gelsenkirchen auf einen neuen Tarifvertrag, der den gewerkschaftlichen Forderungen so weit entgegenkommt, daß eine Zustimmung zu dem Ergebnis, zumindest in der Tarifkommission, als sicher gilt.

Dem Ziel, die Region zu betriebsrätschen bürgerliche Politiker und Medien, trotz ihres „Bonn-Jubeis“, nicht näher gekommen zu sein. Das zeigen nicht nur die Reaktionen der Rheinhausener. Einer Umfrage zu Folge scheint die Mehrheit der Bevölkerung im Revier auch nach der Konferenz eher skeptisch als hoffnungsvoll gestimmt. Dies zumindest, ist das Ergebnis einer Umfrage, die die Dortmunder Gesellschaft für Sozialforschung FORSA im Auftrag des Vereins „Pro Ruhrgebiet“ bei 1.335 Bürgern durchführte. Demnach glauben nur vier von zehn Bürger im Revier, daß die Bonner Montankonferenz ein positives Ergebnis gebracht hat. Drei dagegen sehen kein positives Resultat. Nur bei einem Fünftel der Befragten ist — der Umfrage zu Folge — das Vertrauen in die Zukunft des Reviers nach der Konferenz gewachsen sei.“ (NRZ 27.2.).

uh

Anmerkungen

- (1) In den vom Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen verabschiedeten Leitlinien (Theater für Artikel 119a, Im Wolf (März 85), heißt es noch vollmundig, die neuen Techniken würden „eine umweltverträgliche Wirtschaftsweise zu einem mit anderen Zeiten machen“.
- (2) Im Rahmen eines Vier-Jahres-Programms hat die Landesregierung 124 Projekte — darunter auch Umweltschutzprojekte — mit einem Aufwand von 720 Millionen Mark fördern. Bonn sollte noch einmal 1,3 Milliarden dazuliegen.

# REVIER

Händchen halten, Köpfechen senken, an die Kanzlerrunde denken!

**\* Yuppie-Image fürs Revier**  
Mit Bochum geht bergauf. Aquadrom, WaBaLu, Starlightexpress, Luxus-Hotel und Nationen-Park sollen die Meilensteine für Bochums Weg in die Zukunft sein. Die Kommunalpolitiker wollen mit einem neuen Yuppie-Image die Stadtkasse füllen. Wieso geht die Rechnung nicht auf und was bleibt dabei auf der Strecke?

**\* Das Kapital, das aus der Kälte kam.**  
Die Entdeckung neuer elektrischer Leiter, sogenannter „Supraleiter“, die einen widerstandslosen Stromtransport ermöglichen, fällt für die Zukunft einige Umwälzungen in Wissenschaft, Technologie und Wirtschaft erwarten. Wir stellen dar, welche Umwälzungen aus heutiger Sicht möglich oder wahrscheinlich sind.

**\* Jens Feddersen wird 60**  
Was ist der Unterschied zwischen Werner Holzer und Jens Feddersen? Jens Feddersen, Chefredakteur der NRZ war damals noch zu jung. Deshalb widerauch nicht in die Wüste geschickt sondern von allen Seiten geehrt. Ehre wem Ehre gebührt meinen auch wir

**\* Ideologischer Abriß**  
Philosophen, Pfaffen, Leitartikel und Politiker üben die „Solidarität der Demokraten“ mit den Kollegen von Rheinhausen. Es sind verschiedene Spielarten mit einem identischen Schluß. Tut uns leid, Rheinhausen ist nicht mehr zu halten.

**\* Der Flexi-Bergmann**  
Flexibel in die Armut heißt es jetzt auch für Bergleute. Zum ersten mal hält die Teilzeitarbeit in einer Männerdomäne Einzug. Mit gewerkschaftlicher Billigung und Unabsehbarer Konsequenzen wird im Ruhrgebiet dereguliert.



## Rüstungsgeschäfte mit Südafrika:

## ALLES LEGAL!

Wer erinnert sich? Als im November 1986 aufgedeckt wurde, daß die Staatsanwaltschaft Kiel Konstruktionsskizzen für U-Boote an das südafrikanische Rüstungsregime verkauft hatte, war der öffentliche Wirbel zunächst groß. Über die Illegalität des Deals schien es keine zwei Meinungen zu geben, selbst der Bundestag sah sich zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses genötigt. Seitdem ist es still um die Affäre geworden. Nach dem furiosen Start „dumpf“, so der Ausschuß-Vorsitzende Eylmann, die Untersuchungsarbeit vor sich hin. Aber nicht nur die parlamentarischen Auftraggeber, auch ihre professionellen Kollegen der zuständigen Ermittlungsbehörden, haben inzwischen die Angelegenheit zu den Akten gelegt.

1982 begann die Verhandlungen zwischen HDW/IKL (Ingenieurkontor Lübeck) und der südafrikanischen Firma LS Maritime Technology. Nachdem man sich über Art und Umfang des Geschäfts einig hatte — Lieferung von Fertigungsunterlagen für U-Boote des Typs 1650 und eines Konstruktionsmodells im Maßstab 1:5, zudem Bereitstellung technischer Hilfe bei Bau und Konstruktion der Boote — setzten sich die HDW/IKL-Firmenvertreter mit Finanzminister Stoltenberg, dem alten Bekannten aus gemeinsamen Kieler Tagen, in Verbindung. Nach diesem Gespräch, das im Juni '86 stattfand, wurde auch den beiden anderen zuständigen Minister, General und Wörner, vom Firmenvertreter und CSU-Rüstungslobbyisten Zoglmann ein detaillierter Plan zur Durchführung des neuen Handels vorgelegt.

Danach sollte der Bauplan auf Mikrofilm im südafrikanischen Diplomatengepäck außer Landes gebracht werden. Außerdem sollten die Boote so umkonstruiert werden, daß die deutsche Bauart möglichst unerkannt bleiben sollte. Nach dem Zoglmann-Plan wollten die Firmen auf eine schriftliche Genehmigung der Bundesregierung verzichten, wenn informelles grünes Licht durch hohe Regierungsvertreter signalisiert würde. Einen Monat vor dem Besuch des RSA-Präsidenten Botha in Bonn (Juni '84) wurde auch Kanzler Kohl von Zoglmann über das geplante Geschäft in Kenntnis gesetzt. Nicht erfolgreich — beim Staatsbesuch versicherte Kohl dem Rüstungs-Chef, sich persönlich um die Sache zu kümmern. Danach, Chefsache ist Chefsache, ging alles sehr schnell. Zehn Tage nach der Botha-Visite wurde der Vertrag zwischen der HDW- und der RSA-Firma unterzeichnet. Allerdings behielt sich die deutsche Seite eine Klausel vor, nach der der Handel erst nach einer „ausreichenden Genehmigung“ (nicht etwa: nach einer formellen Zustimmung) der Kieler treten sollte. Das entscheidende O.K. kam dann von Staatssekretär Schreckenberger, am 6. August '84 trat der Vertrag endgültig in Kraft. Ab Oktober '84 lieferten HDW/IKL die Boot-Pläne, wie im Zoglmann-Plan vorgesehen, im südafrikanischen Diplomatengepäck nach Pretoria.

Pünktlich nach Ablaufung des Geschäfts (Juni '85) teilte das Bundeswirtschaftsministerium dem Finanzminister mit, wonach die Rüstungsexporture von der Küste gegen das Außenwirtschaftsgesetz verstoßen hätten. Sielberg veranlaßte daraufhin die Oberfinanzdirektion (OFD) Kiel Ermittlungen wegen einer Ordnungswidrigkeit anzustellen. Sechzehn Monate ermittelte die OFD gelassen vor sich hin, was sie wahrscheinlich noch heute machen würde, wenn nicht die Geschichte im November '86 öffentlich geworden wäre.

In den Debatten nach Bekanntwerden des Skandals gab es kaum einen Zweifel, daß die schleswig-holsteinischen Schiffbauer zumindest gegen eines der beiden „restriktiven“ Kriegswaffenexportgesetze — Kriegswaffenkontrollgesetz und Außenwirtschaftsgesetz — verstoßen haben. Vor allem das Kriegswaffenkontrollgesetz mußte in der Vergangenheit immer wieder als Beleg für die geradezu „vorbildliche Zurückhaltung“ der BRD gegenüber Rüstungsausföhren in „Spannungsgebieten“ herhalten. Der Fall HDW/IKL belegt eher das Gegenteil.

Nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz wäre nur der Verkauf kompletter Unterseeboote oder U-Boot-Rumpfe ohne zugehörige Konstruktionspläne, Know-how-Lieferungen, „mittlerer Hardware“, kurz, alles was nicht unmittelbar militärische

gische Bedeutung besitzt, darf von bundesdeutschen Kriegswaffen nach Südafrika geliefert werden. Dieser Rechtslage entsprechend leitete die Kieler Staatsanwaltschaft noch nicht einmal ein förmliches Ermittlungsverfahren ein, sondern beschränkte sich auf einen „Beobachtungsvorgang“, der schon nach wenigen Beobachtungswochen Anfang '87 wieder eingestellt wurde.

Bleib von den strafrechtlichen relevanten Rechtsüberlegungen noch das Außenwirtschaftsgesetz. Dort sieht § 34 vor, daß sich strafbar macht, wer durch einen Kriegsgüterhandel (unbemerkt) die Sicherheit der BRD beeinträchtigt, das friedliche Zusammenleben der Völker stört oder, drittens, die auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik erheblich stört. Nach Wegfall des Kriegswaffenkontrollgesetzes boten nun die beiden letzten Punkte des Paragraphen 34 noch eine gewisse Chance auf strafrechtliche Belangung der Waffenhändler.

Doch spätestens als der Leiter der Kieler Staatsanwaltschaft Raab-Straube im Juni '87 vor dem Bonner Untersuchungsausschuß aussagte, war es auch um diese letzte Hoffnung geschehen. Raab-Straube erläuterte, daß von einer „Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker“ durch eine Bauplan-Lieferung keine Rede sein könne, da natürlich nur ein fix und fertiges U-Boot im kriegsrechtlichen Sinne den Frieden stören könne. Außer dem, so der Oberstaatsanwalt, bedeute „Störung“ im Sinne des Gesetzes immer eine aktuelle Situation, was bei Booten, die eventuell 1992 fertiggestellt würden und vielleicht erst einige Jahre danach zum militärischen Einsatz kämen, nun wirklich nicht gegeben sei. Die Staatsanwaltschaft konstatierte „keinen Ermittlungsbedarf“, dieser Verdacht war zu streichen. Als letzter strafrechtlich relevanter Vorwurf blieb nur noch die „erhebliche Störung der auswärtigen Beziehungen“ übrig. Schwierige Frage meinte der Staatsanwalt, denn „wir sind außenpolitisch laien“. Nur, wer ist in der Außenpolitik kein Laie? Die Bundesregierung, wer sonst! Diesem Geistesblitz folgend forderten die Kieler Ermittler ein entsprechendes Gutachten der am 19.8.87 vorgelegten Geschehen-Stellungnahme. Eine erhebliche Störung liegt nicht vor, allenfalls eine Störung.

Damit war von kompetenter Seite auch der letzte Zweifel ausgeräumt, die Staatsanwaltschaft konnte sich endgültig für nicht zuständig erklären. Das, gelovne gesagt, ungewöhnliche Vorgehen der Staatsanwaltschaft — ausgerechnet die Bundesregierung die mit ihren diversen Ministern und Staatssekretären involviert und somit der Beihilfe verdächtig ist, um das in diesem Punkt entscheidende Gutachten zu ersuchen — wies der noch in Sachen Ordnungswidrigkeit (Bußgeldverfahren) ermittelnden Oberfinanzdirektion den Weg. Nach einer Schamfrist stellte die OFD am 11. Januar '88 das Verfahren endgültig ein. Ähnlich wie dem Staatsanwalt genügt der OFD die Aussage der Täter, daß „mit den gelieferten Unterlagen kein Schiff gebaut werden kann“ (IKL-Chef Nolze). Wenn dem so ist, folgerie die OFD messerschärf, kann auch kein Rechtsbruch vorliegen, denn der Verkauf von wertlosen Unterseeboot-Skizzen kann keine Straftat sein. Nach dieser nunmehr offiziellen Version hätte eine Betrugsklage Südafrikas gegen seine westdeutschen Partner gute Aussichten auf Erfolg, wer zählt schon gerne 50 Millionen für Altpapier. Der zwischenzeitlich bekannt gewordene Wechsel des HDW-Chefkonstruktors Reidermann zur südafrikanischen Rüstungswerft Sande/Armscor in Durban (genau diese Vereinbarung ist in den HDW/IKL-Akten zum Boot-Geschäft nachzulesen) konnte die „Ermittlungen“ genauso wenig beeinflussen wie die Tatsache, daß Firmen wie Krupp, Siemens oder Zeiss die passenden U-Boot-Komponenten an's Kap lieferten. Nein, damit in diesem Verfahren ein Verantwortlicher auch nur eine Mark Bußgeld zahlen mußte, hätte man schon ein kampfkräftiges südafrikanisches U-Boot mit der Aufschrift „Made in Germany“ auf dem Bonner Marktplatz präsentieren müssen.

Verlauf und Ergebnis der Bonn/Kieler „Ermittlungen“ werden Signalwirkung für alle bisherigen und zukünftigen Rüstungsexporture haben: So lange sich niemand allzu tolpatschig anstellt, z.B. durch Verkauf direkt einsatzfähiger Geräte, können deutsche Waffengeschäfte mit dem Rüstungsstaat auf Staat und Justiz bauen.

ra/kiel

Quellen: Protokoll des Untersuchungsausschusses, AAB-Broschüre „Der U-Boot Skandal“ (zu beziehen über AAB, Blücherstr. 74, 5300 Bonn), dv Tagespresse

## Weltkonferenz zu AIDS

## Statistik statt Gesundheit

Nach zahlreichen Konferenzen in verschiedenen Ländern führte die Welt-Gesundheits-Organisation WHO (World Health Organization) vom 26. bis 28. Januar in London die erste weltweite AIDS-Konferenz auf Ministerienebene durch. 6.400 Delegierte — oberste Gesundheits-Politiker, Vertreter einschlägiger Organisationen, Wissenschaftler etc. — aus knapp 150 Staaten repräsentierten erstmals gemeinsam sowohl die bisher vor allem betroffenen Regionen USA/Westeuropa und die lateinamerikanischen und afrikanischen Staaten, als auch den „realsozialistischen“ Block von DDR bis UdSSR sowie die VR China und andere asiatische — bzw. ozeanische — Länder.

## Statistik

Das Schwergewicht der Konferenz lag aber kaum auf überraschenden Informationen. Die mittlerweile aus 130 Ländern bei der WHO zusammenlaufenden Zahlen belaufen sich demnach (Anfang 1988) auf 75.002 Erkrankte, davon fast 47.000 in Nord- und Südamerika, 8.693 in Afrika, 8.775 in Europa, 743 in Ozeanien, einschließlich Australiens und Neuseelands und 224 in Asien. Die WHO schätzt jedoch, daß wegen der unermittelten und ungemeldeten Fälle die effektive Gesamtzahl der Erkrankten etwa doppelt so groß ist (NZZ, 27.1.1988). Eben so schätzt die WHO die HIV-Infizierten auf weltweit zwischen fünf und zehn Millionen Menschen, wovon eine Zahl von einer Million Kranker bis 1991 abgeleitet wird (Basler Zeitung, 29.1.1988).

So „düstere Visionen“ (Tagesanzeiger, 29.1.1988) dies auch in London beäufelte, schwenken haben mag — so hieners keineswegs bleiben diese Schätzungen auch hinter dem Schreckbild zurück, das ebenfalls aufgrund von WHO-Quellen — noch Ende 1986 zwischen 50 und 100 Millionen Infizierter bis 1990 ankündigte (Studie des Londoner „Panos-Instituts“ lt. taz, 28.1.1988).

## Harte Linie in der Minderheit

Der Hauptgewinn der WHO-Konferenz lag vielmehr offensichtlich in dem Ueberblick, den sie über die in verschiedenen Ländern betriebene AIDS-Politik ein schließlich konkreter Maßnahmen, ver schaffte. Trotz vereinheitlichter

## Harte Linie in der Minderheit

Der Hauptgewinn der WHO-Konferenz lag vielmehr offensichtlich in dem Ueberblick, den sie über die in verschiedenen Ländern betriebene AIDS-Politik ein schließlich konkreter Maßnahmen, ver schaffte. Trotz vereinheitlichter

Der Hauptgewinn der WHO-Konferenz lag vielmehr offensichtlich in dem Ueberblick, den sie über die in verschiedenen Ländern betriebene AIDS-Politik ein schließlich konkreter Maßnahmen, ver schaffte. Trotz vereinheitlichter

von AIDS-positiven Bergarbeitern in Südafrika, Einreiseverbot für HIV-Infizierte in Kanada, Deportation von AIDS-Kranken aus Griechenland, Planung von Arrestierung Internierung von Virus-trägern in Island und Schweden, Isolierung von AIDS-Kranken auf Cuba, Meldepflicht in der DDR ... (FR, 29.1.1988, taz, 30.1.1988, vgl. letzten AK). „Eine britische Bürgerin (Name)“ zählt bereits 18 Länder, die mit Zwangsmaßnahmen gegen Touristen, ausländische Studenten oder Fremdarbeiter vorgehen“ (Basler Zeitung, 29.1.1988). Daß darüber hinaus auch eine insgesamt eher liberale AIDS-Politik in Teilen oder zumeist mit Zwangspolitik Hand in Hand gehen kann, belegt im übrigen das Beispiel der USA, wo der oberste Gesundheitsbeamte sich gegen einen rigiden Kurs der Reagan-Administration und gegen Zwangsmaßnahmen wie Pflichttests für Heiratswillige (FR, 29.1.1988) zur Wehr setzt. In der BRD sieht es schließlich nicht anders aus, wo im öffentlichen Sußmuth-Rahmen die Gaweiler Linie nicht nur luxuriöses Terrain beherrscht.

Die Koalition der Zwangspolitikler geht quer durch die politischen Lager. Unrühmlich treten sich insbesondere die Vertreter der Sowjetunion und der VR China

## Wieder mehr Aidsfälle

GENEVE, 2. März (dpa). Die Zahl der an der Weltgesundheitsorganisation gemeldeten Aids-Fälle ist bis Ende Februar auf 81.433 gestiegen. Das teilte die Organisation am Mittwoch in Genf mit. Vor einem Monat waren es noch 77.266. Die Statistik aus jetzt 133 Ländern wird aber zunehmend fragwürdig, weil die Behörden seit einem halben Jahr oder länger aus 42 Ländern keine Zahlen mehr erhalten hat. Experten nehmen daher jetzt längere an, daß die wirklichen Aids-Zahlen mindestens doppelt so hoch sind. In der Februar-Statistik liegen die Vereinigten Staaten mit 15.069 Fällen nach wie vor an der Spitze. Es folgen Frankreich (3073), Uganda (2349), Brasilien (2325) und die Bundesrepublik (1760). Nach Kontinenten aufgeschlüsselt ergibt sich dieses Bild: Afrika 9788 Fälle, Nord- und Südamerika 60.409, Asien 233, Europa 10.177, Ozeanien 826.

aus FAZ, 3.3.88

hervor, die AIDS als „Krankheit und Ausdruck westlicher Dekadenz“ gezeichnet (FR, 19.1.1988), wegen zumindest die

hervor, die AIDS als „Krankheit und Ausdruck westlicher Dekadenz“ gezeichnet (FR, 19.1.1988), wegen zumindest die

## WHO: Gegen Diskriminierung

Folgen dieser Tendenz, und als offizielle WHO-Linie verankert, setzte sich auf der Konferenz jedoch mehrheitlich ein Kurs durch, der auf Aufklärung und Prä-



vention statt auf Zwangsmaßnahmen und Diskriminierung setzt. WHO-Direktor Mann: „Es gibt kein stichhaltiges Argument in Sachen öffentlicher Gesundheit, das Absonderung, Quarantäne oder eine andere diskriminierende Maßnahme rechtfertigen könnte, wenn diese Maßnahmen lediglich wegen der Infektion eines Menschen oder dessen sexuellem Verhalten ergriffen werden.“ (FR, 29.1.1988). Dies zum einen so die WHO-Argumentation, weil Diskriminierung alle Präventions- und Aufklärungsbemühungen untergräbt. Zum anderen aber auch deshalb, weil auf dem Wege der Diskriminierung von Infizierten oder Kranken latente Gefahren aktualisiert werden: „AIDS hat einige nur schwach verdeckte Wurzeln, enthält was Rasse, Religion, Klasse, Geschlecht und Nationalität betrifft.“ (taz).

Als positivstes, weil klarstes und durch religiöse oder moralische Eingriffe am wenigsten behindertes Beispiel wurde die dänische Aufklärungskampagne präsentiert, deren AIDS-Slogan lautet: „Sex ist gut, gesund und schön — und das soll so bleiben.“

Andererseits geht es da verschämter zu, angehen bei den Sußmuthschen Werbespots und endend bei dem US-Verbot des Wortes „Kondom“ auf AIDS-Flugblättern oder bei katholisch inspirierten Parolen in der Karibik: „Familienleben, Liebe und Treue.“ (taz, 30.1.1988). So sehr AIDS-Aufklärung und Hilfsprogramme von Land zu Land unterschiedlich ansetzen müssen, so wenig sind die gängigen Vorurteile speziell in der Adresse afrikanischer Staaten berechtigt, unübt, beschönigend und — bestenfalls — hilflos zu sein. „Denn nicht etwa die Führer der westlichen Welt sind es, die im Kampf gegen AIDS derzeit eine Führungsrolle einnehmen, sondern die Staatschefs Museveni (Uganda) oder Kenneth Kumba in Simbabwe“, die sich persönlich mit allem Nachdruck für Aufklärungskampagnen einsetzen.“ (taz, 30.1.1988). Aus Kenia zum Beispiel berichtete die Leiterin einer universitären Gesundheitskommission von wirkungsvollen Aufklärungskampagnen unter Präsenz mit dem Resultat einer erheblichen Verlangsamung der AIDS-Ausbreitung (siehe ausführlich: Basler Zeitung, 29.1.1988).

## Londoner Deklaration

Die am Ende der Konferenz von den Vertretern von 148 Ländern verabschiedete „Londoner Deklaration“ formuliert eindeutig als Schwerpunkt: „Wir stellen fest, daß insbesondere angesichts des gegenwärtigen Fehlens eines Impfstoffs oder einer Therapie gegen AIDS der bedeutendste Bruchteil nationaler AIDS-Programme in Information und Aufklärung besteht, weil die Übertragung von HIV durch informiertes und verantwortliches Verhalten verhindert werden kann.“ Ausdrücklich heißt es weiter: „Wir betonen die Notwendigkeit, daß AIDS-Vorbeugungsprogramme die Menschenrechte und die Menschenwürde schützen. Diskriminierung und Stigmatisierung von HIV-Infizierten und an AIDS erkrankten Menschen und Bevölkerungsgruppen untergraben das Gesundheitswesen und müssen vermieden werden.“ Regierungen, die Medien und die Öffentlichkeit insgesamt werden aufgefordert, alle Mittel bereitzustellen, um die notwendigen Vorsorge- und Hilfsmaßnahmen durchzuführen. Im Sinne dieser Deklaration soll auch in Zukunft die WHO die Bekämpfung von AIDS weltweit koordinieren. Als nächster Schritt wurde das Jahr 1988 zum Jahr der Kommunikation und Kooperation gegen AIDS erklärt — im Geiste der Aufklärung, Informations- und Erfahrungsaustausch und Toleranz. Am 1. Dezember soll erste Bilanz gezogen werden — dann soll ein internationaler „Tag der AIDS-Kommunikation“ abgehalten werden (ND, 30.3.1.1988).

R., Antifa-Kommission, Hamburg



AIDS-Aufklärung in einer Mädchenschule in Uganda (aus Time, 25.3.87)



# „VIRUS DER INTOLERANZ“

Interview mit Leonid Ionin (aus: „Neue Zeit“ Jan. 88)

Lesenswertes zu AIDS ist rar. Nicht nur in den Metropolen des imperialistischen Westens. Auch im realen Sozialismus. Obwohl nur mit einem Todesfall und drei Erkrankungen betroffen, schlägt die Panik- und Moralkampagne in der UdSSR vielleicht nicht unbedingt höhere, aber offensichtlich noch rauhere Wellen als etwa bei uns. Massenzwangstests bei sog. Risikogruppen wie Studenten, Militär, schwangeren Frauen. Ausweisung HIV-Positiver Ausländer. Gegenseitige Vereinbarung zwischen den realsozialistischen Ländern zur AIDS-Kontrolle an den Grenzübergängen. Wer mehr als drei Monate bleiben will, muß AIDS-Freie nachweisen.

Das nachstehend dokumentierte Gespräch mit Leonid Ionin ist also eher untypisch für die Behandlung des Themas in der UdSSR. In seiner Polemik gegen moralisierende Hysteriker dort wie hier deswegen allerdings umso lesenswerter.

Die Wissenschaftler vertreten die Ansicht, daß AIDS die Grenzen jener Gruppen überschritten hat, die früher von der so genannten Kränklichkeit befallen wurden (Homosexuelle, Russisch-französische Prostituierte). Der Virus befällt Alleinstehende ebenso wie Verheiratete und macht auch nicht vor Kindern halt. AIDS stellt eine Gefahr für alle dar. In einigen Ländern werden strenge Maßnahmen zur Kontrolle der Verbreitung dieser Krankheit angewandt. Umgekehrt dessen und Stimmen zu hören, die drastische Gesetze zur „Isolierung“ der Risikogruppen fordern. Die Idee der Idee von der Umsiedlung Betroffener in spezielle Reservierungen auf, wo man einst mit Aussätzigen verfuhr. Wie diese Idee realisiert werden sollte, haben wir es einmal an, dann wurde man von unserem großen Kontinent der Gesunden eine Insel der Kränklichkeit abtrennen. Wenn man den Medizinern glauben soll, dann wird es 1990 etwa 1 Million AIDS-Kranke geben, und auf dieser Insel käme eine Menge Betroffener zusammen. Was haben Sie von dieser „Reservatstransport“?

Ich halte es für äußerst verwerflich. Da für gibt es verschiedene Gründe, vor allem solche, weil man nicht weiß, wer man in eine so eine Reservierung schicken soll. Wenn damit die Kranken getrennt sind, so sollte man sie heilen und nicht verbannen. Meint man aber die Ausstrahlung, dann ist das genauso sinnlos. Die Feststellung des Virus im Blut sagt noch nichts über die Ausbreitung aus. Bei einem AIDS-Kranken ist die Infektion im Blut, aber der Kontakt wird nicht mehr ansteckend. Nach einer Verurteilung mit AIDS krank, nicht von allen geht eine Gefährdung aus. Auf der New Yorker Konferenz war die Rede davon, daß 90% der Verurteilten sterben. Inzwischen Verurteilungen werden 10% und weniger angehen. Kann man denn einen Menschen auf der Basis einer 10%igen Wahrscheinlichkeit mit Gewalt aus der Gesellschaft entfernen? Aus demselben Grund könnte man jedes Kind im Alter bis zu 5 Jahren isolieren, weil es mit einer Wahrscheinlichkeit von 0,00005 zum Mörder wird. Das klingt auf den ersten Blick logisch, erweist sich aber bei genauerem Hinsehen als völlig absurd.

Dennoch ist die Isolationsidee weit verbreitet. Wie können hierzu einen Leserbrief anführen. Unser Leser aus Saransk schreibt, daß man alle Ausländer, die eine Quelle für AIDS-Infektionen darstellen können, ausweisen soll. Die eigenen (damit meint er die sogenannten Risikogruppen) sollte man ähnlich wie Lepra-kranke isolieren. Er schreibt, daß sich die Gesellschaft vor dieser tödlichen Gefahr schützen muß.

Natürlich muß man sich schützen. Aber wie und worin, das ist die Frage. Wie es eine Krankheit schützt man sich durch medizinische und prophylaktische Maßnahmen.

Kann man denn nicht das, was unser Leser vorschlägt, als soziale Prophylaxe betrachten?

Ja, aber das bringt uns auf den gefährlichen Weg, von dem ich bereits sprach. Ohne Schuld. Die Geschichte unseres Staates kennt eine Periode (20er Jahre), da man nicht von Bestrafung, sondern von „sozialem Schutz“, nicht von Schuld, sondern von „gefährlichen Zuständen“ sprach. Ein Mensch, der nichts verbrochen hatte, konnte so isoliert und verbannet werden, weil er „potentiell gefährlich“ war. Ist das nicht eine wahrhaft soziale Prophylaxe? Ein Großteil der Be-

wohner dieser vom „Festland der Gesunden“ wie sie sich auszuweisen abgetrennten „Inselgruppe“ waren „sozial gefährliche Personen“. Gegen Ende der 30er Jahre nahm unsere Rechtsprechung Abstand vom Begriff des sozialen Schutzes. Ich bin der Ansicht, daß auch im Zusammenhang mit AIDS keine derartigen Maßnahmen ergriffen werden, denn sie wären zutiefst antidemokratisch. In unserer Gesellschaft lebt ohnehin schon der Virus der Intoleranz. Jahrzehntlang näherte und kultivierte man die Feindseligkeit gegenüber Leuten, deren Verhalten und Lebensweise von den allgemein anerkannten Normen abwich. Und da taucht der AIDS-Virus auf. Wenn es ihn nicht gab, müßte man ihn erfinden. Das, was früher nur den Ruch des Vorurteils hatte, bekommt nun den Status der letzten Weisheit. Ich möchte das an einem Beispiel erläutern. Als ich noch zur Schule ging und am Nikitski-Tur in Moskau wohnte, gingen manche meiner Altersgefährten zum Platz vor dem Bolschoi-Theater, um „Homos zu verhasen“. Wofür sollten sie verprügelt werden? Weil sie nicht so sind wie wir? Jetzt hat man endlich einen richtigen Grund fürs Verhasen, denn sie sind in „AIDSies“. Wenn früher ein Mensch mit abweichendem Verhalten den anderen nicht gefiel, diese aber für ihre Miffigkeit keine reale Strafe fanden, so kann das heute ins Folter ausarten und die schlimmsten Formen annehmen. Das heißt sowohl die „Risikogruppen“, als auch jene, die „andere“ leben und denken, z.B. Hippies, Punks usw. Sozialisten nennen diese Gruppierungen Marginalie d.h. am „Rand“ der Gesellschaft. Lebende, letzts, angesichts von AIDS wird ihre Marginalität besonders hervor gehoben und gerät wie nie zuvor ins Blickfeld der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit mit allen daraus folgenden Konsequenzen.

Was schlagen Sie konkret vor? Wie soll man sich ihrer Meinung nach verhalten, wenn AIDS in den Randgruppen verläuft?

Ich kann keine Rezepte anbieten. Ich wiederhole nochmals, daß man die Krankheit nicht bekämpfen muß und nicht die potentiell Betroffenen. Angenommen, Homorhoden, eine typische Krankheit bei Menschen in ständiger Lebensweise waren ansteckend. Sollen man in diesem Fall die Homorhoden für dieses Übel verantwortlich machen? Wahrscheinlich nicht. Man wird sie nicht bestrafen, sondern sie werden sich selbst überlassen. Das gleiche gilt für die auf Rasschedsucht und Prostitution basierende komplizierte soziale Problematik. Ich und viele andere haben tiefere eigene Wurzeln im gesellschaftlichen Leben geschlagen. Haben wir nun das AIDS-Problem mit der Krankheit nicht verwechselt, so lösen wir weder das eine noch das andere. Solche Verbindungen bestehen aber im gesellschaftlichen Bewußtsein, das gegen Leute mit abnormen Verhaltensweisen vor eingenommen ist.

Man könnte noch eine Risikogruppe nennen, jene, die ein ungeordnetes Sexualleben führen, häufig ihre Partner wechseln und dabei nicht sehr wählerisch sind. Sie sind ebenso einer großen Ansteckungsgefahr durch AIDS ausgesetzt. Hierbei kann man jedoch nicht behaupten, daß es sich um ein besonderes soziales Problem handelt. Das ist eher als sexuelle Unmoral zu bezeichnen. In diesem Fall ist die moralische Entrüstung sogar berechtigt.

„Unmoral“ ist kein eindeutiger Begriff. In jeder Gesellschaft, darunter auch in unserer, existiert eine ganze Reihe verschiedener „Kodex“ für das sexuelle Verhalten, besonders für verschiedene soziale, nationale, Alters- und Berufsgruppen. Was man in der Stadt „darf“, ist auf dem Land „verboten“. Im asiatischen Teil ist vieles verpönt, was im europäischen Teil und in den Ostseerepubliken als normal angesehen wird. Das, was Jugendliche als Norm ansehen, wird von den Erwachsenen oft als „sexuell unmoralisch“ gebrandmarkt. Wie soll man hier bestimmen, wo die Entrüstung berechtigt ist und wo sie ein Ergebnis der Voreingenommenheit darstellt?

Und wie umgibt AIDS?

Bei AIDS sieht die Sache klarer aus. Hier zu möchte ich einen westdeutschen Fachmann zitieren: „Ungelegte Beziehungen fangen dort an, wo ein unbekannter Dritter auftaucht“. Demensprechend wächst auch die Infektionsgefahr.

Das ist doch ein zuverlässiger Ausgangspunkt. Vielleicht begreifen das heute noch nicht alle. Wenn dieser Satz aber erst einmal Eingang in die Gehirne gefun-

den hat, kann das sicher zu Änderungen in der sexuellen Moral und im realen Sexualverhalten führen. Somit könnte AIDS zur Hebung unserer gesellschaftlichen Moral beitragen?

So darf man das nicht sehen. Das Verhalten ist dann moralisch, wenn es nicht erzwungen, sondern freiwillig ist. Die Angst vor den Folgen ist kein Ersatz für die Tugend und AIDS stellt keine Quelle der Moral dar. Außerdem wird ihre Annahme nicht von der Realität gestützt. Untersuchungen in Paris ergaben, daß ungeachtet des von den Medien entfachten AIDS-Sturmes keine „Ordnung“ des Sexualverhaltens stattgefunden hat. Dabei spielen auch andere Faktoren eine Rolle. So bewirkte die massenweise Einführung der flexiblen Arbeitszeit, wo Arbeitszeiten und Feierabend nicht mehr streng festgelegt sind, einen Anstieg von Fällen chelischer Lintreue. Auch die Rauschgiftszene weist keine spürbaren Veränderungen auf. Wir sollen daher auch keine „Verbesserung“ der Moral und des Verhaltens im Zusammenhang mit AIDS erwarten. Eher ist eine „Verschiebung“ möglich, eine gesteigerte Intoleranz und moralischer Terror gegenüber bestimmten Randgruppen und ihren einzelnen Vertretern. Das ist aber ein Schritt in Richtung autoritärer Atmosphäre, weg von der Demokratie.

Ich glaube, Sie übertreiben die Gefahr. Die gesellschaftliche Entrüstung und ein heftiges Denken spielen im Gegenteil eine große Rolle, wenn es um die Ausrottung gefährlicher Erscheinungen in der Gesellschaft geht.

news, und die Journalisten versichern den Lesern, daß alles Nötige unternommen wird. Ist nicht gerade dieser Informationsmangel darum schuld, daß nach einem Sündenbock gesucht wird?

Tatsächlich fällt die Information rechtlich knapp aus. Dabei geht es weniger darum, welche konkrete Ansicht ein einzelner Fachmann vertritt und worin er mit seinen Konkurrenten nicht einverstanden ist. Das ist zwar auch wichtig, aber der Gesellschaft ist unbekannt, nach welcher Strategie der AIDS-Virus bekämpft wird. Dabei interessieren auch die soziale Strategie, die Perspektiven für die Entwicklung und Bekämpfung der Epidemie und möglicherweise existierende strategische Alternativen. Wenn ein Wissenschaftler seine Ansichten nicht kundtun will oder darf, so haben wir ein Recht, vom Ministerium für Gesundheitswesen Informationen zu fordern. Ich betone dabei, daß uns in erster Linie nicht fachmedizinische, sondern sozialrelevante Informationen interessieren, die die Perspektiven der Gesellschaft im Zusammenhang mit AIDS betreffen. Im Gesundheitswesen hat man sich offenbar aus alter Gewohnheit an der vaterlichen Gönnerhaltung fest Benutzt. Kondome um alles andere kümmern wir uns schon. Es ist alles in Ordnung. Schluß: unbesorgt, liebe Bürger.

Konkrete Maßnahmen, die gegen die Ausbreitung von AIDS bereits ergriffen wurden, wurden ebenfalls nicht öffentlich diskutiert. Wozu betrifft es nur wenige, aber wenn die Epidemie weiter so fort-

Davon spricht auch J. Mann, Direktor des Internationalen AIDS-Bekämpfungsprogramms, das im Rahmen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) realisiert wird. Angenommen, der Kondom erfüllt seine Aufgabe. Was soll mit denen geschehen, in deren Blut der Virus nachgewiesen wurde? Heilen? Es gibt derzeit noch keine Heilmittel. Isolieren? Die Probleme bleiben bestehen. Sie beurteilen die öffentlichen Aussprache.

Welchen Nutzen hat denn die der AIDS-Test? Bei uns existieren ca. 50 Laboratorien, wo man sich auf freiwilliger Grundlage an einem Test unterziehen lassen kann. Wie erreicht man damit, daß man Virus-träger feststellt?

Die Leiden Kranker muß man lindern. Virusträger müssen das wissen, um ihr Schicksal und das ihrer Nächsten verantwortungsbewußt zu gestalten.

Angenommen, ein Mensch erklärt bei einer anonymen Untersuchung, daß er Virusträger ist, daß der Kontakt mit ihm gefährlich ist. Was muß er tun?

Er muß die hygienischen Vorschriften beachten und keusch leben, wenn er keinen Partner hat, der bereit ist, zu diesem Zweck ein Risiko einzugehen. Das letzte ist gar nicht so unreal, wie es scheint. Es gibt Menschen, die sich für ihren geliebten Partner opfern würden. In diesem Falle haben wir es mit einem Risiko zu tun und nicht mit einem vorzuschiebenden Untergang.

Langst nicht alle verfügen über ein ausgeprägtes Verantwortungsbewußtsein. Manche, der ein positives Testergebnis in geprägter Verantwortungsbewußtsein. Manche, der ein positives Testergebnis in geprägter Verantwortungsbewußtsein. Manche, der ein positives Testergebnis in geprägter Verantwortungsbewußtsein.

Lassen Sie uns ein Gedankenexperiment machen. In einer abstrakten Gesellschaft werden alle Ausnahmen zwangsweise beseitigt. Langsam erwächst daraus ein „neuer sozialer Realismus“, was jeder Mensch unter Kontrolle haben wird. Nur der AIDS-Virus gibt ihm das Recht auf normale Existenz. In dieser Gesellschaft gibt es Reservierungen für Intolerante, und jedes Kind wird schon im Mutterleib überprüft. Die Feststellung des Virus bedeutet für den Betroffenen Verlust von Arbeit und Familie. Er wird verhaftet und in die Reservierung verbannt. Wenn er in panischer Angst flieht, dann veranstaltet man eine Treibjagd. Das sind Seiten aus einem utopischen Roman über eine totalitäre Zukunft. Reservierungen sind Gebiete, wo es keine totale Kontrolle gibt, wo Menschen mit AIDS leben können. Keiner weiß, was dort passiert. Vie leicht entwickelt sich gerade dort eine Infektion, die gefährlicher ist als der Virus?

Zurück zur Realität. Es ist zu erwarten, daß eine Verschärfung der Kontrollmaßnahmen und eine zwangsweise Isolierung AIDS in den Untergrund treibt. Wenn ein Mensch weiß, was ihm bei der Feststellung des Virus droht, wird er sich der Kontrolle entziehen. Ein diesbezüglicher Zwang bedroht das Recht der Persönlichkeit auf freie Gestaltung des eigenen Lebens, des eigenen Schicksals.

Was bleibt uns in diesem Fall übrig? Ein Leben mit AIDS?

Wir haben uns bereits damit abgefunden, daß ein gewisser Prozentsatz der Menschen bei Autounfällen und Flugzeugkatastrophen ums Leben kommt. Ein gewisser Teil geht an anderen „Errungenschaften“ der Zivilisation zugrunde. AIDS ist nur eine von vielen Erkrankungen, die den Begriff „Pest des 20. Jahrhunderts“ verdienen. Hierzu gehören ebenso der Alkoholismus, die Herz-Kreislauferkrankungen und die Rauschgiftsucht. Die Menschheit hat es gelernt, Seite an Seite mit der „Pest“ zu leben, ohne dabei ihr menschliches Antlitz und die Gewissheit zu verlieren, sie endgültig zu überwinden. Die AIDS ist nicht die Apokalypse, der Untergang der Menschheit, wie schwer auch die Verluste sein mögen. Die größte Gefahr birgt der Verlust des Glaubens an die Demokratie, die Würde und die Verantwortung des Menschen. AIDS stellt eine gefährliche Versuchung dar, aber eine Versuchung, die es zu überwinden gilt.

Das Gespräch führte Tatjana FIRSOWA





# Chemisch-biologische Kriegsforschung, medizinische Experimente und Bevölkerungskontrolle

Ist AIDS das Resultat eines Unfalls, oder ist es vielleicht sogar vorsätzliche biologische Kriegsführung der US-Regierung gegen die Dritte Welt und gegen „sozialistische“ Gruppen der Gesellschaft der Industriestaaten wie Homosexuelle, intravenöse Drogenabhängige, Prostituierte?

Der hier folgende Krimi beruht auf Veröffentlichungen in den USA (s. Quellenangaben im Text und Anhang des Artikels) und auf Vermutungen, die insbesondere in der Schwulenszene der USA angestellt wurden. Der Autor selbst kennzeichnet die hier zusammengestellten Behauptungen und Indizienketten, die immer wieder beim Geheimdienst und der chemisch-biologischen Kriegsführung der USA landen, als reine Vermutungen, die sich nicht beweisen lassen. Man mag und wird bei der Lektüre sicherlich eine Reihe von Behauptungen für Übertreibungen oder gar für Phantasieren halten. Trotzdem ist der Artikel nicht nur spannend, sondern die Behauptungen sollte man unseres Erachtens kennen.

Der Artikel beginnt mit einem Blick in die Vergangenheit. Die Geschichte der USA ist voll von Beiräbungen in schmutzigen Kriegen, medizinischen Experimenten und Versuchen, Menschen mit Krankheiten heimzusuchen. Die Erfindung und Anwendung biologischer und chemischer Kriegsführung hat eine lange Tradition. Seit 15 Jahren gilt die Gentechnologie als der Zweig, auf dem die biologische Kriegsführung bahnbrechende Erfolge erzielen soll. (1) Und hier schließt sich der Kreis und landet bei AIDS und AIDS-Forschung.

AK-Redaktion

## Chemische und biologische Kriegsforschung: Die Geschichte

Chemisch-biologische Kriegsforschung (CBW) ist, vereinfacht gesagt, eine Erweiterung der militärischen, ökonomischen und politischen Maßnahmen gegen die Bevölkerung. Sie bietet den Vorteil, auch im Geheimen eingesetzt werden zu können. Ihre Forschungsergebnisse gehören heute zum festen Instrumentarium der in aller Welt operierenden US- und NATO-Geheimdienste.

Im folgenden sind einige Höhepunkte von CBW-Angriffen gegen andere Nationen und Völker genannt.

**Ursprüngliche amerikanische Nationen**  
Erstmals fanden, damals natürlich noch recht primitive CB-Techniken 1763 Anwendung, als Siedler bewußt Blatterninfektionen an die Urvölker der Gebiete weitergaben, in die sie eingedrungen waren. Da diese Infektionskrankheit bei den Indianern bis dahin nicht aufgetreten war und Abwehrkräfte nicht entwickelt waren, gab es zahllose Todesopfer. Um 1800 wurde diese Taktik beim „Trail of Tears“ wiederholt.

„Trail of Tears“, Zug der Tränen, ist die historische Bezeichnung für eine bestimmte Phase der Kolonialisierung des amerikanischen Kontinents, als Siedler ausgehend von den Neuenglandstaaten immer nach Westen vorrückten.

### Deutschland und Japan

**Deutschland und Japan**  
Im 1. Weltkrieg benutzten die Truppen der USA an allen Fronten Giftgas, ebenso wie auch andere dies in großem Umfang einsetzten. Die praktische Anwendung hat den helenistischen Wissenschaftlern ideale Bedingungen, „Verbesserungen“ in der Technik des Einsatzes zu erproben.

Im 2. Weltkrieg soll ein massiver Einsatz von CBW nur eine Frage von Wochen gewesen sein, wären die Achsenmächte nicht geschlagen worden. In den Kriegslaboratorien vor allem der USA soll mit Hochdruck an der Realisierung dieser Planung gearbeitet worden sein.

Diese, wie auch alle anderen historischen Angaben zur CBW-Anwendung sind entnommen aus: CAIB Nr. 17, Sommer 1982, Ken Lawrence „The History of U.S. Bio-Chemical Killers“.

### Nord-Korea

Im Korea-Krieg, dem ersten modernen Krieg zur Aufstandsbekämpfung (1950-1953), wurde CBW von den USA erstmals ohne Begrenzung angewendet.

Ubereinstimmend hat seinerzeit eine internationale Kommission festgestellt, daß seitens der USA biologische Waffen zum Einsatz gebracht worden sind. Läuse, Fliegen und Moskito, die mit den Erregern des Gelbfiebers präpariert waren, kamen ebenso zum Einsatz wie der Erreger des Malariafiebers und anderer Seuchen, die u.a. mit krankheitsübertragenden Nagetieren verbreitet wurden. Auch verschiedene Gegenstände wurden eingesetzt wie z.B. mit Mikroben präpariertes Toilettenpapier, Briefumschläge oder Tinte in Fußflickerpatronen. (2)

### Indochina

Im Krieg in Indochina erreichte die Anwendung von CBW ihren Höhepunkt. Zur Bekämpfung der Guerillabewegung versprüht die USA rund 55 Millionen Kilogramm chemischer Miste, überwiegend das stark mit Dioxinen angereicherte Agent Orange. Dieses Mittel, das zur

Entlaubung der Wälder eingesetzt wurde, bewirkte nicht nur die ökologische Zerstörung weiter Gebiete, sondern beeinträchtigte auch die Gesundheit von Millionen Menschen. So ist z.B. die Rate der Krebserkrankungen bei den Betroffenen horrend angestiegen, und noch die folgenden Generationen haben unter dem bedenkenlosen Einsatz dieser hochgiftigen Substanzen zu leiden, dies zeigt die große Zahl mißgeborener und für ihr ganzes Leben behinderter Kinder, die in der Folgezeit geboren worden sind.

### Kuba

1959 befreite sich das Volk von Kuba nach einem langen Guerillakrieg von der Herrschaft des den USA eng verknüpften Regimes. Seither wurde Kuba zum Haupt-

sonals stellte 1985 die Frage, ob diese neue Krankheit, deren Symptome hohes Fieber, starke Kopfschmerzen und Gelbsucht durch Leberentzündung waren, auf Einsatz von CBW durch die USA zurückzuführen sei.

1985 brach in Nicaragua die Epidemie eines gefährlichen Fiebers aus, bis dahin waren dort solche Infektionen nicht aufgetreten. Auch diese Erkrankung wurde durch Moskitos übertragen. Der Gesundheitsminister von Nicaragua hielt es durchaus für möglich, daß auch diese Erkrankung das Werk der US-Geheimdienste im unerklärten Krieg gegen das Volk von Nicaragua seien (s. auch Barricada International, Ausgaben Oktober und November 1985).



Gebiet in Vietnam nach US-Angriff mit „Agent Orange“  
Quelle: David D. Duncan, „Protest“

angriffspunkt für militärische, ökonomische und politische Attacken der USA. (3)

1971 infizierte der CIA kubanische Schweine mit dem „Afrikanischen Schweinefieber“. Das führte zur kompletten Vernichtung aller Schweinebestände des Landes, da die Behörden genötigt waren, alle Tiere menschlichen zu lassen um die Seuche zu stoppen. Eine zweite solche Epidemie mit ähnlichen Konsequenzen brach 1980 aus.

Im gleichen Jahr wurde der Tabakanbau und der Bestand an Rohrzuckerpflanzen von einem bis dahin nicht aufgetretenen Schimmel befallen. Die Zeitung „The Nation“ nennt dies „ein zeitliches Zusammentreffen von Pflagen, die die Menschen zu der paranoiden Annahme verleiten wollen, daß die USA bei dieser Naturkatastrophe ihre Hände im Spiel hatten“.

Im folgenden Jahr brach eine Epidemie von „blutendem Fieber“ aus, einer schmerzhaften Erkrankung, die von Moskitos übertragen wurde und von der 400000 Kubaner betroffen waren. Für 158 Menschen, darunter 101 Kinder, endete die Erkrankung tödlich. Eine Erwähnung der Zeitschrift CAIB erbrachte den Beweis, daß der CIA infizierte Insekten über der Insel abgesetzt hatten. 1984 bestätigten konterrevolutionäre Terroristen gegenüber CAIB diese Darstellung (CAIB Nr. 22, S. 15ff.).

Auch gegen Nicaragua und El Salvador haben die USA CBW eingesetzt. 1982 brach in El Salvador eine Krankheit mit unbekannter Ursache aus, die bis dato in diesem Land nicht aufgetreten war. (4) Die Salvadoran Association of Health Profes-

Nun sei noch erwähnt, daß nach Meinung mancher Bürgerrechtler (Schwarze und Latinos) in den USA auch Drogen schmuggel- und -verkauf eine Form der chemischen Kriegsführung darstellen. Es ist wohl keineswegs Zufall, daß Heroin in größerem Maße in die Städte kam, als dort die Revolte der späten 60er Jahre stattfand. Daß der CIA in den Heroinhandel in Südostasien und, neuerdings, in den Handel mit Kokain aus Lateinamerika verwickelt ist, ist längst kein Geheimnis mehr. Die ist dokumentarisch belegt (s. dazu V. Bilski und D. Bernstein „The Cocaine Connection“, „Running Drugs and Secret War“ von D. Truitt in „Covert Action“ Nr. 28, Sommer 1981).

## CBW-Tests in den USA

Tests mit CBW-Waffen wurden oft ohne genaue Kenntnisse der Auswirkungen auf den Einzelnen und auf größere Populationen durchgeführt und dann für Jahrzehnte sich selbst überlassen. Viele der Testprogramme sind Mitte bis Ende der 70er Jahre bekannt geworden durch die Medien, durch Untersuchungen des Kongresses und durch Klagen nach dem Gesetz „Freedom of Information“.

Das wohl bekannteste Programm ist MKULTRA, ein Programm der CIA und der Armee, das zum Ziel hatte, waffenlose „Gedankenkontrolle“ durchzusetzen. Natürlich hatte die pharmazeutische Industrie großes Interesse an diesen vor allem mit Drogen durchgeführten Tests. In den 50er und 60er Jahren wurden eine Vielzahl derartiger Tests an Militärangehö-

gen und an Strafgefangenen durchgeführt. 1977 gab die Armee zu, hunderte solcher Tests durchgeführt zu haben, bei denen Substanzen auch in der freien Luft versprüht wurden. Bei 25 dieser Tests wurde auch die ahnungslose Bevölkerung den Einwirkungen der Drogen ausgesetzt. Bei 48 weiteren Tests wurden Menschen, die in Labors gezüchtet worden waren, im Freien ausgesetzt.

Abschließend seien einige „Höhepunkte“ genannt.

1950 versprühte die US Navy eine Bakterienwolke über San Francisco. Die Navy behauptete später, daß die zur Simulierung einer biologischen Attacke verwendeten Bakterien harmlos gewesen seien. Es traten aber bei Einwohnern der Stadt Symptome der Pneumonie auf, an denen ein Mensch starb.

1952 und 1953 wurden über Winnipeg, Manitoba, Fort Wayne/Indiana, dem Monocacy River Valley in Maryland, St. Louis/Missouri, Minneapolis/Minnesota und Leesburg/Virginia Wolken von Zink, Kadmium und Schwefel versprüht. Angeblich war dieses Experiment harmlos, ein militärischer Bericht spricht vom „Atmenproblem“ bei den Betroffenen.

Von 1956 bis 1958 führte die Army einen Test mit Moskitos durch, die mit den Erregern des Gelbfiebers infiziert worden waren. Testgebiete waren die Schwarzenzivilen von Savannah/Georgia und Apan Park/Florida. Die Insekten wurden sowohl vom Boden aus als auch von Hubschraubern aus freigesetzt. Viele Menschen wurden von den Infektionen betroffen, einige starben. Nach Freisetzung der infizierten Moskitos durchsuchten Heiler in der Armee ein Ausmaß von 1000 Quadratmeilen die Opfer fotografieren. (5)

1955 wurde im Gebiet von Fort Belvoir, Illinois, ein Test durchgeführt, bei dem 100000 Liter eines von einer Armee-Gruppe hergestellten Giftes versprüht wurden. Zwölf Menschen starben in den Folgen dieses Tests. Betrogt war auch das CBW-Center der Army.

Vom 7. bis zum 10. Juni 1966 wurde durch die „Special Operation Division“ der Army ein Bazillus getestet, indem man ihn in der U-Bahn von New York freigesetzt. Ziel war die Erprobung des Einsatzes von CBW-Waffen in den U.S.A. nach der New York Times, Los Angeles und London.

1965 und 1969 machte der CIA Experimente über die Möglichkeit der Vergiftung von Trinkwasservorräten durch chemische Substanzen. Ziel war die Trinkwasserversorgung der „Food and Drug Administration“ in Washington.

1976 erhob die „Human Society of Utah“ die Frage, weshalb Wildplünde verboten waren, nachdem sie an der Quelle getrunken hatten, die in der Nähe des „Dugway Proving Ground“ liegt, einem CBW-Forschungscenter der US-Armee.

Der Verdacht ist auch nicht ausgeräumt, daß es sich bei dem „Massen-selbstmord“ von rund 900 überwiegend schwarzen Nordamerikanern in Jonestown, Guyana, um die Auswirkung eines CBW-Tests handelt. (6)

## Tödliche „zivile“ medizinische Experimente

Neben militärischen wurde auch eine Vielzahl von angeblich „zivilen“ Experimenten durchgeführt. Sehr oft richteten sie sich mit tödlichem Ausgang gegen Menschen in der Dritten Welt, und es dürfte fast überflüssig sein zu erwähnen, daß sie stets ohne deren Zustimmung erfolgten. Vor allem neue Medikamente werden dort getestet, lange bevor sie in den Industriestaaten eingeführt werden.

Nur als Beispiel sei angeführt, daß die Anti-Baby-Pille zuerst an Frauen auf Puerto Rico und Hawaii getestet wurde, ohne diese über aufstretende gefährliche Nebenwirkungen zu informieren. (7)

In den USA und ihren direkten Kolonien sind Drogen- und Medikamententests permanente an Strafgefangenen seit langem üblich. Getestet werden insbesondere Psychodrogen und giftige Substanzen. Als Beispiel: Anfang dieses Jahrhunderts infizierten nordamerikanische Mediziner in der damaligen US-Kolonie Philippinen Strafgefangene mit Seuchenerregern. Aus einer Gruppe von 29 infizierten Häftlingen starben zwei an Beriberi.

In den 40er Jahren wurden über 400 Häftlinge in Chicago mit Malaria infiziert, da man an ihnen Heilmittel ausprobieren wollte, um Infektionen in einem erwarteten Krieg begegnen zu können.

1965 bis 1968 wurden im Holmesburg-Staatsgefängnis 70 Häftlinge, die meisten davon waren Schwarze, mit Chemikalien der „Dow Chemical Company“ in Berührung gebracht, um die Wirkung von Dioxinen, Kampfstoffen des in Vietnam eingesetzten Mittels „Agent Orange“, zu testen. Überwacht wurden diese Experimente von Dr. Albert Kligman, Dermatologe an der University of Pennsylvania. (8)

In den 60er Jahren fand an Häftlingen der Staatsgefängnisse von Vacaville und Alameda, Kalifornien, eine Reihe von Experimenten statt, die ein bezeichnen des Licht auf mögliche Hintergründe von AIDS werfen. (9)

Durchgeführt wurden diese Experimente mit gemutverändernden Drogen, Elektroschocks und Aversionstherapien. Ziel der Experimente war es, Homosexuelle zur Heterosexualität zu „bekehren“. Natürlich sind diese Experimente gescheitert.

Blanche Wiesen Cooke, ein New Yorker Professor für Geschichte, hat die Frage aufgeworfen, ob AIDS nicht direkter Ausfluß und Reaktion auf das Scheitern dieser Experimente gewesen ist. Tatsächlich wäre es ja vorstellbar, daß man, nachdem klar geworden war, daß eine „Umpolung“ nicht möglich ist, auf den Gedanken verfallen konnte, zum Mittel der physischen Verrohung zu greifen, um dieses „Problem“ zu lösen. Die Erfahrung der Internierung und Ermordung Zehntausender Homosexueller in den Konzentrationslagern der Nazis zeigt, daß dieser Gedanke so abwegig nicht ist.

Zwei weitere bekanntgewordene Experimente seien hier noch ausführlicher dargestellt. Da sich an diesen Beispielen auch aufzeigen läßt, daß CBW-Anwendung nicht nur malitiosen, sondern auch wissenschaftlichen Zielen dient.

## Tuskegee Syphilis Study

1932 hat der US-Gesundheitsdienst eine Studie mit 600 schwarzen Männern durchgeführt, die im Stadium der Syphilis erkrankten sollte. Zielgruppe waren ungebildete schwarze Männer in Tuskegee, Alabama. Vierhundert mit der Syphilis infizierte Männer wurden nicht behandelt, aber beobachtet, zweihundert wurden als Kontrollgruppe behandelt. Der Tod von mindestens acht und zwanzig, vielleicht aber auch über hundert Menschen wurde registriert. Ken Lawrence, „The Tuskegee Experiment“, New York: Basic Books, 1971, S. 10.

Das Experiment dauerte bis 1972. Erst nach dem Bekanntwerden wurde es unter dem Druck der Öffentlichkeit abgebrochen. Nach 1972 behauptete der Gesundheitsdienst, daß solche Experimente nie stattgefunden hätten. Nach Abbruch der Experimente erhielten die Überlebenden der Tests keine Behandlung. Diese wurden erst später gewährt, als eine Anhörung vor dem Kongress angesetzt worden war.

Die Bundesbehörde, die die Studie überwachte, war das Center for Disease Control, dessen Direktor Dr. David Spencer, noch 1969 die Fortsetzung der Studie angeordnet hatte. Nach der Auflösung des CDC wurde Spencer „City Health Commissioner“ von New York. In dieser Eigenschaft wurde er eine der Schlüsselfiguren der AIDS-Politik in den USA in den frühen 80er Jahren, da New York besonders stark von Infektionen und damit von Erkrankungen an AIDS betroffen war. (10)

## Puerto Rico Cancer Experiment

1931 führte Cornelius Rhoads, nordamerikanischer Pathologe an der Rockefeller Institute for Medical Investigations, in San Juan auf Puerto Rico ein Experiment durch, bei dem mindestens dreizehn Puerto Ricaner nach der gezielten Auslösung von Krebs starben. In einem Brief an einen anderen Arzt, der später der Puerto Rican National Party in die Hände fiel und von ihr veröffentlicht wurde, schreibt Rhoads: (12) „(...) Die Puerto Ricaner sind (...) die ohne Zweifel schutzloseste und diebischste Rasse in dieser Hemisphäre.“ Was diese Inse braucht, ist nicht Gesundheitsfürsorge, sondern eine Flutwelle oder sonst etwas zur totalen Ausrottung der Bevölkerung. Ich habe mein Bestes getan zur Ausrottung, durch Verpfanzung von Krebs. (...) Das Wohlergehen der Patienten (bei Experimenten) spielt hier keine Rolle, es ist eine Tatsache, daß alle Ärzte hier ihre Freude an Mordbrauch und der Folter dieser unglücklichen Subjekte haben.“ Der Präsident der Nationalist Par-

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

ty, Albizu, unterbreitete dieses zynische und rassistische Dokument der Presse und der Puerto Rican Medical Association, aber nichts geschah.

Zwar verlangte der US-Gouverneur von Puerto Rico eine Untersuchung Rhoads behauptete aber, er habe den Brief nicht geschrieben. In der Ermittlung, die sich übrigens nicht mit den medizinischen Experimenten, sondern lediglich mit der Person Rhoads beschäftigte, wurde dieser „als geisteskrank oder Mann ohne Skrupel“ bezeichnet.

Der Karriere dieses „Geisteskranken“ tut das indes keinen Abbruch Rhoads ging nach dem „Vorfall“ direkt zum „Army Chemical Warfare Laboratory“ in Maryland, Lish. Ab 1945 war es Mitglied des Stabes der US Atomic Energy Commission. Diese Kommission führte auch radiologische Experimente an Häftlingen und Soldaten durch.

Ergänzend sei noch angefügt, daß die „Karriere“ derer, die den Brief Rhoads in die Öffentlichkeit gebracht haben, etwas anders verlief. Von 1937 bis 1947 wurden Albizu und andere nationalistische Führer inhaftiert, um die Befreiungsbewegung auf Puerto Rico, die in den 30er Jahren sehr aktiv war, zu unterdrücken. Ein 1950 durchgeführter inselweiter Aufstand gegen die US-Besatzungsmacht führte zur erneuten Festsetzung Albizus, die Inhaftierung hundert weiterer Aktivisten folgte. In der Haft wurden sie mit Drogen und Größen behandelt, Albizu als wahnsinnig denunziert, überstand diese Experimente nicht und wurde durch die Beibringung radioaktiver Gifte ermordet (13).

**Vermutungen über die Verbindung von CBW und AIDS**

Seit mehreren Jahren haben Schwule, Schwarze, Homosexuelle und die linke Presse immer wieder Artikel publiziert, in denen über die Zusammenhänge zwischen biologischer Kriegsforschung und dem Entstehen der Krankheit AIDS nachgedacht wurde (14).

Diese Spekulationen wurden vor allem in der Schwulenszene der USA angestellt. Es steht ja im Auge, daß schon

in der Schwulenszene der USA ange stellt. Es steht ja im Auge, daß schon bald nach dem Aufbruch der 60er Jahre in rechte Kreise diese Behauptungen Schwule und schwules Verhalten zu diskreditieren und, neuerdings, auch zu kriminalisieren. AIDS kam diesen Herren gerade recht, um ihr moralisches Sappchen zu kochen, die Schwulen zu disziplinieren und in ihre Schranken zurück zu zwingen. Es ist nicht ohne Interesse, daß die schwule Emanzipationsbewegung seit dem Aufbruch in AIDS viel von ihrer Schlagkraft verloren hat.

1983 hat der „New York Native“ eine schwule Wochenzeitschrift, einen monatlich veröffentlicht, dessen Autor sich behauptet, Mitarbeiter im US Army Biological Warfare Laboratory in Fort Detrick, Maryland zu sein. Er schreibt, daß dieses Laboratorium 1978 eine „Operation Firm Hand“ durchgeführt habe, bei der schwule Männer mit einem Virus infiziert worden seien, der AIDS hervorruft sollte.

Wenn anonyme Briefe auch mit Wert sind zu genießen sind, so steht dies im Kontext zu Veröffentlichungen der Zeitung „The Patriot“ in New Delhi. In diesen erscheint in der Ausgabe vom 4.7.84 unter der Überschrift: „The Patriot“ einen namengebend nicht genannten US-Anthropologen der behauptet, daß im CBW-Labor von Fort Detrick ein Virus entwickelt worden sei, der AIDS hervorruft. Im Zusammenhang mit dieser unbewiesenen Behauptung berichtete „The Patriot“ über mehrere Artikel, die 1979 und 1980 in dem Magazin „Army Research, Development and Acquisition“, dem offiziellen Organ des Labors von Fort Detrick, erschienen sind.

Lt Col Karl Pedersen, Direktor des Instituts für Infektionskrankheiten, und Col John Albertson, Gen-Ingenieur und Direktor des „Medical Engineering Laboratory“ berichteten darin über natürliche und künstliche Infektionen des menschlichen Immunsystems, „The Patriot“ berichtete weiter, daß Wissenschaftler von Fort Detrick mit Hilfe des „Center for Disease Control“ und im Auftrag des Pentagon nach Kenia und Zaire reisten, anschließend nach Lateinamerika, um Informationen über einen Virus zu sammeln, der bisher weder in Europa noch in Asien gefunden worden war. Diese Informationen wurden dann in Fort Detrick ausgewertet und führten zur Isolierung des Virus, der AIDS ursächlich.

Im Zuge dieses Experiments sei der Virus zuerst auf Haiti freigesetzt worden, einem Satellitenstaat der USA, überwiegend von Schwarzen und Farbigen in bestimmt. Desweiteren sei der Virus in bestimmten Kreisen der US-Bevölkerung, nämlich bei Homosexuellen, Drogenabhängigen, Nischschaffenden etc. freigesetzt worden.

**Die neue Ära der CBW**

1969 verfügte US-Präsident Nixon unter dem Druck der nationalen und internationalen Antikriegsbewegung die Ächtung der Produktion und Anwendung biologischer Waffen (aber nicht der chemischen). 1972 unterzeichnete die USA einen Vertrag mit ähnlichem Inhalt. Erst 1975 wurde dieser Vertrag formell durch Ratifikation durch den Senat in Kraft gesetzt. Das Pentagon interpretierte diese neue politische Situation dahingehend, daß mit diesem Vertrag die Entwicklung neuer biologischer Waffen, die dem Angriff dienen, verboten sei, nicht aber die Entwicklung von „defensiven“ Mitteln, diese Forschungen wurden ungeschmälert fortgesetzt (15). Daß diese Forschungen keineswegs nur „defensiven Charakter“ hatten, bewiesen schon die mit biologischen Waffen geführten Attacken gegen Kuba von 1971 und 1981, ebenso wie der Einsatz von CBW-Produkten in Nicaragua und El Salvador.

**Genelle Engineering — das neueste Werkzeug von CBW**

Ab etwa 1973 ergab sich mit der Beherrschung gentechnologischer Techniken (Möglichkeiten der Eingriffe in Mikroorganismen) und der damit verbundenen Möglichkeit der Schaffung neuer Arten von Viren und Bakterien schwer ungeahnte Möglichkeiten für CBW. Die US-Militärs erkannten dies sehr rasch. Die Warnungen verantwortungsvoller Wissenschaftler wurden nicht beachtet, über sie setzte sich die Army, im Verein mit der pharmazeutischen Industrie, hinweg (16).

**Die Suche nach der ultimativen Bio-Waffe**

Die Militärs haben seit langer Zeit schon ihr Bestreben darauf gesetzt, neue biologische Waffen zu entwickeln. Bereits 1949 wurde dem Kongreß schriftlich berichtet:

In den nächsten 5-10 Jahren wollen wir neue Mikroorganismen entwickeln, die in der Lage sind, unterschiedliche Krankheiten auszulösen. Am wichtigsten dürfen hier solche sein, die in der Lage sind, das Immunsystem anzugreifen, und deren therapeutische Prozesse unempfindlich sind. (Sprecher des „Dept. of Defense“ in einer schriftlichen Vorlage für das Subkomitee des Kongresses, 1949).

In einem Buch über CBW schreibt nach dem der AIDS-Virus identifiziert worden ist, derselbe Autor: „Die Gefährlichkeit von solchen Super Keimen, die in einem Labor produziert wurden, ist die hohe Todesrate, die sie haben. Dies ist keineswegs eine akademische Spekulation, sondern bewiesen. 1968 hat das British Army Biological Warfare Laboratory in Zusammenarbeit mit Fort Detrick erfolgreich den feindlichen Kontakt zwischen verschiedenen seuchenepidemiologischen Bakterien durchgeführt. Diese Forschung hatte selbstverständlich rein defensiven Charakter.“ (17).

1983 gab die US-Regierung eine Studie in Auftrag, die die Möglichkeiten der Gentechnologie miteilen sollte. Im „Report of the President's Chemical Warfare Review Commission“ heißt es, daß der rasche Fortschritt der Gentechnologie, in der die USA glücklicherweise die Führung hätten, gute Aussichten aufzeige Mittel zu entwickeln, gegen die der Gegner keine Gegenmittel habe. (18).

Eine weitere Möglichkeit zur Anwendung von CBW wird in einem militärischen Handbuch der US-Army genannt, das 1975 erschienen ist: „chemische Waffen, die dazu bestimmt wären, natürliche Unterschiede in der Anfälligkeit spezifischer ethnischer Gruppen auszunutzen.“

**Zur Frage „Fort Detrick und AIDS“**

Wenn man alle vorliegenden Informationen zusammennimmt, die über die Labors der Army in Fort Detrick das Pentagon und AIDS vorliegen, so können die Zusammenhänge, die dabei deutlich werden, wohl kaum zufällig sein.

Entstanden ist dieses Zentrum als „Army Biological Warfare Laboratory“ und wurde nach Nixons Order über die Einstellung der biologischen Kriegsforschung 1969 zum führenden Zentrum in der Herstellung und Erprobung eben dieser angeblich geachteten Waffen.

Nach Nixons Order wurde das Center umbenannt in „Frederick Cancer Research Facility“ (Krebsforschung) und dem nationalen „Cancer Institute“ für angeblich zivilen Gebrauch unterstellt. Dabei wurde die militärische Sektion von der „zivilen“ getrennt und hieß hinfort „US Army Medical Research Institute for Infectious Disease“ (USAMRIID). Sie sollte künftig angeblich ausschließlich der defensiven Forschung im Sinne von Verteidigung gegen feindliche Angriffe mit Hilfe biologischer Waffen dienen. Al-

**Unfall mit Giftgas?**  
In einem US-Gefängnis bei Maßbrücker in der Pfalz ist es offenbar in einem schweren Unfall gekommen. Im Frühjahr 1976 wurde in dem Depot Altimetrische Rot angestrichen. Drei US-Soldaten wurden abtransportiert — angeblich wegen Verdachts auf Drogenkonsum. Wenig später mußte sich eine Frau, die zur Zeit das Unglück im Lager arbeitete, einer Krebsoperation unterziehen. Der Forschungsdirektor Martinus Flügge ließ die Patienten jetzt bei dem Toxikologen Nikolaus Kleber untersuchen. Einmal Drogenkonsum, aber auch ein Kontakt mit chemischen Kampfstoffen „ab der Seite der Leinwand“ in Betrachtung gekommen. Flügge betont in seinem Bericht am Dienstag dieser Woche im dritten Kanal des Bayerischen Fernsehens zu sehen, daß chemische Kampfstoffe in der Bundesrepublik noch zum Teil in „geheimer Zentrale“ beider.

Quelle: Spiegel, 25.3.88

berndings wurde, welchen Namen das Institut auch trug, die ursprüngliche CBW-Forschung weitergeführt (20).

1983 wurde die „zivile“ Sektion von Fort Detrick vom „National Cancer Institute“ engagiert, um im Rahmen der „AIDS-Task Force“ an der Forschung der Entstehungsursachen von AIDS mitzuwirken. Diese Arbeitsgemeinschaft unter der Leitung von Dr. Robert Gallo vom NCI entdeckte dann 1984 den AIDS-Virus.

Noch eine weitere Verbindung von Fort Detrick zu AIDS wurde 1984 bekannt. Offiziell bei Fort Detrick — und zwar die „militärische“ nicht die „zivile“ Sektion — dem „National Institute of Health“ an in Verbindung mit ihm Versuche zur Heilbehandlung von AIDS durchzuführen.

Diese Fakten, das versteht sich von selbst, bedingen noch keine Gewißheit, daß das Militär tatsächlich in die Erschaffung von AIDS verwickelt ist. Aber der Verdacht ist nicht von der Hand zu werfen, und es gibt eine Vielzahl von Indizien dafür, daß AIDS ein Produkt der militärischen Gentechnologie ist, die mit unter fast hysterischen Dementis der US-Militärs auf Außerungen dieses Verdachts hin und die vielfältigen Versuche, die Laborkontrollen von Fort Detrick aus der Schußlinie zu bringen, wirken ein bezeichnendes Licht darauf, daß an der Annahme, AIDS und die militärische Forschung in Fort Detrick hätten etwas miteinander zu tun, etwas dran sein muß.

So berichtete etwa die „Philadelphia Daily News“ am 18.2.87 unter der Überschrift: „Germ Warfare Battles AIDS“ über ein Seminar der „American Association for the Advancement of Science“. Einer der Referenten war Col. David L. Huxsoll, Chef von USAMRIID. Im Rahmen dieses Seminars wurde Huxsoll auch mit der Vermutung konfrontiert, AIDS und die biologische Kriegsforschung hätten etwas miteinander zu tun. Derartige Vermutungen bezeichnete Huxsoll als von der Sowjetunion ausgesteuerte Falschinformationen. Er verwies in diesem Zusammenhang auf eine Veröffentlichung der „Literary Gazette“ vom 25.6.86 sowie auf den Protest des US-Botschafters in der UdSSR, Hartman, nach dieser Veröffentlichung.

Huxsoll räumte indirekt ein, daß man sich bei USAMRIID durchaus mit den CBW-Einsatzmöglichkeiten von AIDS beschäftigt habe: „Studien in den Laborkontrollen der Army haben ergeben, daß der AIDS-Virus ein extrem schlechtes biologisches Erregermittel ist.“

Er begründete dies mit der Unkontrollierbarkeit des Virus und der langen Inkubationszeit zwischen Ansteckung und manifesten Erkrankung, die einen Einsatz von AIDS als biologische Waffe verbiete.

Huxsolls Argumentation scheint der offiziellen Linie der US-Regierung zu folgen. Am 1. April 1987 veröffentlichte das „US Department of Defense“ eine entsprechende Rechtfertigungsschrift unter dem Titel „Soviet Disinformation Claims: AIDS Virus Made in USA“, in der Huxsolls Ausführungen wiederholt wurden. Allerdings wurde dann nicht mehr erwähnt, daß bereits Untersuchungen über die Verwendbarkeit von AIDS als biologische Waffe durchgeführt worden waren.

**Andere US-CBW-Forschungsstätten**

Fort Detrick ist nicht das einzige militärische Center für CBW-Forschung in den USA. Weitere derartige Laborkontrollen befinden sich in Maryland/Utah, Arkansas und Kalifornien. Die meisten Universitäten in den USA arbeiten an der militärischen CBW-Forschung mit und sind mit bestimmten Forschungsprojekten betraut. International unterhält die US-Army „Infectious Disease Research Institutes“ in Kenia und Brasilien. Vor allem der Standort in Brasilien ist interessant, ist dies doch das Land, das nach den USA die höchste Zuwachsraten an AIDS-Infektionen in Amerika hat.

Weitere CBW-Forschungseinrichtungen sollen in Haiti (!) und in Zaire (!) bestehen.

In Lahore, Pakistan, besteht ein Forschungszentrum, das angeblich die Malaria

erforschen soll. Die Regierung Pakistans, stramm antikomunistisch orientiert und mit den USA verbündet, gewährt den US-Wissenschaftlern alle Unterstützung. Der Leiter des Instituts von Lahore, ein Professor an der Universität von Maryland, arbeitet eng mit den Laborkontrollen von Fort Detrick zusammen.

In Labor von Lahore werden, Presseberichten zufolge, Moskitos mit dem Erreger des Gelbfiebers präpariert, diese Moskitos finden dann ihre Verwendung in Afghanistan und auf Kuba (s. auch „New York Times“ 10.2.1982, S. 9; „Pakistan Express“ a Malaria Expert“).

**AIDS-Experimente an Flüchtlingen von Haiti**

1980/81 flüchteten tausende von Haitianern vor der Gewaltherrschaft des von den USA unterstützten Duvalier-Regimes. Viele versuchten, auf Booten in die USA zu gelangen. Auf Weisung der Reagan-Administration wurden die meisten dieser Flüchtlinge wieder nach Haiti zurückgebracht. Die, denen die Flucht in die USA gelungen war und die nicht schon auf See abgefangen worden waren, wurden dort in zwei Lagern interniert, die in Miami, Florida und in Fort Allen auf Puerto Rico eingerichtet wurden.

Die Internierten wurden in den Lagern auch medizinisch versorgt, im Rahmen dieser „Betreuung“ erhielten sie auch Injektionen, von denen ihnen nur gesagt wurde, daß sie Hormone enthielten, die den gesundheitlichen Gesamtzustand verbessern sollten. Schon damals tauchte der Verdacht auf, daß diese Injektionen eine andere Funktion hätten.

1983 erhoben humanistische Aktivisten den Vorwurf, daß im Zuge dieses Hormonexperimentes u.a. auch AIDS übertragen worden sei. Es wurde die Vermutung geäußert, daß mit diesen Injektionen die rassistische und stigmatisierende Etikettierung der Haitianer als „AIDS-Risiko-Gruppe“ untermauert werden sollte. Dieser Vorwurf spielte noch bei den folgenden politischen und gerichtlichen Auseinandersetzungen eine Rolle, als deren Ergebnis die meisten der Internierten freigelassen werden mußten.

**Bevölkerungskontrolle**

**Bevölkerungskontrolle**

Kontrolle des Wachstums der Bevölkerung der Dritten Welt ist seit vielen Jahren ein politisches Ziel der USA. 1977 z.B. äußerte Ray Ravenhorst, Direktor des Bevölkerungsprogramms der „US Agency for International Development“ (AID), daß ein Ziel der Arbeit von AID sei, dafür zu sorgen, daß ein Viertel der Frauen auf der Welt sterilisiert würden. Dies liege im Interesse der USA, um Revolutionen vorzubeugen (zit. nach „Womenews“, New York, Dez./Jan. 1982, S. 5).

Lange vor Ravenhorsts Statement wurden diese Praktiken der Geburtenkontrolle und Sterilisation in Kambodja, die die USA in Staaten der Dritten Welt eingerichtet haben, bereits im großen Stil angewendet. Oft lagen diese Kliniken in Regionen, in denen sie einzige Möglichkeit der medizinischen Versorgung waren.

Zuerst wurden diese Praktiken zur Kontrolle der Bevölkerung in der US-Kolonie Puerto Rico angewandt. Die USA, nach der Okkupation von 1898 wurden auf dieser lateinamerikanischen Insel Kliniken eingerichtet, die von den USA finanziert wurden und deren Aufgabe es war, Sterilisationen durchzuführen. Heute, mehr als achtzig Jahre nach der Besetzung der Insel, ist Puerto Rico die Region mit der höchsten Sterilisationsrate der Welt: 39% der Frauen im gebärfähigen Alter und 25% der Männer sind unfruchtbar gemacht worden. (21).

**Am Beispiel von Kongo/Zaire ist AIDS Mittel der Bevölkerungskontrolle**

Serge Mukendi, Repräsentant der „Workers and Peasant Party of the Congo“ in den USA, unterbreitete eine Theorie: wie AIDS nach Afrika gekommen sein könnte. Der Kongo, 1971 in Zaire umbenannt, hat heute die höchste Zuwachsraten an AIDS-Infektionen in Afrika und auf der Welt.

1960 befreite sich der Kongo durch eine Völkerverheerung von der Herrschaft der belgischen Kolonialherrschaft. Führer der Aufstandsbewegung war Patrice Lumumba, der dann zum Präsidenten der neuen Republik gewählt wurde.

Der CIA plante, Lumumba mit Hilfe von Krankheitsverbreitern ermorden zu lassen, und entsandte den Leiger des „MKULTRA-Programms“, Dr. Sidney Gottlieb, in den Kongo. Dies ist nachgewiesen durch die Ermittlungen eines Senats-Komitees, des sog. Church-Komitees, das 1971 ermittelte, daß Versuche stattgefunden haben, Lumumba zu vergiften (22).

Man hatte von diesem Vorhaben abgelassen, nachdem man von der CIA aus-

gebildete Offiziere beauftragt hatte, Lumumba zu beseitigen. Dies gelang, und einer dieser Offiziere, Joseph Mobutu, übernahm dann die Macht im Kongo und führte sein Land in die direkte Abhängigkeit von den USA.

Zur Aufrechterhaltung dieser Herrschaftsansprüche intervenierten die USA und ihre Verbündeten mehrfach im Kongo, dabei ließ man die „Schmutzarbeit“ von gedungenen Söldnern verrichten. Diese Eingriffe fanden 1964/65 und 1977/78 statt.

Auf diesem historischen Hintergrund notiert Mukendi, daß die „Agency for international Entwicklung“ (AID) beim „Institut für Internationale Studien“ der Columbia University eine Studie in Auftrag gegeben hat, welche Möglichkeiten bestehen, das Bevölkerungswachstum in Zaire zu begrenzen, um einer Hungersnot vorzubeugen. In der Tat ist die Unterernährung für die Bevölkerung von Zaire ebenso ein Problem wie die mangelnde ärztliche Versorgung oder das niedrige Bildungsniveau.

Diese Probleme sind keineswegs „naturgegeben“. Zaire besitzt große Reichtümer an Bodenschätzen. Zumindest theoretisch wäre es möglich, aus den Erlösen der Ausbeutung dieser Ressourcen die Not zu mildern oder gar zu überwinden. Allerdings sind es gerade diese Bodenschätze, so etwa das strategisch wichtige Kobalt, die die besondere Aufmerksamkeit von Nato und USA auf dieses Land lenken. Mukendi äußert die Vermutung, daß aus diesen Interessen heraus die Anstrengungen unternehmen werden, die Bevölkerung in Zaire zu begrenzen, auch um die Möglichkeiten, die eine katastrophale Revolution zu rekrutieren zu verringern.

Als ein Beispiel nennt Mukendi umfangreiche Versucheungen mit hochgiftigen Radionukleiden in Zaire. AIDS so vermutet er sei nur eine weitere Waffe in dem Bestreben, die Bevölkerung nicht weiter anwachsen zu lassen, die sogenannte „Taktik der Dezimierung“. Als Beispiel nennt Mukendi ein medizinisches Experiment, das nicht weit von Kinshasa durchgeführt wurde.

An diesem Experiment nahm teilweise auch der französische Forschungsmediziner Daniel Zagury teil. Dabei wurden zwölf gesunde Menschen mit AIDS infiziert. Die Wissenschaftler haben sich gegenwärtig den wahren Charakter des Virus, das AIDS hervorruft, nicht geklärt. Die Wissenschaftler haben sich gegenwärtig den wahren Charakter des Virus, das AIDS hervorruft, nicht geklärt. Die Wissenschaftler haben sich gegenwärtig den wahren Charakter des Virus, das AIDS hervorruft, nicht geklärt.

Es war nicht das Anliegen dieses Artikels, die Frage zu klären, ob AIDS tatsächlich Produkt der biologischen Kriegsforschung der USA ist. Es ging darum, zu zeigen, daß diese Vermutungen, die sich schon aus der historischen Kontexte biologischer und chemischer Kriegsforschung der USA ergibt, auf jeden Fall AIDS ist, daß es ein Element in der sog. Ersten Welt, „as war as war“ Randgruppen sind, die von dieser Seuche betroffen sind. Diese Selektivität ist einmalig in der Geschichte und wohl mehr als Zufall. Neueste Zahlen über die Verbreitung des Virus zeigen, daß die befürchtete massive Durchseuchung der „Normalbevölkerung“ ausgeblieben ist und nach wie vor überwiegend Schwule, intravenös Drogenabhängige und Prostituierte betroffen sind. In der sog. Dritten Welt ist die Gesamtbevölkerung am AIDS und AIDS wird dort, sollten die Prognosen eintreffen, die von bestimmten Kreisen gewünschte Reduzierung der Bevölkerung sorgen.

So ist AIDS gleichermassen ideales Mittel zur Unterdrückung und Ausmerzung unerwünschter Gruppen der Gesellschaft in den von den USA dominierten Industrieländern geworden wie zur Vernichtung der Weltbevölkerung in den Staaten der ökonomisch und strategisch von besonderem Interesse für die NATO und

Dieter F. Ullmann

- Anmerkungen:  
1) s. auch CAIB Nr. 17 Sommer 1982  
2) Artikel von J.W. Powell, J. Schuman in „China Monthly Review“ 1958  
3) CAIB Nr. 17 Sommer 1982 S. 28  
4) „Germ War in Salvador“, Daily World 12.8.82  
5) „These Times“, Sept. 1981  
6) CAIB Nr. 10, Aug./Sept. 1980 S. 21  
7) Free Press New York 1977 S. 91  
8) Jessica Milford „The Prison Business“ S. 138 ff.  
9) Advocate 25.4.72 S. 11 ff.  
10) Free Press New York 1981 S. 2  
11) New York Native 6.2.87 S. 10  
12) „Yo Azukal“ Pedro Aponte Varquez 1985  
13) ders. Assesino Rhoads a Albizu und andere Fluchtlinge  
14) Gay Community News 9.7.83 New York Native 30.11.85 Workers World 7 und 24.6.83, 18 und 15.7.83  
15) The Nation, 10.2.1983  
16) Science 27.2.1987  
17) R. Harris, J. Paulman: A Higher Form of Killing: The Secret of Chemicals and Biological Warfare, New York 1982  
18) Washington, Government Printing Office, 1985  
19) „Military Review“ Nov. 1970  
20) Harris u. Paulman a.a.O. S. 222  
21) Latin American Perspectives 1977  
22) „Assassination of Foreign Leaders: Report of the Senate Select Committee on Government Operations 1975“ John Stockwell in Search of Enemies, New York 1978, S. 23 f.



# US-Strategie: Jenseits von Europa

„Eine solche Strategie hätte fatale Konsequenzen für die Sicherheit Westeuropas“ (jümmerte Lothar Rühl), Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium. (1) Von dieser Strategie müsse erwartet werden, „daß sie unsere eigene Vernichtung auslöst, wenn sie verwirklicht wird“, orakelte Alfred Dregger, Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU. (2)

Gemeint war der Bereich „Discriminate Deterrence“ (Differenzierte Abschreckung), der im Januar von der amerikanischen Regierungskommission zur Entwicklung einer „Integrierten Langzeit-Strategie“ vorgelegt wurde. Fred C. Ikle, Staatssekretär im US-Verteidigungsministerium und Ko-Vorsitzender in eben jener Regierungskommission, konkludiert auf gleichem Niveau: Weder die Amerikaner noch die Franzosen und Briten würden „Selbstmord begehen, um die Deutschen zu verteidigen“. Die Deutschen würden immer nur nach der Risikobereitschaft der USA rufen, seien aber nicht bereit, gemeinsam mit den USA Risiken in Konflikten außerhalb des NATO-Bereichs zu übernehmen. (3)

Die kurze Episode, die demnächst mit den üblichen Dummisprüchen wieder zugeflickt werden wird, hat einen wesentlichen Zug der „atlantischen Partnerschaft“ deutlich werden lassen: gegenseitiges Mißtrauen, bis hin zur offenen Feindseligkeit. Die innerimperialistischen Widersprüche haben einen Bruchpunkt erreicht, aber die Existenz der UdSSR und das allgemeine Kräfteverhältnis in der Welt erzwingen die Fortsetzung der „Partnerschaft“.

## Das falsche Kriegsbild

Die umstrittene US-Studie umfaßt im kritischen Rückblick die letzten 40 Jahre und versucht, eine Prognose plus Schlusfolgerungen für die nächsten 20 Jahre zu entwickeln.

Eine der Hauptthesen der Studie sagt, daß die USA sich in der Vergangenheit auf ein unrealistisches oder zumindest wenig wahrscheinliches Kriegsbild konzentriert haben, zugleich aber durch die realen Konflikte (beispielsweise Iran-Golf) vor immer größere Probleme gestellt werden, auf die sie unzureichend vorbereitet sind.

Die Bündnispolitik und Kräfteplanung der USA seit lange Zeit von zwei Extremfällen beherrscht worden. Ein massiver Angriff des Warschauer Pakts auf Mitteleuropa oder ein totaler sowjetischer Anschlag. Indem sie sich auf diese beiden Fälle konzentriert haben, hätten die Pläne zur Vernachlässigung sehr viel wahrscheinlicherer Kriegs- und Konfliktszenarien genügt, die differenziertere militärische Antworten erfordern. Auch habe man sich aufgrund der einseitigen Fokussierung auf die beiden Extremfälle zu wenig in den Risiken beschäftigt, daß in realen Krisensituationen ein geplanter

habe man sich aufgrund der einseitigen Fokussierung auf die beiden Extremfälle zu wenig mit dem Risiko beschäftigt, daß in realen Krisensituationen einige Verbündete nicht mitziehen könnten.

Fast alle bewaffneten Konflikte der letzten 40 Jahre fanden in der Dritten Welt statt. Alle Kriege, in die die USA in die Welt verwickelt waren, nur bezieht sich in der Studie einer sehr diskreten und unkonkreten Ausdrucksweise, der Vietnamkrieg wird nicht einmal erwähnt —, fanden in der Dritten Welt statt. In den kommenden Jahrzehnten müßten die USA besser darauf vorbereitet sein, mit Auseinandersetzungen in der Dritten Welt (sog. low intensity conflicts) fertigzuwerden. Diese Probleme müßten ernsthaft als bisher genommen werden, sie müßten permanenter Teil der Verteidigungsplanung sein.

## Abschied von der Zentralität Europas

Die Kritik der Studie an der bisherigen Dominanz zweier vermutlich unrealer Extremszenarien deutet zugleich den offiziellen Abschied von der traditionellen Zentralität Europas für die „westliche Verteidigungsgemeinschaft“ an. Während bisher zumindest in der Ideologie und Propaganda die NATO wesentlich zugunsten Europas, insbesondere Mitteleuropas und noch präziser: zugunsten der BRD zu existieren vorgab, wird Europa jetzt zu einem Fall unter vielen erklärt, und nicht einmal zu einem der wahrscheinlichsten und interessantesten Fälle. Das dürfte unausgesprochen ein wesentlicher Grund für die Verarmung sein, die die Studie gerade bei notorischen Hardlinern der CDU/CSU ausgelöst hat.

Die Herabstufung Europas wird unterstrichen durch die in der Studie gegebene Prognose für die nächsten Jahrzehnte: Es werde drastische Veränderungen der heutigen strategischen Situation geben. China werde im Jahre 2010 das zweit- oder

drittstärkste Wirtschaftspotential der Welt haben und vermutlich eine militärische Supermacht sein. Auch Japan habe die Kapazitäten, um diesen Weg zu gehen. Eine Reihe kleinerer Staaten könnten in der nahen Zukunft ebenfalls beträchtliche Arsenale modernster Waffen aufbauen. Im kommenden Jahrhundert würden 40 oder mehr Staaten die Technik zum Bau von Atomwaffen haben. Das alles mache es für die Supermächte sehr viel riskanter und schwieriger, in regionale Konflikte einzugreifen.

Eine Welt mit drei oder vier globalen Militärmächten würde Amerikas strategische Pläne mit einer sehr viel komplizierteren Gesamtsituation konfrontieren, als es der gewohnte bipolare Weltstreit mit der UdSSR tut. Die USA müßten unter Umständen neuartige Konstellationen suchen, auch könnten die Bündnisverhältnisse wechseln. Es könnten Kriege zwischen mächtigen Nationen ausbrechen, die nicht mit den USA verbündet sind. (Wieder bleibt die Studie diskret im Unkonkreten. Praktisch dürfen die Autoren in erster Linie an einen Krieg China-UdSSR gedacht haben.)

Die Prognose einer multipolaren Welt impliziert, daß die Staaten Westeuropas ihre Stellung als „natürliche“ Hauptpartner der USA nicht mehr automatisch behalten werden. Sie werden in Zukunft nur noch mögliche Partner neben anderen sein, und ihr Rang wird an dem konkreten militärischen und logistischen Beitrag gemessen werden, den sie zur Verteidigung gemeinsamer imperialistischer Interessen, primär in der Dritten Welt, zu leisten bereit sind. Das bisherige NATO-Bedrohungsbild basierte auf irrationalen Hypothesen, stellte somit an die BRD außer den Rüstungslasten keine praktischen militärischen Anforderungen. Mit dieser relativ bequemen Position konnte es in absehbarer Zukunft vorbei sein. Die vor Gedanke scheint sich bei den bundesdeutschen Hardlinern nicht angenehm zu sein. Man scheint hier vielleicht ganz zu Recht mit der in der Studie als parasitär beklagten Rolle zu sein, die man sich mit Japan teilt. Die eigene Ökonomie zu pflegen und das Führen ideologischer Operationen kriege um irgendwelche Malvinas oder Grenadas gern den anderen imperialistischen Mächten zu überlassen, wäre den dazugehörigen Extra-Rüstungslasten. In der Strategie-Studie ist ja auch immer nur von Lasten und Risiken die Rede, die die Verbündeten der USA übernehmen sollen, aber nirgendwo von Vorteilen, die das bringen könnte. So etwas möchte man sich doch zumindest politisch honorieren lassen. Beispielsweise auf dem interessanten Gebiet der (Mit-)Verteilung über Atomwaffen.

## Kriegsschauplatz Dritte Welt

In den kommenden Jahrzehnten werden

## Kriegsschauplatz Dritte Welt

„In den kommenden Jahrzehnten werden die USA besser darauf vorbereitet sein müssen, mit Konflikten in der Dritten Welt umzugehen.“ — Die Studie geht von der Annahme aus, daß die Dritte Welt auch in der absehbaren Zukunft Hauptschauplatz militärischer Konflikte sein wird und daher im Zentrum strategischer Überlegungen stehen muß. In sechs Punkten legt die Kommission ihre Vorschläge dar:

(1) Auch zukünftig soll die Rolle der US-Streitkräfte in der Dritten Welt nur in Ausnahmefällen im unmittelbaren (kombattanten) Eingreifen bestehen. Hauptsächlich sollen die Hilfsprogramme (z.B. Ausbildung, nachrichtendienstliche und logistische Unterstützung) leisten.

(2) In „sorgfältig ausgewählten Situationen“ sollten die USA auch künftig an kommunistische Aufstände unterstützen. Die entsprechenden Aktivitäten sollten so weit wie möglich geheimgehalten werden.

(3) Die bisherige wirtschaftliche und militärische Hilfe der USA für verbündete Regimes in der Dritten Welt wird als unzureichend und unflexibel kritisiert. Dafür wird in erster Linie der Kongreß, das Parlament, verantwortlich gemacht. Unter anderem wünscht sich die Kommission neue Gesetze, die der Regierung mehr Handlungsfreiheit geben, räumt allerdings gleich selbst ein, daß für solche Gesetze wiederum die Mitwirkung des Kongresses nötig wäre.

(4) Die Verbündeten der USA in der Dritten Welt müßten verstärkt dazu angehalten werden, eigene militärische Interventionen, zugehörige militärische Hilfe der USA verfügbar zu machen. Damit tun sich die Verbündeten bisher sehr schwer, klagt die Studie, aber das Beispiel der koreanischen oder philippinischen Hilfstruppen im Vietnamkrieg lasse doch Raum für Hoffnung.

(5) Auch in der Dritten Welt müsse die US-Strategie darauf aus sein, die techno-

logischen Vorteile der USA zu maximieren.

(6) Die USA könnten auf überseeische Stützpunkte in der Dritten Welt auch künftig nicht völlig verzichten. Sie sollten aber danach trachten, effektive Alternativen zu entwickeln. Verwiesen wird in diesem Zusammenhang auf Aufklärungs- und Kommunikationssatelliten, sowie auf die Perspektive, traditionelle Stützpunktfunktionen auf die Meere zu verlagern.

## Kriegsschauplatz Europa

Die Autoren der Studie erinnern an die offizielle NATO-Doktrin, daß aufgrund der angeblich riesigen konventionellen Überlegenheit des Warschauer Pakts in Europa die NATO nicht fähig wäre, einen Angriff aus dem Osten länger als höchstens ein paar Tage aufzuhalten. Gelänge es in diesen wenigen Tagen nicht, die UdSSR mit politischen Mitteln zu stoppen, müsse die NATO zwangsläufig auf Atomwaffen zurückgreifen — und damit eine globale, totale nukleare Eskalation androhen. Mit anderen Worten: Die UdSSR werde von

krieg in Europa wird als möglich konzipiert.

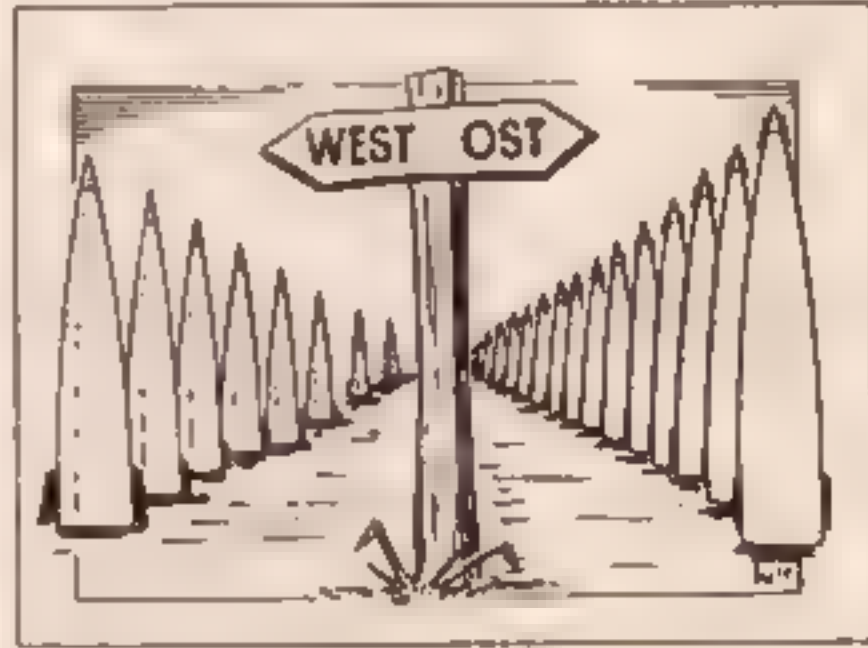
Das Problem ist nicht wirklich neu. Das Territorium der BRD weist seit langem die höchste Atomwaffendichte der Welt auf. Weit über die Hälfte dieser Waffen wäre aufgrund ihrer kurzen Reichweite im Kriegsfall dazu bestimmt, das Bundesgebiet plus angrenzende Bereiche der DDR zu verwüsten. Was sonst wäre der Zweck dieser Waffen? Eine offizielle Doktrin besagt, daß die Atomwaffen kurzer Reichweite nur ein „Sulperdraht“ seien, über den ein potentieller Angreifer mit dem Risiko der totalen Eskalation bedroht werde. Wenn es darum ginge, würden allerdings wenige hundert Atomwaffen völlig genügen. Tausende von nuklearen Kurzstreckenwaffen hingegen sind und waren schon immer per se eine Kriegsführungsoption. Insofern überrascht der empörte Ton, mit dem sich Dregger und andere jetzt plötzlich zu Wort melden.

## Risikogemeinschaft und Sonderbedrohungen

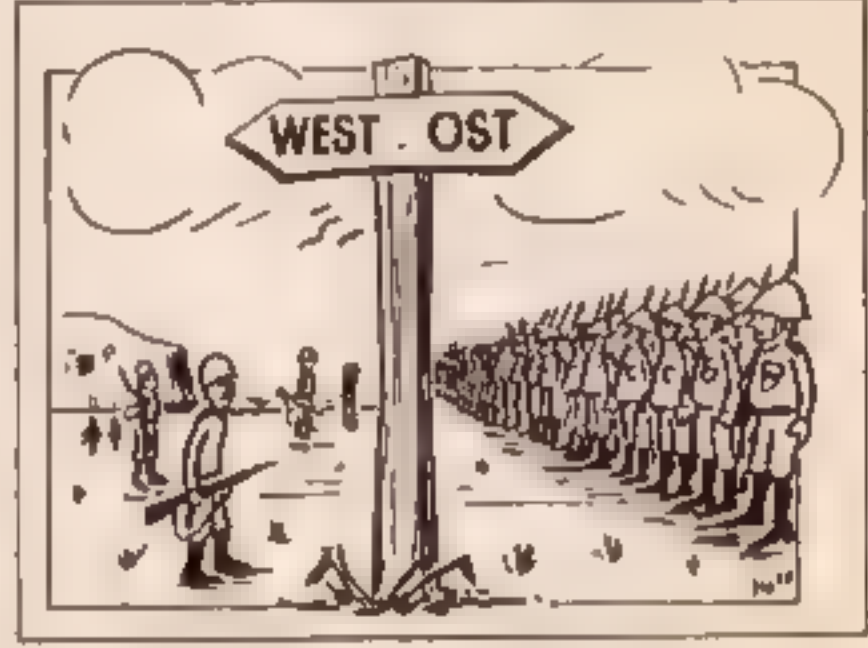
Die Kritik aus der CDU an der US-Strategie studiert richtet sich in erster Linie ge-

(FAZ, 26.2.) Man wolle die konventionelle Verteidigung Westeuropas stärken, habe im Bericht zugleich aber die „Nukleargarantie“ der USA bekräftigt, und zwar nicht nur gegen sowjetische Atomangriffe, sondern auch als Erstschlagwaffe gegen überlegene konventionelle Kräfte des Warschauer Pakts. Diese amerikanische „Nukleargarantie“ beziehe sich nicht nur auf in Europa stationierte Atomwaffen, sondern auch auf das strategische Atompotential in den USA. Unglaublich sei aber mit diesem Potential einen totalen Vernichtungsschlag gegen das Gebiet der UdSSR anzudrohen, da dies im Gegenschlag auch zur Vernichtung der USA führen würde. Sinnvoll sei stattdessen die Drohung mit „selektiven“ Schlägen gegen „militärische Ziele“ in der UdSSR und Osteuropa. Die „atomare Abschreckung“ solle also keineswegs aufgehoben oder relativiert, sondern im Gegenteil glaubwürdiger gestaltet werden.

Ein weiteres Mißverständnis sei die Annahme, die Kommission halte die Abwehr eines konventionellen Angriffs des Warschauer Pakts mit ausschließlich konventionellen Mitteln, ohne Einsatz von Atomwaffen, für möglich. Die Kommis-



Quelle: „Europäische Wehrkunde“, 2/68



einem Angriff auf Westeuropa durch das Risiko abgeschreckt, damit die gegenseitige atomare Vernichtung ausbleibe. Das ist die Hypothese von der „Atompefegung“ und vom „amerikanischen Atomschirm“, der über Westeuropa gespannt sei.

„Wenn das wirklich die Botschaft der NATO wäre, würde sie glaubwürdig bleiben“, tragen die Autoren der Studie. Kann die NATO sich auf eine Eskalation ausstufen lassen, um die mit Sicherheit in ihrer Gegenwart keine Chance zusammen mit der UdSSR fähig wurde, wenn sie ungeschützt wären.

Die Fragestellung sei alles andere als neu, merken die Autoren richtig an. Unter Bezugnahme wird es ebenfalls bei nicht nur bei den zentralen, sondern auch

gen die Fragestellung der traditionellen Doktrin von „atomarer Abschreckung“. Die UN machte diese Doktrin so interpretieren. Jeder Krieg zwischen den Pakten in Mitteleuropa würde diese Region vernichten, zumindest im besten aller Fälle die BRD ökonomisch aus dem Rennen um die Weltmärkte werfen. Also müsse ein Krieg von vornherein ausgeschlossen werden. Das geschehe am sichersten durch die Drohung, daß jeder Angriff in Mitteleuropa die globale Atomeskulation auslösen würde.

Eben dieser doktrinierte Mechanismus wird in der Studie in Frage gestellt: die Aufhebung von der Fährbarkeit eines Krieges in Europa, einschließlich begrenzter Einsätze von Atomwaffen, aus geht. Die also die Vernichtung Europas

vor bezweifle (mit Hinblick auf der offiziellen NATO-Doktrin) diese Möglichkeit nicht unter den heutigen Voraussetzungen halte es aber nicht für wünschenswert, diese Möglichkeit anzustreben. (Entweder durch locierte Aufrüstung der NATO oder durch eine von der Wirtschaftslage erzwungene Selbstverwundung der UdSSR.) Im Übrigen untergebe die Doktrin, daß Westeuropa ohne Atomwaffen nicht zu verteidigen sei, „die Unterstützung der Öffentlichkeit für das Bündnis“.

Wie wir sehen, werden Kritiker wie Autoren der Studie einander in der NATO durch die unglaubwürdige Option des „atomaren Schirms“, „Selbstabschreckung“ verurteilt. Das muß man entwerfen. Es ist unheimlich, daß die USA im September 1987 eine

sauflassen von der Fährbarkeit eines Krieges in Europa, einschließlich begrenzter Einsätze von Atomwaffen, ausgeht. Die also die Vernichtung Europas hypothetisch in Kauf nimmt.

Dies schaffe, sagt beispielsweise Dregger eine „Sonderbedrohung“ Europas. Der „Risikowerbund“ der NATO-Staaten könne nicht an einer Stelle aufgelöst werden, ohne die gesamte Konstruktion zu gefährden. „Entweder wir werden gemeinsam den Frieden erhalten, oder wir werden gemeinsam untergehen.“ Vermeidbare Sonderbedrohungen“ würden dem NATO-Bündnis die Grundlage entziehen. (FAZ, 21.1. und 30.1.) Dregger kritisiert zugleich auch die französische Atomstrategie, wegen der sogenannten „prästrategischen“ Waffen, die aufgrund kurzer Reichweiten im Kriegsfall nur gegen BRD-Gebiet einsetzbar wären. Dregger hält das für „absurd“ und verlangt, daß Frankreich „in verbindlicher Form und für jeden erkennbar“ mit dem Einsatz strategischer Atomwaffen gegen die UdSSR drohen müsse.

Ähnlich wie Dregger argumentierten Staatssekretär Rühl und der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU, Wimmer. Die Umsetzung der in dem Bericht vorgeschlagenen Strategie würde den Rückzug der USA auf ihre „Festung Amerika“ bedeuten, klagte Wimmer. Von dieser sicheren Plattform aus könnten die USA dann weltweit mit kalkuliertem Risiko agieren. Ein Großteil der übrigen Welt, darunter Europa, würden zu Zonen, in denen aus Sicht der USA Krieg wieder führbar würde. Das sei für die betroffenen Staaten nicht hinnehmbar, da schon ein „begrenzter“ Krieg mit nicht-atomaren Waffen nicht akzeptable Zerstörungen verursachen würde. Mit dieser US-Strategie wäre, so Wimmer, „der Zusammenhalt des westlichen Bündnisses auf Dauer in Frage gestellt.“ (FAZ, 19.1.)

Alles gar nicht wahr, lassen die Chefautoren des Berichts — Ikle, Kissinger, Brzezinski und Wohlstetter — antworten.

nuklearen Selbstmords („Selbstabschreckung“) zu ruinieren. Das muß man entwerfen. Es ist unheimlich, daß die USA für begrenzten Kriegseinsatz einen allgemeinen Atomschlag auslösen, der ihre eigene Vernichtung provozieren würde. Diese Option könnte nur durch eine effektive Abwehr (siehe SDI-Projekt) an Glaubwürdigkeit gewinnen, aber diese Abwehr ist nicht in Sicht. Somit ist der „Atomschirm“ der USA auch für die BRD keine glaubwürdige Option — auch dann nicht, wenn man diesen Schirm nicht zur Abwehr aufspannen, sondern damit in Osteuropa herumstechen möchte. 2. Europa zum „begrenzten“ Kriegsschauplatz zu machen, einschließlich „selektiver“ Einsätze von Atomwaffen, ist keine glaubwürdige Option aus Sicht der BRD. Wohl aber aus Sicht der USA, die schon immer ein strategisches Geschick hatten, Kriege weit von ihren Grenzen entfernt zu führen, und die am Beispiel Vietnam vorgeführt haben, wie man als Supermacht ein Land so in Grund und Boden „verteidigt“, daß es auf Jahrzehnte ruiniert ist.

Der Widerspruch der Interessen ist offensichtlich. Die Zerstörung der BRD mitsamt dem mitteleuropäischen Raum, über den das BRD-Kapital mit „friedlichen Mitteln“ eine weitgehende ökonomische Hegemonie ausübt, ist nicht im Sinne der Regierenden. Für Kriege ist in der Dritten Welt genug Platz, und so soll es gefälligst auch bleiben. Die NATO wird an diesem Familienstreit aber nicht zugrunde gehen, man wird sich schon irgendwie arrangieren.

Kt., Hamburg

## Anmerkungen

- (1) Welt, 19.1.
- (2) FAZ, 29.1.
- (3) FAZ, 29.1.









Fortsetzung von vorheriger Seite

## Die Halbierung der Atomsprengköpfe

Bessere Chancen zur Verwirklichung hat die geplante „Halbierung“ der Anzahl der strategischen Atomsprengköpfe auf etwa 5 000 bei gleichzeitiger Halbierung des „Wurfgewichts“ (das meint die Sprengkraft). Allerdings, aus dem angepöbelten Abschluß des Abkommens beim kommenden Gipfel im Juni dieses Jahres in Moskau dürfte wohl nichts mehr werden. So ließ es aus Anlaß des kürzlichen Außenministertreffens: „Obwohl beide Seiten daran festhalten, daß bis dahin die Einigung (...) möglich sei und Schevardnadse zum Auftakt (...) sogar von „guten Chancen“ sprach, stimmten sowjetische und amerikanische Kreise (...) in der Ansicht überein, dies setze eine wesentliche Beschleunigung (...) voraus.“ (16)

Bei den Verhandlungen wird um alles mögliche gefeilscht. Die USA wollten nicht einfach die Zahl, sondern speziell die großen landgestützten SS-18 Raketen der Sowjetunion verringern und am liebsten die neue mobile SS-24-Rakete der Sowjetunion ganz verboten haben. Das wurde aber schnell wieder aufgegeben, um umgekehrt die Gegenforderungen der Sowjetunion bei den seegestützten Raketen, die 60% bei den USA ausmachen, zu vermeiden. US-Militärs meinen, daß mindestens „d der neuen Ohio-Klasse der USA ständig auf Patrouille herbeizubringen, weil sonst die nationale Sicherheit zu zusammenbrechen könnte.“ (17)(18) Umworren sind auch insbesondere die Cruise Missiles: Die USA wollen insgesamt rund 8.000 Stück produzieren. Hierfür sind auf Schiffen 328 Abschußplattformen stationiert. Die Cruise-Missile wurde die USA am liebsten mit der Begründung abgelehnt, daß sie (noch) „konventionell“ sei, damit wollten (19)

Bei den luftgestützten Cruise Missiles möchten die USA alle Waffen mit einer Reichweite unter 1 000 km ausklammern, „weil diese zu jenen konventionellen Präzisionswaffen der Zukunft gehören.“ (18) Bereits jetzt haben die USA mindestens je vier davon auf ihren rund 200 strategischen Bombern, und außerdem sollen rund 1.200 weitere für die Mittelstreckenbomber (als Ersatz für die abgerüsteten landgestützten) angeschafft werden. (20) Gegenüber der Sowjetunion schmilzt allerdings der US-Vorsprung bei den Cruise Missiles dahin. Schon 584 Abschußgestelle für Cruise Missiles sollen auf sowjetischen Schiffen stationiert sein. (19) Außerdem wurde jüngst ein neuer Marschflugkörper erprobt. (21)

Hauptstreitpunkt ist aber die Einhaltung des alten ABM-Vertrags, der unter anderem eine spätere Erprobung der SDI-Waffen, einschließlich mit Atombomben gezündeter Laser, im Weltraum verbieten würde. Dieser Vertrag zur Begrenzung der Abwehrmaßnahmen (ABM = Antiballistic Missiles) und anderer Rüstungen im Weltraum wurde 1972 geschlossen und 1974 erweitert. Er verbietet u.a. jede Stationierung und natürlich auch die Explosion von Atomwaffen im Weltraum. Die USA will den Vertrag um maximal sieben Jahre verlängern; denn: „Optimistische Voraussagen hinsichtlich einer Stationierung erster Teile eines „Raketenschildes“ richteten sich auf Mitte der neunziger Jahre.“ Und da möchte Reagan seinem Nachfolger auf keinen Fall Steine in den Weg gelegt haben.

Die Sowjetunion will den Vertrag um 10 Jahre verlängern und hat außerdem angeboten, vorher eine Liste für SDI-Versuche aufzustellen, die man genehmigen könnte. US-Unterhändler Nitzsche und Stabschef Crowe haben sich dafür ausgesprochen, auf dieses

Angebot einzugehen, weil sie davon ausgehen, daß die ersten derartigen Weltraum SDI-Versuche erst in fünf Jahren anstehen werden. (23)

In den USA ist eine sogenannte „weite Auslegung“ des ABM-Vertrages erfunden worden, um Weltraumexperimente nicht mehr als vertragswidrig erscheinen zu lassen. Die nun wirklich nicht Reagan-feindliche „Frankfurter Allgemeine“ schreibt dazu: „Diese Auslegung wurde zur Rechtfertigung von SDI in juristisch spitzfindiger Form in Washington unter heftigen Kontroversen mit den Autoren des ABM-Vertrages von 1972 und vor allem mit dem amerikanischen Kongreß entwickelt.“ (23) Nur unter der Bedingung der Einhaltung der „engen“ Auslegung hat das amerikanische Parlament für das laufende Finanzjahr 3,9 Mrd. Dollar für SDI genehmigt, immerhin 10% mehr als im Vorjahr, aber 1,8 Mrd. Dollar weniger als Reagan gefordert hatte. (22) Trotzdem ordnete Reagan Anfang Januar an, daß die Unterhändler in Genf auf einer „weiten Interpretation“ in den Verhandlungen zu bestehen haben. „Gegner Verhandlungen vor Sackgasse?“ fragte dazu etwa besorgt die „Frankfurter Rundschau“ in ihrer Schlagzeile. (24) Reagan selbst wird den Vertrag kaum noch unter Dach und Fach bringen können. Das weitere wird man abwarten müssen.

## Einiges zu den Hintergründen

Nun kann man diese Entwicklung wahrlich nicht als Ausbruch einer neuen friedlichen Ära oder gar Aufbruch in einer Welt ohne Atomwaffen oder zu einer weltweiten Kooperation der Völker ansehen, aber dennoch ist es nicht anders als so, wie es war. Seit dem START-Vertrag (25) wird die Rüstungsbegrenzung abgebaut. Wie es weiter gehen wird, ist unklar.

In den USA ist (wieder einmal) eine Tendenz der Abkehr von den scharfen Tönen über die Möglichkeit und Rüstung zur direkten Konfrontation gegenüber der Sowjetunion erkennbar, die gerade Reagan bei seinem Amtsantritt („Vernichtung des Reichs des Bösen“) so in den Vordergrund gespielt hatte. Vor allen Dingen bedeutet das eine stärkere Zuwendung zu Konflikten in der „3. Welt“. Außerdem ist nach sieben Jahren und gigantischen Steigerungsraten der Rüstung auf nahezu 7 Prozent des Bruttosozialproduktes im letzten Jahr der Militärausgaben zwar noch nominell gesteigert worden, aber real bereits etwas gefallen. Zur Verringerung des gewaltigen US-Defizits sind längerfristige Ausgabenbegrenzungen per Gesetz beschlossen worden, und man kann damit rechnen, daß die Militärausgaben der USA in den kommenden Jahren bei etwa 300 Mrd. Dollar pro Jahr, d.h. auf hohem Niveau mit leicht abfallenden Anteilen am Gesamtprodukt eingefroren werden.

Für die Sowjetunion wird um allgemeinen in westlichen Schätzungen ein Anteil der Militärausgaben von rund 15 Prozent am Bruttosozialprodukt angenommen. Der Kurs von Gorbatschow, Ressourcen für andere Zwecke, für Reformen bzw. für eine Effektivierung der Wirtschaft freizusetzen, bedeutet erst einmal die Anerkennung einer größeren ökonomischen und militärischen Schwächeposition der Sowjetunion gegenüber dem Westen. Der Einschnitt in den Rüstungsanteil soll offenkundig politisch nicht über „einsichtige“ Maßnahmen laufen, sondern über den Versuch von Tauschgeschäften mit der NATO, wobei teilweise offenkundige Übervorteilung in Kauf genommen wird (s. Kasten). Die dabei verbreitete Ideologie und der idealistische Appell an die „Vernunft“ im im-

perialistischen Lager und das gemeinschaftliche Menschheitsinteresse konnten auch zum Hintergrund haben, daß die Sowjetunion sich möglicherweise, anders als in den 60er und 70er Jahren, weitgehend aus den Konflikten in der „3. Welt“ herauszuhalten gedenkt (Man vergleiche das mit der Zeit des Vietnam- oder der Nahostkriege, der Unterstützung der Befreiungskämpfe in Afrika, etc.)

Das ruft im westlichen Lager teilweise eine Mentalität wie bei Geiern hervor, die auf den Ausverkauf polnischer Störkesspositionen der Sowjetunion spekulieren. Speziell in der BRD haben sich hier von Strauß über Genscher bis hin zur SPD alle Kräfte gemeinsam eingefunden, wie im folgenden und

ka und des Einmarsches der Sowjetunion in Afghanistan noch ein großes Geschrei erhoben und eine dreiprozentige reale Steigerung der Militärausgaben beschlossen. Die BRD hat real sich daran nie gehalten; der Anteil des Militärs am Bruttosozialprodukt ist konstant geblieben und sogar leicht gefallen. Ausgerechnet jetzt wollen diese Kräfte am liebsten eine Wende herbeiführen. Das dürfte ohne äußeren Anlaß, wie ihn etwa die Briten beim Malwienkrieg zum Erhalt der dortigen Schafe für die britische Krone gesucht und gefunden hatten (der Anteil der Rüstung am britischen Bruttosozialprodukt beträgt jetzt 6%), nicht so einfach sein. Diese Töne werden sich trotzdem weiter verschärfen.

gleichen Probleme: „In Bonn werden Überlegungen amerikanischer Senatoren, das beabsichtigte amerikanisch-sowjetische Abkommen über die Halbierung der Zahl strategischer Fernraketen („Start“) mit dem Verlangen nach konventioneller Rüstungskontrolle zu verknüpfen, abgelehnt.“ (31)

Dann aber will die NATO weg von den Verhandlungen über nukleare Abrüstung und dem von Sowjetunion proklamierten Ziel einer Atomwaffenfreien Welt, das man in der Öffentlichkeit für wirksam hält, sondern die NATO will „das öffentliche Interesse auf ein anderes Thema verlagern, die konventionelle Abrüstung. Auf diesem Gebiet kann sich die Nato viel leichter auf eine gemeinsame Haltung einigen.“ (...) Darüber sind sich alle Verteidigungsminister einig: Weitere Abrüstungsbestrebungen haben sich den konventionellen Waffen zuzuwenden.“ (33)

Einen gigantischen Streit in der NATO hat die Position aller BRD-Parteien ausgelöst, auf die wir noch später zurückkommen werden. Die BRD will, nämlich gleichzeitig auch im nuklearen Kurzstreckenbereich gemeinsame Obergrenzen vereinbaren oder gar eine dritte „Null-Lösung“ für landgestützte Raketen abschließen, dazu erklärte Egon Bahr (SPD): „Es gibt keinen Richtungsstreit in den großen Parteien mehr, sondern wir sind alle der Auffassung. Jetzt darf es keine Pause geben, die Abrüstung muß weitergehen, konventionell und nuklear auf Europa bezogen.“ (...) Das ist der große Unterschied zu den vergangenen Jahren.“ (33) Aber in Bezug auf die konventionelle Abrüstung sind sich alle einig, das ist Sache der Sowjetunion.

## Jetzt rüsten wir die Sowjetunion ab

Seit die Sowjetunion erklärt hat, man könne bei solchen Abkommen auch Asymmetrien beseitigen und nachdem Gorbatschow sagte: „Wer mehr hat, muß mehr abrüsten.“ (34) sind die westlichen Politiker gänzlich aus dem Häuschen geraten. Dieses Eingeständnis „beweise, daß man im Osten umdenkt.“ (35) Der Spiegel-Militärspezialist nimmt der Verkleinerung seiner Armee keine Gorbatschow die für seine Wirtschaftsreform dringende benötigten Mittel freibekommen.“ (38) Bei Egon Bahr etwa liest sich das so: „In Moskauer Experten-Zirkeln, an Militäradakademien und in Fachzeitschriften wird — zum Teil unter Verwendung sozialdemokratischer Vokabeln — bisher undenkbares geduldet. Keine Seite, war jung in der Moskauer Zeitschrift des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen zu lesen, dürfe ein Potential zum überraschenden Angriff verbergen.“ (33) Die SPD wittert die Möglichkeit, ihre „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ jetzt in Ost und West verankern zu können, aber das klingt eher noch harmlos. Alle Märchenstörchen über die sowjetischen „überwachten Zonen“, aber das klingt eher noch harmlos. Alle Märchenstunden über die sowjetischen Panzerwalzen“ und sonstigen Überlegenheiten werden neu aufgetischt. Der aufmerksamste und langjährige AK-Leser kennt das Problem. Die Zahl der Panzer der Sowjetunion, wo alles seit 1950 mingeht, wird. Bei den neuen Panzern herrscht zwar zahlenmäßig Gleichstand, aber in NATO-Kräftevergleichen hat die SU immer doppelt soviel, denn die Sowjetunion hat noch über 20.000 Panzer, also 50 Prozent, die älter als 30 Jahre sind in ihrem Arsenal. (35)(36) Bei den Truppen herrscht zwar auch nahezu Gleichstand, aber die Zahl der Divisionen des Warschauer Paktes ist so „erschreckend“ hoch, so daß die NATO die sowjetische Überlegenheit mindestens mit 3:1 veranschlagt. Gerade mir der Aufstichung ihres konventionellen Kräftevergleichs verspricht sich die NATO-Propaganda besondere Erfolge in der Öffentlichkeit. Wir wollen das Thema trotzdem hier nicht eingehender erläutern. Das soll aber in einem gesonderten Artikel im kommenden AK nachgeholt werden. Wir wollen hier beim Thema der westlichen Abrüstungsvorschläge bleiben.

Die Pläne des neuen US-Verteidigungsministers Carlucci zielen darauf ab, daß „die Sowjets (...) ihre Artillerie, vor allem aber ihre Panzerarmeen auf den Umfang reduzieren (sollten), den die Nato-Streitkräfte derzeit bei diesen Waffensystemen haben.“ (32) Einem Bericht der „International Herald Tribune“ zufolge soll die Sowjetunion aufgefordert werden, ihren Panzerbestand von 48 000 auf 20 000 und die Zahl ihrer Artilleriegeschütze von 36 000 auf 15 000 zu senken. (37)

Fortsetzung nächste Seite

## IMMENSE MANÖVER

Von Wjatscheslaw Botkow in der sowjetischen Zeitschrift „Neue Zeit“ (5/88)

„Am 8. Dezember 1987, d.h. am Tag der Vertragsunterzeichnung, erklärte der Ministerpräsident der Niederlande, R. Lubbers, Den Haag habe seinen früheren Beschluß, die amerikanischen F-16-Jäger und die Orion-Maschinen nicht mehr im Lande zu dulden, revidiert. Diese Nuklearwaffenträger waren 1985 für unerwünscht erklärt worden. Die niederländische Regierung (...) wollte so nach ihrer Zustimmung zur Stationierung von US-Flugelraketen in Woensdrecht den Friedenskräften Wind aus den Segeln nehmen.“ (...) Manche Leute könnten da sagen, dies sei gar nicht so wichtig. Ja, die Entscheidung der holländischen Regierung hat das Kräfteverhältnis nicht verändert. (...) Doch dieses Signal ist symptomatisch.

Keine Woche war vergangen, da erklärten die Verteidigungsminister Großbritanniens und Frankreichs in London, sie wollten gemeinsam eine luftgestützte Flugelrakete entwickeln. Diese Erklärung wurde von vielen Experten und Journalisten als Absicht gewertet, für die bevorstehende Vernichtung der amerikanischen Euroraketen einen gewissen „Ausgleich“ zu schaffen. Der britische Verteidigungsminister Younger versuchte, diese Schlussfolgerung zu widerlegen. Es geht nicht um Ausgleich, betonte er, sondern um eine normale Modernisierung. Doch entscheidend sind hier nicht die Begriffe, sondern das, worum es wirklich geht. (...) Zumindest trägt sie nicht zu einem Fortschritt bei der Abrüstung bei.

Am 16. Dezember gaben die Vereinigten Staaten die Aufnahme der Produktion neuer strategischer Waffen bekannt. (...) Am gleichen Tag (...) betonte das strategische Verteidigungsministerium (...) in einer Erklärung, daß die Entwicklung neuer strategischer Waffen die bevorstehende Unterzeichnung des INF-Vertrages nicht verhindern wird.

Am 16. Dezember gaben die Vereinigten Staaten die Aufnahme der Produktion neuer strategischer Waffen bekannt. (...) Am gleichen Tag (...) betonte das strategische Verteidigungsministerium (...) in einer Erklärung, daß die Entwicklung neuer strategischer Waffen die bevorstehende Unterzeichnung des INF-Vertrages nicht verhindern wird.

Am 16. Dezember gaben die Vereinigten Staaten die Aufnahme der Produktion neuer strategischer Waffen bekannt. (...) Am gleichen Tag (...) betonte das strategische Verteidigungsministerium (...) in einer Erklärung, daß die Entwicklung neuer strategischer Waffen die bevorstehende Unterzeichnung des INF-Vertrages nicht verhindern wird.

(...) Schwarznadse in Bonn das umfassende Abrüstungsprogramm dar, mit dem Moskau das in Washington Begonnene fortführen möchte. Am gleichen Tag meldete sich der NATO-Oberbefehlshaber für Europa (...) zu Wort. Er erklärte unverhohlen seine Ablehnung dagegen, der „doppelten Null-Lösung“ eine dritte folgen zu lassen. Angeblich müsse man zunächst den Abbau der strategischen Arsenale vereinbaren und das Problem der konventionellen Waffen lösen und erst dann könne man die Frage der taktischen Nuklearwaffen angehen. Es sei also noch zu früh, sich hierzu zu äußern. Vielleicht sei es gerade der richtige Augenblick, die Arsenale aufzuräumen. (...) Die führenden Vertreter des Westens (...) sagen in der Regel, dieser Schritt sei nicht möglich, da die UdSSR bei den konventionellen Waffen eine „erdrückende Überlegenheit“ besitze. (...) dann ist es unverständlich, warum der konkrete Vorschlag der Länder des Warschauer Vertrages (...) schon anderthalb Jahre unbeantwortet bleibt. (...) So erklärte Ledogar, Leiter der US-Delegation bei den Wiener Verhandlungen, in einem Fernsehinterview (...). Vorrang müsse der Abbau der Landsirenkraft haben. Was die Luft- und Seestreitkräfte angeht, so sei die Erörterung dieser Fragen angeblich auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Warum? Offenbar deshalb, weil bei der ersten Kategorie der Osten, in den anderen beiden Bereichen aber der Westen vorn liegt. Oder ist zu einem Panzer gefährlicher als ein Bombardier oder ein Flugzeugträger?!

Angenommen aber, den Seiten ist es gelungen, ein konventionelles Rüstungsgleichgewicht auszumachen. Wird dann der Nordatlantikpakt einer Beseitigung der Nuklearwaffen zustimmen? NATO-Generalsekretär Lord Carrington beantwortet diese Frage so: konventionelle Waffen haben selbst bei einem Kräftegleichgewicht noch nie einen Krieg verhindert. Und deshalb „bleiben aktive wie passive Nuklearwaffen eine Notwendigkeit.“ Der Kreis schließt sich. (...)

Doch kann man tatsächlich das Wettrennen beenden und zur Abrüstung übergehen, wenn ein Verhandlungspartner spürt, daß man ihn auslachen, daß man ihn über Ohr haben will?

## Die konventionelle Abrüstung

Verhandlungen sollen die „konventionelle Rüstung vermindern“ erklärten die sechzehn NATO-Regierungschefs am 2.3.88 in Brüssel. „Kernproblem der Sicherheit“, so Kohl, sei die „konventionelle Überlegenheit des Warschauer Paktes“. Man müsse jetzt Gorbatschow beim Wort nehmen, der angeboten habe, Logischgewichte durch asymmetrische Reduzierungen abzuschießen. (30) Der Vorschlag des NATO-Gipfels, jetzt über konventionelle Rüstungen zu verhandeln, gilt aber erst für das kommende Jahr, denn: „Zunächst kommt es darauf an, daß die Westeuropäer dem amerikanischen Senat helfen, dem INF-Abkommen zuzustimmen. Sie dürfen es dessen Gegnern nicht zu leicht machen, indem sie die Vertragsverwirklichung von gleichzeitigen Fortschritten bei der Begrenzung konventioneller Rüstung in Europa abhängig machen.“ (27) Die Rüstung braucht eine Zweifelhalszustimmung im US-Parlament. Inzwischen gilt diese Zustimmung als gesichert, aber einigen Senatoren reicht es keineswegs, daß die Sowjetunion nach dem Vertrag mehr Mittelstreckenraketen abzubauen hat, da sollte sie noch ein bisschen konventionelle Abrüstung draufzahlen. Das gilt es zu verhindern, denn „sonst erlahme der Schwung, der den nächsten Schritt eines Abkommens über den (...) Abbau der Fernwaffen beider Großmächte ermöglichen (...) soll.“ (27) Aber da gibt es die







80.000 Akten verschwunden:

Document-Center zur Übergabe bereinigt?

„Die freie Welt kann es sich nicht leisten, daß ehemalige führende Nationalsozialisten geschützt durch eine Art Gentleman-Abkommen, ihre Vergangenheit nicht zu errörern oder zu enthüllen. In hohen Ämtern vertrieben. In einem Land mit einem so komplizierten beunruhigenden und gefährlichen politischen Hintergrund wie dem Westdeutschlands überwiegt das Risiko des Verschweigens bei weitem das Risiko der Enthüllung.“ (1) Der amerikanische jüdische Kongreß protestierte damals gegen eine stillschweigende Übereinkunft zwischen dem amerikanischen Außenministerium und der Bundesregierung, keine Auskünfte mehr über die frühere Rolle ehemaliger Nationalsozialisten in der Bundesrepublik zu erteilen. Es war bekannt, daß in den Stahlkammern des unter amerikanischer Aufsicht stehenden Document-Center belastende Akten sich ehrenwerter Persönlichkeiten wie z.B. Hans Filbinger, Hans Globke, Kurt Georg Kiesinger, Theodor Oberländer oder Hans Martin Schiewer abgesichert wie sich hinverjähren. Möglicherweise wurde dieses Problem zwischenzeitlich auf andere Art und Weise gelöst. Etwa 10000 bis 80000 Akten sind in dem Document-Center gestohlen worden. Mindestens 10000 dieser Akten gelten als „hochbrisant.“ (2)

Jahrelang wurden massenweise Akten aus den Berliner Document-Center geschleppt

Nach offizieller Lesart wurden die jetzigen Aktivitäten durch einen anonymen Anruf ausgelöst. Die Westberliner Justiz soll mit einem halben Jahr Verspätung eingeschaltet worden sein. Inzwischen wird gegen den stellvertretenden Leiter des Document-Center und weitere Beamte ermittelt.

Bei einer Hausdurchsuchung wurden Hunderte Kopien von Originalen gefunden, die aus dem Document-Center stammten. Die Originale wurden im „Antiquariat und „Militaria“ in Berlin-Mitte gekauft. Im Jahr 1987 wurden in München und Hamburg Originale gefunden, die mit den in Westberlin sichergestellten Fotokopien übereinstimmen. Im „Hanseatischen Auktionshaus für Historica“ (Hamburg) wurden 900 Dokumente mit einem Verkaufspreis von 200 bis 5000 Mark beschlagnahmt. Der Besitzer, A. Schäfer, ist in dieser Szene eine Schlüsselrolle spielen. Gegen ihn wurde im gleichen Zusammenhang 1983 ermittelt. In einem Münchner Milieu-Laden wurden 600 Dokumente sichergestellt.

Es wird in dieser Sache nicht zu vernachlässigen, daß 1982 äußerte der Leiter des Bundesarchivs in Koblenz, Hans Booms, gegenüber dem Bundesinnenminister, daß die Akten nicht mehr aufzubewahren. Nach Durchsicht,

1986 gab es bereits den Verdacht, daß Akten nicht mehr auffindbar seien. Nach Darstellung des Westberliner Justizsenators Scholz gab es 1983 erste Hinweise seitens der US-Mission, daß in Stuttgart und Fulda Originalunterlagen aus dem Center aufgetaucht sein sollten. Damals hatten ganze 17 Blätter als entwendet gegolten, die aber nicht als relevant eingestuft worden seien. In Großbritanien tauchten 50 Dokumente auf. Im Frankfurter Raum wurden etwa 20 bis 30 Unterlagen gefunden. Die Ermittlungen wurden 1986 ergebnislos eingestellt. Scholz erklärte im Rückblick, er habe keine Ahnung bekommen, daß die Öffentlichkeit über die Aktenhebstätigkeit und die Ermittlungsversuche in München, Heinz G. v. Bismarck, Vorsitzender der jüdischen Gemeinde Berlin, in einem Brief an US-Außenminister Shultz: „Es ist sicher unverständlich, daß unter diesen Umständen den bereits seit dem Jahr 1982 dieser Skandal wenigen Eingeweihten bekannt ist und daß in die desbezüglichen Nachforschungen auch deutsche Stellen involviert sind, ohne daß irgend etwas von den dunklen Ereignissen im „Document-Center“ an die Öffentlichkeit gedrungen wäre.“ (3) Für ihn sei der Eindruck entstanden, daß offizielle Stellen die skandalösen Vorgänge vertuschen wollten.

„Was ist eine politisch heiße Kartoffel?“

Die Hintergründe und die damit verbundenen Absichten der jahrelangen Diebstähle werden ganz unterschiedlich interpretiert und bewertet. Für die Berliner Staatsanwaltschaft geht es um Hehlerei. Der Handel habe die Absicht gehabt, hohe Gewinne zu erzielen. Ein Hinweis auf Erpressungen liege nicht vor. Allerdings wird davon ausgegangen, daß das Verschwinden der Akten nicht von einer Einzelperson, sondern von einer „ganzen

Clique“ zu verantworten sei. Nach Ansicht von Scholz liegt die Vermutung nahe, daß auf Bestellung gestohlen worden sei. Für die „Berliner Morgenpost“ steckt hinter dem Fall eine Organisation, die die Akten zur Erpressung benutze. Der Leiter der Ludwigsburger Zentralsstelle zur Verfolgung von Nazi-Verbrechen, Oberstaatsanwalt Stein, hat Zweifel, ob die gestohlenen Akten zu Erpressungszwecken benutzt werden könnten. In der Ludwigsburger Zentralsstelle sei schließlich in den Jahren 1965 bis 1972 eine systematische Aufklärung von Nazi-Verbrechen erfolgt. Außerdem hielten die Akten des Document-Center keine konkreten NS-Verbrechen fest. Der Präsident des Bundesarchivs in Koblenz, Heinz Booms, geht durchaus von Erpressung aus. Heinz Galinski sieht als Täter „bestimmte Kreise, die zu den Belasteten gehören und ein Interesse daran haben, daß ihre Akten der Öffentlichkeit nicht zugänglich sind.“ (4)

Ein Blick in das Document-Center macht die möglichen Interessen gewisser Kreise an den Akten schon etwas deutlicher. Einer, der es nun ganz genau wissen muß, der amerikanische Direktor des Document-Center, Daniel P. Simon, äußerte sich am 20. Februar 1978 in einer Panorama-Sendung zu dieser Thematik. Das Document-Center sei für ihn eine „politisch heiße Kartoffel, oder etwas mehr als das“, weil eine „Menge Leute noch sehr lebendig (sind), die Mitglieder in der SS oder der Partei waren.“ Es sei „sicher, bräute man ihre Namen in Verbindung mit ihren Aktivitäten, so würden sie und die deutsche Regierung Schwierigkeiten bekommen.“ (5)

Akte eines Richters: 250 Todesurteile gefällt und wieder unbelangt und unangefochten im „Dienst“

Im Document-Center lagern etwa 30 Millionen Akten. Es sind keinesfalls nur Karteikarten, sondern auch komplette Schriftwechsel.

Es gibt in diesen Akten, so der Journalist Götz Aly, sehr wohl Unterlagen, die unmittelbar zu Ermittlungsverfahren Anlaß geben könnten. Es handelt sich weniger um Personalakten sondern eher um personenbezogene Dokumente, die nach Namen ausmündelungen und anderen zugeordnet wurden. Einzelne Blätter liegen lose und unnummeriert in Mappen. (6) Die Historikerin H. Brenner (die Anfang der vierziger Jahre Zugang zu Dokumenten aus den in Nürnberg zum Tode verurteilten NS-Mitgliedern Alfred Rosenberg hatte, fand vielfältige Verflechtungen der Altprominenz mit dem Kulturbetrieb der Nazis und „haufenweise gefleckte“ Akten. (7)

Dort lagern unter anderem die Nazis und nationalweises „geledderte“ Akten. (7) Dort lagern — die NSDAP-Mitgliederkartei, zu neunzig Prozent komplett, mit mehr als zehn Millionen blauen, gelben und grünen Original-Karteikarten, oft mit beige beklebten Photographien. — etwa eineinhalb Millionen Akten mit Parteikorrespondenz, bis hin zu den Gehaltsstreifen NS-Besoldeter oder Verletzungsmeldungen, die nach Auseinandersetzungen mit Kommunisten beim „Amt für Unterstützungsfonds der NSDAP“ eingereicht wurden, — rund 90 000 Akten des Obersten Parteigerichts, mit Lebensläufen von Richtern und Beisitzern und Angaben über Ausschließungsgründe, unter anderem Vertrauensbruch, Freimaurerei oder Homosexualität. — Karteikarten von 800 000 SA- und SS-Mitgliedern, Personalunterlagen der allgemeinen SS und der Waffen-SS ab Unterschriftsbeleg, vollständig zu 70 Prozent wie der SA, eine Viertelmillion Blätter, sortiert mit Lebenslauf und Lichtbild. — 218 600 Dossiers des Rasse- und Siedlungshauptamtes. — Akten über „Blutrichter“ über Verfahren am berüchtigten Freislerschen Volksgerichtshof (ca. 50 000 Stück). — Aktenansammlungen über die Reichsärztekammer (72 000), des NS-Lehrerbundes (491 761) und der Reichskulturkammer (185 000).

Handgeschriebene Huldigungen an NS-Größen bis hin zum „Führer“, — Unterlagen über rund 2,3 Millionen „Volksdeutsche“ die zur Zeit des Nationalsozialismus nach Deutschland kamen. David Binder, der erste Berichterstatter, der das Document-Center besuchen durfte, sah Holzschubladen mit den Namen „Theodor Oberländer“ oder „Gerhard Schröder“. Die Akten über von Nazi-Gerichten verhängten Todesurteilen werden in riesigen unterirdischen

Kammern hinter Stahl Türen aufbewahrt. (8)

Der Grundstock des Document-Center ist die fast vollständige Kartei der NSDAP. Sie wurde am 30. April 1945 von US-Alliierten Truppen aus einer Papiermühle bei München geholt. Zwei Wochen zuvor hatten die Nazis tonnenweise Akten dorthin transportiert, um alle Beweise vor den anrückenden alliierten Truppen zu vernichten. Weitere Teile des Archivs stammen aus Aktenbeschlagnahmen, die nach 1945 in verschiedenen Städten durchgeführt wurden. Das Document-Center wurde dann zu einer zentralen Sammelstelle. Der Sowjet-Union, der DDR und anderen sozialistischen Staaten wird bis heute Auskunft und Zugang verweigert.



Drohende Schatten für die einen, Herrschaftsinstrument für die anderen ....

Die unverfälschte Existenz einer so reich umfangreichen Sammlung von Dokumenten über Verbrechen, Verstrickungen, Beteiligungen an Massenmorden und Mordbefehlen während der Zeit des Nationalsozialismus, bereitet offensichtlich einer Menge Menschen, die nun in viel Geschick und Geld ihre nationalsozialistische Gesinnung und Vergangenheit mit einem neuen, demokratischen Outfit versehen halten, anges Kopfschmerzen. Auch die US-Alliierten bekamen ihre Schwierigkeiten mit diesem historischen Erbe, verstanden sie doch damit ganz unterschiedliche Interessen. War möglicherweise unmittelbar nach dem Sieg über den Nationalsozialismus auf Grund des erlebten Grauens an eine ernsthafte Anklage, Verurteilung und Entnazifizierung gedacht, veränderte sich dies mit dem Interesse an einer Bundesrepublik. In Bonn wurde es beschlossen, daß die Karteikarten, die dort lagen, (Jahre die Bollwerke gegen den Osten werden sollte (Remilitarisierung, Kalter Krieg, Nato usw.). Die dort gelagerten Dokumente belasteten viele der bundesdeutschen Garantien dieser Politik (Schröder, Globke, Kiesinger, Lübke, Gerstenmeier und und und ...). Diese Akten mußten also unter Verschluss, bzw. je nach Lage nutzbar bleiben. Bekannt ist auch, daß zahlreiche NS-Verbrecher, die im militärischen, geheimdienstlichen, wissenschaftlichen oder politischen Bereich tätig waren, vor allem vom amerikanischen Geheimdienst mit neuer Visa ausgestattet, wenn nötig außer Landes geschickt, gedeckt und einer Strafverfolgung entzogen wurden (beispielsweise konnte der „Schlachter von Lyon“, Klaus Barbie auf diesem Wege untertauchen). In einem solchen politischen Klima mußten die brennenden Dokumente solange unter absolutem Verschluss und einer kritischen Öffentlichkeit vorzuenthalten bleiben, bis man das Verbotnis in jeder Weise entsprechend den eigenen oder den Interessen der befreundeten Verbündeten im Griff hatte.

Das wird an den sich nun seit Jahrzehnten hinziehenden Übergabeverhandlungen und den rigiden Zugangsregelungen deutlich. Karl Heinz Hansen, ehemaliger SPD-Abgeordneter, wegen seiner hartnäckigen Bemühungen um eine Nutzung des Document-Center zur Strafverfolgung ehemaliger Nazis auch unter den ehemaligen Parteifreunden unbeliebt, spricht von einer „Schutzgemeinschaft“ der Regierungen in Washington und Bonn zum Zwecke „alle Lücken zu stopfen, aus denen heraus Informationen hätten an die Öffentlichkeit kommen können über das Wirken prominenter Nazis, die in die Dienste der beiden Regierungen wechselten.“ (9)

In den ersten Jahren nach 1945 wurde das Archiv hauptsächlich für die „Sicherheitsbedürfnisse“ der westlichen Alliierten ausgewertet — womit sicherlich sehr

unterschiedliche Dinge gemeint sind. Späterhin wurde auch den mit der Entnazifizierung beauftragten Spruchkammern und deutschen Behörden in den West-Zonen Auskunft erteilt, aber grundsätzlich nur an „Behörden sowie Gerichte und Staatsanwaltschaften, sofern ein rechtliches Interesse glaubhaft gemacht wird.“ (10) Einzelpersonen, auch Rechtsanwälte wie Opfer von NS-Opfern, Kulturschaffende wie z.B. Bernd Engelmann (welche Einsicht in die Schleyer Akte) erhalten keine, es sei denn, das Innenministerium erteilt eine Genehmigung. „Grundlage der Bearbeitung von Benutzungsanträgen deutscher Staatsbürger sind im wesentlichen mündliche Absprachen zwischen der deutschen und amerikanischen Seite aus dem Jahre 1958. Da



nach bedürfen solche Anträge einer Befürwortung des Leiters des Geschäfts bereits des Innenministeriums in Berlin, der vorher die Stellungnahme des Bundesarchivs einholt.“ (11) Wie peinlich genau vor allem die Bundesregierung auf den Zugang achtet, wird an einer Auseinandersetzung aus dem Jahre 1960 deutlich. Damals wurde englischen Journalisten die Einsicht in die Akten Oberländer, Schröder und Globke verweigert. Insbesondere amerikanische Journalisten hatten ihr Verlangen erhalten, bestimmte Einzeldokumente ehemaliger NSDAP-Mitglieder einzusehen. Diese Regelung wurde aber ganz plötzlich gestoppt, weil „aus Kreisen der Bundesregierung dringend gebeten worden war, auch US-Journalisten keine Einsicht mehr zu gestatten. Die Journalisten hatten sich im Zusammenhang mit der antisemitischen Unatmosphäre sehr für die Akten gegenwärtiger und früherer Bundesminister interessiert.“ (12) Bis auf eine Ausnahme — den Lechmann-Prozess in Israel — hat das Document-Center nie eine Originalakte herausgeliefert.

Seit 1967 drängen die USA auf eine Einsicht — nur das Document-Center nie eine Originalakte herausgeliefert. Seit 1967 drängen die USA auf eine Übernahme des Document-Center in bundesdeutsche Verantwortung, was allerdings bis heute scheiterte. 1967, weil die USA auf einem Zugangsrecht beharrte und jüdische Verträge in den USA Sorge hatten, der Zugang könne erschwert werden. 1970 wurde die Bundesregierung aufgefordert, wegen der Verjährung der Nazi-Verbrechen (1974) das Archiv zu übernehmen, und mit dem 1968 in Kraft getretenen § 50 Abs. 2 des Strafgesetzbuches wurde die Verfolgung von Nazi-Verbrechen vom Parlament erschwert. Begünstigt wurde durch rückwirkende Verjährung die an NS-Mordtaten beteiligten Angehörigen des Reichssicherheitshauptamtes. 1971 waren es dann „Probleme mit dem Berlin-Status“. 1972 „Probleme mit der Benutzungsordnung und Bewachung“. 1973 mit „finanziellen, hauswirtschaftlichen, sozialen Fragen der Beschäftigten, Fragen der Sicherheit des Archivs gegen gewaltsame Übergriffe“. 1974 waren die beidseitigen Differenzen zu groß und die „Bundesregierung hielt es nicht für opportun die Verhandlungen in der Sache weiterzuführen“. 1976 ist es zu keiner Einigung gekommen, weil die USA den uneingeschränkten Zugang nicht gesichert sahen. 1979 sagte der damalige Bundeskanzler Schmidt die Übernahme bis 1981 zu. (13) Im Dezember 1982 gab es einen angeblich unterschrittsreifen Vertragsentwurf und genügend finanzielle Mittel, aber aus „technischen und juristischen Gründen“ werden die USA die Übergabe 1982 jedoch nicht vollziehen können.“ (14)

1984 wurde eine Änderung der Zugangspraxis verlangt, da die jetzigen Vorschriften „Willkür ermöglichen, die tatsächliche Benutzung verhindern und dem Schutz der ehemaligen Nationalsozialisten dienen.“ (15)

Das gegenwärtige Problem scheint also zu sein, wie das Document-Center in

die Verantwortung der Bundesregierung übergeben werden kann, ohne es zugleich öffentlich zugänglich zu machen. Die Voraussetzungen sind von Bundesinnenminister Zimmermann nun mit dem am 6. Januar 1988 verabschiedeten Bundesarchivgesetz. „Die Benutzung (ist) nicht zulässig, soweit Grund zu der Annahme besteht, daß das Wohl der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder gefährdet würde oder schutzwürdige Belange Dritter entgegenstehen, oder die Geheimhaltungspflicht ... des Strafgesetzbuches oder anderer Rechtswissenschaften des Bundes über Geheimhaltung verletzt wird.“ Zimmermann wäre auch ermächtigt, eine Benutzungsordnung zu verordnen — im Einvernehmen mit dem Kriegsminister, so in die bisherige Praxis.

„Die deutschen Erben wollen ihren Nachlaß nach mindestens 14 Jahre ausschlagen. 1990“ so habe die Washington Post errechnet, „wären alle Funktionäre des Hitler-Regimes tot.“ (16) Sollte es den noch einen Überlebenden geben, so wird die restriktive Benutzungsordnung dafür sorgen, daß es nur noch „späte Geburten“ geben wird. Und diese fühlen sich für die se Vergangenheit nicht mehr verantwortlich. Adorno hat das einmal so bezeichnet: „Ich betrachte das Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie als potentiell bedrohlicher denn das Nachleben faschistischer Tendenzen gegen die Demokratie, nur darum machen zwischige Figuren ihr Come back in Machtpositionen, weil die Verhältnisse sie begünstigen.“ (17)

Wo liegt der eigentliche Skandal...?

Die bisher bekannt gewordenen Fakten um die jahrelangen Aktenhebstähle aus dem mit Stahldraht umgebenen und angeblich streng bewachten Document-Center sind sehr widersprüchlich und werfen eine ganze Menge Fragen auf. Wie ist es möglich, daß im 1983 — in die sem Jahr ermittelt, soweit bekannt, die Staatsanwaltschaft zum ersten mal wegen 17 nicht aufzählbarer Akten — bis 1987 70 983 Akten unbemerkt die Sperren verließen. Doch wohl nicht nur in Aktenaschen, die unverständlicher Weise erst seit 1988 kontrolliert werden. Die Tatsache, daß der florierende Aktenhandel in Insiderkreisen seit langem bekannt ist, andererseits aber keine ausreichenden Sicherheitsvorkehrungen getroffen wurden, läßt auf Absicht schließen.

Widersprüchlich ist die unterschiedliche Bewertung der gestohlenen Akten. Wird einerseits gesagt, daß bereits in den 50er Jahren mehrere Dutzend Staatsanwälte die Aktenberge durchgekämmt haben und keinerlei bedeutsame Akten dort mehr lagern, die wichtigsten Akten sicher verschlossen seien, ließe es andererseits es seinen mindestens 10000 „brisante“ Akten gestohlen, die sich durchaus zu Er verschaffen seien, nicht es andererseits es seinen mindestens 10000 „brisante“ Akten gestohlen, die sich durchaus zu Erpressungen eignen. Ebenfalls ist bekannt, daß dort Akten agern, die eine Grundlage für Strafverfolgung bieten.

Eindeutig steht bisher lediglich fest, daß geklaut wurde, daß es einen schwindehaften Handel im Militär-NS-Bereich gibt. Es ist auch vorstellbar, daß auf Bestel geklaut wurde, entweder zum Zwecke der Erpressung oder zur Beseitigung des Schattens aus der Vergangenheit. Was aber kann sich an wirklich bedeutenden Akten dort noch befinden, wenn Staatsanwälte, Behördenvertreter Geheimdienste und sonstige „Beauftragte“ die Akten seit Jahren auf „Brisantes“ durchsieben und geg. besetzt gegen Konvert die bundesdeutsche Justiz im Umgang mit der Bewältigung der eigenen Vergangenheit und der Strafverfolgung und Verurteilung von Nazi-Verbrechern kennt, wird genug Phantasie haben, um sich vorstellen zu können, daß hier schon frühzeitig auch um Sinne einer Strafverhinderung gewühlt und gesiebt wurde.

Die jetzige Aufregung könnte auch ein Versuch sein, zu vertuschen, daß eine Menge bedeutsamer Akten im Sinne einer Bereinigung vor einer Übergabe verschwunden sind, und mit den Zahndespierereien erhebliche Verwirrung geschaffen wird, etwa in dem Sinne, daß es bei einer solchen schlampigen Aktenführung und Kontrolle der Unterschiede zwischen 80 000, 100 000 oder noch mehr nicht mehr so groß und verwunderlich ist. Der Kreis, der einen Überblick hat, was dort wirklich lagert oder lagerte dürfte denkbar klein sein.

Wahrscheinlicher ist allerdings, daß die jetzigen Aktivitäten von der Springer-Presse vor allem zum Ziele haben. Druck auf politischer Ebene auszuüben, um das Document-Center möglichst rasch über eine Zimmermannsche

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

Benutzungsordnung auf Grundlage des neuen Bundesarchivgesetzes unter Kontrolle zu bringen.

Ob eine Übergabe des Document-Center unter bundesdeutsche Verantwortung eine wünschenswerte Lösung ist, als die jetzige amerikanische Zuständigkeit. Aufsicht erscheint nicht nur angesichts der hierzulande herrschenden Vergangenheitsbewältigung, sondern auch im Zusammenhang mit der Behandlung von NS-Prozessen (schleppende Strafverfolgung, diskriminierende Behandlung der NS-Opfer und Belastungszeugen, geringe Verurteilungsquote und Strafmäß, häufige Freisprüche mangels Beweisen, oder Einstellung der Verfahren wegen Prozessunfähigkeit usw.) aussicht zu sein.

Erinnert sei daran, daß die Nachkriegsjustiz keinen „Blutrichter“ verurteilt hat. Nicht einmal eine Beugung war erforderlich.

Gegen die Richter des Volksgerichtshofes wird nicht mehr ermittelt — und diese Akten liegen im Document-Center.

Zimmermannsche Aufsicht über das Document-Center wird möglicherweise vorhandene „brisanter“ Akten für ewig — wo auch immer — verschwinden lassen. Verlust von Beweismaterialien durch schamlosen Umgang oder Vernichtung mit stillschweigender Duldung, bzw. Beteiligung staatlicher Stellen ist hierzulande ja nicht ganz ungewöhnlich. Zu erinnern wäre an die sogenannten „RAF-Schwarze“ in Stammheim (Versuch lang der entscheidenden Spur 6), die korrupten Schiebern der Atom-Mafia (Nuklear-Aktem-Transaktion) der L. Brand Deal mit Südafrika — und alle sonstigen in der letzten Zeit bekanntgewordenen Skandale, an denen führende Politiker der BRD beteiligt waren.

Die Frage, unter welcher Aufsicht das Document-Center stehen wird, ist relativ belanglos, wenn folgende Forderungen erfüllt sind:

— Der Dokumentenbestand muß gegen Diebstahl, Feuer oder sonstige Zerstörungsmöglichkeiten u. a. auf Mikrofilm gesichert werden.

Der öffentliche Zugang zu allen Akten muß gesichert sein, strafrechtliche Ermittlungen und wissenschaftliche Forschung müssen unbehindert und ohne Verzerrung der Sachbehörden möglich sein.

Alle Dokumente auch die feindlichen müssen exakt erfasst werden.

Parallel oder vor einem solchen Schritt muß offengelegt werden, welche und wie viele Akten fehlen, wie groß der tatsächliche Umfang der dort gelagerten Dokumente ist, welche Akten an andere Ins zu ihnen abgegeben wurden und wie der ursprüngliche Aktenbestand rekonstruiert werden kann. Ein bereinigtes Archiv hätte für die Öffentlichkeit nur bedingten Wert.

Die Entscheidung über die zukünftige werden kann. Ein bereinigtes Archiv hätte für die Öffentlichkeit nur bedingten Wert.

Die Entscheidung über die zukünftige Organisationsform des Document-Center (Stiftung, Curatorium, Institut, Forschungsstätte, Mahnmahl und Gedenkstätte usw.) sollten wirklich ausschließlich jenen fällen, die vor allem unter der Herrschaft des Nationalsozialismus und gegenwärtigen gelten haben, was in dem Document-Center mit allen Mitteln geheimgehalten wird.

Heinz Gunkel hat auf die Bedeutung des Document-Center in seinem Brief an US-Außenminister Shultz hingewiesen: „Meine Empörung über diesen Unbestand wird noch größer angesichts der Stimmen aus gewissen Historikerkreisen, die es heute noch und wieder versuchen, die historische Wahrheit, die mit den besagten Akten zu belegen gewesen wäre, zu leugnen und zu verharmlosen. Erst wenn man bedenkt, daß es maßgebliche Historiker gibt, die die Einmaligkeit der NS-Verbrechen zweifeln unterziehen, und der Wert dieser Dokumentation für die Aufklärung der heranwachsenden Generation im vollen Ausmaß deutlich.“ (18)

Cl.

- Anmerkungen:
- (1) Baseline-Tagesanzeiger, 10. Februar 1980
  - (2) Frankfurter Rundschau, 12. Oktober 1977
  - (3) Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, 28. Februar, 1988
  - (4) Der Spiegel, 8/1988
  - (5) Deutsche Volkszeitung, 18. Februar 1988
  - (6) taz, 17. Februar 1988
  - (7) Der Spiegel, 8/1988
  - (8) Daily Mail, 20. Januar 1980 und Berliner Morgenpost, 5. Folge, Februar 1988
  - (9) Deutsche Volkszeitung, 18. Februar 1988
  - (10) Ehemalige Staatsminister Hans-Jürgen Wischniewski, 2. Februar 1976
  - (11) Bundesinnenminister Zimmermann, 22. November 1982
  - (12) PPP, 25. Januar 1980
  - (13) Leitzers aus Karl-Hans Hansen: Die ungeliebten Akten des US-Document-Center in DZ, 18. Februar 1988, ein sehr ausführlicher Artikel zu der ganzen Übernahme-Ausensatzsetzung
  - (14) a. (13)
  - (15) Antrag der Berliner SPD-Fraktion, a. (13)
  - (16) Die Welt, 7. Februar 1979
  - (17) Theodor W. Adorno: Erziehung nach Auschwitz, Suhrkamp Taschenbuch, S. 10
  - (18) Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, 18. Februar 1988

# Ausgrenzung und Assimilationismus — die zwei Seiten der kulturell-rassistischen Medaille

## Von Yaron Matras



### I. Staatliche Politik

Wer im letzten halben Jahr die Diskussion um das Wahlrecht für Einwanderer aufmerksam verfolgt hat, dem dürfte eine auf den ersten Blick äußerst merkwürdige vorkommende Taktik der CDU aufgefallen sein. Ihren Versuch, aus der Debatte herauszukommen (das Thema „Wahlrecht“ wurde im letzten Punkt von den Gewerkschaften und der SPD aufgegriffen) und in die Offensive überzugehen knüpfte die Regierung an die Diskussion über die Rechte der Ausländer. Die CDU forderte die Bundesregierung, das Wahlrecht für Ausländer zu überlegen. Das kommunale Wahlrecht sollte nur eine Teil-Gleichheit, eine Teil-Integration dar, die CDU dagegen wolle die volle Gleichstellung durch die erleichterte Einbürgerung erreichen, als „Abschluß eines vollständigen Integrationsprozesses“, wie es Staatssekretär Springer ausdrückte (1).

### Eliminierung der Unterschiede

Nun wie kam es dazu, daß es der CDU kam?

### Eliminierung der Unterschiede

Nun weiß jeder, daß es der CDU kaum darum geht, das von den Sozialdemokraten verbal propagierte, begrenzte Mitbestimmungsrecht für „ausländische Mitbürger“ zu erweitern. Die „erleichterte Einbürgerung“ — wie das gesamte Konzept der Integration — ist vielmehr ein Zieldarstellung in der Politik, die gemeinsam die deutsch-nationale, mit dererfeindliche Politik charakterisieren. „Integration ist nur möglich bei strikter Begrenzung des weiteren Zugangs“, sagte Springer und wiederholte damit die bekannten Prinzipien der „Ausländerpolitik“ Zimmermanns. „Begrenzung, Rückkehrförderung, Integration.“ Eine widersprüchliche „Aufnahmebereitschaft“ von „Fremden“? Wohl kaum, denn die politische Ordnung der BRD, die sich durch das gemeinschaftliche, national-ethnische Bewußtsein legitimieren läßt, fühlt sich durch die Existenz von ethnischen Minderheiten, die das Bekenntnis zum nationalen Staat nicht von vornherein ablehnen können und wollen, schlicht und einfach verunsichert. Diese fallen aus dem Rahmen des nationalen Grundkonsens heraus. In ihrer kulturellen Selbständigkeit „steckt ein Stück Systemkritik und ein mögliches Widerstandspotential“ (2). Eine Herrschaftsform, die ihre Untertanen durch die Betonung der gemeinsamen Abstammung sowie der kollektiven „Schicksalsgemeinschaft“ zur Loyalität auffordert, kann in diesem sehr hohen Bereich keine Gegensätze tolerieren. Der leitende Faden jeder rassistischen Politik ist daher die Eliminierung von Unterschieden innerhalb der Gemeinschaft, entweder durch die Abgrenzung von anderen bzw. ihre Ausgrenzung aus der Gesellschaft überhaupt, oder durch die Novellierung der kulturell-ethnischen Unterschiede, durch die Verleihung kultureller Rechte, durch die Assimilation oder die „kulturelle Integration“.

In diesem Sinne bildet das Zimmermannsche Drei-Punkte-Programm aus der Sicht der Bundesregierung den idealen Weg zur Bewältigung der Post-Amerbestopp-Realität. Neue dürfen nicht sein, dazu die Verschärfung der Asylgesetze und des Familiennachzuges; so viele wie möglich sollen raus, dazu die „sanfte“

Förderung der „Rückkehrbereitschaft“ sowie die „charter“ Verschickung. Diese bilden die eine Seite der rassistischen Politik, nämlich die Ausgrenzung. Diese Ausgrenzung wird durch Argumentationen begleitet. Basierend auf der existierenden politischen Ordnung auf der wirtschaftlichen Macht der herrschenden Klasse und Kreise, und sehen sich diese zu Zeiten einer Wirtschaftskrise durch den Unmut der Bevölkerung in ihrer Herrschaft verunsichert und zur „Entscheidung“ der Immigration zur Verfügung weiterer Spannungen auf der Welt. Man erwartet, daß die Regierenden sich eben dieser auf die Lage der Wirtschaft bezogenen Argumentation zur Legitimierung ihrer Schritte bedienen. Schaut man aber die Zeitung auf, dann sieht man, daß diese Argumentation nur einen Teil, oft sogar einen relativ geringen Teil der Äußerungen diverser Regierungsvertreter ausmacht.

### Rassismus als kollektive Erfahrung

### Rassismus als kollektive Erfahrung

Wenn es um die Schließung der Grenzen geht, wird die Bevölkerung vor der Gefahr der „Kulturzerfremdung“ gewarnt und gegen einen vermeintlichen „Zustrom aus fremden Kulturkreisen“ aufgehetzt. Denn in der kollektiven Bemühung um die Bewältigung der Wirtschaftskrise kann offenbar nur in sehr begrenztem Maße das Bewußtsein der Bevölkerungsmehrheit einbezogen werden. Diese werden daher eher als Akteure zur Rettung der gemeinsamen Kultur der einen Nation, zur Bewahrung des „Eigenen“ vor dem „Fremden“ dargestellt und somit in eine echte kollektive Erfahrung umgewandelt.

In diesem Moment verläßt die Ausgrenzungsebene die politische Entscheidungsebene und dringt direkt in die Seele der Individuen hinein. Dies ist auch das Geheimnis ihres Erfolges. Das Fremde versetzt den durch die Umstände schon verunsicherten Menschen in Angst. Führt zu Aggressionen, die durch das Fremdsein des Anderen begründet und durch die Notwendigkeit ihn zu verdrängen, legitimiert werden, um schließlich der eigenen Selbstbehauptung dienen zu können. Die offizielle rassistische Politik, die den Minderheiten eine Sündenbock-Funktion zuteilt, knüpft direkt an diese psychologischen Mechanismen der individuellen Untertanen. Nun enthält wiederum der Vorgang der Selbstbehauptung nicht nur einen „negativen“ Aspekt, die Ausgrenzung und Verdrängung des Fremden — sondern auch einen „positiven“ Teil — die Verherrlichung und Hervorhebung des Eigenen. Und die eigene Identität ist für den Großteil der Bevölkerung — paradoxerweise — gerade eine kollektive Kategorie. Die in der frühen Sozialisation angeeigneten Verhaltensmuster und Werte, das Bekenntnis zu einer Tradition, das Gefühl der schicksalsbedingten, durch Abstammung bestimmten Zusammengehörigkeit, das Bewußtsein der Nation. Erst durch das Gemeinschaftsbewußtsein der ethnischen Gruppe wird die Synthese zwischen Herrschaftsbestrebungen und individuellen Selbstbehauptungsbedürfnissen geschaffen. Einerseits erlaubt sie den Herrschen-

den, Individuen für ihre Ideologie zu gewinnen, andererseits läßt sie die einzelnen Individuen Herrschaftsziele der Regierenden vernünftigen. Da diese Synthese mit dem tradierten Selbstverständnis der Ethnie eng zusammenhängt, verdient sie die Bezeichnung „Kultur-rassismus“.

### Integration als Assimilation

Dient die Hervorhebung von Unterschieden der Abgrenzung und Trennung der ethnischen Gemeinschaften voneinander, so bedient sich die kulturell-rassistische Herrschaft gleichzeitig auch der Integration. Diese, des Assimilationismus, als „humane“ Alternative zur Ausgrenzung. Im Fall der aktuellen Integrationspolitik der Bundesregierung wird vor allem der Tatsache Rechnung getragen, daß ein Teil der Einwanderer sich einfach nicht verdrängen läßt, daß es wiederum spätestens in einigen Jahren einen Bedarf an jungen, qualifizierten Fachkräften geben wird. Hier wiederum wird die Balance zwischen Integration und Ausgrenzung

benutzt. Hier wird man als macht die Barrieren aufbauen, sondern die Schranken überwinden, statt Ausgrenzung. Assimilation.

Was bedeutet in Wirklichkeit die Integrationspolitik? „Die Integration setzt entscheidende Beiträge der Ausländer voraus, die sich auf die in den Aufnahmeland geltenden kulturellen und sonstigen Wertvorstellungen, Normen und gesellschaftlichen Lebensformen einstellen müssen“ — so lautet die Formel von Springer in Einklang mit der gesetzlich geregelten Vorstellung der Einbürgerung, die die „Einkerbung in die deutschen Lebensverhältnisse“, ein „grundständiges Einleben in die deutsche Umwelt“ und eine bestimmte „grundsätzliche Einstellung zum deutschen Kulturkreis“ voraussetzt (Einbürgerungsrichtlinien von 1978). Die „Integration“ wird stets als „Problem“ der anderen betrachtet, die sich an die Mehrheit anpassen müssen. Sie bedeutet nie etwa die Einstellung der Mehrheit auf die Existenz ethnisch-kultureller Minderheiten, eine Anstrengung zum Abbau von Vorurteilen oder eine Revision der politischen, erzieherischen und kulturellen Rahmenbedingungen, um eine Vielfalt zu erlauben, sondern sie stellt die Einwanderer vor die Wahl zwischen zwei Kulturen, zwischen zwei Identitäten, wobei „Kultur“ und „Identität“ als Synonym für „Heimat“ und „Nation“ gebraucht werden. Die „Integration“ läßt die Mehrheit intact in ihrem selbstbestätigten Überlegenheitsgefühl, fordert die Minderheit dagegen zur Assimilation in die Mehrheit auf.

Andererseits als die Rassengesetze, die die Überlegenheit der Mehrheitskultur aus einer „wissenschaftlich“ erarbeiteten Bewertung von angeborenen, biologischen Unterschieden ableiten, und die „Anderen“, „minderwertigen“ zur ewigen Versklavung verdammen, zeigt sich der Kultur-rassismus „größzügiger“, „flexibler“. Den Fremden wird ein Ausweg angeboten, und zwar durch die Aufgabe ihres „Eigenseins“, was für die herrschende Nation die Aufgabe ihres „Fremdseins“ — also ihre Angleichung — ist.

### Exkurs

Dieser „flexible“ Kultur-rassismus, der dem Fremden die „Wahl“ zwischen seiner geistig-emotionalen und seiner phys-

schen Vernichtung „erlaubt“, ist in der europäischen Herrschaftstradition nichts Neues. Der Kolonialpolitik ist bei spielsweise die spanische Inquisition vorgegangen, die Moslems und Juden die Wahl zwischen Anpassung und Vertreibung, wenn nicht Ausrottung — aufzwang. Aber auch während der grausamsten Stadien der Kolonialpolitik konkurrierten unter den Kolonialstaaten in Amerika unter sich die Auffassungen, die im Wesentlichen zwei Seiten einer einzigen Medaille waren. Diese werden von Exzellenz in seinem Buch „Die Eroberung Amerikas“ ausgeführt und analysiert. Demgegenüber die die Versklavung der Indianer durch den Glauben an ihre natur gegebene Inferiorität rechtfertigen, standen anderen, vorwiegend Missionare gegenüber, für die das charakteristische Merkmal der Indianer gerade ihre Ähnlichkeit mit den Christen war. Der Unterschied dabei ein „überwindbarer“ — nämlich der des Glaubens. Diese scheinbaren Gegensätze ergänzen einander so gut, daß sie sich beide auch in einem einzigen Menschen finden lassen.

„Die Haltung mit der Colin den Indianern entgegentritt, beruht darauf, wie er sie wahrnimmt. Entweder sieht er die Indianer, als vollwertige Menschen, die dieselben Rechte besitzen wie er betrachtet sie dann jedoch nicht nur als gleich, sondern identisch, nimmt also eine Haltung ein, die zum Assimilationsismus zur Projektion eigener Werte auf die Indianer führt. Oder aber er geht vom Unterschied aus, setzt diesen jedoch sofort in die Begriffe der Superiorität und der Inferiorität um... Man leugnet die Existenz einer wirklich anderen menschlichen Substanz, die eben nicht lediglich ein unvollkommenes Stadium der eigenen wäre“ (3).

Auch die anderen Kolonialmächte konnten die Ausrottung mit der Assimilation

in vielen weißen Stedter (in Australien) stritten darüber, ob sie es mit intelligenten Affen oder mit sehr niedrig stehenden Menschen zu tun hatten. Aborigine-Männer wurden kastriert und in Ketten zur Sklavenarbeit angehängt, ihre Frauen gezeugt und oft vergewaltigt. Ihre Kinder in weiße Missionsschulen gespielt (4).

Missionen und Mission ergänzten sich so. Beginn der Kolonialpolitik zur Herstellung europäischer Macht und zur Behauptung weißer Überlegenheit.

### II. Oppositionelle Politik

Die national-staatliche Politik bedingt

### II. Oppositionelle Politik

Die national-staatliche Politik bedingt sich einer Hetze und diskriminierender Praktiken, wenn sie sich durch die Existenz kultureller Unterschiede in der Gesellschaft ihrer absoluten Herrschaft vor allem zu Krisenzeiten — nicht sicher sein kann, oder wenn sie von ihren eigenen Versäumnissen ablenken will. Sie stützt sich dabei auf Ängste und Aggressionen gegen Fremde, betont die Unterschiede, um sich von den Fremden zwecks ihrer eigenen Selbstbehauptung abzugrenzen, eliminiert sie wiederum, um sich der Unterstützung eines homogenen Kollektivs zu versichern, was im Ganzen ihren kulturell-rassistischen Charakter ausmacht.

### „Progressive“ Heterophobie

Aber dieser Kultur-rassismus ist nicht nur in der herrschenden Politik zu finden. Er scheint vielmehr eine generelle Krankheit zu sein, nämlich das Syndrom der Heterophobie — der Angst vor dem Fremden — wie es Albert Memminal bezogen auf die Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten im Umgang mit ethnisch-kulturellen Unterschieden kann diese Beschreibung nach einer einheitlichen Gemeinschaft als die Genese des Kultur-rassismus betrachtet werden. Über die humanistische Oppositionsbewegung, die sich mit dem Nationalismus und Rassismus der Rechten auseinandersetzt, schreibt Memminal:

„Während mich nun einerseits die Argumentation unserer Gegner empörte, stürzte mich etwas in die Beweiserführung meiner Freunde in Verwirrung. Sie behaupteten, Unterschiede gäbe es nicht, von dieser Prämisse aus wurde alles weitere schlüssig... Wie ich bald zu meiner eigenen Überraschung entdeckte, hatten beide Seiten unrecht, unsere Gegner und meine Freunde. Im Grunde genommen unterstellten sie beide, daß es schlecht sei, anders zu sein, sie gingen implizit oder explizit davon aus, daß es ein Vorbild gebe und daß dieses gute Beispiel von den Herrschenden verkörpert würde“ (5).

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

In der Tat muß man oft sehr lange suchen, bis man einen emanzipatorischen Ansatz findet, der dem staatlichen und dem gesellschaftlichen Rassismus ein positives Konzept der Vielfalt und der Multikulturalität entgegensetzt. Während die Aufklärung über die staatliche Entrechtungspraxis sich meistens mit der Aufdeckung von deren Interessenverflechtungen und verschwiegene Ablenkungsstrategien befaßt, duldet eine allgemeine, Bereichsübergreifende System- und Staatskritik an den Vordergrund stellt, tun sich Progressive im Allgemeinen viel schwerer, eine positive Alternative darzubieten, die speziell dem Kulturrassismus entgegengesetzt werden kann, wie etwa die Forderung nach kultureller Autonomie der Minderheiten, verbunden mit einer anti-rassistischen Aufklärung der Mehrheit. Liegt dies daran, daß die Kategorien einer wirtschaftspolitischen Systemkritik in links-liberalen Kreisen schon längst als veraltetes Werkzeug verbreitet sind, während die Diskussion um einen Bereichsspezifischen antirassistischen Ansatz noch sehr jung ist? Ist es nicht weniger anstrengend, sich auf der abstrakten Ebene der Gesellschaftsanalyse zu bewegen und sich dort von einer politischen Linie zu distanzieren, als die Auseinandersetzung um den täglichen Umgang mit Vorurteilen, Aggressionen, mit „Fremden“ und „Eigenen“ zu führen, die eine Kritik der kulturrassistischen Mechanismen erst ermöglichen kann?

Ich möchte hier auf zwei Beispiele von Argumentationsmustern eingehen, die die Schwierigkeiten im Umgang mit kulturellen Unterschieden — z.B. bei der Wahrnehmung des Selbstbewußtseins der Anderen — dokumentieren und die Gefahr der kulturrassistischen Falle vielerlei verdeutlichen. Der erste Bereich betrifft den speziellen Umgang mit dem Antisemitismus, der zweite die Begegnung der ethnisch-kulturellen Frage aus einer klassen-dogmatischen Sicht.

„Für mich sind die Juden ...“

Gewiß ist der Antisemitismus eine Form von Rassismus und seine Bekämpfung gehört in den Bereich der Antirassismus Politik im Allgemeinen. Doch stellt der Antisemitismus gleichzeitig einen Sonderfall des Rassismus dar, nicht nur aufgrund seiner langen Geschichte und der diversen, zu seiner Legitimation eingeführten Argumentationen (theologisch, kulturell, ökonomisch, biologisch etc.), sondern auch aufgrund des komplexen Charakters der Identität der jüdischen Minderheiten in Europa und anderswo. So bildeten die Juden ursprünglich eine ethnische Gemeinschaft, hatten sich aber über Jahre hinweg mit anderen Völkern „vermischt“; sie behielten das Hebräische als Religions- und Verwaltungssprache und sprachen in manchen Ländern auch eine eigene Alltagssprache (in Polen, Rußland und anderswo Jiddisch, in der Türkei und Bulgarien Altjiddisch, in Kurdistan Aramäisch etc.). Hatte sich jedoch in manchen Ländern die Schichten sprachlich assimiliert, so waren sie als Religionsgemeinschaft weiterhin erkennbar, doch trennten sich viele Juden von anderen sprachlichen Assimilierten, sie waren als Religionsgemeinschaft klar definierbar, doch trennten sich viele Juden im Zuge der allmählichen Säkularisierung der Gesellschaft vom Glauben, ohne je doch das Bewußtsein ihrer jüdischen Identität aufzugeben, sie bekannten sich zu einer gemeinsamen Abstammung, definierten sich als „Volk“, bildeten jedoch in vielen Ländern unterschiedliche kulturelle Gemeinschaften, die sich voneinander zum Teil auch aktiv abgrenzten.

Dieser schwierige „Fall“ läßt die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft nicht durch einfache, äußere Merkmale erkennen, sondern er macht sie oft vom subjektiven Bewußtsein der Einzelnen abhängig. Und es ist gerade die erforderliche Wahrnehmung des Anderen — hier des Juden — als Subjekt, die Menschen so außergewöhnlich schwerfällt. Schon längst hüllten sich progressive Menschen von den Versuchen abkehren sollen, dem nationalsozialistischen Antisemitismus mit dem Argument entgegenzutreten, die Juden seien keine Rasse, es gebe ja blonde, dunkle, große und kleine Juden. Dieses Argument ist genauso falsch wie es richtig ist. Manche Juden weisen eindeutige Gesichtszüge auf, die auf ihren nahöstlichen Ursprung hindeuten, viele andere sind jedoch von ihren nicht-jüdischen Nachbarn „rassistisch“ nicht zu unterscheiden. Nun das weiß aber auch jeder Antisemit. Vergleichen wir auch einen realen Unterschied, um ein generelles Abgrenzungsmerkmal zwischen Juden und Nicht-Juden zu schaffen. Leugnet man den Unterschied überhaupt, so kann man im besten Fall dem Antisemitismus erwidern: „Sie sind doch nicht minderwertig, denn sie sind so wie wir.“

Aber nicht nur hier läßt sich die Absurdität der Maxime Gleichheit=Identität festmachen. Diese kommt auch dort zutage, wo die zuerst gut gemeinte Argumentation die Rassentheorien der Nazis (die Juden seien eine (minderwertige) Rasse)

zu widerlegen versucht, indem sie den Juden eine andere, alternative Definition aufzwingt. „Für mich sind die Juden eine Religion“, argumentierte eine (alternative) deutsche Frau auf einer Versammlung über Antisemitismus. Abgesehen von der Überheblichkeit einer Aussage, die die Anderen aus eigener Sicht zu definieren versucht, und über ihre Gültigkeit hinaus auch noch den Fortschritt für sich beansprucht, eliminiert diese geniale Zuordnung mit einem Satz hundertaufende wenn nicht Millionen Juden, die weder gläubig sind noch eine religiöse Zugehörigkeit spüren, die sich aber dennoch als Juden bezeichnen, und zwar nicht nur aus bloßem Bekenntnis zur Abstammung, sondern auch durch eine gewisse Verbindung mit verschiedenen Elementen jüdischer Kultur(en) bzw. mit der jüdischen Schicksalsgemeinschaft.

Die Suche nach dem „Objektiven“, das man mit den eigenen Augen und mit den eigenen Denkschablonen im Kopf erkennen kann, macht es viel leichter. Sie hat aber mit der Emanzipation des Anderen nichts zu tun, denn dieser darf dabei überhaupt nicht zu Wort kommen. „Die Judenemanzipation in ihrer letzten Bedeutung ist die Emanzipation der Menschheit vom Judentum“, schrieb Karl Marx in seinem bekannten Aufsatz „Zur Judenfrage“. Logisch, wenn das Judentum lediglich als Religion angesehen wird, und wenn man weiter eine religionsfreie Gesellschaft anstrebt. Nur verfährt man dabei die Juden zu fragen, was für sie Judentum eigentlich bedeutet, und sich selbst ob es eine freie Gesellschaft geben kann, die von den Menschen als Voraussetzung für ihre

Eine solche Herangehensweise ist übrigens nicht nur unter europäischen links-dogmatischen Kreisen zu hören, sondern auch beispielsweise unter türkischen linken Parteien in Bezug auf die Assimilationspolitik der türkischen Regierung in Kurdistan, was nach langen Debatten auch zu der Entsehung von autonomen kurdischen Organisationen führte. Von dem äußerst zweifelhaften Nutzen einer solchen Argumentation für den konstruktiven Aufbau einer internationalistischen Solidarität zwischen Deutschen und Einwanderern ganz abgesehen, ignorieren sie völlig den Stellenwert der kulturellen Identität bzw. die Zugehörigkeit zur jeweiligen ethnischen Gruppe für das Selbstverständnis der eingewanderten ArbeiterInnen, Frauen und Linken selbst hat. Es dominiert hier wie der die Angst und die Unsicherheit im Umgang mit Unterschieden — mit wesentlichen Aspekten der Identität —, die beiseite, oder zumindest zur Seite geschoben werden sollen, in diesem Fall nicht um die Einheit der Nation hervorzuholen, sondern um die Stärke der Bewegung zu sichern. Die Abstrahierung von den Unterschieden — freilich, ohne die jeweiligen unterschiedlichen kulturellen oder sprachlichen Merkmale zu bekämpfen oder zwangsweise abzuschaffen — soll zu einer über-nationalen Solidarität führen, daraus ergebe sich von selbst so nebenher — der wahre Internationalismus.

Es erübrigt sich fast zu sagen, daß die Vertreter einer solchen Position von einer gezielten, anti-rassistischen Arbeit nicht viel halten. Denn betrachtet man den Ras-

gruppe oder sogar in manchen „Internationalismus“- und „Dritte-Welt“-Kreisen setzt bei den nicht-deutschen KollegInnen und GenossInnen einen hohen Grad an Anpassungswilligkeit voraus, werden doch der Rhythmus dieser Arbeit, die politische Kultur, der Ton der Argumentation, der Diskussionsstil und die Umgangsformen sowie die Schwerpunkte meistens von der Mehrheit nach ihren eigenen Kriterien, Gewohnheiten und Bedürfnissen festgelegt. So hat gerade die Solidarität mit der Dritten Welt allzu oft eine Veräufertungsfunktion der gesellschaftlichen Konflikte im hiesigen Milieu, nach dem Motto „solange sie dort kämpfen — und wir unterstützen sie dann von hier aus — und nicht hierherkommen, denn dies ist keine Lösung“ oder „vom Antisemitismus in Deutschland kann nicht die Rede sein, wenn man sieht, welche Politik der Staat Israel betreibt“.

Der assimilationistische

Die Hamburger „Autonome Nahost-Gruppe“ beispielsweise äußerte sich neu zu der Auseinandersetzung um die Palästina-Solidaritätsarbeit. Ihre an sich richtige Position, den Staat Israel nicht anzuerkennen, statt dessen seine Auflösung zu fordern, begründet die Autonome Gruppe jedoch nicht mit der bloßen Feststellung, daß Israel als zionistischer Staat ein unreformierbares Apartheidssystem darstellt, sondern sie geht noch einen tieferen Schritt weiter, oder besser gesagt in die verkehrte Richtung: „Die bürgerli-

auch in den Einwanderungsländern kämpfen müssen, all dies gilt nicht. Denn „wir“, die deutschen Freunde, wissen besser, was das kurdische Volk braucht. Aber warum eigentlich keinen muttersprachlichen Unterricht auch in der BRD? Steht er etwa dem reindeutschen Deutschland im Wege, ähnlich wie die Selbstbestimmung der Juden als ethnische Minderheit einer Autonomen Nahost-Gruppe ein Dorn im Auge ist?“

Anders ausgedrückt: Kämpft man in dieser Gesellschaft nicht bewußt um den Erhalt der eigenen Identität, so wird man durch die Ignoranz der anderen praktisch dazu gezwungen, sie aufzugeben. Unterläßt man wiederum die Thematisierung der Vorurteile der Mehrheit, ihrer Arroganz und Intoleranz im Umgang mit anderen Identitäten und Normen, klammert man all diese aus der politischen Diskussion aus, stempelt man sie als „pädagogisch“, „phänomenologisch“ und „therapeutisch“, so ist die „Bewegung“ der „progressiven Kräfte“ dazu verdammt, in ihrer bisherigen, einfältigen, nationalen Gestalt zu verbleiben.

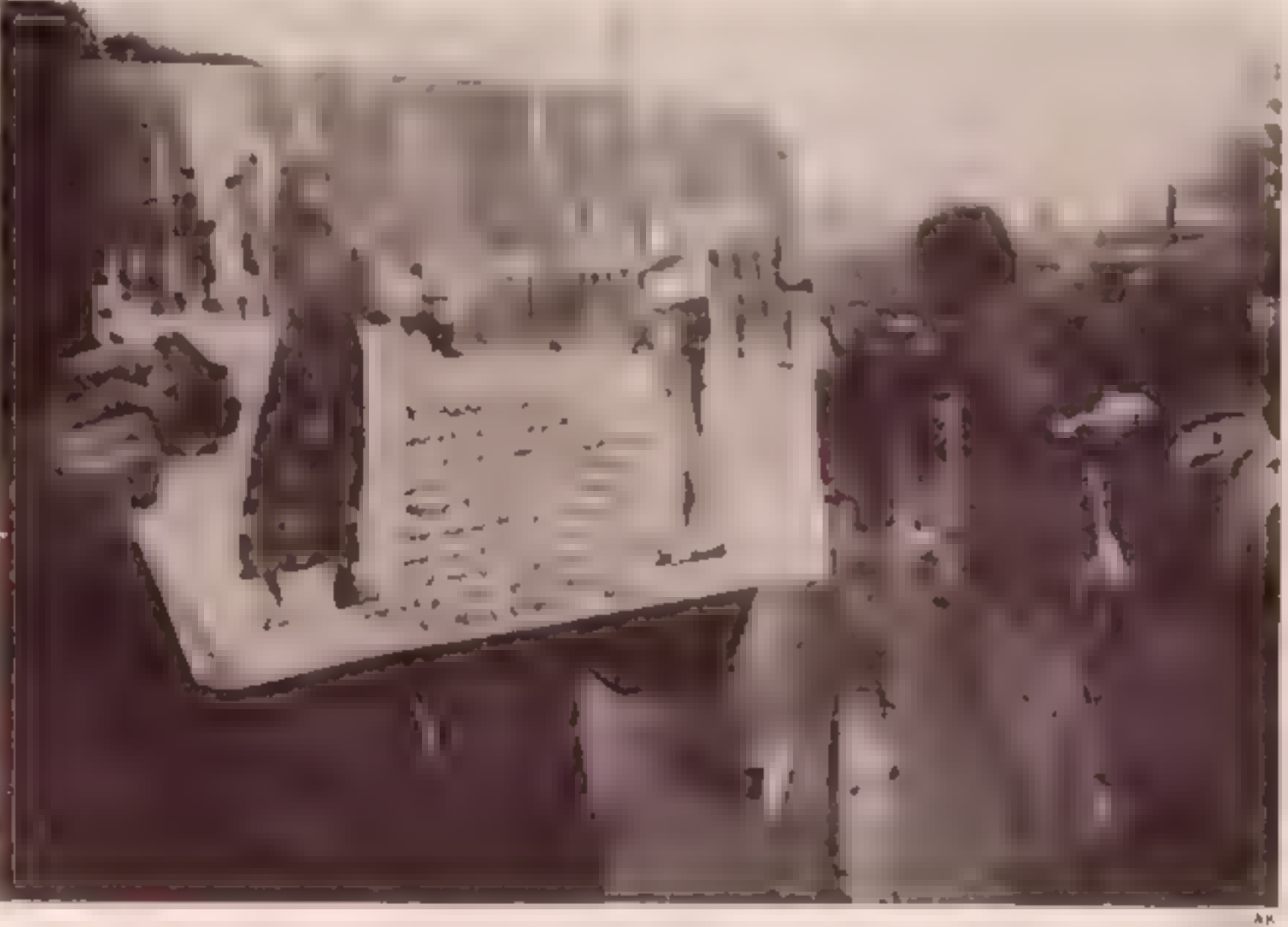
Perspektiven

Darf man das Bestehen auf der ethnischen Vielfalt seitens einer oppositionellen Bewegung als „kulturrassistisch“ bezeichnen? Ich glaube der Hauptunterschied zur kulturpolitischen Politik der Herrschenden liegt darin, daß hier keine bewußte Ausgrenzungspolitik betrieben wird. Die Hervorhebung des Eigenen als kollektive Erfahrung, die Herabsetzung des Anderen zwecks der eigenen Selbstbehauptung und die Diskriminierung zur Erlangung von Vorteilen — alles Merkmale, die in der Wissenschaft zunehmend in die Rassismus-Definition einbezogen werden (vgl. Memmi) — all diese sind innerhalb der Oppositionsbewegung in der BRD in einzelnen Fällen zwar feststellbar, können jedoch kaum zur allgemeinen Charakterisierung dieser Bewegung dienen. Wir haben es hier vielmehr mit einem passiven Ethnozentrismus zu tun, dem jedoch allzu oft mit Zustimmung begegnet wird, denn es ist letztendlich doch bequemer, sich in die gemauerte Umwelt vertrauter Umgangsformen zurückzuziehen. Vorteile ergeben sich für die Mehrheit aus diesem Verhalten dann, wenn die kulturelle Erfahrung als eine Stärke empfunden wird. Dies heißt gar nicht, daß alle Nicht-Deutschen ausgegrenzt werden, „im Gegenteil!“ Sie werden eingegrenzt in die jeweiligen, Bereichsspezifischen Arbeitsstrukturen und Handlungswelten der Mehrheit, so daß diejenigen Einwanderer, die den Versuch eines Eintrags in die deutschen politischen Strukturen unternehmen, dem Druck zur Anpassung ausgesetzt sind.

Gibt es einen Ausweg? Meines Erachtens erst dann, wenn die Stärke der Bewegung, zumindest was einen anti-rassistischen Ansatz betrifft, in einer bewußten Erfahrung der multikulturellen Vielfalt gesehen wird. Dies bedeutet, daß die kulturelle Begegnung und ihre Implikationen für die Thematik, die Diskussionsform u.v.m. stets thematisiert werden muß, damit eine gemeinsame Gestaltung in Einzelbereichen garantiert werden kann.

werden muß, damit eine gemeinsame Gestaltung in Einzelbereichen garantiert werden kann. Es heißt, daß manche Maßstäbe — etwa für Verhaltens- oder Argumentationsweisen — oft und immer wieder revidiert werden müssen, denn in einer multikulturellen Situation stellt man oft fest, daß diese nicht nur „objektive politische“ Kriterien sondern ebenfalls auch ein Produkt der eigenen, kulturell-bedingten Wahrnehmung sind. Es heißt auch, daß der ständigen Neubewertung der multikulturellen Erfahrung ein besonderer Stellenwert gewährt werden muß, denn im Unterschied zu anderen, oft „untergeordneten“ Einzelthemen durchquert diese alle Bereiche unserer Politik. Basierend der Kulturrassismus als der Herrschenden auf einer kollektiven Erfahrung der Volksgemeinschaft, so kann es nicht genügen, ihn allein auf der Ebene der politischen Forderungen — so wichtig diese auch sind — zu bekämpfen. Ist der Rassismus ein gesellschaftlich tradiertes Gespenst, so muß sich der Antirassismus als eine aktive Lebensform manifestieren, sonst hat er nicht die geringste Chance.

- Anmerkungen:  
1) Rede des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Innenministerium Carl-Dieter Spranger im Rahmen einer Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung in Brüssel am 11.8.87, S. auch Bericht in der FR und taz vom 2.11.87.  
2) Michael Fehér, Kultur im Migrationsprozeß, Tendenzen einer neuen europäischen Kultur, Berlin 1982, S. 62.  
3) Tzvetan Todorov, Die Eroberung Amerikas — Das Problem der Anderen, Frankfurt/M. 1985, S. 58.  
4) Karl Hössel, Die schwarze Geschichte des weißen Australiens, taz 22.1.88.  
5) Albert Memmi, Rassismus, Frankfurt/M. 1987, S. 50-51.  
6) Henryk M. Broder, Ich liebe Karstadt und andere Lobreden, Augsburg 1987, S. 123.  
7) Stellungnahme der Autonomen Nahost-Gruppe „Arbeitskampf“ 29.1.8. Februar 1988.  
8) Flugblatt der „Freunde des kurdischen Volkes“ Hamburg, zur Kurdistan-Solidaritätswoche, 4.7. Februar 1988.



Freiheit, die sie (die Juden im befreiten Palästina) — Y.M. (dann gemessen werden, kann nur ihre Assimilation erleichtern und fördern.“ (7) Dieses, so behaupten die Autonome Nahost-Gruppe, sei übrigens auch die Position der europäischen Kommunisten sowie der bürgerlichen Revolutionäre gewesen. „Sie alle kamen darin überein, die Emanzipation der Juden als Mittel für ihre notwendige Assimilation zu verteidigen.“ (ebend.) Stellt die antisemitische Tradition der europäischen Linken kritisch zu hinterfragen, fügt sich die Autonome Nahost-Gruppe in diese Überheblichkeit ein, beansprucht für sich das Recht zu entscheiden, wer sich in Europa selbstbestimmt entfalten darf und wer dagegen kraft Geburt zur Assimilation verdammt ist. Über weichen revolutionären Umweg ist das „jüdenreine Deutschland“ besser zu erreichen, wenn nicht durch die „notwendige Assimilation“?

Freiheit die Anpassung an die eigene, vor gegebene Vorstellung verlangt. „Den Antisemiten stört die objektive Tatsache, den liberalen Demokraten das subjektive Selbstverständnis. Die Antisemiten möchten die Juden abschaffen, die Demokraten dagegen nur das Judentum, ohne den Juden Gewalt anzutun“, diagnostiziert Broder mit Sufre. (6)

„Nebenwidersprüche“

Die Nivellierung des Unterschiedes stellt im Falle der „Judenfrage“ ein besonders extremes Beispiel dar, denn sie betrieht die anderen nicht nur als Objekt, das nach eigenen Maßstäben und Kategorien definiert wird, sondern sie läuft im Endeffekt darauf hinaus, jüdische Existenz und jüdische Identität überhaupt zu negieren. Subtiler, mit der Realität sogar „kompromittierter“ zeigt sich hingegen die Haltung jener, bei denen die Bestrebungen der Minderheiten nach kultureller Autonomie oder nach nationaler Befreiung immer noch starke Bauchschmerzen verursachen. Diese erkennen zwar den ethnischen Minderheiten ihren ethnisch-kulturellen Charakter zu, betrachten ihn jedoch nicht als Gegenstand einer gezielten, emanzipatorischen Politik, sondern als „Nebenwiderspruch“, der im Zuge einer allgemeinen, radikalen Neugestaltung der Gesellschaftsordnung (langfristig) gelöst werden kann. Danach ist die Diskriminierung von Einwanderern in dieser Gesellschaft in erster Linie ihre Diskriminierung als Arbeiter, als Frauen, als Linke, als Arbeitslose, etc. Sofern diese Diskriminierung rassistisch — d.h. durch gezielte, unübersehbare Hetze — begleitet wird, so sei dies lediglich ein Mittel zur Spaltung und zur Schwächung der Solidarität zwischen deutschen und nicht-deutschen „Kollegen“.

vismus als Instrument zur Wiederherstellung bzw. zur Aufrechterhaltung der wirtschaftspolitischen Ordnung, so muß man ihm am besten durch eine direkte Kritik dieser Ordnung den Boden entziehen. Wer schützt uns aber vor einer Neudefinierung der gesellschaftlichen Gegensätze entlang der schon vorhandenen nationalistischen Sentimente? Wer kann dann garantieren, daß im Rahmen des allgemeinen, klassenbewußten Zuges nicht ausgerechnet gegen das „jüdische Kapital“ das „türkische Patriarchat“ den „islamischen Klerikalismus“ und den „Arabi-Monarchismus“ mobilisiert wird?

Der Mehrheit ausgeliefert

Unter den jetzigen Umständen in Europa und angesichts der Tatsache, daß auf die eingewanderten Minderheiten Druck ausgeübt wird, sich der herrschenden Nation unterzuordnen bzw. sich an diese anzupassen, kommt die Abstrahierung von den kulturellen Unterschieden einem Assimilationsismus gleich. Zuerst soll die Kritik der Entstehungsmechanismen des Kulturrassismus, die Angst und das Mißtrauen vor dem Fremden, die Ausgrenzung als Mittel zur kollektiven Selbstbehauptung — vom Bewußtseinsbildungsprozeß ausgeklammert werden. Dann werden die Einwanderer dazu aufgefordert, an einer von der Mehrheit dominierten Bewegung solidarisch mitzuarbeiten, wobei sie den — zumindest potentiell — ethnischen Unterschieden dieser Mehrheit mit Anderen jedoch ausgeliefert bleiben. Darüber hinaus wird aber der aktive Kampf um den Erhalt des Anderen — was für die Minderheiten selbst ihre Eigenart ist — zugunsten der Betonung der von der Mehrheit definierten Gemeinsamkeiten geopfert. Denn die Mitarbeit in einer deutschen Gewerkschaft ist einer deutschen Frauen-

che Freiheit, die sie (die Juden im befreiten Palästina) — Y.M. (dann gemessen werden, kann nur ihre Assimilation erleichtern und fördern.“ (7) Dieses, so behaupten die Autonome Nahost-Gruppe, sei übrigens auch die Position der europäischen Kommunisten sowie der bürgerlichen Revolutionäre gewesen. „Sie alle kamen darin überein, die Emanzipation der Juden als Mittel für ihre notwendige Assimilation zu verteidigen.“ (ebend.) Stellt die antisemitische Tradition der europäischen Linken kritisch zu hinterfragen, fügt sich die Autonome Nahost-Gruppe in diese Überheblichkeit ein, beansprucht für sich das Recht zu entscheiden, wer sich in Europa selbstbestimmt entfalten darf und wer dagegen kraft Geburt zur Assimilation verdammt ist. Über weichen revolutionären Umweg ist das „jüdenreine Deutschland“ besser zu erreichen, wenn nicht durch die „notwendige Assimilation“?

Mit ähnlicher Arroganz äußerten sich auch die „Freunde des kurdischen Volkes“ als Reaktion auf die von diversen kurdischen Gruppen sowie von der GAL-Hamburg veranstaltete Kurdistan-Solidaritätswoche und die gestellte Forderung nach muttersprachlichem Unterricht für kurdische Kinder in der BRD. „Wir, die Freunde des kurdischen Volkes, wissen, daß das kurdische Volk keinen muttersprachlichen Unterricht für kurdische Kinder in der BRD braucht, sondern ein freies Kurdistan, in dem die Kinder die Sprache ihres Volkes selbst lernen können.“ (8) Im Namen des revolutionären Kampfes um ein freies Kurdistan wird versucht, die Bemühungen um eine kulturelle Autonomie für die eingewanderten Minderheiten praktisch zu sabotieren. Daß in der BRD fast eine halbe Million Kurden leben, daß kurdische Einwanderervereine seit Jahren um die Anerkennung ihrer Sprache und eigenständigen Kultur nicht nur in Kurdistan, sondern



# Ein Streit, der klärt!

## Betr.: Selbstbestimmungsrecht für das palästinensische und das jüdische Volk

In Hamburg ist der KB aus der Vorbereitung einer Palästina-Demonstration im Januar ausgestiegen, weil in dem Aktionsbündnis Auffassungen zur Perspektive des palästinensischen Kampfes, zur „Judenfrage“ und zum Selbstbestimmungsrecht des jüdischen Volkes von Israel dominierten, die für uns keine Basis einer gemeinsamen Aktion bilden. Wir dokumentierten im letzten AK die Erklärung des KB zum Ausstieg aus dem Aktionsbündnis und zwei Kritiken daran. In Bremen hat es im Februar eine Demonstration mit ähnlicher Stoßrichtung gegeben, auch dort war im Aufruf von Israel nur in Anführungszeichen und als „das 48-er Gebiet“ die Rede. Nach Angaben von Barbara Dobus in der „Jaz“ Bremen wurde während der Demonstration unter Anleitung aus dem Lautsprecherwagen das Problem in Sprechchören kurzerhand auf seinen vorletzten Begriff gebracht: „Palästina Volksaufstand jagt die Zionisten aus dem Land!“ — Man möchte das für eine bösartige Erfindung halten, aber die Bremer Veranstalter, die in einer alljährlichen Stellungnahme gegen die offenkundig imperialistische, zynische Kommentierung der Daria durch Barbara Dobus protestierten, haben diese Parole wiederholt noch nicht von ihr distanziert.

Bemerkenswert ist auch, daß die Bremer Veranstalter es ausdrücklich ablehnten, im Aufruf Flugblätter bei der umfangreichen Aufzählung von Solidaritätsdemonstrationen rund um die ganze Welt die Demonstrationen zu erwähnen, die in Israel stattfanden. Was nicht sein kann, das nicht sein darf!

Die folgenden Überlegungen beziehen sich in erster Linie auf die Kritik der Autonomen Nahost-Gruppe im letzten AK.

### Sieg im Volkskrieg?

Die Strategie des langandauernden Volkskriegs wird nicht dadurch falsch, daß er zu lange dauert, sagt die Autonome Nahost-Gruppe. Im Prinzip hat sie recht. Im konkreten Fall, bezogen auf den palästinensischen Kampf, hat sie nicht recht. Mao Tse-tung, der den Begriff des langandauernden Volkskriegs wesentlich prägte, sprach auch gern davon, daß die Sonne zwar unter Umständen aus einem Ei, aber niemals aus einem Stein ein Kücken ausbrüten kann. Nicht weil es „zu lange dauert“, sondern weil es materiell unmöglich ist. Es geht dabei nicht um Ungeduld oder Desillusionismus, sondern um das Anerkennen einer Tatsache, die übrigens nicht einmal schwer zu begreifen ist: So verhält es sich auch mit der Kategorie des Volkskriegs in Palästina.

Das Wesen des langandauernden Volkskriegs besteht darin, daß eine anfänglich schwache Kraft einen zunächst übermächtigen Gegner schrittweise niederkämpft. Dabei tritt eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses ein, d.h. die zunächst Schwachen gewinnen an Stärke, während die anfänglich Überlegenen immer schwächer werden. Grundlage dieses Prozesses ist, daß Schwäche wie Stärke der beiden Seiten zu Beginn des Volkskriegs relative Größen sind. Die Unterdrückten können sich mit Hilfe des langandauernden Volkskriegs befreien, indem sie ihre eigenen Potenzen mobilisieren und zugleich die Schwachpunkte des Aggressors und Unterdrückers ausnutzen. Mao Tse-tung und andere haben das bildhaft so ausgedrückt, daß die Imperialisten und Reaktionen „im Meer des Volkskriegs ertränkt werden“, während sich die militärischen Kräfte der Revolution und des antiimperialistischen Widerstands bewegen können „wie Fische im Wasser“. Dazu gehört die numerische Überlegenheit des Volkes, das auf seinem eigenen Territorium für seine Befreiung kämpft, während die Soldaten des Aggressors in einer für sie feindlichen Umgebung kämpfen

und angesichts ihrer Rolle zunehmend der Demotivierung ausgesetzt sind.

Die objektiven Voraussetzungen eines palästinensischen Volkskriegs sind in den besetzten Gebieten Westbank und Gaza in der Tat gegeben. Der Anteil jüdischer Bevölkerung liegt im Gazastreifen etwas über einen Prozent und auf der Westbank unter fünf Prozent. Die jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten gleichen isolierten Festungen. Die israelischen Soldaten bewegen sich in Feindesland. Es handelt sich um ein typisches Besatzungsregime, das in der internationalen Öffentlichkeit und auch in Israel selbst zunehmend als ungerecht kritisiert wird.

Ganz anders liegen die Dinge im Gebiet des Staates Israel. Über 80 Prozent der Bevölkerung sind heute Juden, aber auch in zwanzig Jahren wird ihr Anteil voraussichtlich immer noch über 75% liegen. Der Anteil der Palästinenser in Israel liegt heute bei 17 Prozent. Wie konnten sie als Minderheit in einem Volkskrieg ihre Heimat befreien? Wesentliche Faktoren, die anderswo im langandauernden Volkskrieg das für seine Befreiung kämpfende Volk begünstigen, liegen in Israel auf Seiten der jüdischen Bevölkerungsmehrheit. Die Israelis kämpfen ihrerseits wie Palästinenser in ihrem eigenen Land und nicht als Besatzungsmacht. In Israel sind es die zionistischen Streitkräfte, die sich wie Fische im Wasser bewegen können und die sich auf eine weitgehende Bewaffnung und materielle Unterstützung stützen können, während die

Palästinenser zumeist anderswo als isolierten Kommando-Unternehmen mit einem tödlichen Ausgang materiell nicht in der Lage sind. Es ist nicht einmal zu übersehen, daß das militärische Niveau des palästinensischen Kampfes in den 60er Jahren weit höher war als heute.

In Bezug auf den palästinensischen Kampf in Israel die Kategorie des Volkskriegs anzuwenden, ist kaum weniger absurd als die Annahme, die Indianer der USA könnten sich heute noch den kontinent zurück erobern, falls sie nur lange genug existierten und sich von Verrätern und Bourgeoisien Opportunisten nicht wecheln lassen. Der Unterschied zwischen den beiden absurden Vorstellungen ist quantitativ, nicht qualitativ. Die Parole vom palästinensischen Volkskrieg macht trotz ihrer verbalen Radikalität gerade dann Sinn, wenn man nur noch die Befreiung der besetzten Gebiete im Auge hat. Auf den Rest Palästinas, also das heutige Israel bezogen, bietet sie keine taugliche Strategie.

Wer Israel mit Südafrika vergleicht, läßt außer acht, daß die Weissen dort eine Minderheit von weniger als 20 Prozent sind. In Algerien, das mit seiner Kolonialstruktur als Siedlerregime Parallelen zum zionistischen Staat aufweist, lebten zur Zeit des Befreiungskriegs um 1960 nur etwa 10 Prozent Europäer. Man muß also zwangsläufig die Frage in Israel ganz anders stellen als heute in Südafrika oder damals in Algerien: Zwangsläufig nicht nur aus Gründen der politischen Moral, sondern wegen der unterschiedlichen materiellen Voraussetzungen. Also vor allem im Interesse der Palästinenser selbst.

Im Gebiet Palästinas (Israel plus besetzte Gebiete) leben zur Zeit zwischen 2,2 und 2,5 Millionen Palästinenser sowie andererseits etwa 14 Millionen Juden. Westweit gibt es über 5 Millionen Palästinenser, aber auch mindestens 15 Millionen Juden. Das militärische Kräfteverhältnis ist bekannt. Grund genug also, sich der Tatsache zu stellen, daß die Befreiung Palästinas unmöglich das Werk der Palästinenser allein sein kann.

Wenn die Dinge aber so liegen, gewinnt die Bündnisfrage einen zentralen Stellenwert. Ohne diese Tatsache gründlich zu analysieren und offen zu diskutieren, hat man ihr auf palästinensischer Seite schon immer Rechnung getragen. Davon zeugt die Strategie bürgerlicher und feudaler Palästinenserführer in den 30er und 40er Jahren, sich mit dem nazistischen Deutschland zu verbinden und nationale Befreiung als Abfallprodukt der deutschen Kriegsführung zu erhoffen. Davon zeugen nach 1945 die palästinensischen Versuche, ihre Ziele mit Hilfe von Kriegerkoalitionen arabischer Regimes durchzu-

setzen. Ob das politisch eine progressive Idee war, muß bezweifelt werden. Militärisch ist diese Option mindestens dreimal gescheitert: 1948-49, 1967 und 1973. Sollten Autonome dennoch glauben, der demokratische Palästinenserstaat könne aus den Kanonen syrischer oder ägyptischer Panzer kommen, mußte das offen ausgesprochen werden. Dann mußte man sich über den Charakter des syrischen Regimes streiten, das vor allem im Libanon den Palästinensern wiederholt und in entscheidenden Situationen in den Rücken gefallen ist.

In dieser Situation auf die jüdischen Massen als potentiellen Bündnispartner der Palästinenser zu verweisen, ist weder defätistisch noch illusorisch. Es ist die einzige wirklich noch realistische Option zu einem demokratischen Staat in ganz Palästina. Und in Abwandlung der Parole der Autonomen Nahost-Gruppe möchte ich behaupten: Die strategische Orientierung auf ein palästinensisch-jüdisches Bündnis wird nicht dadurch falsch, daß sie zu lange dauert.

### Das jüdisch-israelische Selbstbestimmungsrecht

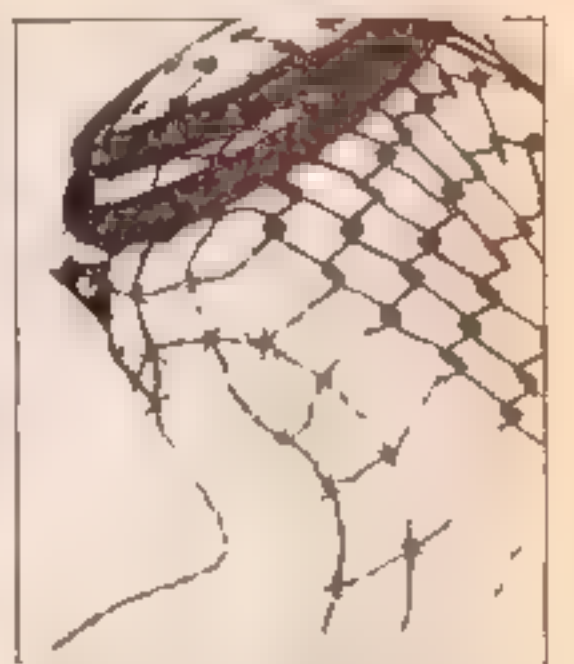
Wir brauchen über die Festschließung, welche Israel nicht zu streichen zu streiten, ist aber über die heutigen nationalen Rechte der israelischen Juden

mehr als ein Spielball verschiedener arabischer Regimes. 1964 wurde die PLO noch geführt von jenem Ahmad Schukri, der nach seinen eigenen Worten „die Juden ins Meer werfen“ wollte.

Schon aus diesem einfachen Grund ist die Nationalcharta von 1964 und 1968 in wesentlichen Teilen heute nur noch Makulatur, auch wenn sie u.a. in den Aussagen zur „Judenfrage“ aus Gründen interner Konfliktminderung bis heute offiziell nicht weiterentwickelt wurde. Man tut der PLO überhaupt keinen Gefallen, ihre heutige Politik mit diesem veralteten, bürgerlich-nationalistischen Dokument zu identifizieren. Es ist auch sehr seltsam, daß ausgerechnet eine linke Gruppe sich — ohne überhaupt den Kontext zu problematisieren — einfach auf ein Dokument mit einem solchen historischen Hintergrund beruft.

Als Einschub sei darauf hingewiesen, daß wir in der Vergangenheit gerade die Position der PFLP als im Gegensatz zum Wortlaut der Nationalcharta stehend interpretiert haben, nämlich als Bekenntnis zum Ziel eines bi-nationalen Staates. Während nämlich die Fatah seit 1968 von einem Staat sprach, in dem Muslimen, Christen und Juden gleiche Rechte haben sollten — die Juden also nur als religiöse Gemeinschaft akzeptierte — forderte das Programm der PFLP die Errichtung eines demokratischen Staates, „in dem Araber und Juden als Bürger mit gleichen Rechten und Pflichten leben.“ Das schien uns die Anerkennung der israelischen Juden als zweite Nationalität im künftigen Palästina-Staat zu implizieren.

Es ist in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, daß insbesondere in der ersten Hälfte der 70er Jahre unsere Beziehungen zur PFLP eng und freundschaftlich waren. Wir glaubten uns in prinzipieller Übereinstimmung mit der PFLP, als wir im Oktober 1973 formulierten: „Zur Schließung des Staates Israel bedeutet Beilegung der pro-imperialistischen nationalstaatlichen und expansiven zionistischen Staaten und bedeutet Schaffung eines demokratischen Staates, in dem Araber und Hebräer gleichberechtigt zusammen leben werden. Die Schaffung eines solchen Staates ist selbstverständlich unmöglich ohne die aktive Beteiligung der hebräischen Bevölkerung, insbesondere der Arbeiterklasse, in diesem Kampf.“ (AK 14 S. 28) — Dieser kleine Rückgriff



Die „Assimilation“, die die Autonome Nahost-Gruppe als einzige Perspektive für die Juden Israels sieht, ist aber kein bürgerliches, reaktionäres Konzept. Assimilation bedeutet Auflösung einer Gruppe durch Angleichung an eine andere, nicht etwa Verschmelzung zweier Gruppen zu einem neuen Dritten. Vermutlich käme niemand aus dieser Gruppe auf den Einfall, den Immigranten, die in der BRD bleiben wollen, die „Assimilation“ nahezu legen oder sie gar auf diese als Voraussetzung ihrer Gleichberechtigung verpflichten zu wollen.

Das Konzept der „Assimilation“ ist vor allem das Produkt der Intoleranz gegen über Minderheiten. Es drückt die Ansicht aus, daß die Minderheit als separate Gruppe keine Daseinsberechtigung habe, sondern am besten ihre spezifische Identität abgibt und schließlich ganz aufgeht. Angewendet auf die Juden signalisiert das Konzept der „Assimilation“ den Wunsch, sie loszuwerden — natürlich auf strenger Basis als die, auf der sie sich verweigern.

M hat im letzten AK einen anderen Argumentationsansatz als die Autonome Nahost-Gruppe gewählt, indem er sagt: Lenin habe das Selbstbestimmungsrecht der Völker nur auf unterdrückte Nationen, nicht aber auf unterdrückende Nationen bezogen. Diese Behauptung ist höchstens vordergründig richtig. Erstens ist die Trennung gar nicht immer exakt zu machen, denn eine unterdrückte Nation, die Trennung gar nicht immer exakt zu machen, denn eine unterdrückte Nation kann zugleich ihrerseits auch eine unterdrückende Nation gegenüber Minoritäten sein. Zweitens kommt es vor, daß eine unterdrückte Nation, die Trennung gar nicht immer exakt zu machen, denn eine unterdrückte Nation kann zugleich ihrerseits auch eine unterdrückende Nation gegenüber Minoritäten sein. Drittens ist die Behauptung, Lenin habe das Selbstbestimmungsrecht der Völker nur auf unterdrückte Nationen bezogen, nicht richtig. Tatsächlich wurde dieses Argument 1919 von Molotow angestellt, um die Bezeichnung des polnischen Selbstbestimmungsrechts durch die Sowjetunion ignoriert zu werden. Der polnische Staat sei nur eine „Mißgeburt von Versailles“ und nicht mehr.

Aus der Argumentation von M. würde folgen, daß die Polen bis 1918 ein Selbstbestimmungsrecht hatten, zwischen 1918 und September 1939 hingegen nicht, da nach jedoch wieder demnach war die UdSSR im September 1939 im Recht, das polnische Selbstbestimmungsrecht zu ignorieren, im Oktober 1939 jedoch nicht mehr.

Richtig scheint mir daran nur, daß sich Sozialisten selbstverständlich speziell dann für das Selbstbestimmungsrecht einer Nation einsetzen, wenn sie dieses Recht ganz oder teilweise beraubt ist. Das heißt jedoch nicht, daß sie es ansonsten negieren.

Eine weitere Frage, die zu Mißverständnissen Anlaß gegeben hat, M schreibt, in der unstrittigen KB Erklärung sei die „Existenzberechtigung des Staates Israel (in seiner jetzigen Form)“ vertreten worden. Das ist unzutreffend. In der Erklärung ist von „Existenzrecht“ oder „Existenzberechtigung“ des Staates Israel nicht die Rede. Wir sind als Sozialisten am „Existenzrecht“ eines bürgerlichen, imperialistischen Staates überhaupt nicht interessiert.

Wenn es in der KB Erklärung hieß, der Staat Israel verkörpere — „unabhängig von unserer Kritik an der Weise seines Entstehens und seiner expansionistischen und repressiven Politik“ — das Selbstbestimmungsrecht der jüdischen Israelis, so bezieht sich das auf die Eigenstaatlichkeit Israels als solche, nicht aber auf die konkrete Form seiner Politik. Das nationale Selbstbestimmungsrecht beinhaltet selbstverständlich nicht das Recht, eine andere Nation zu unterdrücken (Wohl aber beinhaltet es das Recht auf Eigenstaatlichkeit, (Lebens-, Recht auf Existenz). Wir treten nicht für das Prinzip

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

der Eigenstaatlichkeit der jüdischen Israelis ein, wohl aber für ihr Recht, über die Frage ihrer staatlichen Verfasslichkeit selbst zu entscheiden.

Insofern steht diese Aussage nicht im Widerspruch zu einer Politik, die die Zerschlagung des zionistischen Staates und einen bi-nationalen Staat in ganz Palästina für wünschenswert hält. Es geht nur darum, daß in einem solchen Prozeß die jüdischen Israelis nicht als Objekt zu betrachten sind, sondern primär als Subjekt. Oder mit den Worten eines führenden PLO-Vertreter, Abu Iyad: „Unser künftiger Widerstandswort wird weiter für die Föderation von ganz Palästina in einem demokratischen, internationalen und interreligiösen Gesamtstaat eintreten. Palästina ist zu klein für dauernde Zerteilungen. Das kann aber nur mit friedlichen Mitteln geschehen und nicht gegen den Willen der jüdischen Mehrheit“ (1).

## Bündnispolitik

Zur Frage der israelischen Bündnispolitik verweist die Autonome Nahost-Gruppe auf die Resolution der letzten Tagung des palästinensischen Nationalrats in Algier, April 1987. Dort wurde die „Notwendigkeit“ betont, „die Beziehungen mit den demokratischen israelischen Kräften zu intensivieren“ (2), wofür diese u.a. das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat und die Stellung der PLO als einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkennen. Das hat die Autonome Nahost-Gruppe offensichtlich für das Maximum an Bündnispolitik gegenüber jüdisch-israelischen Kräften. Wie aus ihrem Statement hervorgeht, scheint die Autonome Nahost-Gruppe sogar die bisherigen Treffen der PLO mit israelischen Oppositionellen für kleinstädtische Zeitverschwendung, wenn schon nicht „Merrat“, zu halten, da es sich bei diesen Israel „keinerwegs um Gegner des Zionismus handelt“ (3). Auch das Palästina des Zionismus handelt (4). Auch das Palästina Komitee, dessen Kritik wir in diesem AK veröffentlichen, scheint den palästinensisch-israelischen Dialog eher für eine Marotte des KB zu halten, da es über Vertreibung, Enteignung usw. sowieso nichts zu diskutieren gebe.

Es hat in der PLO in der Tat einige Kämpfe gekostet, wenigstens die eben zitierte in Algier beschlossene Fortführung mehrheitlich zu machen. Die PLO hat „die besondere (1) Bedeutung der Beziehungen und Koordination mit den demokratischen israelischen Kräften“ zwar schon 1977 hervorgehoben (13. Tagung des Nationalrats), aber mit der Einschränkung, daß es sich dabei um Kräfte handeln müsse, „die gegen den Zionismus als Ideologie und Praxis kämpfen“. Das schränkte das Spektrum von vornherein sehr ein. In Algier ist diese Antizipations Klausel erstmals weggelassen worden, was allerdings nur der mittlere, weil die entscheidende Resultat des Kontakts der PLO zu zwar zionistischen, aber das palästinensische Selbstbestimmungsrecht unterstützenden Israelis Rechnung trägt. Jeder Schritt in diese Richtung mußte gegen die Verratswürfe jener radikalen Strömungen erkämpft werden, mit denen die Autonome Nahost-Gruppe zu sympathisieren scheint. (Leider beziehen die Kritiker sich nicht explizit auf irgend eine palästinensische Organisation und deren veröffentlichte Äußerungen. Das wäre vielleicht interessant.)

In den offiziellen Analysen und Statements der PLO kommen, trotz unverkennbarer Fortschritte im Dialog, die jüdisch-israelischen Massen als politischer Faktor niemals vor. Aus der Sicht unserer Kritiker ist das offensichtlich kein Mangel, sondern ein Ausdruck politischer Weisheit und kämpferischer Entschlossenheit. Die Palästinenser haben schließlich ganz andere Sorgen, die Israelis sind sowieso fast alle Rassistin, was soll man da schon groß erwarten und investieren? In einem Staat, der das ganze Palästina umfassen soll, würden die israelischen Juden zunächst einmal mehr als 50% der Bevölkerung bilden, und auch langfristig wären sie eine starke Minderheit um die 30-40%. Die PLO dürfte weltweit die einzige Befreiungsbewegung sein, die für die Hälfte ihres künftigen Staatsvolks über keine einzige veröffentlichte Analyse verfügt, sie einfach aus allen ihren Erklärungen ausblendet. Man kann das für einen Beweis von Stärke und Radikalität halten. Ich halte es für einen Ausdruck von Hilflosigkeit und unangenehmer Resignation.

Für eine Befreiungsbewegung stellt normalerweise der politische Kampf um die Bevölkerung der feindlichen Macht einen zentralen Punkt ihrer Strategie dar. Man braucht hier nur an den Vietnamkrieg zu erinnern. Der palästinensische Befreiungskampf hat aber zusätzlich die Besonderheit, daß die Bevölkerung, auf die sich der Feind heute noch stützt, nicht in irgendeinem weit entfernten Land lebt, sondern mitten in Palästina. Das macht

die Notwendigkeit einer entsprechenden Strategie umso dringlicher.

Die Aufforderung der Autonomen Nahost-Gruppe, wir sollten über die Schaffung eines Bündnisses mit den jüdischen Werktätigen Israels doch mal mit 10-16jährigen auf dem Marktplatz von Gaza sprechen, verrät demgegenüber nur einen traurigen und politisch gänzlich unfruchtbaren Hang zur Demagogie. Daß die kämpfenden Palästinenser mit einer solchen Bündnisperspektive nichts am Sinn haben, ist verständlich, denn in Gestalt der knochenbrechenden israelischen Soldaten oder der immer noch stabilen rechtszionistischen Mehrheit Israels lassen sich für die Palästinenser heute nur schwer die Klassenbrüder und Kämpfer finden von morgen an. Revolution ist aber gerade deshalb möglich, weil die Dinge auf der Welt nicht ewig so bleiben wie sie sind, und weil insbesondere das Bewußtsein der Menschen Veränderungen zugänglich ist. Da unsere Kritiker in der BRD politisch aktiv sind, scheinen sie die Möglichkeit der Bewußtseinsveränderung für die Bevölkerung dieses Landes doch wohl zu akzeptieren. Zugleich bestreiten oder bespötteln sie diese Mög-



lichkeit für die Juden Israels. Und merken natürlich selbst nicht, daß sie mit zweierlei Maß messen.

Die PLO hat, wenn es nicht gerade um die Juden Israels geht, mit dieser Frage abgesehen auch gar keine Schwierigkeiten. Sie spricht von befreundeten „Brüderlichkeit“ und schließt in eine libanesische Bündnispolitik Organisation und Bevölkerungsgruppe ein, die den Palästinensern in der Vergangenheit viel Leid und Elend zugefügt haben, wie etwa die schiitische Amal und ihre sozialistische Basis.

Sich über die Perspektive eines palästinensisch-jüdischen Bündnisses zu mokieren, klingt gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Kämpfe sehr radikal und kampfbereit. Es ist aber ein hoher Radikalismus, der dem zionistischen Establishment überhaupt nicht wehtut, sondern ihm im Gegenteil willkommen ist. Daß Palästinenser und Israelis Feinde nicht nur heute, sondern für immer sein sollen, ist die Lebensideologie und Existenzgrundlage des Zionismus. Israel hat eigens ein Gesetz erlassen, das jeden Bürger mit Strafe bedroht, der mit einem PLO-Funktionär spricht. Das zionistische Establishment halte seinerseits überhaupt nichts dagegen, wenn von palästinensischer Seite freiwillig Barrieren gegen die Entwicklung eines jüdisch-palästinensischen Dialogs errichtet und mit Hilfe radikaler Phrasen verteidigt würden. Das zionistische Establishment begreift nämlich gut, daß jeder, der sich auf das Gespräch mit der PLO einläßt, damit implizit dem Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und der Legitimität und Repräsentativität der PLO Rechnung trägt — und zwar unabhängig davon, ob und wie weit der betreffende Israeli sich subjektiv schon vom Zionismus gelöst hat. Die Vietnamesen, um diesen Vergleich nochmals zu ziehen, haben auch nicht den Bruch mit dem US-Imperialismus, sondern den Abzug der amerikanischen Truppen aus Vietnam zur Grundlage ihrer Bündnisstrategie gemacht.

## Sind wir zu weit gegangen?

Im KB besteht auch die Meinung, wie sie im Beitrag von M. im letzten AK zu finden war, daß wir etwas mit unserer Kritik viel zu weit gegangen seien, und daß es zweitens auf jeden Fall falsch gewesen sei, deswegen die Teilnahme an der Demonstration abzulehnen.

Zum ersten Punkt: Nach den Stellungnahmen der Autonomen Nahost-Gruppe im letzten und von Karam Khella in diesem AK dürfte offensichtlich sein, daß die Meinungsverschiedenheiten tatsächlich so tiefgehend sind, wie wir in unserer Erklärung gesagt haben. Es handelt sich also nicht darum, daß wir den Streit um ein paar Anführerzeichen beim Na-

men Israel und ähnliche „Lappalien“ künstlich zu großen Linienfrage aufblasen hatten, oder daß wir den konträren diplomatischen Dinge unterstellten, die sie gar nicht vertreten. Eher können wir jetzt feststellen. Es ist noch schlimmer, als wir zunächst befürchtet hatten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Autonome Nahost-Gruppe und das Palästina-Komitee, wie auch schon aus ihrer prinzipiellen Dialogbereitschaft gegenüber dem KB hervorgeht, eher zu dem vergleichsweise gemäßigten Teil dieser Richtung gehören. Anderswo drückt man mit Dummprüchen wie „Der KB ist zu den Zionisten übergegangen“ sehr viel deutlicher aus, daß man differenzierte Überlegungen überhaupt nicht zugänglich ist.

In dem Aktionsbündnis zur Hamburger Palästina-Demonstration dominieren Strömungen, die etwas in der Sache selbst eine politisch unfruchtbare, rein wortkugelige Position einnehmen und die zweitens in der „Judenfrage“ Standpunkte vertreten, die nicht nur politisch falsch, sondern geradezu unerträglich sind.

Diesem dominierenden Block gegenüber betreiben DHP und GAL eine opportunistische Taktik des Wegschauens und Weglauschens, obwohl beide in wesentlichen Punkten des umstrittenen Themas moderat, eher vielleicht sogar zu moderaten Auffassungen haben. (Die DHP vertritt schon lange das „Existenzrecht“ Israels und die Reduzierung eines palästinensischen Staates auf Westbank und

Gazastreifen. Gleiches würde vermutlich für die GAL gelten, falls dort jemals über das Thema diskutiert und entschieden würde.) Beide Organisationen unterstützen verbal die Demonstration, unterliefern praktisch aber die Mobilisierung. Die GAL brachte es in letzter Stunde fertig, doch noch auszureizen, wegen Beteiligung einer mit der kurdischen PKK sympathisierenden Gruppe. Dies Argument halten wir nun wiederum nicht für stichhaltig. Jetzt sieht es leider so aus, daß die GAL die schrägen Positionen im Aktionsbündnis zum jüdischen Selbstbestimmungsrecht und zur Perspektive des palästinensischen Kampfes — also den Inhalt der Aktion — weniger ernst nimmt als die formale Frage, wer an der Demo teilnimmt.

Es paßt ins Bild, daß auch die Hamburger Redaktion der „Taz“, die sich ansonsten gegen jeden Streit in der Linken stürzt, den Auseinandersetzungen um die Palästina-Demonstration nicht eine Zeile widmete (Begründung: aufgrund ihrer eigenen Grundpositionen hätte die Lokale Aktion nur dem KB zustimmen können. Das darf in der Hamburger „Taz“ aber auf gar keinen Fall passieren.)

Unser Ausstieg aus dem Aktionsbündnis und aus der Demonstration zielt primär darauf ab, das herrschende faule Klima aufzubrechen und zu erzwingen, daß über die Dinge überhaupt wieder nachgedacht und gestritten wird. Dieser Zweck war nur durch einen deutlichen Eklat zu erreichen, der die Grenzen unserer Streikfähigkeit aufzeigte und zumindest

Teile dieses Bündnisspektrums dazu veranlaßte, ihrerseits die eigenen Positionen öffentlich und klar auf den Tisch zu legen — und damit einen nützlichen Beitrag zur Erhellung der wirklichen Dimension des Streits zu liefern.

Kl., Hamburg

## Anmerkungen

- (1) Zitiert nach „Allgemeine Jüdische Wochenzeitung“ 6387.
- (2) So zitiert nach dem halbamtlichen Bonner „Palästina-Bulletin“. Die Autonome Nahost-Gruppe gab den Beschluß mit „Kontakt entwickeln“ statt „Beziehungen intensivieren“ wieder und ließ das Wort „Notwendigkeit“ aus. Das bedeutet eine Abschwächung des wirklichen Wortlauts.
- (3) Tatsächlich gibt es einen kleinen Unterschied zwischen den Charta-Versionen von 1964 und 1968. Der Artikel 7 der Nationalcharta von 1964 besagte, daß „Juden palästinensischen Ursprungs“ als Palästinenser anzuerkennen seien, sofern sie bereit seien, „friedlich und loyal in Palästina zu leben“. In der Charta Version von 1968 wurde daraus der Artikel 8 mit folgendem Wortlaut: „Juden, die in der Regel vor dem Beginn der zionistischen Invasion in Palästina ansässig waren, werden als Palästinenser angesehen.“ Eine deutliche Einschränkung gegenüber der ursprünglichen Fassung, denn die „zionistische Invasion“ datiert nach palästinensischer Interpretation mit dem Jahr 1917 (Balfour-Deklaration). Die Nationalcharta von 1968 verweigert also jenen Juden Heimatrecht in Palästina, die bzw. deren Familien erst nach 1917, beispielsweise auf der Flucht vor der deutschen Vertreibung und Ausrottung, ins Land gekommen sind. Das sollte man eigentlich wissen, wenn man sich auf die Nationalcharta von 1968 beruft.

## Stellungnahme des Palästina-Komitees Hamburg

# „Heißt das, den Staat Israel anerkennen ...?“

Die Erklärung des KB Hamburgs Mehrheit<sup>(1)</sup> zur Nichtannahme an der Palästina-Solidaritätsdemonstration vom 16.1.88 in Hamburg kann nicht für sich genommen werden, sie steht im Zusammenhang mit Äußerungen im AK der letzten 12 Jahre, die tendenziell den Verhandlungsweg, die Diplomatie und den israelisch-palästinensischen Dialog propagieren. Deswegen im Zusammenhang mit Fragen, die seit Jahren unter Soligruppen in der HKD strittig sind, einerseits in Bezug auf Linienkämpfe in der PLO selbst, andererseits auf Inhalte und Formen der Solidarität hier. Auch während der Vorbereitung der Demo standen diese Fragen an und ab offen gelassen. Wir fassen die Erklärung als den Versuch einer Antwort auf einen Teil dieser Fragen auf. Wir lehnen allerdings die politische Linie dieser Antwort ab. Grundsätzlich halten wir für zwei Paar Schuhe:

1. daß die Linke in der BRD verpflichtet ist, gegenüber dem Versuch der Geschichtsklitterung des Faschismus überhaupt, der faschistischen Verbrechen an den Juden im besonderen, seitens des rechtskonservativen Lagers, auf dem Standpunkt der Tatsachen zu beharren

und die vergangenen Verbrechen auch zukünftig und konsequent in ihr politisches Handeln und Denken einzubeziehen ohne in diesem „historischen Kontext“ verstrickt zu bleiben.

2. daß diese Verpflichtung oder Verantwortung nicht zu Schaden und Lasten an derer gehen kann, in diesem Fall: Rücknahme und Verständnis für die jüdische Geschichte und nicht aufzurechnen oder abzuwägen gegenüber Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, völkerrechtswidrigem Verhalten u.dgl.m. von Seiten Israels, die zurückzuführen sind auf ein Konzept, das theoretisch und praktisch und auch im Bewußtsein der Konsequenzen vor Auschwitz geboren, vor Auschwitz längst begonnen wurde und nach Auschwitz gerade nach Auschwitz, keine Berechtigung enthält. Ein deutsch-jüdischer, deutsch-israelischer Dialog über Wiedergutmachung und Aussöhnung (oder wie immer man eine Annäherung nennen will) sind ein vom Nahostkonflikt unabhängiger Bereich. (Wir gehen darauf ein, was in einem Gespräch mit euch dieser Punkt besonders hervorgehoben wurde.) Dies grundsätzlic

Zur Erklärung konkret: Ihr kommt mit der These von der nationalen Selbstbestimmung der Israelis (ausgerechnet zum jetzigen Zeitpunkt des Aufstands) Bedrohen jetzt etwa die Palästinenser die Israelis? In einer Situation, da das Volk von Palästina mit dem Rücken zur Wand um seine Selbstbestimmung kämpft gegen israelische Invasion? Ist eine solche Herdecamp entweder naiv oder zynisch. Muss man nun — schon ausgewogen — auf unsere transparenten Forderungen und Widerparten fragen nach dem Motiv? Vorhergehen wir das Selbstbestimmungsrecht der Kurden, so sollten wir das der Iraker, Iraker und Türken zumindest erwägen? Ihr erklart den Staat Israel für die Verkörperung des „nationalen Selbstbestimmungsrechtes des jüdischen Volkes“ und wollt Israel „unabhängig von der Weise seines Entstehens und seiner expansionistischen Politik“ begreifen. Aber genau das ist der Kern der Angelegenheit! Als was soll man denn die Palästinalage verstehen, wenn nicht als Kolonialisierung des Landes, Vertreibung der ansässigen Bevölkerung usw. Ihr schreibt

Fortsetzung nächste Seite

## Stellungnahme von Karam Khella (Hamburg)

# Der Imperialismus sitzt in den Köpfen der Linken Oder: Warum die entnazten Nazis Israel unterstützen und die Solidarität mit dem palästinensischen Volk verweigern

Ich bin nicht in der Position, die palästinensische Revolution zu rechtfertigen oder beim KB gar zu entschuldigen. Widerstand des palästinensischen Volks gegen Zionismus ist der Kampf der Unterdrückten gegen die Unterdrückten. Er ist der Kampf der Ausgeplünderten um die Rückgabe ihrer Produktionsmittel, die Wiedererlangung ihrer materiellen Rechte und die Wiederherstellung ihrer nationalen Souveränität. Die Fronten sind klar und eindeutig: Die Barakaden stehen. Jeder steht sich da ein, wo er hingehört. Niemand ist neutral. Der KB wollte gern in einem Bein auf israelischer, mit dem anderen auf palästinensischer Seite stehen, auf der imperialistischen und auf der ant imperialistischen Hochzeit tanzen. Das ging leider nicht. In der Mitte konnte er auch nicht bleiben. So wich er ganz zur zionistischen Seite (Erklärung des Kommunistischen Bundes, Hamburg: „Warum wir nicht an der Demonstration zur Unterstützung des Aufstandes in Palästina nicht teilnehmen werden“). Tatsächlich hat der KB seit Ausbruch des Aufstandes in Palästina nichts unternommen außer eine Debatte anzuzetteln, die die Arbeit hemmt und Zweifel an der Gerechtigkeit der palästinensischen Revolution auf

kommen läßt. Sein Flugblatt, das er auf dem Aktionsbündnis verteilte, wurde von allen TeilnehmerInnen als eine Provokation empfunden, was zu seinem Ausschluss aus dem Bündnis führte. — Ein Vorgang, der in seiner Art in der Geschichte der Solidaritätsbewegung einmalig sein dürfte. (1)

Das Problem, das hier ansteht, ist kein Problem der palästinensischen Revolution, mit ihr identifiziert sich die weltweite ant imperialistische Solidaritäts- und Kampffront. Das Problem ist auch letztlich das des KB. Nur als solches möchte ich es im folgenden angehen. „Ausschließlich“ bezieht sich nicht auf den KB als umschriebene Organisation, sondern auf die Strömung bundesdeutscher Linker und ihrer Gesinnungsgenossen in anderen imperialistischen Staaten. Die Tragik dieser Linken besteht darin, daß sie in großen Strecken in Kategorien denkt, die der Imperialismus vorprogrammierte. Ihm ist dadurch gelungen, Teile der Linken in den Metropolen von der weltumspannenden ant imperialistischen und ant zionistischen Bewegung abzukoppeln. Erst das Schweigen in den Metropolen versetzt den Imperialismus in den Stand, offensiv gegen die Völker — gegen die Palästinenser vermutlich Israel — vorzugehen. Die

Negativkoalition von „Linken“ und Imperialismus/Zionismus ist — um es zu wiederholen — das Problem, mit dem uns der KB durch seine Erklärung einmal mehr konfrontiert. Das KB-Flugblatt steht nicht isoliert. Die Erklärungen einer Delegation der Bundesgrünen im besetzten Palästina (Taz-Schlagzeile: „Realo-Gritze über Israel begeistert“, 24.10.87) oder der schriftlich deklarierte Solidaritätsentzug des KB sind symptomatisch für diese Einstellung. Diese Fälle sind die Spitze eines Eisberges. Nicht weniger gefährlich ist die alltägliche Zersetzung der Solidaritätsarbeit lokal und regional. Die GAL Hamburg erklärt öffentlich die Kosten für die Demo am 16.01.88 zu übernehmen, hinterher aber will sie davon nichts wissen. In früheren Jahren war es die Spezialität von Springer, unterstützt von der gesamten bürgerlichen Presse, gegen die TrägerInnen der Palästina-Solidarität zu hetzen und den Antizionismus mit dem Antisemitismus gleichzusetzen. Heute ist diese Volksverhetzung keineswegs Monopol der rechten Medien. Gegenwärtig führend ist die Taz, was den Antisemitismusvorwurf gegen die Kritiker

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

in diesem Zusammenhang auch es kurvierten „labentuerliche Lösungswortungen, bei denen die jüdische Bevölkerung Israels irgendwann, irgendwie, irgendwo verschwindet. Hier prophezeit dieses Verschwinden, so mehr als 20 Jahren vor sich. Die PLO mit dem Vorurteil „Die Juden ins Meer“ konfrontiert, man glaubte es überwinden. Es gibt eindeutige programmatische Aussagen der PLO zu diesem Punkt. Erst lesen, dann braucht man auch keine Papplakare zu bekämpfen. Wenn in der BRD unter Sol-Gruppen „Maximalisten“ auftreten, denen das gültige Programm der PLO nicht weit genug geht, die Parolen vertreten, welche nicht die der PLO sind und die sie von den Massenorganisationen der Kampfenden selbst gewählte Führung in der ersten stürzen würden, dann muß ihr doch nicht als „Mitläufer“ auftreten.

Ihr schreht von „konkreter Verantwortung“ in Antisemitismus von zentralen Stellen und Seiten, während der Demo. Die Wortwahl besagt, Welches sind denn die konkreten Vorurteile, worin besteht das Antisemitismus? Und was ist wirklich passiert an der Demo? Der neue Sol-er, an deren Palästina-Solidarität, von vorher ein eine Demo zu diskreditieren.

Ihr machtet auch Überlegungen zur Perspektive des palästinensischen Kampfes. Leider dergestellt, daß sie einer gewissen Artigkeit nicht entbehren. Für die palästinensische Revolution hat der bewaffnete Kampf Priorität. Ihr meint stattdessen: „Priorität muß auf politischem Kampfen liegen“ und was dieser dann an einer Linie ist, will ihr auch gleich in die Tasche. Wer diese Priorität negiert, ist was noch. Und eins drauf: „Der bewaffnete Kampf kann nur eine Hilfsfunktion haben“. Die kämpfende Beweiskraft in Palästina sieht das freudigerweise anders. Welche Alternative hat er dann? Den Dialog mit dem Gummischuß und dem Holzknüttel? In der Erklärung heißt es: „In jeder revolutionären palästinensischen Konfrontation sind die Palästinenser unterlegen“. Nie in seiner 80-jährigen Geschichte war der palästinensische Widerstand kein militärischer

Natur, und niemand verlangt, daß dies so sein soll. Im Gegenteil war der palästinensische Kampf lange Zeiten rein politischer Natur hoffend und wartend, auf die Kolonialmächte, auf die arabischen Regimes. Überhaupt waren auch anderswo, ob in Vietnam oder El Salvador Befreiungskämpfe nie rein militärisch und sind dies nicht. Der militärische Kampf ist doch immer nur taktisches Instrument, wird von keiner Bewegung verabschiedet. Gegen wen oder was soll hier also nicht kämpfen werden? Wenn in der BRD eine Gruppe heute den bewaffneten Kampf als „unpräziser“ zu müssen und mehr Militanz einzufügen, so braucht ihr nicht diesem Irrtum aufzusitzen und umgekehrt dann für Palästina die Sache auf den Kopf zu stellen. Was ihr vor schlägt, ist, den Dialog zu führen. Bloß über Vertreibung, Enteignung, Ausbeutung gibt's nichts zu diskutieren. Glaubt ihr, ihr findet an einen Weg, der nicht an den Zionisten oder gar an ihnen vorbeiführt, wo sind die antizionistischen Kräfte? (II) Es handelt sich hier um einen reinen Befreiungskampf, nicht um einen Dissens gleichberechtigter Partner am runden Tisch austragen.

Weiter lautet die Stelle: Die Palästinenser „Gründen aufgrund des Kräfteverhältnisses auch immer unterlegen bleiben“. Daß das Kräfteverhältnis nicht nur ein militärisches ist, ist wohl klar, aber daß selbst militärische Kräfteverhältnisse auf immer bestehen, das ist wirklich eine neue Erkenntnis. „Gedankenlosigkeit“ vermeiden“ wie ihr so schön sagt! Außerdem der Kampf um den Bündnispartner, „jüdische Werkzeuge“ Selbstverständlich sind antizionistische israelische Kräfte der PLO als Bündnispartner willkommen, wenn sie mindestens die nationalen Rechte der Rückkehr, Selbstbestimmung, Staat und die PLO anerkennen. Je mehr desto besser. Das hat der Nationalrat in Alger 87 bekräftigt. Aber erst die Kräfte, welche sich mit dem Kontakt knüpfen, so wie ihr bis heute Kräfte stark genug sind, das jetzt kann man sie ja noch mit der Lupe suchen. (II) damit hoffen, daß sie schon das Richtige für die Palästinenser aussuchen und auch umsetzen werden?

Ihr überlegen war die palästinensische Revolution noch immer in den letzten 70 Jah

ren in der Lage zu entscheiden, zu welchem Zeitpunkt und unter welchen Bedingungen sie Bündnispartner sucht und auch welche.

Sich Überlegungen zur Perspektive des palästinensischen Kampfes zu machen ist natürlich legitim. Daraus können eigene Positionen und eine unabhängige Politik erwachsen. Aber wo bleibt die Solidarität, wenn diese dann den Forderungen und der Politik der Befreiungsbewegung nicht entsprechen? Dialog und bewaffneter Kampf sind für die Palästinenser und zwar für alle Fraktionen, keine Diskussion. Ihr könnt euch also nicht mal auf Linienkämpfe berufen. Und auch „Bündnispartner jüdische Werkzeuge“ ist wohl eine andere Einschätzung der Lage in Israel als „Kontakt zu jüdischen antizionistischen Kräften, wenn sie die nationalen Rechte anerkennen“ (Nationalrat in Alger).

Ihr wendet euch zum Schluß gegen den Warenboykott mit dem Tenor historischer Kontext („kauf nicht beim Juden“). Der Forderungskatalog der Vereinigten Nationalen Führung des Auslandes beinhaltet den Boykott israelischer Waren, des Tourismus nach Israel und der Arbeit in Kibbutzim. Auf Solidaritätskundgebungen in der arabischen Welt, in Europa und auch den USA haben Hunderttausende diese Forderungen unterstützt. Wenn der Hamburger KB Angst hat, ein solcher Boykott könne mißgedeutet werden, dann soll er ihn doch erklären. Müssen wir nicht auch immer noch im historischen Kontext erklären, daß Antizionismus keine Antisemitismen sind.

Wenn diese Trennung begrifflich zu machen nicht gelingt, den Unterschied zwischen Judentum und Zionismus zu verdeutlichen nicht gelingt und nicht eine Israelskritik zu erklären, wenn wir in die historische Kontext gelangen, bleibt dann ist die ganze Sache politisch, dann gibt es im historischen Kontext keine „Palästina“ Solidarität, auch keine „Landes“. Dann waren wir fast historisch. Oder wir akzeptieren den Zionismus. Das wäre aber doch wohl eine ganz andere Solidarität.

Anmerkung:  
II) Vgl. dazu den Artikel im Merkur G.A. Mager, der vertritt von Y. Mager.



Peggy Parnass

Fortsetzung von vorheriger Seite

Israel, nicht von nötiger Höhepunkt der D-Hierarchien, ist die Gleichsetzung, was „Kauf nicht beim Juden“ (KB-Erklärung). Mit der öffentlichen Verurteilung der palästinensischen antizionistischen Kräfte, die in der Kibbutzim, des palästinensischen Widerstandes einher. Die gezielte und systematische Diskreditierung, wie sie vom KB betrieben wird, zeigt, daß die Menschen in der BRD nicht es leichter für Gile oder gegen die Apartheid Südafrika als für Palästina zu marschieren. Auch der KB wollte offensichtlich mit der Hamburger Demo am 10.11.88 nicht gesehen werden, daß die Hamburger Beile zusätzlich die Repressionen gegen den Widerstand haben (u.a. Leibeserschütterung, Verletzung, Verhören auf dem Weg zur Demonstration). Damit hat der Imperialismus einen weiteren Durchbruch erzielt. Die palästinensische Revolution punktet zu einem jeden gegenwärtigen Widerstand des Imperialismus, daß Israel für diese absolute Priorität darstellt. In gleichen Maß unterdrückt er die palästinensische Revolution und die Solidarität mit ihr. Betreffend Teilen der westeuropäischen Linken ist diese Unterdrückung nicht mehr erforderlich.



Herausgeber:  
Nahost-AG Göttingen im Selbstverlag  
Bezug: Nahost-AG o/o Roter Buchladen, Rote Straße 10, 3400 Göttingen  
Preis: 2,- DM

II) verziehen von selbst auf die Solidarität.

Die Linke und deren Linke, wie ein zu sehen. Israel sei vom Imperialismus (der USA) abhängig. Das reicht nicht aus, denn diese Annahme präjudiziert die Möglichkeit, Israel könne unabhängig vom Imperialismus existieren. Israel wird als „unabhängiger Staat“ der D-Kontinente vergleichbar. Israel aber ist Bestandteil der Strategie des Imperialismus. Es steht also mit ihm. In einer von Imperialismus befallenen Welt gibt es keinen Platz für Apartheid, Zionismus oder sonst einen rassistischen Staat. Dabei ist unklar, ob Israel in Palästina oder anderswo in der Welt besteht.

Der KB schreibt Israel verleihe das Selbstbestimmungsrecht des jüdischen Volkes. Es gibt keine antisemitische Äußerung als jene, die sich der KB zu eigen macht. Antisemitismus deshalb, weil es das „jüdische Volk“ mit dem jüdischen Staat gleichsetzt und es damit für die Kriminalität dieses Staats, der ein einziges Kriterium des Verbrechens gegen die Menschlichkeit ist verantwortlich macht. Ein Punkt sei gleich richtiges stellt. Der Ausdruck „Antisemitismus“ der immer wieder von solchen Linken heraufbeschworen wird, wenn die Palästinasolidarität ersinkt, um eben diese Solidarität zu erlösen, ist ebenso rassistisch wie sein Gegenpart „semitisch“. Er unterstellt die Existenz einer semitischen Rasse (nach Meinung des KB mit dem jüdischen Volk identisch). Gegner der semitischen Rasse seien „antisemitisch“. Wenn ich in der Behauptung, die Äußerungen des KB ist antisemitisch festhalte, dann folge ich damit der KB-eigenen Logik. Jedenfalls ist die Äußerung rassistisch.

Die Tragik des KB und Gewinnungen müssen besteht gerade darin, daß eine Linke, die zudem kommunistisch sein möchte, nicht in den Kategorien des (marxistischen) Humanismus, sondern des Rassismus denkt. Der KB schreibt: „Die Leugnung des Selbstbestimmungsrechts des jüdischen Volkes von Israel ist Spiegelbild für das Gegenstück, die Verneinung des palästinensischen Selbstbestimmungsrechts durch die Zionisten.“ Nur nach rassistischer Logik sind „Juden“ und „Palästinenser“ „Gegensätze“. Die Zionisten haben in Übereinstimmung mit Nazis und allen Imperialisten die Juden zu einer Rasse erhoben; der KB übernimmt diese Logik. Der Ausdruck „jüdisches Volk“ ist nur möglich, wenn unterstellt wird, Juden seien eine Rasse.

Juden sind Angehörige der jüdischen Religion. Ein jüdischer Mensch hört auf Jude zu sein, wenn er diesen Glauben ändert oder gar Religion überhaupt aufgibt. Der deutsche Faschismus hat eine dreifache bestehende antisemitische und rassistische Tradition übernommen und sanktioniert: Jüdisen ist ein Stigma, dem man

nicht entronnen kann. Genau dies ist das Grunddogma des Zionismus. Aus einer Glaubensgemeinschaft ist eine Rasse geworden. Jüdisen ist eine Bürgerschaft, seine die Nachbarn Russengesetze, aber durch die rassistische Bestimmung eines Jüdisen, der der Sohn einer jüdischen Mutter.

Der KB Flugblatt trägt kein einziges Merkmal einer marxistischen Argumentation. Es übertrifft Springers Verhetzung und Spiegel Manipulation. Hört zum Beispiel: „Angesichts der in Teilen des Alt-Orientals herrschenden Konflikten für Juden, ist es für uns antizionistisch, während der Demonstration zu behaupten, daß die Juden kommen, die über die Grundtendenzen der Antisemitismus hinausgehen.“ Diffamierung und Denaturierung der antizionistischen und antizionistischen Solidarität tragenden Kräfte. Die Grundhaltung der KB-Erklärung ist der Antikommunismus. Ansonsten fordert der KB die Kapitalismen des palästinensischen Volks voran. Überlegen der israelischen Militärs. Die Forderung des KB ist antisemitisch mit dem Diktum des Imperialismus und Zionismus, die die Palästinenser zur Unterwerfung vor der weißen Herrschaft Israels zwingen wollen. Er stimmt mit dem Imperialismus überein, der die unterworfenen Völker zur Aufgabe des bewaffneten Befreiungskampfes veranlassen will. Wie es nicht anders zu erwarten ist, verschwendet der KB keine Zeile über die Verbrechen Israels, das ja ein Bollwerk der europäischen Zivilisation gegen die asiatische Barbarei ist. Er leugnet die revolutionäre Perspektive. In der Tradition des bürgerlichen Geschichtstums, Skeptizismus und Pessimismus verneint er die Aussicht auf Erfolg des Volksbefreiungskriegs, es habe keinen Zweck, Widerstand zu leisten. Über all die durch das Flugblatt aufgeworfenen Fragen zu diskutieren, ist müßig, denn die Voraussetzung fehlt. Auf der Grundlage des Rassismus kann keine Diskussion über die Theorie und Praxis der Revolution geführt werden. Der KB hat sich selbst aus der Solidaritätsbewegung herauskaspoliert. Er hat sich nicht nur gegen das palästinensische Volk, sondern auch gegen die überwältigende Mehrheit der Juden in der Welt, die Israel aktiv zu mindest passiv ablehnen, gestellt.

Anmerkungen:  
(I) Hier begeht Karam Khelss eine Untergründung, die nicht wie andere stehende kann. Sein Zweck der Erklärung des KB war, die Arbeit im Antisemitismus aufzuklären. Was soll dann ein „Ausschluß“? Formal hat es nicht einmal einen Ausschluß gegeben. Daß Organisationen und Gruppen aufgrund von inhaltlichen Widersprüchen aus der Vorbereitung einer Demonstration ausgeschlossen sind, ist sicherlich allein in Hamburgs jüngerer Geschichte hundertmal vorgekommen. Also so einseitig ist dieser Vorfall wohl kaum. Die Red.

## Kein Antisemit?

Klaus Heidorn, Herausgeber der Hamburger Stadtzeitschrift „Szene“, wird den Verdacht, etwas gegen Juden zu haben, empor zurückgewiesen. Er hat nur etwas gegen die linke Jüdin Peggy Parnass, über die sein Blatt gern etwas erzählt, was die „Jaz“ treffend als „Häute-Journalismus“ bezeichnet. Begonnen hatte es damit, daß Hermann Gremilza Peggy bei „Konkreten“ den Stuhl vor die Tür setzte, wohl, weil beide unterschiedl. die Ansichten über die Angemessenheit des Honorars hatten. Der Verleger jedoch zog nach mit Behauptungen, Peggys Reportagen, die in den siebziger Jahren nicht unerheblich zum guten Ruf vor „Konkreten“ beigetragen hätten, seien „antijüdisch“ gerichtet und nicht der Rede wert.

Gremilza zur Seite trat Heidorns „Szene“, die bereits häufiger Gehässigkeiten gegen Peggy losgelassen hatte, so z.B. durch Hans Eppendorfer, wenn Peggy immer noch zu meinen scheint, alle schuldeten ihr „ne Mark, wo die doch nie Eintritt zahlt.“ In der Februar Ausgabe 1988 titelte unter der Überschrift „Tauben Nüsse“ in der Rubrik „Trends“ Uwe Kopf, offenbar Trendsetter in dem Blatt, „daß man Peggy wegen ihrer plattprogressiven Polipouris in Rede und Schrift vor 200 Jahren für 24 Stunden zur Ausnützung in den Narrenturm geben hätte, um ihr zu verkären, für eine Linke kann es nicht hinreichen, Jammertexte zu verfassen, Solidaritätsportraits zu veranstalten, Aktionen durchzuführen und den Hundeblick zu trainieren“, und gab ihr Empfehlungen für die künftige Gestaltung ihres Tagesablaufs: „Vielleicht aber sollte Frau Parnass — sie sieht stets aus, als wäre sie gerade irgendeinem Bette entstiegen — einfach ihren Tagesrhythmus ändern, „Lange schlafen“, ermittelte nämlich der Neurologe Prof. Dr. Stanislaw Kubicki, „macht eindeutig dumme.“

Die empörte Leserreaktion konnte nicht ausbleiben — und das rief der „Szene“-Chef persönlich auf den Plan: „Lieber Leser, das tragische Schicksal, das die Familie Parnass in der Nazi-Zeit erleben mußte, ist mir bekannt. Ich kenne aber auch viele andere Menschen, die unter den braunen Verbrechern unsägliche Qualen erlitten haben. Nur kann das, liebe Peggy Parnass, kein Grund dafür sein, sich ständig von sogenannten Spitzbürgern Essen und Trinken zu erbitten, Büffets

zu plündern und sich mit einer Aura des Jammers zu umgeben.“ („Szene“, 3.88).

Die Klage über die Juden, die mit dem Hinweis auf den „Holocaust“ an Deutsche unverschämte Forderungen stellen, wurde — es ist noch gar nicht so lange her — von einem rechten Nachkriegs-Journalisten, der sich dafür im netten noch entschuldigen mußte. Und daß die „Spitzbürgern“ die gänzlich falsche Adresse für Vorhaltungen zur NS-Zeit sind, wissen wir spätestens seit Kanzler Kohl kurz vor einer Israel-Reise darauf hinwies, daß er noch ein Schulbub war, als Peggys Familie umgebracht wurde. Heidorn befindet sich also in guter Gesellschaft.

Das ist aber nicht das Entscheidende. Schlimmer ist die Methode der „Szene“ in der Auseinandersetzung mit Peggy ähnlich fatal der des „Stärker“, des Nazi-Heftblattes der Jahre 1933-45. Dort waren es die Geschichten über die reichen Juden, die den „deutschen Volkskörper“ ausbeuten, „deutsche Frauen und Kinder schlachten“. Hier ist es die jüdische Journalistin, die — überspitzt wir einmal die Gehässigkeiten der „Szene“ — sich vor der Arbeit drückt, weil sie sich lieber in (deutschen) Betten aufhält, gar noch mit (deutschen) Männern, bei Spitzbürgern (Ariern) schmarrt, ohne Eintritt zu bezahlen in Ausstellungen geht, kalte Büffets plündert, am Ende gar noch für die (rassistisch-mutlich dubiosen) hungrigen Hinterhofkatzen Lachs und Kaviar einpackt.

Linke Juden sind eine Herausforderung für nicht jüdische Linke. Es gibt etliche Punkte, über die man sachlich mit ihnen streiten kann, z.B. über die Politik der herrschenden Kreise in Israel oder über den schnellen Vorwärt des „linken Antisemitismus“ gegen Kritiker des Staates Israel. Eine solche Auseinandersetzung wird unmöglich, wenn ausgerechnet gegenüber einer profilierten jüdischen Journalistin an Vorurteile angeknüpft wird, die zu verbreiten und zu bestärken auch Methode der NS-Presse war. Damit ist man tatsächlich beim Antisemitismus. Aber „Szene“-Verleger Heidorn kennt ja „viele andere Menschen“ (Juden oder Deutsche oder beides, Herr Heidorn?), „die unter den braunen Verbrechern ...“ Da kann man sich dann ja auch das mal leisten.

J., Hamburg



# Auf zum letzten Gefecht?

## Kritische Anmerkungen zum Hamburger Demogeschehen

Kann in Hamburg nicht mehr demonstriert werden? Erneut wurde eine angemeldete Aktion nicht durchgeführt. Wird die Durchsetzung der Vermummung zu der entscheidenden Frage der politischen Betätigung in den nächsten Monaten? Einige sehen das so. Ist die Hamburger Linke nicht mehr mobilisierungsfähig? Es kommen immer weniger Leute. Sind die Autonomen jetzt die stärkste der Parteien? Sie erwecken zumindest diesen Eindruck. Geht die GAL in den Untergrund? Bis zum Herbst muß sie wieder aufgetaucht sein, wenn im November die NATO-Parlamentarier in die Hansestadt kommen. Vielleicht rauft sich die Linke ja zu einem abgestimmten politischen Vorgehen auf verschiedenen politischen Ebenen zusammen und schafft es, massenhaft zu demonstrieren. Bitter nötig ist dies nach den jüngsten Erfahrungen.

Am 29. Februar fand in Hamburg eine Tagung der EG-Außenminister mit ihren

Spektrum der autonomen und Antimperialismus-Demo aufgerufen. Hier übte die Polizei erstmals das neue Konzept von Absperrungen und Vorfeldkontrollen im Kleinen: die etwa 400 Demonstranten wurden gefilzt. Zwei Tage später am 18./19. sollte die Demonstration zur Freilassung von Ulla Pensel stattfinden. Auch sie war in der Vorbereitung voll in autonomen Händen, die Rolle der mitwirkenden GAL beschränkte sich mal wieder auf uneingeschränkte Zustimmung. Die Durchsetzung der Vermummung war zur zentralen Frage erklärt worden. Nach den Ereignissen der Palästina-Demo war klar, daß die Hamburger Polizei auch hier wieder filzen würde. Angesichts eines massiven Polizeiaufgebots entschieden sich die Veranstalter für Auflösung und wählten den etwa 1.500 erschienenen Leuten einen bunten Abend, was hieß, daß kleine Gruppen „Aktionen machen“ 40 Frauen wurden festgenommen.

Die gezielte Ausrichtung der Polizei einsätze gegen den Block der Autonomen hat bereits seit Dezember 1986 — Vorbereitung der großen Bundesdemonstration für die Hafenstraße — zu Diskussionen um die „freiwillige“ Demoausslösung geführt, falls man das Später nicht

teiligen gemacht werden können. Das ist aber vor dem 29.2. erfolgt. Die Durchsetzung der Vermummung wurde zur Bedingung für die Mittelamerika-Demo erklärt, damit aber auch ein bestimmtes Politikverständnis zur Bundsaufgabe gemacht. Das ist schlicht sektiererisch. Das, was bei der Verteidigung der Hafenstraßenbewohner zu akzeptieren war, weil es um ihre Interessen ging, muß ja deswegen nicht zur Regel werden. Dies gilt für uns (insbesondere dann, wenn wie am 29.2. geschehen) dieses Herangehen von feindkundig und voraussetzbar zum Schaden des politischen Angelegens ausgeht.

### Vermummung als politisches Prinzip

Es bedarf daher bestimmter Konstruktionen, um solche Fragen nicht zu politischen Streitfragen zu machen, sondern zu Prinzipien, die man treu befolgen oder verraten kann. Lutz Hergemöller von der GAL erklärte verteidigend in der „Hamburger Rundschau“, daß heute niemand auf die Straße gehen könne, „ohne die Hamburger Verhältnisse zu thematisieren“ (3.3.88). Man muß sie auch themati-

tisch flexibel geblieben ist, ohne sein strategisches Ziel der Isolierung des militärischen Demopotentials aufzugeben. Die Polizeitaktik beim „Hamburger Kessel“ im Juni hieß Platinmachen. Der breite Protest von 40.000 und die öffentliche Empörung ließen den Innensenator scheitern. Im Zusammenhang mit den Hafenstraßendemonstrationen wurde das berüchtigte Spalierlaufen verboten und durch Politzeischläger- und Greiftrupps ergänzt. Militärische Gegenwehr und große Mobilisierung verhinderten das Aufgehen der Isolierungsstrategie Hamburgs. „Schwarzer Block“ machte bundesweit Schlagzeilen. Die Vorfeldtaktik ist die neueste Konsequenz aus den vergangenen Erfahrungen. Rüstige Polizeiaufgebote, massive Absperrungen und starke, gut gesicherte Vorfeldkontrollen sorgen für ein Antidemonstrationsklima. Die Polizei schützt durch Blockade der Vermummten das Demonstrationsrecht, lautet die sozialdemokratische Erklärung für das Vorgehen. Oder, wie der Innensenator sich nach dem 29.2. ausdrückte: „Erschweren hat mit ihrem Eingreifen die Voraussetzungen für einen friedlichen Demonstrationverlauf geschaffen.“ Allerdings

Innerhalb autonom-antimperialistischer Kreise wird die Problematik durchaus so diskutiert. Eine der Lehren aus der Hafenstraße für den Kampf um die Zusammenlegung der politischen Gefangenen sei es, so ein namenloser Beitrag, „Unsere revolutionären Ziele durchsetzen, heißt zu lernen an ihnen die Machfrage zu stellen.“ Was die Schweine „rechtsfreier Raum“ nannten, war die Durchsetzung eines anderen, vom Widerstand bestimmten Rechts, wofür sie in dem Augenblick keine Macht mehr hatten. Das war der antagonistische strategische Moment, in dem unser Ziel eines selbstbestimmten Lebens ein Stück Gewalt annahm.“ (Sabot 18. Februar 88).

In Bezug auf Autonome, Antimperialismus und die politisch aktiven Hafenstraßenbewohner sollten die GALier lieber ihre sozialarbeiterische Herangehensweise aufgeben, wenn es um die Diskussion politischer Strategien geht. Statt dessen sollte man sie als politische Wesen mit eigenen Strategien bzw. Vorstellungen vom Weg der Durchsetzung ihrer Ziele akzeptieren und mit ihnen darüber streiten. Etwas weniger Moral in solchen Debatten könnte die Auseinandersetzung um die unterschiedlichen Vorstellungen beleben. Die viel beschworene Solidarität mit den Autonomen darf nicht zu Vernebelung von Differenzen führen, was es nicht in erster Linie war. Sie ist Solidarität mit der Autonomie, nicht zu Vernebelung von Differenzen, was es nicht in erster Linie war. Sie ist Solidarität mit der Autonomie, nicht zu Vernebelung von Differenzen, was es nicht in erster Linie war.

### Das alles wußten wir ... Hamburger Autonome

#### Das alles wußten wir ... Hamburger Autonome zur EG Gipfel-Demo

Am 29.2.1988 sollte in Hamburg eine Demo gegen die imperialistische Politik der EG in Mittelamerika stattfinden. Die Bestimmung der Demo war es, die imperialistische Politik der EG zu entlarven. Die Verantwortlichen für Folter, Mord und Ausbeutung hier in der Metropole zu nennen. Das sollte durch einen revolutionären Block und entsprechenden inhaltlich praktischen gemacht werden. Später, nach der Palästina- und Lia und Ingrid-Demo war klar, daß die Schweine versuchen werden, für sie entzerrte Inhalte zu verhindern — vor allem auf dieser Demo.

Das alles wußten wir und haben schon vor Wochen vorhersehen können. Das kommt. Deshalb haben wir gesagt, daß es zwar primär wichtig ist, die Demo durchzusetzen, wenn dies aber nicht möglich ist, dafür zu sorgen, daß die Bu- nach der Demo nach unseren Vorstellungen zulassen, als noch einmal eine Nacht voller dezentraler Aktionen zu haben und nicht das Festhalten der Staatämter, sondern der Widerstand gegen ihre Politik primär in den Medien erscheint.

Wie zu erwarten war, wurde die Demo umöglich gemacht. Die immer massiveren Angriffe auf unsere Demos/Inhalte und die daraus resultierende Notwendigkeit des dezentralen Angriffs, die durch aus abgesprochen war für den Fall der Verhinderung der Demo, drückte sich dann in Form von kaputten Scheiben bei ganzen neuen Objekten (friede Banken, ein Petzgeschäft, ein Aldi-Store), eine kleine Barke, einen flammenden Bagger und ein paar kaputten Bullenwagen aus. Diese Schwäche ist Ausdruck einer Entwicklung, die wir in letzter Zeit verstärkt feststellen. Während ein paar Leute sich den Ansturm aufreihen um vorzubereiten, Diskussionen vorzubereiten, zu planen, zu besorgen usw., nehmen andere Leute eine Haltung ein, in der sie warten, daß alles an sie herangetragen wird, sie nur noch die Aktion machen und dann selbstbefriedet nach Hause gehen. Es ist erschreckend zu sehen, mit welcher Ernstlosigkeit viele an Sachen gehen. Während (wiederholt) einige wenige viel Zeit, Geld und Nerven in die Vorbereitung gewandt haben, um die lange vorbereitete „heiße Nacht“ die abgesprochen war, praktisch zu machen und dabei Kräfte riskiert haben, haben sich viele andere wieder um nichts gekümmert!

Wir müssen uns endlich der Ernsthaftigkeit des Widerstandes und der Repressionen bewußt werden. Diese Kritik geht an uns alle! ( )

Einige Autonome aus Hamburg.

mit dem Ergebnis, daß niemand mehr die Lust hatte, unter den Bedingungen eines massiven Polizeiaufgebotes zu demon-

strifizieren. Unflexibel agieren dagegen Teile der Hamburger Linken. Sie glauben, die Vermummung als politisches Prinzip frontal verteidigen zu müssen. Die taktische Frage, wann ich zu welchem Zweck wie demonstriere, wird zur strategischen hochgespielt, bis hin zur „Machfrage“. So wirft GALier Frank Fründ dem KB-Mitdiskutanten im „taz“-Interview empört vor, er verlange „ein sakralisiertes Verhältnis der Autonomen zur Vermummung“. Ja, was denn sonst? Nur wer entweder der Illusion anhängt, der Staat gebe bei etwas Druck soweit nach, daß er seine militanten Gegner gewähren lasse, oder wer Machtphantasien anhängt, kann die Frage auf Alles oder Nichts zuspitzen.

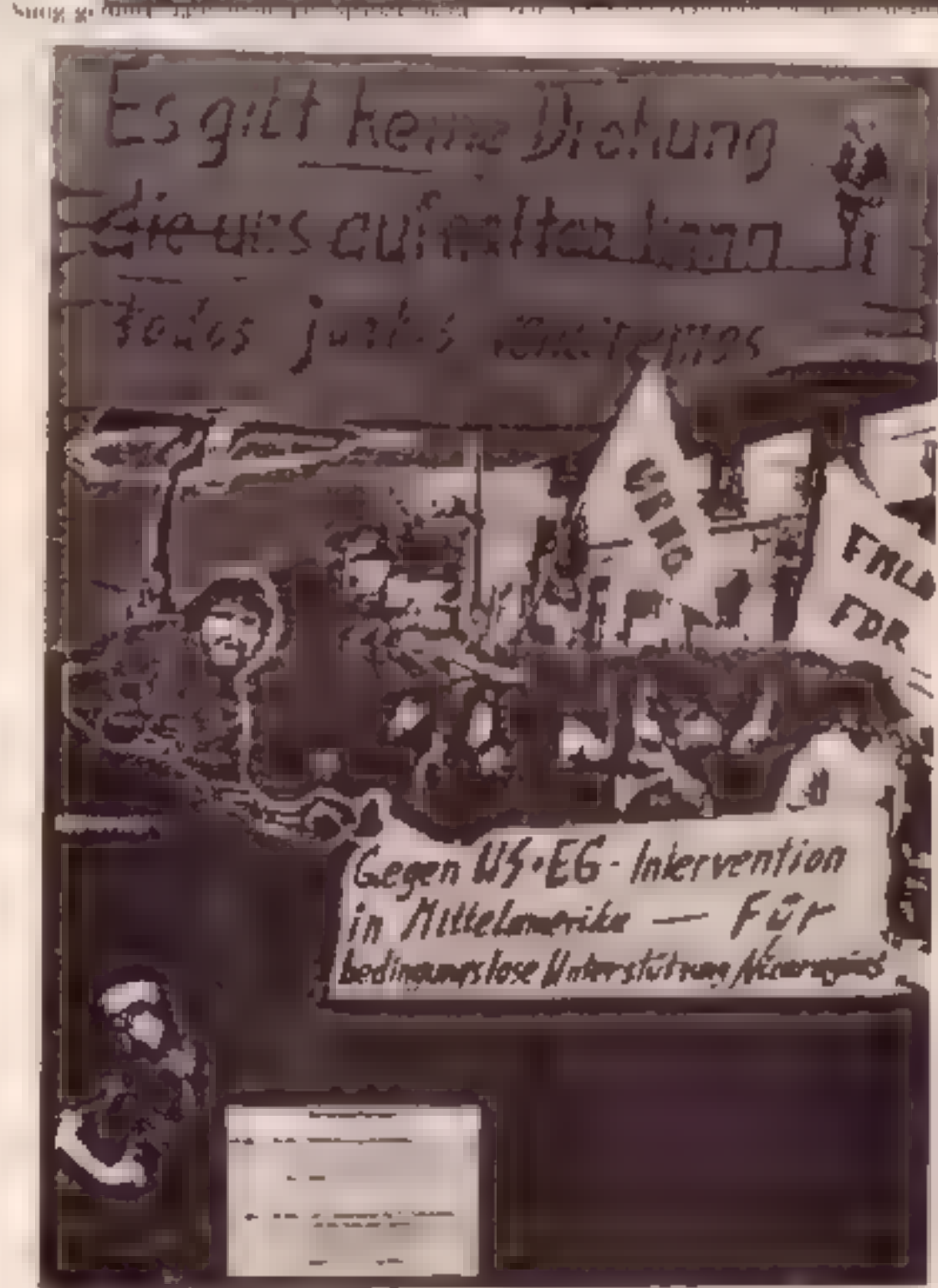
### Wen und was vertritt die GAL?

Erschwert wird eine Diskussion um das zukünftige Demonstrieren in Hamburg vor allem durch die Schwäche und Krise der nicht-autonomen politischen Gruppen (den KB eingeschlossen). Besonders die Situation der GAL, die trotz innerer Lähmung und Krise für die Herstellung politischer Bündnisse nach wie vor eine wichtige Rolle spielt, wirkt sich nachteilig aus. Ein Teil der GAL, die meisten sind im Initiativkreis Hafenstraße aktiv, begreift das Hamburger Demogeschehen offensichtlich als Kontrastprogramm zur innerparteilichen Odyssee der grünen Auseinandersetzung und dem Anpassungs-

Am 29. Februar fand in Hamburg eine Tagung der EG-Außenminister mit ihren zentralamerikanischen Kollegen statt. Thema waren die Interessen der EG in Mittelamerika. Ein guter Anlaß, um in der Linken für die Unterstützung Nicaraguas und für den Befreiungskampf in El Salvador zu mobilisieren. Doch daraus wurde nichts. Es gab kein gemeinsames Handeln, da die autonomen Gruppen das militärische Anliegen mit den von allen Beteiligten zu tragenden Bedingungen verknüpfen wollten: keine Entmummung, kein Spalier und keine Vorfeldkontrollen zugelassen. „Wir sehen einen Zusammenhang zwischen den Versuchen des Repressionsapparats bei uns, unsere Zusammenhänge zu zerschlagen, und dem Versuch der EG, ihren Repressions- und Sicherheitsapparat nach Zentralamerika zu exportieren. Solidarität mit den Völkern Zentralamerikas heißt daher für uns auch gegen den geplanten massiven Ausbau des Repressionsapparats bei uns Widerstand zu leisten.“ hieß es im autonomen Aufruf. Die Vorbereitung auf die so sicher wie das Kirchen-Amen zu erwartende Repression (immerhin trafen sich hochkarätige Politiker standortfremd im Mittelpunkt der Planung. Auf der Strecke blieb das Bemühen um eine große internationalistische Solidaritätsdemonstration. Die Herstellung von Gemeinsamkeit im Bündnis, breite Mobilisierung und Aufnahme der Anliegen der Mittelamerika-Solidargruppen hatten in den Demos-Vorbereitungen keinen Platz. Die schwache Jenn, daß das Bemühen da war, dem erfolgreich vorgebrachten Eindruck der EG-Imperialisten entgegenzutreten, mußte helfen, die Völker Zentralamerikas Gruppen wie GAL, VSP, DKP, die meisten Mittelamerika-Komitees und der KB riefen — unterschiedlich motiviert — nicht auf. Die nachfolgende Entwicklung war vorprogrammiert und für Beteiligung überhaupt nicht überraschend. Innensenator Lange reagierte mit Demoverbot um den Tagungsort CCH, rief für die verbannten Staatsvertreter „Geführungsstufe 2“ aus und schloß wegen „gewaltbereiter Autonomen und Antimperialisten“ einen „Anschlag auf Personen nicht aus“. Am 29.2. fand die Demo nicht statt. Das Hamburger Schanzenviertel war von 3.000 Bullen belagert, Wasserwerfer waren aufgeföhren, etwa 100 Demonstranten liefen im Viertel herum, einige hundert schafften es vorübergehend, sich zu einem Demozug zu formieren. Es gab einzelne Aktionen im Viertel, zahlreiche Verletzungen und über 50 Festgenommene. Statt einer großen Demonstration erlebte Hamburgs Linke ein Demo-Desaster — und man muß befürchten, daß es nicht das letzte bleibt. Die Schuldigen sind gefunden, in Leserbriefen an die „taz“ wird der Rückzug aus dem Bündnis als Spaltung bezeichnet.

### Hamburger Demo-Szenen

Zum dritten Mal innerhalb von drei Monaten fand damit in Hamburg eine geplante und angemeldete Demonstration nicht statt. Im November — auf dem Höhepunkt der Hafenstraßenauseinandersetzung zwischen Verzug oder Räumung war die Demonstration verboten. 6.000 Bullen und Grenzschützer belagerten am 14.11.87 die Stadt. Die Demonstrationen waren so flexibel, einer ungleichen Konfrontation aus dem Weg zu gehen. Fast 4.000 versammelten sich trotz Verbots direkt vor der Hafenstraße. Am 16.11.88 hatte ein enges politisches



wegschlagen kann. Trotz der Polizeiausschüsse gegen die Demo war es dem Bündnis nach herben Prügeleien gelungen, die Demonstration geschlossen bis an die Abschlussschließung in der Hafenstraße zu führen.

Das Demonstrationsjahr 1987 war in Hamburg vom Konflikt um die Hafenstraße beherrscht, somit auch von der geschilderten Auseinandersetzung mit der Polizei. Die Demonstration vom Dezember 1986, mit ihrer Mischung aus Bundesbreite und Militanz, hat die Voraussetzung für eine Zusammenarbeit geschaffen, durch die die Räumung in der Hafenstraße verhindert werden konnte. Dieser Mythos lebt als politisches Rezept weiter und wird gerne verallgemeinert. Ein Teil der politischen Szene ist der Meinung, daß so demonstriert werden muß. Dies entspricht dem politischen Ansatz der Autonomen, daß eine Demonstration nur eine ist, „wenn sie die Politik des BRD-Imperialismus direkt berührt“ (aus dem Aufruf Flugblatt der Autonomen zum 29.2.), was in der Regel Aktionen und Angriffe auf Einrichtungen aus der Demo meint. Nun gehören wir zu denen, die dies durchaus nicht immer für zweckmäßig halten, ja politisch häufig sogar für einen Fehler. Wir stehen damit in der Linken überhaupt nicht allein. Nur leider reagiert diese überwiegend mit stillschweigender Abstinenz. Trotz Kritik an diesem Politikverständnis haben wir diese Frage nie ausgrenzend diskutiert, wie jeder aus unseren Publikationen zur Distanzierungsdebatte sehen kann. Umgekehrt muß es aber so sein, daß nicht bestimmte Aktionsformen zur Bedingung für alle Be-

wehren man muß vor allem aber wieder die politischen Inhalte, ihre Vermittlung und Verbreitung und die Mobilisierung thematisieren. Andere aus der GAL-Linken verstiegen sich zu der Absurdität, daß das Ziel durchgesetzt werden müsse „selbstbestimmt, das heißt auch vermummung zu demonstrieren.“ (Christin Honemann im taz-Interview 5.3.). Der Begriff „selbstbestimmt“ in diesem Zusammenhang verliert seinen Sinn völlig, wenn man an anderer Stelle ihr und anderer GALer Szenario liest, wonach die Vermummung notwendiger Reflex auf die Totalitarisierung von Demokratie ist (taz, 4.3.). D.h. nicht selbstbestimmt, sondern vom Staatsapparat aufgezungen. (1) Frank Erno sagt im selben Interview, daß, wenn die Vermummung in Hamburg nicht durchgesetzt werden könne, „in Hamburg eben nicht demonstriert werden kann.“ Christin Honemann empfiehlt eine „Demonstrationspause.“ Das ist schlicht eine politische Kapitulation, weil offenkundig Staatsdiskussionen einerseits und Verengung der politischen Aktionsmöglichkeiten andererseits in den Blick für die Realitäten trüben. Folge wäre nicht nur eine verheerende Niederlage der Linken, sondern das Aufgehen des Kalküls der Hamburger Innenpolitik. Eine Stärke des politischen Vorgehens der letzten Wochen resultierte aus der Berechenbarkeit des starren Demonstrierens. Die freiwillige Selbstabgabe des Demonstrationsrechts, dessen Demontage zu Recht beklagt wird, wäre der Sieg „Hamburger Verhältnisse.“ Das Paradoxe ist, daß Hamburgs „Innere Führung“ trotz Rückschläge tak-



Fortsetzung von vorheriger Seite

proß großer Teile der GAL-Basis. Ihr Agieren kann sich zwar häufig auf den Opportunismus dieser Partei, die außerparlamentarisch sein will, aber kaum noch ist stützen. Doch werden politische Aktionen zunehmend weniger getrieben. Die Mobilisierungsfähigkeit der GAL entspricht ungefähr dem Gewerkschaftsbeitrag. Ein Prozent vom Gesamten (brutto). Eine GAL, deren Realität immer weniger den formulierten Ansprüchen entspricht, wird moralisch erschöpfbar. Und so agiert sie denn auch in politischen Auseinandersetzungen. Opportunistisch, gegenüber Strömungen wie den Autonomen, da diese ja vom Staat angegriffen werden. Nicht politisch, nicht um Auseinandersetzung bemüht, sondern eher sozialarbeiterisch. Das ist zugegeben immer noch besser als das, was Schily-Grüne praktizieren, es fördert aber auch die Tendenz der Enpolitisierung, es wird zunehmend weniger argumentiert, dafür um so mehr moralisiert. Beispiele für den Opportunismus und die Moralisierte der GAL:

Krass ihr Opportunismus bei der Palästina-Demo am 16.1.88. Obwohl das autonome Palästina-Bündnis anders agierte, als es — soweit bekannt — GAL-Praxis ist, führte man die Auseinandersetzung nicht etwa um eine andere Palast an Südküste, sondern nutzte die Teilnahme einer PKK-nahen Organisation als Vorwand, sich klammheimlich zu verpressen. Die Auseinandersetzung um eine andere Art Demonstration am 29.2. zu führen, wurde von den GAL-Vertretern erst einmal wortradikal mitgeplant. Als die Ernsthaftigkeit der Staatsdrohungen offensichtlich war — wurde zwar der Ausstieg beschlossen, doch in Erklärungen und Anzeigen zwei Tage vor der Demo mitgeteilt: 1. Die GAL setzte sich für die Absage der Demo ein. 2. Für den Fall, daß sie nicht abgesagt werde, forderte die GAL volle Demofreiheit. 3. Falls die Demo stattfinden, werde sie organisatorische Unterstützung leisten (Luz, 27.2.). Kein Wunder, daß solche unter dem Mantel Solidarität formulierten Erklärungen „Sowohl als auch“ von niemandem ernst genommen werden und am Ende nur das „auch“ überbleibt. So reduziert sich das Anliegen, eine staatlich gewünschte Aufspaltung der Hamburger Linken nicht hinzunehmen zu wollen, auf nicht oder weniger Goodwill-Akte (einen Lausprecherweg? bereitstellen die Demo durch GAL'er anzuleiten) und Pflichten aus den Möglichkeiten einer Parlamentarität anzuhängen (Parlamentarier als Beobachter vor Ort, Pressekonzern hinterher). Als Faktor für eine Hamburger

Er frage sich jetzt oft beim Schreiben, ob er nicht unter seinem Wissen, seinem Empfinden bleibe, sagte Volker Braun auf dem X. Schriftstellerkongreß der DDR im November vergangenen Jahres in Berlin und stellte fest: „Das Problem der Kunst enthält das Problem unserer Gesellschaft; unter ihrem Bewußtsein zu leben, unter ihren Möglichkeiten zu leben, wo sie in Strukturen verharrt, die die Produktivität behindern“. Die Delegierten des Schriftstellerverbandes wählten Volker Braun auf ihrem Kongreß in das Präsidium des Verbandes. In einem Essay über Rumbaut schrieb Volker Braun vor einigen Jahren: „Was uns ersticken machen kann: aus der bewegten Zeit in eine stehende zu fahren“. Das Bewußtsein, in einem Jahrhundert zu leben, in dem anfängliche revolutionäre Ausbrüche in Stagnation übergingen und an dessen Ausgang die Erben des roten Oktober die Erhaltung des Status Quo bereits für einen Erfolg halten, prägt Volker Brauns Gedichtband „Langsamer, knirschender Morgen“.

Einer der Dienstältesten und Dämonen unter den kalten Kriegern an der kulturellen Front, Karl Corino, meinte in der „Stuttgarter Zeitung“ (5.9.87): „daß Braun in seiner preußischen Heimat nicht mit der Veröffentlichung solcher sozialistischer Postmoderne“ rechnen könne. Wenn Lügner kurze Beine haben, kann Corino jetzt in den Redaktionsräumen der „Stuttgarter Zeitung“ unter den Tischen entlang laufen, ohne sich den hohlen Kopf zu stoßen: Volker Brauns Gedichtband „Langsamer, knirschender Morgen“ ist in der DDR beim Mitteldeutschen Verlag, Halle/Leipzig erschienen. Er enthält Texte aus den Jahren 1978 bis 1984. Der Kommunist Volker Braun, den eine dünnschichtige Literaturprofessur im Oktober 1985 im „Neuen Deutschland“ wegen seines sehr leisen, weichen „Hinze-Kunze-Kommis“ (in der BRD erschienen bei Suhrkamp) als Anarchisten entlarvte und der nach wie vor Mitglied der SED ist, gibt sich mit Erreichten nicht zufrieden, ohne sich auf die bereits zum Ausdruck von

Selbstgefälligkeit verkommene Mause zurückzuziehen, das Erreichte sei nicht das Erreichbare.

„Nicht daß uns die Worte fehlen / Sie hängen uns aus dem Hals“ schreibt Braun („Gespräch des Chefs“). Da ist manches den meisten westdeutschen Lesern nicht vertraut. „Partei mein Fürst, sie hat uns alles gegeben / Und alles ist noch nicht das Leben. „Sie hat uns alles gegeben“, heißt es in einem Gedicht Louis Fühnbergs aus dem Jahre 1949, das als verontes Stück Lyrik bekannt wurde: „Die Partei hat immer recht“. Das Lied hat eine bewegte Geschichte. In dem ursprünglichen, 1949 veröffentlichten Text hieß es: „aus Leninischem Geist wächst von Stalin geschweift die Partei, die Partei“. Nach dem XX. Parteitag der KPdSU durfte der georgische Schustersohn nicht mehr als Schreiber dargestellt werden. Da ließ es bald u. a. in einer Fühnberg-Ausgabe des Aufbau-Verlages: „aus Leninischem Geist wächst von Lenin geschweift“. Diese überstürzte Aufhebung der Trennung von Kopf und Handarbeit hielt nicht lange an, und man sang bald: „aus Leninischem Geist wächst im Kampfe geschweift“. So klang es auch aus den Kehlen der Delegierten des XI. Parteitages der SED im April 1986 im Palast der Republik. Ist auch der Text nicht immer echt, hat die Partei doch immer recht.

„So wie wir heute arbeiten / Haben wir gestern gelebt“ („Berliner Epigramme“). „So wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben“, sagte die Weberin Frida Hockauf (VEB Mechanische Weberei Zittau) 1953 zum Auftakt eines sozialistischen Wettbewerbs. Man lebte acht Jahre nach Kriegsende in der DDR noch nicht sonderlich gut. Die Praxis lief anders als die Planung. „Ich lenke, aber der Wagen fährt nicht dorthin, wohin ich ihn lenke, er fährt hin, wohin andere ihn lenken“, schreibt der Lenin-Kenner Volker Braun, wissend um die Spätschritte Wladimir Iljitschs. Im „Eisenwagen“ der auch einige der eigenen Genossen überrollt, gerät den Fahrenden das Ziel aus dem Blick: „Was für eine Rolle

spielte ich — des Befreiers oder Unterdrückten“. Was bleibt da von den Ideen des Kommunismus? „Wollt ihr ihn wirklich? Ich staune. Das Freie Beweig / Einfache / Das schwer zu machen ist: ihr? / Überlegt es euch gut“.

Volker Brauns Lyrik erschöpft sich nicht in dichterischer Befassung mit den Widersprüchen eines real stagnierenden Sozialismus am Beginn der achtziger Jahre. Seine Texte sind auch von der Auseinandersetzung mit einem Theoretiker geprägt, der Anfang der 70er Jahre schrieb, die sich wie Entwürfe zu Reden Gorbalschows lesen und den sein Hang zur Prophetie in den achtziger Jahren ins Mystisch-Reaktionäre führte: Rudolf Bahro. „Rudi in Oregon“, bei der Baghwan-Truppe, die Verwunderung darüber und über Bahros Plädoyer für den Weg „in die bessere Steinzeit“ kennzeichnet Brauns Gedicht „Das gebremste Leben“. „Vielleicht war die Frage / Die große Frage Werwen / Eine Nummer zu klein / und die Schrecken / von denen wir zehren / sind nicht mehr das Wahre.“

Laßt Rudi hier noch grüßen, so teilt Brauns die Konsequenzen von Bahros theoretisierendem Ausspielen von Menschheitsinteressen gegen Klasseninteressen durchaus nicht. Zwar sprach er auf dem X. Schriftstellerkongreß in Bahroscher Diktion von der „industriellen Megamaschine, die die Natur verheert“, doch setzte er sich gleichzeitig mit Bahros Auffassungen auseinander, ohne den in der DDR noch Tabuisierten namentlich zu erwähnen. „Altenhalben wird die Alternative jetzt außerhalb der Produktion gesucht und der entfremdete Raum Hals über Kopf verlassen, die Befreiung fände draußen statt in der sogenannten Lebensweise. Der Herrschaft wird nicht zu nahe getreten. Und wo das Bild der Zukunft aus dem kapitalistischen Rahmen genommen wird, zeigt es die Idylle der Umkehr. Wie denn immer der erste Reflex auf komplizierte Verhältnisse Rückkehr zum Alten, zum Einfachen hieß. Als müßten wir nur loslassen, was wir haben, um gerettet zu sein.“ Bundesdeutsche Rezensenten haben

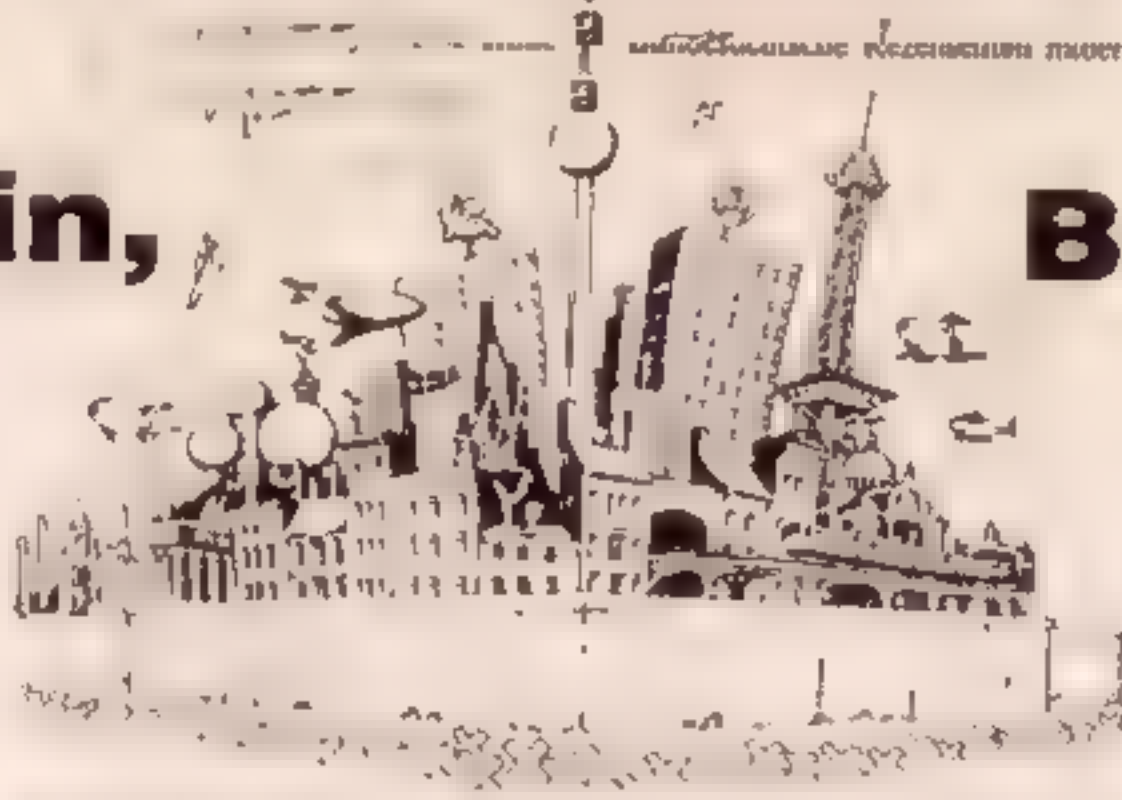
entdeckt, daß Volker Brauns Optimismus heute nicht mehr derselbe ist, den er als Dreißigjähriger 1970 in seinem Lyrikband „Wir und nicht sie“ zeigte. Uwe Wittstock aus der Abteilung Reich-Ranicki, vor einigen Jahren noch Autor in „L 80“, einem Organ für Günter Grassens Godesberger Sozialismus, suggeriert in der FAZ, Volker Braun beschreibe in seinem neuen Gedichtband „soziale Grabesruhe“ Yaak Karsunke unkte in der „Frankfurter Rundschau“. „Langsamer, knirschender Morgen“ zeuge von der „Abend-Dämmerung eines langen bleiern Tages“. Wer die Sonne im Osten untergehen sieht, erspart seiner Lesergemeinde jeden Hinweis darauf, was Volker Braun in den Berlinerischen Epigrammen über die intellektuellen und die Linke im Westen notiert: „Freiheit, ihr also habt sie! und verbrieft und versiegelt. Aber nun brecht einmal auf Tränengas, Wassergewer, Freiheitsglocken bezahlte er, Cäsar, für jeden lädierten Soldner, Vietnam, Freiheit, so ist sie gemeint. Freier wäre ich da und könnte tun oder lassen — Was weiß ich. Was ich weiß, reicht zum Berufsverbot aus.“

Ob Volker Braun auch an Mitarbeiter eines in Talkshows gern gesehenen Frankfurter Kritikers dachte, als er schrieb: „In dem Sinnlosen harren sie aus, das sie immer bereden. Elitärer Genuß, sinnvoll bereden sie dies Los. Freilich, es wäre zu wünschen, daß sie im Optativ schwiegen. In der Wunschform erschöpft sich ganz das Engagement. So erhaben sind und verstrickt sie in Strukturen. Anders denken sie wohl, und aber handeln konform“.

Gerd Eggeing

Volker Braun, Langsamer, knirschender Morgen, Gedichte, Suhrkamp, 95 Seiten, 12,80 DM

## Berlin,



## Berlin

Das Besondere dieser Stadt (fangt mit dem Namen an: Berlin, Hauptstadt der DDR, des einzigen Landes in Europa, das nach westdeutscher Lesart keine Hauptstadt haben darf, „Ostberlin“ nennt sie der Westler; DDR-Bürger sagen einfach Berlin, und ihre Bewohner nennen sie auch gerne und nicht ohne Stolz „die Hauptstadt“). Spotter behaupten, sie werde demnächst in „Casa blanca“ umbenannt, weil die DDR sich beim Wettbewerb mit Westberlin um die schönste 750-Jahr-Feier übernommen habe. In der zu diesem Zweck geschöpften DDR-Provinz ist das östliche Berlin wegen seiner relativ privilegierten Versorgungslage sowieso nicht besonders beliebt ... außer zum gelegentlichen Einkaufen. Im Lande ist zu hören: Bei seiner Asien-Reise 1986 habe Erich Honecker in der Mongolei etwas wesentliches gelernt: Wenn die Hauptstadt gut versorgt sei, könnten die übrigen Bewohner in Zellen leben. Zahlreiche Fotos von Harald Hauswald und anderen DDR-Fotografen enthält das Buch „Kunst und Kohle“ der DDR-Autorin Daniela Dahn. Ihr in der DDR unter dem Titel „Prenzlauer Bergtour“ als Bildband und in der BRD als Taschenbuch bei Luchterhand erschienener Band befaßt sich mit einem Stadtbezirk der Hauptstadt der DDR, der als östliches Pendant zu Kreuzberg gilt — Prenzlauer Berg.

Die ehemalige Fernsehjournalistin Daniela Dahn hat sich sehr gründlich mit dem Gegenstand ihres Buches befaßt. Sie hat Bewohner befragt, in Archiven gearbeitet, sich mit Omas, Punks und Bauarbeitern getroffen. Das Ergebnis ist ein an Detailfakten reiches Panorama aus Gegenwart und Vergangenheit. Die Autorin weist nach, daß das Preußentum die „Kasernierung der Bevölkerung“ in Berlin erreichte, wobei jener Preußenkönig Friedrich II (1717-1786), den Erich Honecker 1986 in einem Interview mit schwedischen Journalisten wieder „den Großen“ nannte, für die Entstehung der „Zivilkasernen“, der berühmten „Mietskasernen“ der Berliner Arbeiterklasse politisch verantwortlich

war. Daniela Dahns Haltung ist in angemessener Weise frei vom neuen Preußentum, wie er sich vor allem zum 200. Todestag von Friedrich II in vielen Medien der DDR ausübte. Ihre „Prenzlauer Bergtour“ unterscheidet sich auch sehr von der Selbstdarstellung der DDR in Fernsehnachrichten („Aktuelle Kamera“) und Tageszeitungen.

Konkret beschreibt sie, wie reserviert und manchmal auch hilflos örtliche Behörden spontanen Wünschen von Bürgern zur kulturellen Gestaltung des Stadtteils gegenüberstehen. Was nicht langfristig und von oben geplant ist, wird als störendes Begehren empfunden. Das gilt auch für die Breakdancer, die ihre Künste auf dem Alexanderplatz vorführen wollen. Kommentar eines Volkspolizisten: „Macht Eure Faxen woanders“. Klingt solche Dinge westlichen Lesern noch aus eigenen Beobachtungen herzu, vertraut, zeigt das Buch anhand der Wohnungsprobleme, wo in Berlin (DDR) die Dinge ganz anders liegen als in Westberlin oder in der BRD. Da zahlen von 800 Metern einer kommunalen Wohnungsverwaltung (KWV) am Prenzlauer Berg 145 entweder gar keine oder nicht regelmäßig die Miete, die nur unter einer Mark pro Quadratmeter ohnehin mehr ein symbolischer Obolus ist, ohne daß einer der ständigen Mieter befürchten muß, an die frische Luft gesetzt zu werden. Die Kehrseite solcher komfortabler Mietverhältnisse besteht freilich darin, daß aus den Mieteinnahmen bei Reparaturen kaum mehr als das Trinkgeld für die Handwerker zu

bestreiten ist. Auch kann man am Prenzlauer Berg keine arbeitslosen Bauarbeiter treffen, wohl aber welche, die sich darüber beschwerten, auch bei Ensekalle arbeiten zu müssen. Dank eines Enkels von Käthe Kollwitz konnte Daniela Dahn die bisher unveröffentlichten Tagebücher der Künstlerin einsehen, die mit ihrem Mann, einem „Armenarzi“, am Prenzlauer Berg lebte.

Auch in diesem proletarischen Viertel Berlins wehten die Hakenkreuzfahnen und marschierten die SA-Kolonnen. Nicht zuletzt diesem Teil der Geschichte des Prenzlauer Berges ist Daniela Dahn auf der Spur. Bei der Durchsicht von Adressbüchern stellt sie fest, daß der Name Goldstein im Stadtbezirk Prenzlauer Berg 1941 zum letzten Mal auftaucht.

Gespensisch wirkt die Szene, als ein junger DDR-Punk ihr auf dem stillgelegten Friedhof der St. Nikolai-Gemeinde das von der sowjetischen Armee geschleifte Grab des SA-Sturmführers Horst Wessel zeigt, der 1930 von Zuhältern erschossen wurde und den die Nazis zum Märtyrer aufbauten. Schüler einer DDR-Oberschule ehren einen Widerstandskämpfer, den sie in einer Wandtafel als „Halbjuden“ bezeichnen, offenkundig ohne zu bedenken, daß sie sich dabei der NS-Terminologie bedienen. Daß antifaschistische Traditionspflege trotz bester Absicht manchmal auch ihre Adressaten verfehlen kann, zeigt die Autorin am Beispiel der Rede eines Widerstandskämpfers, der vor Schülern

spricht, die ihm nicht mehr zuhören, als er sich bemüht, die internationale Lage zu analysieren. „Der Anspruch der USA auf die Ausbeutung der ganzen Welt und neuerdings sogar des Afrikas, hat den Klassenkampf in die letzten Winkel getragen.“

1946 haben Schüler am Prenzlauer Berg Aufsätze über die letzten Tage des Krieges und die ersten des Neubeginns geschrieben. Bei der Lesung der alten Schulleiste stellt Daniela Dahn fest, daß keiner der noch ein Jahr zuvor in der Hitlerjugend erfaßten Schüler Reste der Nazideologie in seinen Aufsätzen einfließen ließ. Des Rätsels Lösung: Es wurden nicht alle damals geschriebenen Aufsätze archiviert.

Daß am Prenzlauer Berg mehr Punks leben als in anderen Teilen der DDR-Hauptstadt hat sich im Westen schon herumgesprochen. Weniger bekannt ist, daß es am Prenzlauer Berg ein zugehöriges Feinschmeckers der DDR gibt. Jeden zweiten Sonntag fliegt ein Schächter von Budapest nach Berlin (DDR) und fährt nach Brandenburg, um dort Rinder und Schafe koscher zu schlachten, zu schächten. Amüsant ist Daniela Dahns Bericht über einen Prozeß gegen einen 45-jährigen Glücksspieler, der wegen „verbotener Bankhaltung“ wegen der Anklagebank sitzt und 90.000 Mark verurteilt hat, für DDR-Verhältnisse ein gewaltiges Vermögen. Hinzu kommt noch ein weiteres Delikt. Der Spielerkönig hatte sich aus Westberlin für einen bunten Abend einen einschlägigen Videofilm („Skandal im Mädchenpensionat“) besorgen lassen, von dem dann „ergerlich die enttäuscht“ waren, wie der Angeklagte mit berlinerischer Direktheit erzählt. Das DDR-Gericht findet das nicht witzig. Pornographie ist in der DDR verboten.

Gerd Eggeing

Daniela Dahn: Kunst und Kohle. Die Szene am Prenzlauer Berg, Berlin DDR, Sammlung Luchterhand, 240 Seiten, 14,80 DM

br.

## Anmerkung

1) Einige Hamburger Unterstützer der Hakenkreuzfahnen haben in der Aufkommenszeit „Unser trennlich“ kommentiert. Für selbstbestimmtes Wohnen und Leben. Eine schöne Forderung, die wir auch schon auf diversen Flugblättern mitunterzeichnet haben. Obwohl wir wissen, daß diese Parole einfach Quatsch ist. Wir wünschen sich erstens eine Wohnung, in der die Fenster vergittert oder zugemauert sind. ( ) Statt für selbstbestimmtes Wohnen kannst du also gleich für eine menschenunwürdige sozialistische Räuberrepublik oder Gesellschaft sagen. Dann weiß wenigstens jeder, das ist Utopie und diese Forderung steht in den nächsten Jahren nicht konkret an. (Nr. 7 Dez. 87/Jan. 88)







Fortsetzung von vorheriger Seite

58 gewesen. Summa summarum: „Der Imperialismus als Gesamtsystem ist total auf dem Rückzug. Er organisiert weltweite Rückzugsgefechte, die auf jede Legitimationsbasis, und sei es die des Antikommunismus, verzichten. Ihre einzige Legitimation — und die hat in der Tat Realitätscharakter — ist die blanke und brutale Macht, die der US-Imperialismus Tag für Tag an allen Enden der Welt anwenden muß, um die sozialrevolutionären Bewegungen zu zerschlagen oder sie in Grenzen zu halten.“ Was heute wie O-Ton „RAF/action directe“ klingt, war damals Grundton der gesamten Bewegung.

Auch andere von späteren militanten Strömungen bekannte Töne stimmte Rudi unter dem Beifall des Kongresses an. „Die ‚Kernwertmöglichkeiten‘ des Kapitals seien erschöpft. Wachstum der Kapitalvernichtung sei die notwendige Folge. Darin zeige sich die ‚Überfälligkeit des Systems‘, das nur mit manipulativer Gewalt aufrechterhalten werden könne. Die ‚Große Koalition‘ definierte Rudi als ‚Ordnungspartei‘. (...) ‚deren direktes Geschäft es ist, die lohnabhängigen Massen in Unmündigkeit zu halten, auf sie die Kosten der Strukturkrisis abzuwälzen. (...) In ihr vereinigen sich zum Zwecke der gemeinsamen Niederhaltung der Massen heute alle Fraktionen des Gesamtapparats (...) Zusammen bilden sie die ‚anonyme Aktienkompanie‘, den subtilen — wenn nötig — manifesten Terrorismus der Klassenherrschaft des Spätkapitalismus.“

Und noch klarer: „Der heutige Faschismus“, stecke zwar nicht in einer Partei wie der NPD, aber „in den autoritären Institutionen und im Staatsapparat. (...) Der heutige Faschismus ist nicht mehr manifestiert in einer Partei oder in einer Person, er liegt in der tagtäglichen Ausbildung der Menschen zu autoritären Persönlichkeiten, er liegt in der Erziehung, kurz, er liegt im bestehenden System der Institutionen“. — Wer bisher meinte, die Gefahr eines neuen Faschismus sei eine Erfindung der SDS-Nachfolge-Gruppen, muß sich auch hierin korrigieren lassen.

Die von Rudi Dutschke angegebenen Konsequenzen klingen nicht weniger vertraut: Gerade wegen der wesentlich manipulativen Unterdrückung sei eine massenhafte Mobilisierung der Menschen heute im Gegensatz zu früher durch „ein System der systematischen Vermittlung von Aufklärung und Aktion“ durchaus möglich. Niemand solle sich allerdings Illusionen hingeben: „Das weltweite Netz der organisierten Repression, das Kontinuum der Herrschaft“ lasse sich nicht leicht aufsprengen. Der „neue Mensch des 21. Jahrhunderts“ werde erst Resultat eines langen schmerzlichen Kampfes sein. „Unsere kulturrevolutionäre Überwindung“, stecke in der „Kampfphase“. „Unsere kulturrevolutionäre Übergangsphase ist im ‚klassischen‘ Verständnis der Revolutionstheorie eine vorrevolutionäre Phase“.

Unter Hinweis auf einen US-Text „Von der Gewaltlosigkeit zum Guerillakampf“ erklärte Rudi, daß das, was in den USA schon Realität sei, auch „für uns“ große Bedeutung habe. Zwar gebe es schon den Beginn einer Desertionskampagne in der US-Armee, aber nicht in der Bundeswehr. Zwar wage man selbst schon, den US-Imperialismus politisch anzugreifen, „aber wir haben noch nicht den Willen, mit unserem eigenen Herrschaftsapparat zu brechen, militante Aktionen gegen die Manipulationszentren, z.B. gegen die unheimliche Kriegsmaschinerie zu vernichten“.

Wer es deutlicher brauchte, mußte sich nur des sog. Organisationsreferats erinnern, in dem Rudi Dutschke zusammen mit Hans Jürgen Krahel ein halbes Jahr zuvor von der 22. Delegiertenkonferenz des SDS gefordert hatte: „Die ‚Propaganda der Schüsse‘ (Che) in der ‚Dritten Welt‘ muß durch die ‚Propaganda der Tat‘ in den Metropolen vervollständigt werden, welche eine Urbanisierung ruraler Guerilla-Tätigkeit geschichtlich möglich macht. Der städtische Guerillero ist der Organisator schlechthiniger Irregularität als Destruktion des Systems der repres-

siven Strukturen.“ (2) Für diese Position hatten sich Dutschke und Krahel von einem ihrer Lehrer, Max Horkheimer, als „Linksfaschisten“ bezeichnen lassen müssen. (2)

Deutlicher Widerspruch zu dieser Grundlinie wurde einzig und allein von Gaston Salvatore formuliert. Er kritisierte die einseitige Orientierung auf die Fokus-Theorie Guevarras als ineffektiv und gefährlich und forderte stattdessen eine „doppelte Strategie“. „Die Revolutionäre müssen (...) in die bestehenden Institutionen einsickern, in die Parteien, die Gewerkschaften, den Staatsapparat, die Armee, die Universitäten, die Institutionen des Alltagslebens. (...) Gleichzeitig müssen sie illegale Parallelorganisationen zu den Institutionen bilden, die klar den Volkskrieg vorbereiten, Waffenlager bilden, die Nachrichtenverbindungen sichern usw. Die Revolutionäre in den Institutionen und den Parallelorganisationen sind eine selbsternannte Avantgarde. Die Institutionen sind ihr Rekrutierungsfeld“.

Der Widerspruch blieb unausgetragen. Praktisch wurde er durch den Beschluß zur Durchführung des von Hans Jürgen Krahel vorgetragenen Kampagne-Plans „Zerschlagt die NATO“ überdeckt. Rudi Dutschke dürfte überdies der Mehrheit und auch Gaston Salvatore aus dem Herzen gesprochen haben als er formulierte: „Die kulturrevolutionäre Übergangsperiode, die spätestens seit dem 2. Juni 1967 relevante Schichten innerhalb und auch außerhalb der Universität mobilisiert, kann ‚nur‘ noch durch brutalsten Repressionseinsatz beendet werden! (...) Genossen! Wir haben nicht mehr viel Zeit. (...) Es hängt primär von unserem Willen ab, wie diese Periode der Geschichte enden wird. (...) Die Revolutionierung der Revolutionäre ist (so) die entscheidende Voraussetzung für die Revolutionierung der Massen.“

Diese Sicht ließ keine Zeit für die Vertiefung der strategischen Differenzen. Der „Übergang vom Protest zum politischen Widerstand“ schluckte die weitere theoretische Diskussion. Die Bewegung wurde von den Ereignissen überrollt.

Lapidar, aber zutreffend heißt es im Nachwort der aktuellen Ausgabe der Reden: „Am 3. April 1968 explodierten in zwei Frankfurter Kaufhäusern Bomben; mit der Aktion sollte gegen die Gleichgültigkeit der Gesellschaft gegenüber dem Morden in Vietnam protestiert werden. Nach den Schüssen auf Rudi Dutschke (11. April) erreichte die Mobilisierung mit den sog. Osterunruhen (Springerblockade) und den unmittelbar darauf folgenden Aktionen gegen die 2. Lesung der Notstandsgesetze ihren Höhepunkt. Zeitgleich schien mit dem Pariser Mai die Revolution in Frankreich zum Greifen nahe. Dennoch jedoch war die Dynamik der Bewegung gebrochen. Die Verabschiedung der Notstandsgesetze konnte nicht verhindert werden, der Generalstreikaufruf des SDS fand bei der DGB-Führung keine Resonanz. Auch die Kampagne ‚Zerschlagt die NATO‘ kam nicht mehr in die Gänge. Im März 1970 löste sich der SDS-Bundesverband auf. Mit der Vietnamisierungsstrategie Nixons vererbte auch der Vietnamprotest. Größere Demonstrationen fanden noch einmal 1973 nach der Wiederaufnahme der Bombardierung Nordvietnams kurz vor der Unterzeichnung des Pariser Friedensabkommens statt. Im Mai 73 stürzte die KPD anlässlich des Thieu-Besuchs das Bonner Rathaus“.

Am 1. Mai 1975, möchte ich ergänzen, feierte die radikale Linke der BRD unter der Parole: „Eins, zwei, drei, Saigon ist frei!“ wohl das rauschendste Fest seit ihrer Entstehung. Die offenen strategischen Fragen des Vietnam-Kongresses wurden auch damit natürlich nicht gelöst.

## Anmerkungen

(1) „Internationaler Vietnam-Kongreß, Februar 1968, West-Berlin, Verlag Libertäre Assoziation, 87.“

(2) siehe dazu: Wolfgang Kraushaar, „Autoritärer Staat und Antiautoritäre Bewegung“ in: „1998, Zeitschrift für Sozialgeschichte“ des 20. und 21. Jahrhunderts, 3/87, S.76 ff.

(3) aus: „Internationaler Vietnam-Kongreß“, s.o.

# „Zerschlagt die NATO“

Referat von Hans Jürgen Krahel auf dem Vietnam-Kongreß 1968

Genossinnen und Genossen!

Dieser Kongreß wird keine bloße Deklamation bleiben. Noch heute nacht werden sich die Vertreter der internationalen Gruppen zusammensetzen, um die praktischen Konsequenzen zu ziehen, vor allen Dingen in Bezug auf die eine Kampagne, die aus diesem Kongreß organisiert hervorgehen soll: Die Kampagne „Zerschlagt die Nato“.

Ich möchte noch einmal kurz auf den politischen Gehalt dieser Kampagne im Zusammenhang mit der revolutionären Befreiungsbewegung in der 3. Welt eingehen. Die letzte Information, die wir bekommen haben von der großartigen Offensivaktion des Vietcong in Saigon beweist, daß der Vietcong fähig ist, den Imperialismus in Vietnam zu besiegen. In der Offensive hat seine Strategie und Taktik die Unangemessenheit der fortgeschrittenen militärischen Technologie der USA in diesem Kampf gezeigt. Angemessen ist diese gewaltige Vernichtungsmaschine nur im zynischsten Sinn einer Eskalation der totalen Vernichtung. Das neue Stadium der vietnamesischen Revolution definiert sich durch diese Gefahr. Es könnte die Antwort des US-Imperialismus auf den bisher erfolgreichsten Kampf der südvietnamesischen Revolution in der Ausrottung des vietnamesischen Volkes bestehen. Der erfolgreiche Widerstand des vietnamesischen Volkes gegen die gigantische technologische Gewaltmaschine der USA, das sozialistische Modell Kuba und die revolutionären Kämpfe der Guerilleros in Lateinamerika haben eine neue Tatsache geschaffen, und zwar die qualitativ neue weltgeschichtliche Aktualität der Revolution. Zum ersten Mal in der Geschichte des Kapitalismus ist die Revolution eine global gegenwärtige und anschauliche Möglichkeit, die sich als bewaffneter Kampf — freilich nur an der Peripherie der spätkapitalistischen Zivilisation — den unterdrückten und verelendeten Ländern der 3. Welt verwirklicht. Damit stellt sich für uns die konkrete organisatorische Frage: Gibt es über die von Marcuse allein für möglich gehaltene Solidarität der Vernunft und des Sentiments hinaus eine konkretere Basis für die Solidarisierung der Protestbewegungen in den Metropolen mit den Befreiungsbewegungen in der 3. Welt? Wie vermittelt sich die reale weltgeschichtliche Aktualität der Revolution zu unseren Tagesaktionen der Protestbewegungen in den Metropolen? — den Protestbewegungen in den metropolen?

Diese konkrete Vermittlungsbasis kann aufgezeigt werden am Modell der Anti-NATO-Kampagne. An ihr kann unser Fortschritt vom Protest zum politischen Widerstand demonstriert werden, an ihr kann die Verstrickung der westeuropäischen Länder in die — wie Che Guevara sie nannte — internationale Verbrechen konkretisiert werden. Die europäischen NATO-Länder nehmen gegenwärtig eine vor allem ökonomische Entlastungsfunktion für den US-Imperialismus wahr. Der festverankerteste Stützpunkt der USA in Westeuropa, das stärkste Glied in der NATO-Kette — die Bundesrepublik — liefert ein eindringliches Beispiel. Erst kürzlich erneuerte der Vorsitzende des brutal als „Vietnam-Hilfe“ bezeichneten Unterausschusses im Bundestag, Erik Blumenfeld, die volle Unterstützungszusage der Bundesrepublik für Süd-Vietnam im Jahre 1968 und darüber hinaus mit der Begründung: Die süd-vietnamesische Regierung habe militärische Erfolge aufzuweisen, es sei ihr ebenso gelungen, die demokratischen Verhältnisse in Vietnam zu stabilisieren. Die ökonomische und militärische Entlastungsfunktion wird betrieben durch das projektgebundene Wirtschaftshilfeprogramm für die faschistische Regierung Griechenlands und die Lieferung leichter Waffen, die einem Bürgerkrieg zur Niederschlagung einer Widerstandsbewegung dort genau angemessen sind. Das Zögern der Bundesregierung, auf Grund ihrer Budgetschwierigkeiten den vollen Devisenausgleich für die in der Bundesrepublik stationierten amerikanischen Truppen zu leisten, deutet allerdings auf einen ökonomischen Widerspruch zwischen dem US-Imperialismus und den spätkapitalistischen Ländern Europas. Die nach dem 2. Weltkrieg entfaltete und durch die NATO staatlich garantierte Monopolstellung des US-Kapitals in der Produktion für die Vernichtung tritt in einem immer stärkeren Gegensatz zum europäischen Kapital. Darin liegt der Grund für die seit längerem sichtbare Krise der NATO, die in einem spezifischen Sinn im Bündnisystem des US-Imperialismus umfunktioniert werden soll. Diente sie einmal dem Kampf gegen die sozialistischen Länder, so hat heute der traditionelle Anti-Kommunismus jede scheinbare Evidenz verloren.



Hans Jürgen Krahel

Die NATO soll umfunktioniert werden in den Kampf gegen die sozialrevolutionären Bewegungen der 3. Welt. Die europäischen NATO-Länder sollen die Funktion einer jederzeit einsetzbaren militärischen Reservearmee zur blutigen Zerschlagung des sozialrevolutionären Befreiungskampfes erfüllen. Doch auf dem Boden dieses aufgezeigten ökonomischen Interessensgegensatzes könnte die aktive konterrevolutionäre Funktion der europäischen Länder nur ihre gegenwärtige Stagnationskrise im kapitalistischen Verwertungsprozeß stabilisieren. Und so zeigt es sich: Wenn es dem US-Imperialismus gelingen sollte, die ökonomischen Widersprüche zwischen den kapitalistischen Ländern in seinem Interesse zu lösen, dann würde im Innern der Metropolen in der Tat eine zweite Front physischen Gewaltterrors entstehen, wie sie schon jetzt in den USA sich herausbildet und wie es sich in dem Versuch der westdeutschen und westberliner Staatsgewalt, die außerparlamentarische Opposition zum kriminellen Delikt zu erklären, sowie mit der überhöhten Drohung der Zwangsgewalt Berlins, die politische Demonstration gegen die Mordmaschinerie der USA, die die physische Vernichtung betreiben, anzeigt. Diese innerkapitalisti-



sche Widerspruchsebene bezeichnet die konkrete politische Solidarisierungsbasis, die konkretisiert, was Che Guevara feststellte: Sogar die Länder des alten Europa warten noch auf die Aufgabe der Befreiung. Sie sind zwar genügend entwickelt, um alle Widersprüche des Kapitalismus fühlen zu können, aber so schwach, daß sie nicht mehr dem Kurs des Imperialismus folgen oder diesen Weg anfangen können. Der Kampf für die Zerschlagung der NATO enthält also einen gleichzeitigen Kampf: den Versuch ihrer innerkapitalistischen Auflösung zu vereiteln, d.h. den Kampf gegen das nationalstaatliche und faschistische Programm des Gaullismus, eine autonome eigene Produktion für die Vernichtung herauszugeben. Die Kampagne „Zerschlagt die NATO“ enthält also, abstrakt gesehen, zwei politische Zielsetzungen: die innerkapitalistischen Widersprüche zu einer qualitativen Verbreiterung der Massenbasis, zur Bildung einer zweiten Front gegen den Imperialismus in den Metropolen auszubilden; zweitens den Versuch einer praktischen internationalen Koordination der sozialistischen Protestbewegungen Westeuropas durch die gemeinsame Aktion zu erreichen. Das zweite Element konkreter Solidarisierung scheint mir die neue Qualität des politischen Kampfes zu sein, die von der revolutionären Politik der Befreiungsbewegung in der 3. Welt vorgestell wird. Die schon erwähnte abstrakte Gegenwart der Revolution in der 3. Welt liefert der Protestbewegung in den Metropolen ein neues weltgeschichtliches Bezugssystem, an dem sie die Möglichkeit der Organisation einer eigenen revolutionären Politik orientieren kann.

Zwar kann sich in den Metropolen der Kampf nicht als eine unkritische Übertragung der Guerillastrategie darstellen. Diese liefert aber ein Modell kompromißlosen Kampfes, von dem die traditionelle Politik der verfestigten Institutionen verurteilt werden kann, von dem auf jeden Fall die faulen Kompromisse der sowjetischen Politik, die überall die revolutionären Befreiungsbewegungen im Stich läßt, verurteilt werden können.

Die Orientierung an der Gegenwart der Revolution in der 3. Welt bietet also für uns die Möglichkeit, eine politische Moral der Kompromißlosigkeit herauszubilden, die einen Ansatz zur Bildung selbsttätiger Organisationsformen der Bevölkerung sein kann. Sie ist die Grundlage, um einen der gegenwärtigen Machtstruktur des Staates geschichtlich angemessenen Organisationstypus herauszubilden, der auf der Grundlage autonomer Initiativgruppen in den Hochschulen und Betrieben beruht. So wie das imperialistische System die Verbreiterung der sozialrevolutionären Befreiungsbewegungen — also zwei, drei, viele Vietnam — nicht ertragen könnte, so kann es im Innern der Metropolen die organisierte Selbsttätigkeit des politischen Widerstandes auf die Dauer nicht aushalten. An ihr müßten die Organisationsformen der Herrscher mit ihrer Tendenz zum totalen Institutionswesen, mit ihrer Tendenz, sich zum neuen Faschismus zu entwickeln, sich zerschlagen. Denn der kapitalistische Verwertungsprozeß beruht wie ich und je darauf, die freibewegliche Vereinigung der Individuen in der Produktion zu verhindern. Diese Verhinderung wird heute realisiert durch ein gigantisches Instrumentarium autoritärer Regierungskunst bis hin zur schlagfertigen faschistischen Zwangsgewalt. Ein gewaltiges System der Manipulation versucht, die Bedürfnisse der Individuen zu entstellen. Und ich glaube, daß wir so gegen unsere linksliberalen Kritiker von Augustin über die ZEIT-Redakteure feststellen müssen, wir sind keine revolutionären Schwärmer. Die objektiven Verhältnisse haben die Aufgabe der revolutionären Befreiung in den Metropolen längst auf die Tagesordnung gestellt. Konkrete Organisationsbedingungen, zumal zur praktischen internationalen Zusammenarbeit, lassen sich nicht abstrakt voraussagen. Es ist aber anzunehmen, daß sich informelle Kader und Aktionszellen bilden werden, wenn es gelingt, für die Aktionen eine gemeinsame politische Zielsetzung im gesamten Westeuropa zu finden. Und so möchte ich abschließend noch einmal zusammenfassen: Die Stufen vom Protest zum politischen Widerstand können sich nur realisieren, wenn wir im Anschluß an diesen Kongreß in gemeinsamer Aktion und Zusammenarbeit mit den westeuropäischen Organisationen den Versuch machen, eine große, gemeinsame Kampagne zur Wehrkraftzerstörung der NATO-Armeen in Westeuropa zu organisieren. Wenn wir versuchen, die organisatorischen Bedingungen zu schaffen, daß wir den Kampf gegen die NATO-Stützpunkte und Niederlassungen in ganz Westeuropa aufnehmen können, wenn wir Maßnahmen treffen können gegen den Transport amerikanischen Kriegsmaterials für den Krieg in Vietnam und wenn wir schließlich Aktionen führen werden gegen die Niederlassungen der amerikanischen Rüstungsindustrie in Westeuropa. Es kommt darauf an, in solidarischer Aktion und in konkreter Solidarität mit der revolutionären Befreiungsbewegung in der 3. Welt den gigantischen militärischen und staatlichen Machtapparat in den spätkapitalistischen Ländern zu zerschlagen.



Rudi Dutschke auf dem Vietnam-Kongreß



Neue Filme auf der Berlinale:

# Denkanstöße, Einblicke, Dokumentation

Am 23.2. gingen die 38. Internationalen Filmfestspiele in Westberlin zu Ende. Wie im letzten Jahr, so auch in diesem, an dieser Stelle ein kurzer Überblick über die interessantesten Filme, eine subjektive Auswahl ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

## Unbequeme Denkanstöße

„Die Seele des Geldes“ zu ergründen, hat sich Peter Krieg mit seinem gleichnamigen Film vorgenommen. Sein Ausgangspunkt sind dabei die Untersuchungen des amerikanischen Psychohistorikers Lloyd DeMause, der durch sein Buch „Reagan's Amerika“ bekannt geworden ist. Er versucht, durch die Psychoanalyse von Gruppenphantasien die Motive der Menschen in der Geschichte zu ergründen. Daß das Geld ursprünglich aus dem Opfer entstanden ist, nimmt er als Wegweiser, um sämtliche ökonomischen Krisen und Verflechtungen auf irrationale psychologische Vorgänge zurückzuführen. Am Beispiel der Verschuldung von Togo und Bolivien und mit Bildern aus der Börse, die durch eine exzellente, entlarvende Kameraführung brillieren, versucht der Film, dies zu verdeutlichen. Ein interessanter Ansatz, würde er nicht mit einer ätzenden Rigorosität vertreten. So aber bleibt der Film auf der Oberfläche bürgerlicher Ökonomie und verkommt zu einer Abrechnung mit marxistischer Theorie. Den Zynismus, der den gesamten Film durchzieht, brachte Peter Krieg in einer Diskussion um den Film auf den Punkt: Die Unterdrückten brauchen die Unterdrückten und die

Unterdrückten ihre Unterdrückten, um ihr psychologisches Gleichgewicht zu erhalten: Der Klassenkampf besteht einzig und allein auf irrationalen Feindbildern.

Eine ganz andere Sichtweise von Klassenkampf und Arbeit entwickelt Luc Moulet in seinem Film „Die Komödie der Arbeit“. Dem Bankangestellten Benoit, der seiner sinnentleerten Arbeit nachgeht, stellt er kontrastierend den leidenschaftlichen Bergsteiger Sylvain gegenüber. Sylvain ist Profi-Arbeitsloser, er durchreist die Welt und kehrt nur für einen Tag im Monat nach Paris zurück, um sich beim Arbeitsamt seine Unterstützung zu holen, die er sich mit zeitweiligen Schein-Arbeitsverträgen sichert. Abgesehen davon, daß es diesem herrlich absurden, urkomischen Film gelingt, die ZuschauerInnen einhalb Stunden am Lachen zu halten, schafft es Moulet, die Entfremdung der Arbeit in Frage zu stellen. Ein absolutes Muß für alle Linken mit Humor!!!

Trocken geht es in „The Time Is Now“ von Eduard Schreiber und Rolf Richter zu. Ein weiterer Film, zum ausgelatschten Thema Krieg und Kriegsangst, der für westliche Augen nur dadurch interessant wird, daß er aus der DDR ist. Nach der Raketenstationierung im Herbst 83 machten sich die Filmemacher auf die Reise durch ihr Land, um mit Leuten über ihre Hoffnungen und Ängste zu sprechen. Sie fragen sich, was zu tun ist, und begreifen ihren Film als eine Suche nach Antworten. „Ein Film zum Frieden kann nicht die Wiederholung bekannter Vorstellungen sein, sondern impliziert eine Entdeckungsreise.“ (1) Sie sprechen u.a. mit einem General, einem Pastor, einem Naturwissenschaftler; die Gespräche bleiben meist oberflächlich. Dennoch ist der Film in der DDR so provozierend, daß er nach Aussage der Autoren zu intensiven Diskussionen anregt.

## Aus dem Leben gegriffen

„Irgendwie Power machen“ will der 14-jährige Punk Oliver 1980. Hier beginnen Wolfgang Ertlach und Klaus Lauterbacher mit ihrer filmischen Langzeitbeobachtung. Ohne eigene Kommentare zeichnen sie den Wandel in Olivers Einstellung zum Leben und seinen Wertvorstellungen nach, dokumentieren eine Auseinandersetzung mit dem Vater, seinen Auszug von Zuhause, sein Leben in der eigenen Wohnung zusammen mit seiner Freundin.

Ohne ihn zum Stellvertreter einer ganzen Generation hochzustilisieren, gelingt es dem Film, Anregungen zum Nachdenken und Diskutieren über „Jugend“ zu liefern. Einzig das Ende ist etwas unglücklich gewählt: 1987 nimmt Oliver sein Abiturzeugnis auf einer steifen Abschiedsfeier entgegen.

Auf der Grundlage einer sozialpsychologischen Studie von Paul Lazarsfeld aus dem Jahr 1933 über den durch Arbeitslosigkeit herbeigeführten Niedergang eines österreichischen Dorfes drehte Karin Brandauer „Einstweilen wird es Mittag“. Es geht ihr dabei weniger um die Situation der Arbeitslosen als darum, die Konfrontation der Wissenschaftler mit ihrem „lebenden Objekt“ nachzuzeichnen. Sie versuchen, die Situation der Arbeitslosen mit Statistiken und Interviews zu erfassen, denken sich Hilfsprogramme aus, scheitern damit aber letztendlich. Sie stoßen an die Grenzen ihrer bürgerlichen Herkunft. Es gelingt ihnen nicht, in die Geschichte einzugreifen; es bleibt bei einer — sicherlich bedeutsamen — Studie, die von den Nazis verboten wird.

Vom dem Versuch des philippinischen Filmemachers Lino Brocka, in die Geschichte einzugreifen, handelt „Signed Lino Brocka“ von Christian Blackwood. Brocka dreht überwiegend kommerzielle Filme, die er selbst geringschätzend als „echte soap operas“ bezeichnet, aber dazu nutzt, um von den Produzenten Unterstützung für seine politischen und sozialen Filme zu erhalten wie z.B. „Macho Dancer“, eine Anklage gegen die Unterwelt der Sex-Clubs in Manila und ihre Bezie-

vier Jugendlichen sind tot: zu Zeiten der Züricher Jugendbewegung durch Unfälle ums Leben gekommen, in die jedesmal die Polizei verwickelt war. Dani und Michi machten mit einem entwendeten Moped eine Spritztour ohne Helme, wurden deswegen von einer Polizeistreife verfolgt, bedrängt, mit einer Waffe bedroht, kamen schließlich zu Fall und verunglückten tödlich. Renato entwendete ein Auto, wurde von der Polizei verfolgt, in den Kopf geschossen und später, im Koma im Spital liegend, von seiner Freundin erstochen. Max, der am Tag der Schließung des AJZ als unbeteiligter Zuschauer von einem Bullen einige Knüppelschläge auf den Kopf erhielt, starb zwei Jahre später in Barcelona an den Folgen.

Richard Dindo will keinen Film über die Bewegung machen, keine Geschichtsschreibung von außen betreiben. Er beschränkt sich darauf, die Realität zu rekonstruieren, indem er die Zeugen und Eltern noch einmal emotional in die Zeit zurückversetzt und die Situationen nachstellt. Die Ereignisse werden minutiös nachgezeichnet. „Der Zuschauer soll zuschauen und zuhören können, wie sich der Film Schritt für Schritt dem nähert, was er als Wahrheit versteht“, sagt Richard Dindo dazu. „Ich will, daß der Zuschauer die Namen von Dani, Michi, Renato und Max und das, was ihnen geschehen ist, nie mehr vergißt“. Als ihm ein Autonomer in der Diskussion unpolitischen Voyeurismus vorwirft, antwortet er: „Wir erleiden immer Niederlagen, wenn wir gegen den Staat kämpfen, wir müssen damit umgehen,



„Die Komödie der Arbeit“ von Luc Moulet, Frankreich 1987

hungen zur Polizei und zum Militär der Hauptstadt. Brocka führt offen einen persönlichen Kampf mit dem System und bleibt dabei überraschenderweise meist auf freiem Fuß.

## Dem politischen Kampf verpflichtet Dokumentationen

„Gesucht: lieber Vater und liebe Mutter“ von den niederländischen Filmemacherinnen Sarah Marijnissen und Agna Rudolph handelt von der Vergewaltigung junger Mädchen durch ihre Väter. Die Filmemacherinnen interviewten erwachsene Frauen, die auf ihre Vergangenheit zurückblicken, und Mädchen, die es gerade erst hinter sich haben. Sie zeigen die Arbeit einer Therapeutin in einer Kindertagesstätte für 1 1/2 bis 7-jährige und die Arbeit eines Auffangheims, in dem Mädchen vor ihren Vätern Zuflucht suchen. In diese Dokumentationen werden kurze Spielszenen eingeflochten, die auf wahren Begebenheiten beruhen. Eigene Kommentare benötigen die Filmemacherinnen nicht. Es gelingt ihnen, sich in die Situation und Gefühlswelt der Mädchen einzufühlen und dies auch sehr intensiv an das Publikum weiterzuvermitteln. Dabei schließen sie in ihre Kritik auch die Mütter mit ein, die oft das Verhalten der Väter duldten und deckten.

Ein ebenfalls trauriges Thema hat der Schweizer Film „Dani, Michi, Renato & Max“ von Richard Dindo. Alle

Trauerarbeit, Erinnerungsarbeit leisten; das ist politisch.

Axel Engstfeld dokumentiert in seinem Film „Antarktika Projekt“ den Versuch von Greenpeace, in der Antarktis eine Station aufzubauen, um so besser mitreden zu können. Neben dem reinen Reisebericht der aus Witterungsgründen erfolglosen Aktion werden Bezüge zu den Interessen der Ölmultis und zum Falklandkrieg hergestellt, werden die Interessen der in der Antarktis aktiven Staaten, ihre Stationen und der erste Antarktis-Tourismus vorgestellt. Filmisch wird durch Schnittfolge, Bildaufbau und Ton ein Gegensatz zwischen ruhiger Natur und hektischer Zivilisation aufgebaut. Wenn unter Antarktisbilder auch noch religiöses Gesumme unterlegt wird und zum Schluß sogar aus dem Alten Testament zitiert wird, ist für meinen Geschmack allerdings der Bogen überspannt. Eigenen Aussagen zufolge geht es Axel Engstfeld beim Film „mehr um Emotion als um Information, denn Informationen kann man auch nachlesen“. Seine Zielgruppe kann er nicht genau definieren, hatte aber nicht die „aufgeklärten Umweltschützer“ im Auge.

Toni Strasburgs Film „Verbrannte Erde — Südafrika und die Frontstaaten“ informiert über den Krieg Südafrikas gegen die angrenzenden Länder. Südafrikas Ziel ist, mit Terror gegen die Bevölkerung und gegen wirtschaftliche Einrichtungen die Region zu destabilisieren, um den Befreiungskampf im eigenen Land zu schwächen und die Vorherrschaft im südlichen



Yeelen — Das Licht — von Souleymane Cissé, Mali 1987

Afrika zu behaupten. Ihr Mittel ist entweder die direkte Invasion oder die Unterstützung von Terrorgruppen im Land, die aus Soldnern bestehen. Der Film zeigt dies deutlich auf und reißt auch die Rolle der USA und Westeuropas an. Er eignet sich ausgezeichnet für Veranstaltungen.

Von einem Soldnerkrieg gegen ein befreites Land handelt Allen Francovichs Film „The Houses Are Full Of Smoke“, der in drei Teilen die Kriege in Guatemala, El Salvador und Nicaragua dokumentiert. Er basiert auf Interviews, stellt die Aussagen von CIA-Funktionären und Regierungsmitgliedern der Diktaturen den Aussagen von Bevölkerung und Guerilla gegenüber. Dabei leistet er sich allerdings einen Bärendienst, indem er die Personen ständig im Wechsel gegeneinander schneidet und sie zum Teil nicht einmal einen Satz vollständig sagen läßt. So wird zwar die Doppeltzungigkeit von US-Funktionären und Militärs verdeutlicht, aber nicht wirklich entlarvt. Die schnellen suggestiven Schnitte lassen dem entmündigten Publikum keine Zeit zum eigenen Denken, geschweige denn die Ruhe, wenigstens die Gesichter der Menschen zu betrachten. Dennoch soll der Film in den USA als sehr fundiert und wachstümelnd aufgenommen worden sein.

Über die Rolle der Kirche in Chile drehte Patricio Guzmán einen Film „Im Namen Gottes“. Er beschreibt die Kirche an der Basis als Verfechter der Menschenrechte, der Rechte der Armen. Auch die Kirchenoberen stehen dahinter, äußern sich allerdings wesentlich zurückhaltender. Visuell wird dem das Bild von Militärpriestern entgegengesetzt, die starre Zeremonien wie die Waffenweihe durchführen. Zwischendurch finden immer wieder Bilder von Protestdemonstrationen Platz. Am Schluß erklärt eine Mutter von zwei ermordeten Söhnen, die beim MIR waren, warum sie als Christen verpflichtet waren zur Revolution.

Dieser Film ist anders als Miguel Littins „Acta general de Chile“ nicht illegal gedreht worden.

## Einblicke in andere Länder

Ebenfalls legal in Chile gedreht ist „Das latente Bild“ von Pablo Perelman, der sogar dort lebt. Er schildert die Geschichte des Fotografen Pedro, dessen Bruder MIR-Genosse ist und seit Jahren verschwunden ist. Seine Frau ist in einer politischen Gruppe aktiv und vervielfältigt Fotos als Plakate. Obwohl Pedro von MIR-Genossen weiß, daß sein Bruder tot ist, macht er sich auf die Suche nach ihm. Er sagt durch die Ungewißheit zwingen sie sich, die Verschwundenen in die Hände der Polizei zu legen. Pedro ist eine gebrochene Gestalt voller Widersprüche; die Suche nach seinem Bruder ist zugleich die Suche nach sich selbst. Mit dieser „kleinen“ Geschichte gelingt Pablo Perelman eine hervorragende Reflexion und Beschreibung der chilenischen Verhältnisse.

Ebenfalls von einer Verschwundenen handelt der argentinische Film „Die Liebe ist eine dicke Frau“ von Alejandro Agresti. José ist Journalist und arbeitet für eine konservative Zeitung. Als er seinen Widerwillen über die Ausbeutung der Armen durch einen nordamerikanischen Regisseur äußert, der einen Film über die Armut dreht, verliert er seine Arbeit. Zusammen mit seinem Freund, Macho und Tangofanatiker Caferata, zieht er durch die Stadt. Auf der Suche nach seiner verschwundenen Freundin, Arbeit, der Wahrheit. Alejandro Agresti nutzt diese Geschichte zu einem Streifzug durch die argentinische Gesellschaft, aber auch zu einer Auseinandersetzung mit „der Liebe“ und „den

Frauen“, die für ihn, wie er in der Diskussion sagt, ein „Myterium“ sind. Der Film wurde in Argentinien sehr gut aufgenommen als eine präzise Beschreibung des Lebensgefühls junger Argentinier.

Aus China stammt Huang Jiang Zhongs Film „Ein Toter besucht die Lebenden“. Ye Xiaoxiao stellt in einem Peking-Bus einen Taschendieb und wird von ihm niedergestochen, ohne daß einer der Fahrgäste ihm hilft. Als Toter kehrt er zurück und besucht die Fahrgäste, um herauszufinden, warum sie ihm nicht geholfen haben. Verquickt ist diese Handlung mit vielen Anspielungen auf die chinesische Geschichte, Sagen und Symbole, die ich als ungebildeter westlicher Zuschauer kaum verstanden habe. Am Ende von Ye Xiaoxiaos Reise steht die Erkenntnis von der Gefühlskälte, Scheinheiligkeit und Korruption der heutigen Gesellschaft.

Ebenfalls voller Mythen und der Geschichte des Landes steckt der afrikanische Film „Das Licht“ von Souleymane Cissé aus Mali. Er handelt vom Prozeß des Erwachsenwerdens, des Unabhängigkeitsgewinns, des Herausbildens eines Selbstbewußtseins. Nianankoro, ein junger Mann, soll das Wissen empfangen, das ihm die Beherrschung der ihn umgebenden Kräfte sichert. Der Vater kann es aber nicht ertragen, daß der Sohn ihm ebenbürtig wird. Auf der Flucht vor dem Vater zum entfernt lebenden Bruder der Mutter erwirbt Nianankoro das nötige Wissen, um seinem Vater entgegenzutreten. Ein interessanter Film für alle, die bereit sind, sich auf wunderschöne Bilder und eine fremde Kultur einzulassen.

Von US-amerikanischer (Un)Kultur handelt Jon Josts „Klartext & Vernunft“. In Form eines essayistischen Experimentalfilms macht er sich auf die Suche nach dem US-amerikanischen Wesen. Dazu sucht er z.B. den geographischen und den demographischen Mittelpunkt der USA auf, beides trostlose, nichtssagende

Film-Aufführungen, soweit mir bekannt:

„Verbrannte Erde“: An 22.3. in Hamburg in der Werkstatt 3 um 20.00 Uhr. Verleih bei CON-FILM, Benquestr. 29, 2800 Bremen.

„Yeelen — Das Licht“ wird im Juni im West III gesendet.

„Die Seele des Geldes“ wird am 1.4.88 um 21.45 Uhr im Nord III gesendet.

Flecken. Er filmt US-Amerikaner, die 30 Sekunden lang vor der Kamera machen dürfen, was sie wollen, und meist nach kurzer Zeit ziemlich dämlich in die Kamera glotzen. Er montiert Postkarten und Werbespektakelbilder von den USA aneinander. Ein ziemlich verworren und komplizierter Film, dessen Struktur Jon Jost damit rechtfertigt, daß das Thema kompliziert ist und er die Zuschauer zwingen will, mitzudenken, sie am Konsumieren hindern will. Ein Film, der mit britischem Geld finanziert wurde und wohl nie einem relevanten US-Publikum vorgeführt werden wird. Wer sich auf solcherlei Film einlassen mag, möge dies tun und seine/ihre Gedanken anregen lassen.

ol

Quellen:  
(1) Rolf Richter, Bulletin D1, November 87, Leipziger Internationale Dokumentar- und Kurzfilmwoche.

Alle übrigen Zitate beziehen sich auf die im Anschluß gelaufenen Diskussionen und Gespräche.



## „Eine Hochzeit und die Braut nicht schwanger... das wäre irrsinnig originell!“

Einen „heimlichen Bestseller“ nennt der „Spiegel“ das Buch von Eva Heller, „Beim nächsten Mann wird alles anders...“

Das stimmt, und nur deshalb werden hier einige Worte darüber verloren. Im Januar 1987 erschien, mußte der Szenenreiner fast jeden Monat neu aufgelegt werden und hatte bereits im Februar 1988 eine Auflage von 320.000 erreicht. Das Buch fehlt (nach eigenen Beobachtungen) auf fast keinem (linken) Frauen-Gabentisch. (Als kleine Aufmerksamkeit übrigens meist überreicht von Männern, wobei wohlmeinend zu vermuten ist, daß die meisten nicht wissen, was sie da verschenken.)

Ein Buch, geschrieben mit Kenntnissen aus der Alternativszene. Ausdrücke, Sprüche und Gestalten sind ihr entnommen und werden nicht ohne Witz beschrieben — allerdings nie mit Ironie, wie der Buchdeckel und der „Spiegel“ versprechen, aber das merkt man erst später. Anders als der Szeneschinken „Tod des Märchenprinzen“ Anfang der 80er Jahre, der als Courts-Mahler-Verschnitt mit linken Darstellern tragikomisch und biederer die Leiden der Frauen mit Anspruch von Heute darstellte und durch den Frau sich richtiggehend durchwühlen mußte, fällt es leicht, die in locker-flockigem Stil geschriebenen 330 Seiten mal eben nebenher zu zusehen.

Der Stil — aber das kann es wohl nicht allein sein — reizt den „Spiegel“-Rezensenten denn auch zu wahren Begeisterungstürmen hin: „Ungewöhnlich für das Frauenbuch-Genre, wo sturzbetreibende Weiblichkeit oder soziologische Männerherrschaftsanalyse den Ton angeben, dringt Eva Heller mit Scherz und Ironie in die tiefere Bedeutung.“ (Spiegel, 52/87)

Ein Buch, das unter dem Motto „Frauen in der Gesellschaft“ erschienen ist und das laut Klappentext folgenden Anspruch verfolgt: „Auch wenn die revolutionären Spruchblasen, die im feministischen Alltag gebräuchlich sind, hier karikiert werden, so ist doch die Moral des Ganzen — nämlich, daß Gefühle nicht besser werden, wenn man sie sich vorschreiben läßt.“ (Spiegel, 52/87)

Und welches ist die „Moral des Ganzen“, welches das eigene Gefühl, das es zu entdecken gilt? — Nun, daß alle Frauen letztlich doch nur eines brauchen: einen Mann zum Heiraten.

Der Roman agiert ideologisch ganz auf der Linie des Zeitgeistes, die etwa folgendermaßen zusammengefaßt werden kann: Wagt das Unmögliche, stellt alles in Frage (besonders das, was die traditionelle Linke vertritt), findet euch selbst (im Konservativen wieder), steht zu euren Gefühlen, und die größte Scheiße gilt als „progressiv“.

Doch bis es soweit ist, hat unsere Buchheldin, die Studentin Constanze Wechselburger, noch einen längeren Weg vor sich. Sie möchte etwas radikales Neues, etwas Alternatives, Progressives probieren. Deshalb trennt sie sich von ihrem langweiligen, geizigen, ordnungsliebenden Karrierefreund Albert; die miefige Welt ihrer Eltern — alles kotzt sie an. Soweit verständlich — doch welches ist die Alternative?

Ja, und hier geht unsere Heldin in die Irre. „Sie glaubt alles, was in der Frauenzene als progressiv propagiert wird. Eine partnerschaftliche Zweierbeziehung, in der sie sich selbst verwirklichen kann, muß her.“ (s. Klappentext)

Du bietest sich der anerkannte linke Dozent Gottfried Schachtelmann an. „Er hat einen Bart wie Lenin. Nur sieht er viel jünger aus als Lenin. Er ist aber mindestens genauso revolutionär wie Lenin.“ (S. 14) Er vertritt eine fundamentale Kritik an bürgerlichen Institutionen jeglicher Art — besonders an der Ehe.

Da ist die Wohnalternative der Linken, die „WQ“: „Den ganzen Tag wurde die Frage diskutiert: Was ist Schmutz? Woher kommt Schmutz? Wohin geht Schmutz? Wer ist dafür zuständig?“ (S. 38)

Da ist die Frauengruppe, deren Frauen überwiegend Kinder haben, die ständig krank sind, betreut werden müssen, oder anwesend sind und die Sitzungen stören. Frauen ohne Kinder aber werden nicht als vollwertige Personen angesehen. Kurz, die Gruppe ist nervig, es kommt nichts zustande.

Wenigstens nicht bestritten werden soll, daß hier Teile alternativer Lebens- und Verhaltensweisen durchaus amüsant beschrieben werden, sollte nicht übersehen werden, daß diese Ausführungen zugleich für die Erfahrung mit der linken Szene und ihrem Versuch, andere Lebensformen zu finden, insgesamt stehen. In der Ausschließlichkeit, in der sich ständig wiederholenden oberflächlichen Blödsinn, mit der die einzelnen (linken)

Personen dargestellt werden, wirken sie nach kurzer Zeit langweilig und platt. Während man anfangs noch versucht ist, über witzige Beschreibungen zu grinsen, fragt man sich nach kurzer Zeit, wie die Heldin auf so viel leeres Stroh abfahren konnte. Aber die Aneinanderreihung von linken Klischees hat Methode; Ironie spielt in dem Roman keine Rolle, sondern die Autorin meint es genauso, wie sie es beschreibt.

Bleiben die Freundinnen und Frauen, um Constanze herum. Aber die sind durchweg festgelegt: Sie wollen heiraten, und zwar so schnell wie möglich. Stiglitz hat bereits eine feste Beziehung mit Wolf-Dieter, die beiden heiraten; Julia ist gerade geschieden, sie sucht noch; Birgit möchte so gerne, findet niemanden und gibt Heiratsannoncen auf; Anna läßt sich schwängern, um sich so den Mann fürs Leben zu sichern. Das geht nun aber unsere Heldin etwas an, denn der Vater ist ihr verlossener Freund Albert! — Aber keine Angst: Anna erleidet eine Fehlgeburt, und schließlich möchte Albert auch nicht nur als „Kindvater“ geheimnisvoll werden.

Doch ich möchte dem glücklichen Happyend nicht vorgreifen. Denn noch hat Constanze ihren Weg nicht gefunden. Sie versteigt sich vielmehr zu der Auffassung, gegen die Ehe als staatliche Institution aufzutreten — dies natürlich nicht aus eigener Überzeugung, sondern weil ihre Flamme, der linke Dozent, auch dagegen ist.

Es bleibt Julia überlassen, der erfahrenen, geschiedenen Freundin, Constanze über die „nicht-bürgerliche Zweierbeziehung zwischen politisch und persönlich emanzipierten Partnern“ (S. 130) aufzuklären.

„Die langen Diskussionen am Abend? Über die Preispolitik der EWG? Oder über den Einfluß der protestantischen Ethik auf die Investitionsneigung der kapitalistischen Unternehmer? Beim Geschirrspülen plaudert man über den neuesten politischen Umsturz... Man macht nur in Ländern Urlaub, die politisch sauber sind — auch wenn die Strände dort total verdrückt sind... Es gibt nur Kaffee aus Nicaragua und nur noch Tee aus der Türkei — auch wenn die Strände dort total verdrückt sind... Es gibt nur Kaffee aus Nicaragua und nur noch Tee aus der Türkei...“ (S. 130)

„Die langen Diskussionen am Abend? Über die Preispolitik der EWG? Oder über den Einfluß der protestantischen Ethik auf die Investitionsneigung der kapitalistischen Unternehmer? Beim Geschirrspülen plaudert man über den neuesten politischen Umsturz... Man macht nur in Ländern Urlaub, die politisch sauber sind — auch wenn die Strände dort total verdrückt sind... Es gibt nur Kaffee aus Nicaragua und nur noch Tee aus der Türkei...“ (S. 130)

„Die langen Diskussionen am Abend? Über die Preispolitik der EWG? Oder über den Einfluß der protestantischen Ethik auf die Investitionsneigung der kapitalistischen Unternehmer? Beim Geschirrspülen plaudert man über den neuesten politischen Umsturz... Man macht nur in Ländern Urlaub, die politisch sauber sind — auch wenn die Strände dort total verdrückt sind... Es gibt nur Kaffee aus Nicaragua und nur noch Tee aus der Türkei...“ (S. 130)

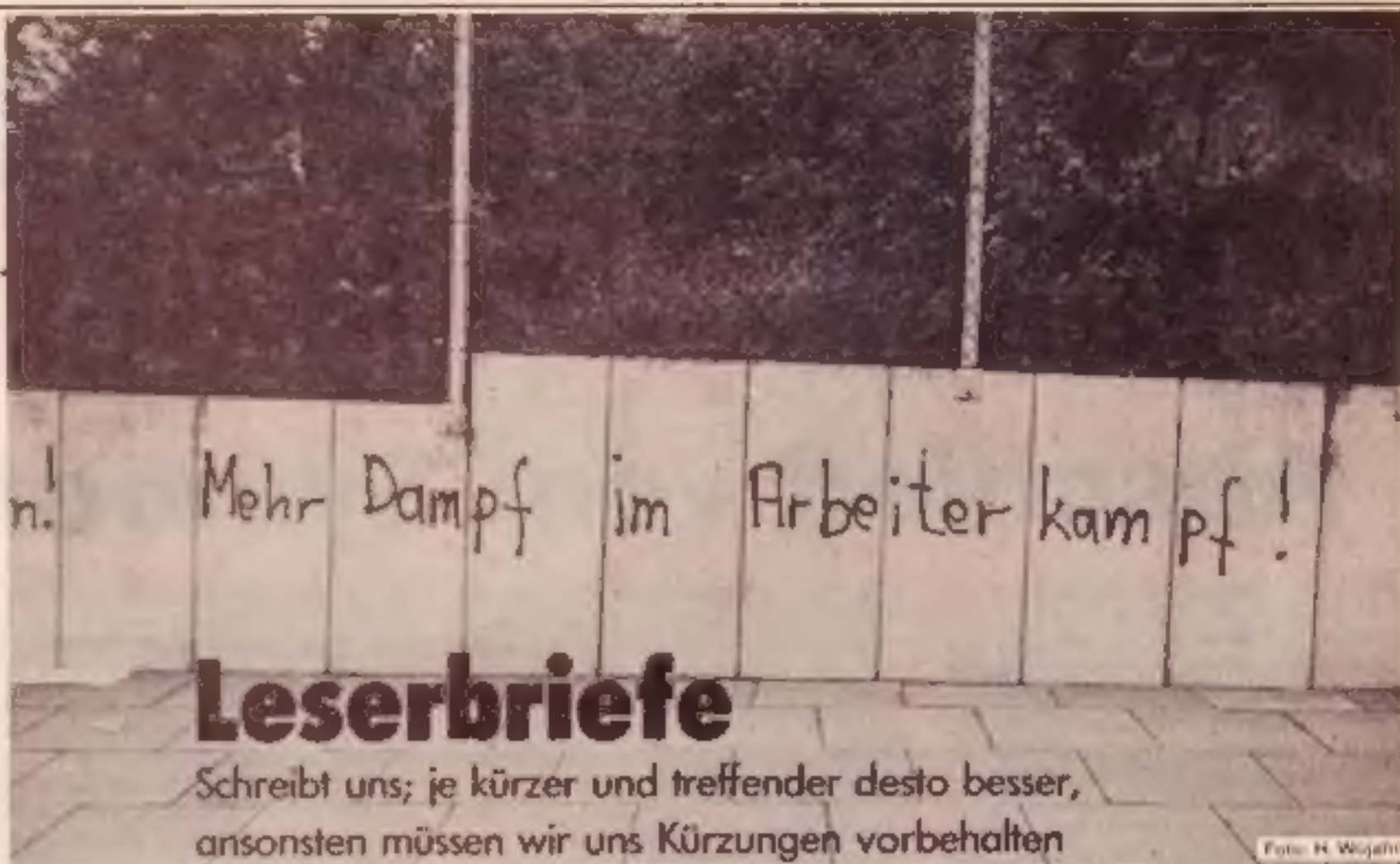
Aber mehr noch als der wohlmeinende Rat der Freundin überzeugt Constanze die weitere Entwicklung ihres Verhältnisses mit dem linken Dozenten. Er nämlich, der Spitzen-Ideologe, entpuppt sich, wie linke Männer nun mal sind, zunehmend als Sprücheklopfer und Verräter an der eigenen Sache: es stellt sich heraus, daß er bereits verheiratet ist und bei dieser Frau bleiben möchte. — Enttäuschung!

Eine Niederlage auf der ganzen Linie mußte die Buchheldin mit ihrem Ausflug in die „kritisch-politische“, in die „anti-bürgerliche“ Szene hinnehmen. Aufgeklärt und gelutert entdeckt sie schließlich als „Moral des Ganzen“ das eigene Gefühl, und das heißt: Sie heiratet ihren alten Freund, den Spießher Albert. Freiwillig, einfach nur so, ohne schwanger zu sein. Irre!

Und — nach all ihren Erlebnissen (in der Alternativszene) kann sie voll dazu stehen! Echt progressiv.

g./Hamburg

Eva Heller, Beim nächsten Mann wird alles anders, Fischer Verlag, Frankfurt 1987 (Das Überschriftzitat s. S. 334-335.)



## Raserei

Betr.: „Gefahr einer neuen Sittlichkeit“ (AK 291)

Euer Artikel „Gefahr einer neuen Sittlichkeit“ macht mich rasend.

Ihr berücksichtigt nicht die reale Situation von Frauen und auch nicht die Spannungen zwischen Linken und Feministinnen.

Trotz der Vermarktung mittels Frauenkörper (Werbung) und der der Frauenkörper selbst (Prostitution, Sexfilme...) gibt es Pruderie. Seit ca. 250 Jahren gibt es Bücher darüber, wie Frauen auszusehen haben, um attraktiv, schön, aufreizend den Männern zu gefallen.

Die Pruderie ist aber und meines Erachtens Voraussetzung für die Lust auf Frauenkörper. Die Frauenkörper der „alltäglichen Pornographie“ sind in etwa so lebendig wie ein Later Domesch. Sie nutzen die Pruderie aus, indem sie um ein Ideal dessen versprechen, was uns fehlt. Frauen sind gezwungen, mittels ihres Körpers, ihrer Attraktivität, Aufmerksamkeit zu erregen. Ob der Zweck dieser Anstrengung ein Partner, eine Arbeitsstelle oder Unterhaltung ist, der Körper bleibt ein Mittel und kommt nicht zu seinem Recht. Das gilt insbesondere für viele Schauspielerinnen, Modelle und Prostituierte.

Leider geht Euer Artikel sowohl um Thema Pornographie, als auch um Thema neue Sittlichkeit vorbei. Ich empfehle Euch als gemeinsame Lektüre: Klaus Theweleit, Männerphantasien I + 2. Ihr denunziert lediglich die EMMA-Kampagne, beispielsweise wenn ihr schreibt: „Das erste Zitat ist zudem (teilweise nicht nur) frauenfeindlich gegen die Frauen, die z.B. 'Reizwäsche kaufen und tragen'. Das ist eine sehr konservative Argumentationsform, ebenso könnte ich behaupten, Waltraff sei arbeiterfeindlich, gegen die Arbeiter z.B., die Bild kaufen und lesen.“

Weniger Krampf im ArbeiterInnenkampf? Solidarität mit der Emanzipation der Frauen!

Stefan W. München

## Originelle These

Betr.: Palästina-Solidarität (AK 291)

Lenin hin und her, den Artikel von M. im AK 291 finde ich inhaltlich falsch. Er trägt den bezeichnenden Titel „Der Staat Israel verkörpert nicht das Selbstbestimmungsrecht des jüdischen Volkes“.

Zuerst unterstellt M. der KB-Gruppe Hamburg, sie propagiere die „Existenzberechtigung des Staates Israel in seiner jetzigen Form“, als ob der KB will, daß alles beim alten bleibt. M. unterstellt dem KB eine Verwechslung des Selbstbestimmungsrechtes eines Volkes und der Existenzberechtigung eines Staates, ohne sich diesen Unterschied aus seiner Sicht zu erklären.

M. sagt: „Wie wir gesehen haben, bezieht sich die von Lenin entwickelte programmatische Forderung der kommunistischen Bewegung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker auf Unterdrückung und nicht auf Unterdrückern.“ Daß Lenin das gesagt hat, haben wir allerdings überhaupt nicht „gesehen“, aus den von M. getragenen Lenin-Zitaten geht das in keiner Weise hervor, außerdem auch nicht aus den vier angegebenen Texten Lenins im ganzen. M. meint „mit Lenin“, daß Unterdrückern keine Selbstbestimmungsrechte haben. Spricht er das wirklich der BRD, den USA und allen anderen westlichen Unterdrückern ab? Das ist eine originelle und gewagte These.

Es schließt sich eine ausgesprochene revolutionäre Platte an: „Der imperialistische Staat Israel verkörpert keineswegs das Selbstbestimmungsrecht der 3,3 Mill. Juden Israels, sondern die Herrschaftsinteressen und Großmachtspläne der israelischen Bourgeoisie, auf Kosten seiner Nachbarn, der Palästinenser und der israelischen Arbeiterklasse.“ Das ist ja nun nachgerade bei jedem nichtsozialistischen oder nichtkommunistischen Land der Fall: wo die herrschende Klasse herrscht, herrschen auch ihre Interessen. Das Zitat bedeutet: „Der imperialistische Staat Israel ist imperialistisch.“

Ist es also richtig, allen Staaten außer Nicaragua u.ä. das Selbstbestimmungsrecht abzuerkennen? Kapitalistisch oder revisionistisch sind sie alle.

Warum hier gerade und ausgerechnet aktiv dem israelischen Volk unbegründet sein Selbstbestimmungsrecht abgesprochen wird — das ist mir ein vollkommenes Rätsel.

PS, Hamburg

## Scheinradikal

Betr.: Fundis, „neue Mitte“ und „neue Linke“ in den GRÜNEN (AK 290)

Liebe Genossinnen und Genossen, In der letzten Zeit lese ich eure Zeitung immer öfter und lieber, nicht zuletzt wegen der verschiedenen Texte, die ihr dokumentiert. Entsprechend meinen Arbeitsschwerpunkten und meinen Interessen lese ich hauptsächlich die Artikel, Interviews usw. über Mittel- und Lateinamerika und über die GRÜNE Landschaft.

Ich finde es gut, daß ihr in der neuesten Ausgabe den Text für einen „Grünen Aufbruch '88“ abdruckt. Aber warum veröffentlicht ihr nicht auch das Papier aus West-Berlin, das mit dem Adorno-Zitat vom Wahren im Falschen, wo es nicht gibt, überschrieben ist?

Vielleicht deswegen, weil es nicht so gut zu der Argumentation von „Kt.“ paßt?

Ich denke, ihr vertretet eine scheinradikale Auffassung, wenn ihr euch ohne wenn und aber hinter die „Fundis“ stellt. Ich finde, es ist dringend an der Zeit, daß sich die Kräfte zusammenfinden, die weder das Anpaßerische und Resignierte der „Reals“ egal welcher Schattierung noch das Sterile und bloß Entlarvende der „Fundis“-Politik repräsentieren. Es kommt für mich entscheidend darauf an, daß dies nicht in der Form von Appellen, es nicht zu übertreiben und nett zueinander zu sein, geschieht, sondern daß eine „neue Mitte“ inhaltlich radikal ist (oder bleibt), ohne die taktischen Dummheiten, ja wahren Kinderreien der „Fundis“ und „Radoks“ zu begehen. In meinen Augen ist eine neue Linke innerhalb der Grünen ebenso möglich wie notwendig.

Ich würde mich freuen, wenn ihr im Sinne eines Dialogs mit solchen Gedankengängen und Positionen das Papier von Harald Wolf und anderen ebenso wie die Stellungnahme zum Problem der Urabstimmung, gerichtet an den Initiator/inn/enkreis des „Grünen Aufbruchs '88“, in der nächsten Ausgabe dokumentieren würdet.

Ich bin sicher, ihr habt diese Papiere bereits oder könnt sie euch mit Leichtigkeit beschaffen.

Mit solidarischen Grüßen  
Wulfried

## Schludrigkeit

Betr.: Interview mit Tomás Borge (AK 290)

Es ist zweifellos verdienstvoll, daß der Arbeiterkampf den deutschsprachigen Leserinnen und Lesern das Interview mit dem sandinistischen Comandante aus new left review Nr. 164 zugänglich gemacht hat. Leider ist die Bearbeitung etwas arg unzulänglich, finde ich. Allen, die sich intensiver mit diesem Thema beschäftigen, empfehle ich, sich das Original anzusehen.

Die Schludrigkeit läßt bei den Namen an: Der Interviewer heißt Fredric Jameson (nicht Frederic); der FSLN-Mitbegründer heißt Tomás Borge (nicht Thomas, das ist die deutsche oder die englische usw. Schreibweise — in der NLR sieht es aber richtig). Irreführend ist, wenn der Zeitpunkt, an dem das Interview geführt wurde, nicht kenntlich gemacht wird, es im Vorspann aber heißt „(...) aus seiner heutigen Sicht“. Bedauerlicherweise steht auch in der NLR kein Datum; etwas präziser läßt sich der in Frage stehende Zeitraum aber eingrenzen, wenn das Erscheinungsdatum des Hefts genannt würde. Das war Juli / August 1987. Das Gespräch wurde also auf alle Fälle vor dem Abschluß des Abkommens über den „Friedensplan“ für Mittelamerika („Esquipulas II“) geführt; ich vermute sogar schon im Frühjahr 1987.

Die new left review ist zwar in den USA weit verbreitet, aber durchaus keine „linke US-amerikanische Zeitschrift“. Vielmehr erscheint diese — wie ich finde (und dieses Urteil wurde auch von Ernest Mandel geäußert) — seit einer ganzen Reihe von Jahren weltweit beste und wichtigste theoretische marxistische Zeitschrift seit 1960 in London, seit 1962 unter Leitung von Perry Anderson, seit Anfang 1983 mit Robin Blackburn als „Editor“. (...)

## Weltbild

Betr.: „Arbeit macht frei“ (AK 289)

Liebe Redaktionskollegen, anbei in Kopie ein kurzer Artikel aus dem Arbeiterkampf, über den bei mir nur geteilte Freude aufkam.

Geteilte Freude deshalb, weil ich für die Gesellschaft für bedrohte Völker den erwähnten Prozeß (Butzbach, 2. November 1987, „Arbeit macht frei“) beobachtet habe und auch für die Berichterstattung verantwortlich bin, euch auch die Telex-Kopie unserer Presseerklärung zukommen ließ, die offensichtlich eurer Meldung zugrunde lag. Warum ihr dann jedoch eure Quelle nicht nennt, will mir nicht einleuchten. Daß euch die Arbeit der Gesellschaft für bedrohte Völker eigentlich nicht ins Weltbild paßt, sollte doch den Gepflogenheiten redaktioneller und journalistischer Fairness nicht abträglich sein. Oder wie seht ihr das?

Mit kollegialen Grüßen aus der pogrom-Redaktion  
Uwe Knödler  
Göttingen

Mit einem „Weltbild“ hat die monierte Nichtnennung der Quelle nichts zu tun. Von uns als Kurzmeldung behandelt, war uns nicht deutlich, daß die Informanten Wert auf die Nennung legten.

Sorry! Red.





Report von der Hamburger Hafenstraße — S. 3

ARBEITERKAMPF-ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

Jg. 16 Nr. 292 11.4.88

SDM 2.1/734

# Abschied vom Symbol

Manche werden sagen: Nun auch die, andere: Das wurde aber auch Zeit!, wieder andere werden ein wenig wehmützig werden. Weshalb? Von der nächsten Ausgabe an werden wir den Titel unserer Zeitung ein neues Outfit geben. Statt aufgebender Sonne, schwieliger Faust mit Schraubenschlüssel und ARBEITERKAMPF werden wir auf den Titel nur noch kurz und knapp „ak“ schreiben, wie diese Zeitung von denen, die sie kennen, schon lange genannt wird. Also auch beim KB Anpassung an den Zeitgeist? Damit kann man uns kaum meinen, gelten wir doch jetzt schon als die Gestrigen der 68er und K-Gruppen-Geschichte, was uns aber auch nie gehindert hat, neu zu denken und schon gar nicht hindert, alte Zöpfe abzuschneiden.

Ein wenig anachronistisch war dieser Titel schon bei Erscheinen der ersten Ausgabe 1971. Das suggerierte Arbeiterbild — die Männerflut mit dem Schraubenschlüssel — entsprach schon bei Gründung der Zeitung eher dem aussterbenden Typus des klassischen Proleten. Aber er hatte Tradition, also ARBEITERKAMPF mit dem Untertitel „Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes“ drückte ein Programm aus. Ouvrieristisch, also arbeitertümelnd, nannte uns in dieser Zeit einmal der Konkurrent KBW. Damit hatte er nicht ganz unrecht, soweit dies unsere Träume und Hoffnungen betraf. In der Sache verhielt es sich dann mal wieder ganz anders. Während unsere Brüder und Schwestern der anderen K-Gruppen in den folgenden Jahren jedes Zeichen der Arbeiterbewegung als Morgenlicht der proletarischen Revolution abfeierten, wo jede Tarifausschüttelung den Charakter einer Endschlacht bekam, wo nur noch die Bewegung und nicht mehr der Inhalt Bedeutung hatte, da hat diese Zeitung sich quergestellt. Uns ging es nicht um den Arbeiter als Proleten, sondern als Träger gesellschaftlicher Veränderungen. Wir haben von ihm erwartet, sich nicht nur um Lohnfragen, sondern um die Gesellschaft als Ganzes zu kümmern. Der Einsatz der Arbeiterschaft zur Verteidigung der Arbeiterbewegung war unser Ziel.

Der Einsatz der Arbeiterschaft zur Verteidigung der neuen Ostpolitik mit den Massendemonstrationen gegen das Barzelische Mißtrauensvotum 1972 war für uns das positive Beispiel. Hier die Arbeiterschaft, wenn auch domestiziert durch SPD und Gewerkschaften, für die Aussöhnung mit den Völkern Osteuropas, dort die Bourgeoisie und die CDU/CSU für den Revanchismus. Das hatte den Charakter von politischem Klassenkampf um die Zukunft der Gesellschaft.

Dieser politische Aufbruch der westdeutschen Arbeiterbewegung hatte nur kurzen Bestand. Mit dem Verlust der reformpolitischen Elemente in der Politik der Sozialdemokratie fiel auch die Arbeiterbewegung zurück auf ein rein ökonomisches Denken. In den großen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der späteren 70er Jahre spielte sie über die Gewerkschaften leider eine eher rückwärtige Rolle, immer im Schlepptau der Schmidt-SPD. Ob in Fragen der Demokratie, des Feminismus, der Atompolitik, der Friedenspolitik, die Träger dieser Bewegungen kamen überwiegend aus anderen gesellschaftlichen Schichten als

der der traditionellen Arbeiterschaft. Dementsprechend änderten sich auch die Adressaten unserer Zeitung. Wie sollten wir wohl auch übersehen, daß der Großteil der Auflage nicht vor den Betrieben, sondern auf den Anti-AKW-Demonstrationen, in der Frauenbewegung, an den Universitäten verkauft wurde?

All dies ging nicht so glatt, wie es sich rückblickend vielleicht liest. Es gab harte Auseinandersetzungen, ob und in welchem Ausmaß man sich als kommunistische Organisation auf solche „kleinbürgerlichen“ Bewegungen beziehen könne. Aber die Zeit heilt nicht nur Wunden, sondern fördert auch auch manche Entwicklungen.

Es begann die harte Zeit der Krise der kommunistischen Bewegung. Der Einfluß der in den 70er Jahren vorherrschenden K-Gruppen sank, dementsprechend auch die Auflage der Zeitungen. Die Ideen und Leitgedanken, die uns geführt hatten, wurden von vielen MitkämpferInnen von einem auf den anderen Tag über Bord geworfen wie lästiger Ballast. Die „Radikalen“ folgten dem Ruf Rudolf Bahrs, ihre Organisation aufzulösen und sich den GRÜNEN zuzuwenden, manche mit der Verspätung, die sie immer hatten, um auf Veränderungen zu reagieren — aus dem Hochhaus sticht mensch eben nicht alles früher, sondern manchmal erst durch den Hochnebel.

Wir hatten zwar mit der Gründung der BUNTEN LISTE in Hamburg und ähnlichen Ansätzen in anderen Städten den Trend der Zeit erfüllt, mußten aber dennoch die Erfahrung machen, wie schwach die richtigen Ideen manchmal sein können. Die Idee einer neuen sozialistischen Partei, also einer Partei, die die sozialen Beziehungen der Gesellschaft in den Mittelpunkt stellt, wurde überfordert durch den Ruf, die Natur zum Gegenstand der Politik zu machen — vor der nun wirklich alle gleich sind. Aber längst hat die grüne Partei diesen Charakter verloren. Auch sie mußte die Erfahrung machen, daß es nur bedingt klassenübergreifende Interessen gibt und daß es (zum Glück!) keine biologischen Gesetze sind, um die es in der Politik geht. Fast zwangsläufig folgt daraus, daß die GRÜNEN heute in ihrer Mehrheit eine Politik der Klassenversöhnung statt des Klassenkampfes vertreten. Das zu ahnen und zu befürchten war bei der Idee keine Hellscherei, dazu hat uns schon der Marxismus verholfen. Daher haben wir zwar die Entwicklung der GRÜNEN mitbegleitet, ohne uns jedoch dem unterzuordnen.

Als politisch, und in erster Linie politisch denkende Menschen haben wir jedoch darüber nachgedacht, unsere Ziele mit den Gegebenheiten in Einklang zu bringen. So 1982, als wir auf einem Kongreß diskutierten, die Zeitung umzubenennen. Eine große Mehrheit war an sich dafür, der Zeitung einen neuen Namen zu geben. Der einzige Vorschlag, der mit einer radikalen programmatischen Änderung zu verbinden, bestand im Titel „5 vor 12“, in Anlehnung an die Parole der Friedensbewegung. Dies fand keine Mehrheit, nicht wegen des Namens, sondern wegen der damit verbundenen politischen Optionen. Alle anderen Vorschlä-

ge für eine Namensänderung waren — mit Verlaub gesagt — Tünche. Ob die Zeitung aus ARBEITERKAMPF, UMBRUCH, WIDERSPRUCH oder DER OSTEN IST ROT heißt, ist letztlich völlig egal, wenn damit keine programmatische Änderung verbunden ist.

Seidem teilt die Debatte um den Namen unserer Zeitung nicht mehr ab. Zeitweise emotional geführt, hat sie sich mittlerweile rationalisiert. Jeder Diskutant muß wissen, daß ein neuer Name keine Neuerung des Programms bringt, schon gar keine Auflagensteigerung. Aber mensch lebt auch nicht gern mit einem Anachronismus. Wir haben keine Zeitung, die sich vornehmlich an Arbeiter wendet, und es stimmt auch nicht, daß der real existierende Kampf der Arbeiter Ausgangs- und Mittelpunkt unserer Publizistik wäre. Und eine Beschwörungsformel nutzt sich nach anderthalb Jahrzehnten auch ab. Dem haben wir erstmals 1982 entsprochen, als wir den Untertitel „Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes“ in ein schlichtes „Zeitung des Kommunistischen Bundes“ verwandelt haben.

So wie wir uns Anfang der 70er Jahre als eine Fraktion einer zu bildenden Arbeiterpartei verstanden haben, so verstehen wir uns heute als eine Fraktion der zu bildenden sozialistischen Partei. Vielleicht können wir mit einem weniger traditionellen Titel mehr Türen für dieses Projekt aufmachen.

Obwohl schon lange bekannt, nehmen wir damit auch Abschied vom Bild des Arbeiters aus Gerhart Hauptmanns „Weber“, des gebeugten, geknackten Arbeiters. Aber wir nehmen nicht Abschied vom Proletariat, nicht Abschied von der Idee, daß allein die Aufhebung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen menschenwürdige und demokratische Zustände herbeiführen kann. So lange ein Mensch aufgrund des Besitzes von Produktionsmitteln über die Arbeitskraft anderer Menschen bestimmen kann, wird es keine demokratische Gesellschaft geben.

„ak“ wird insofern auch nur eine Übergangsform sein, weil das Alte nicht mehr stimmt, aber ein wirklich Neues noch nicht gefunden wurde.

Für einige Leser wird diese Änderung völlig überraschend kommen, viele werden sich fragen, ob da nicht mehr dahintersteckt. Ist man ja gewohnt bei kommunistischen Gruppen, daß sich hinter kleinen Änderungen weitreichende ideologische Debatten verstecken. Ist nicht. Vielleicht als Aufhellung: Die Abstimmung, den Titel zu ändern, ist ein Jahr alt, es ging nur noch darum, wie das überhaupt aussehen soll. Manche meinen immer noch, daß es nicht gut ist, den Titel einer Zeitung überhaupt zu ändern, manche meinen, man sollte gerade in dieser Zeit ein Signal mit dem alten Namen setzen. Das alles sind im KB weniger ideologische Streitpunkte als praktische Fragen. Wenn der Kommunismus für uns eine Frage der Symbole wäre, hätte uns mit Sicherheit schon das gleiche Schicksal ereilt wie den KBW und andere.

be.

## Inhalt

<b>AKW</b>	
WHO-Weltkonferenz zu AIDS .....	20
<b>Arbeiterbewegung</b>	
Rheinhausen: Soll das alles gewesen sein? — Gedanken über Rituale und Resignation .....	16
Nach der Montan-Konferenz: Revier befriedet? .....	18
<b>Atomlagen</b>	
Hanauer Demo am 19.3.: verpaßte Chance .....	6
Atomtransporte gestoppt — Der Erfolg von Lübeck .....	3
Malville: Brüterpanne schlimmer als zugegeben .....	6
Gronau: Urananreicherung und alte Bekannte .....	4
Karlsruhe, Hanau, Mol: Verschollen im Plutonium-Dreieck .....	5
<b>Brandstiftung</b>	
Göttingen: Neonazistischer Brandanschlag .....	2
80.000 Akten verschwunden: Document-Center zur Übergabe bereinigt? .....	28
Hannover: Skinheads überfallen Hausbesitzer .....	2
<b>Grüne</b>	
Neue Wege grüner Entnazungspolitik in Baden-Württemberg .....	9
<b>Imperialismus</b>	
US-Strategie: Jenseits von Europa .....	24
<b>Klassenjustiz</b>	
Abgekürztes Spiel — das Urteil im Saxe-Prozeß .....	7
Starbahn West und kein Ende .....	7
<b>Linke</b>	
Vietnam-Kongreß 1968: Erinnerungen an einen Papiertiger .....	36
Auf zum letzten Gefecht? Kritische Anmerkungen zum Hamburger Demogeschehen .....	34
<b>Militarismus</b>	
Chemisch-biologische Kriegsforschung, medizinische Experimente und Bevölkerungskontrolle .....	22
Rüstungsgeschäfte mit Südafrika: Völlig legal! .....	20
Wie die NATO auf allen Ebenen abrüsten will .....	25
<b>Nahost</b>	
Auszüge aus Stellungnahmen der „Vereinigten Nationalen Führung“ .....	15
Palästina vor dem Bürgerkrieg: Völlig legal! .....	13
„In tiefer Sorge um den Staat Israel“ .....	14
<b>Parteien</b>	
Neue Töne in der Deutschlandpolitik der CDU? .....	9
<b>Rassismus</b>	
Ausgrenzung und Assimilationismus — die zwei Seiten der kulturell-rassistischen Medaille .....	29
<b>Realer Sozialismus</b>	
„Virus der Intoleranz“ — Interview mit Leonid Ionin zu AIDS .....	21
„Wir sind der linke Flügel der Perestroika“ Boris Kagarlitzky von den sozialistischen Gruppen .....	10
<b>Staat</b>	
Das Loch in der Celler Mauer: Innenminister Haselmann sitzt auf der Bombe .....	8
<b>Diskussion</b>	
„Heißt das, den Staat Israel anerkennen?“ — Stellungnahme des Palästina-Komitees Hamburg .....	32
Der Imperialismus sitzt in den Köpfen der Linken — Stellungnahme von Karim Khella .....	32
Ein Streit, der klärt: Palästinensisches und jüdisches Selbstbestimmungsrecht .....	31
<b>Kultur</b>	
Neue Filme auf der Berlinale: Denkanstöße, Einblicke, Dokumentation .....	38
<b>Buchbesprechung</b>	
„Maus — Ein deutscher Agent“ .....	8
Volker Braun: Langsamer, knirschender Morgen .....	35
Berlin, Berlin — Daniela Dahn: Kunst und Kohle .....	35
Eine Hochzeit und die Braut nicht schwanger ... das wäre irrsinnig originell! .....	39

## Arbeiterkampf

Ich will den ARBEITERKAMPF im Abonnement beziehen.

- ☐ Halbjahresabo DM 33,— ☐ Förderabo DM 50,—  
☐ Jahresabo DM 60,— ☐ Förderabo DM 100,—  
☐ Ich überweise das Geld auf das Konto der Hamburger Satz- und Verlagskooperative Postgiroamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 27 175-203  
☐ Ich will das Geld abbuchen lassen (Einzugsermächtigung)

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar. Ich weiß, daß ich diese Bestellung binnen 14 Tagen (Poststempel) bei der Hamburger Satz- und Verlagskooperative widerrufen kann.

Absender: .....  
An die  
Hamburger Satz-  
und Verlagskooperative  
Lindenallee 4

..... 2000 Hamburg 20

### Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich die Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Hamburg, den von mir zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines Girokontos.

Kto. Nr. .... BLZ .....  
bei der  
mittels Lastschrift einzuziehen

Ort, Datum

Unterschrift

den ..... (Unterschrift)